

Das Parlament

Berlin, 28. März 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 13-14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Minister mit Mission

Robert Habeck Für Außenpolitik ist eigentlich seine Parteifreundin Annalena Baerbock zuständig. Doch der Wirtschaftsminister hat eine Woche voller Entscheidungen



hinter sich, die nicht nur in Sachen deutscher Energieversorgung, sondern auch geopolitisch einiges Gewicht haben. Nachdem er noch am Donnerstag bei der Haushaltsdebatte im Bundestag davon sprach, dass es „bitter“ sei, nicht schneller von russischem Öl und Gas loszukommen, verkündete er am Freitag, dass Deutschland die Ölimporte aus Russland bis zur Jahresmitte „voraussichtlich halbieren“ könne. Beim Gas rechnet er mit einer „weitgehenden Unabhängigkeit“ bis Mitte 2024. Dass er dafür arabischen Öl-Scheichs den Hof machen musste, ist nur ein Teil des Preises, den der Ukraine-Krieg kostet. emu

ZAHLE DER WOCHE

15 Milliarden

Kubikmeter Flüssiggas wollen die USA und andere internationale Partner zusätzlich in die EU liefern. Die Mitgliedsstaaten sollen so unabhängiger von Importen aus Russland werden. Das kündigten US-Präsident Joe Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel an.

ZITAT DER WOCHE

»Der eine Despot wird durch andere Despoten ersetzt.«

Victor Perli (Die Linke) über Gaslieferungen aus Katar und den Arabischen Emiraten

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT 2022
Wirtschaft Energieversorgung als Frage nationaler Sicherheit Seite 5

Gesundheit Minister legt Rekordhaushalt vor Seite 6

Inneres Deutschland nimmt ukrainische Flüchtlinge auf Seite 7

KEHRSEITE
Kinderkommission Die „Kiko“ ist die Stimme der Kinder im Bundestag Seite 18

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Ende und Neuanfang

GENERALDEBATTE Schlagabtausch über den Kurs der Regierung im Zeichen des Ukraine-Kriegs

Von Terrorkrise zur Finanzkrise bis zur Corona-Krise - Angela Merkel musste als Bundeskanzlerin derart beständig im Krisenmodus agieren, dass sie schon bald zur „Krisenkanzlerin“ aufstieg. Kaum im Amt, scheint ihrem Nachfolger Olaf Scholz (SPD) das gleiche Schicksal zu blühen. Und ähnlich wie sie reagiert auch er betont nüchtern auf eine extrem aufgewühlte Lage. Seitdem Ende Februar Russland die Ukraine überfallen hat, verabschiedet sich die noch junge Ampel-Koalition im Wochentakt von Grundsätzen, die an der Basis von SPD, Grünen und FDP für reichlich Diskussionsstoff sorgen: Waffenlieferungen an die Ukraine; 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr; ein grüner Wirtschaftsminister auf der Suche nach neuen Gasquellen in Katar; eine FDP, deren Selbstbild als Verteidigerin der Schuldenbremse ebenfalls Kratzer bekommen hat. Scholz verteidigte dies in der Generaldebatte vergangene Woche so: „Der Krieg in Osteuropa zwingt uns zu vermeintlich neuen, in Wahrheit aber längst überfälligen Antworten.“

Er spielte damit auf jene Themen an, die den zentralen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition im Rahmen der Haushaltsberatungen des Bundestages dominierten: Energieversorgung und Sicherheitspolitik. So forderte der Kanzler ein sofortiges Ende der Kriegshandlungen und versicherte dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj: „Die Ukraine kann sich auf unsere Hilfe verlassen.“ Er machte gleichzeitig klar, wo die Grenze dafür verläuft, denn ein Engagement der Nato lehnte er eindeutig ab: „Die Nato wird nicht Kriegspartei“, betonte er. Neue Antworten erzwingt der Krieg vor allem in der Energieversorgung, deren Abhängigkeit von Russland „so schnell es irgendwie geht“ beendet werden müsste. Überhastete Schritte könnten Deutschland jedoch in eine Rezession führen, warnte der Kanzler. Scholz betonte, die Ampel-Koalition habe sich trotz der akuten Krisenlage keineswegs von ihren ambitionierten Zielen, unter anderem den Klimazielen, verabschiedet. „Das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, das ist unser Anspruch“, sagte er.

In seiner typisch nüchternen Art reagierte Scholz auch auf das, was zuvor Friedrich Merz, Chef der Unionsfraktion, kämpferisch angekündigt. Dass nämlich die CDU/CSU „nicht die Ersatzbank ist, von der Sie sich in beliebiger Weise Ersatzspieler aufs Spielfeld holen können, wenn Sie Ihre ei-



Raus aus der Hölle: Ein Kind wird mit dem Zug aus der belagerten Stadt Mariupol im Südosten der Ukraine in Sicherheit gebracht.

© picture-alliance/AA/Andrea Carrubba

genen Mehrheiten nicht haben“. Er sprach damit vor allem das geplante 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Investitionen in die Bundeswehr an und drohte damit, dass die Union er und dafür nötigen Grundgesetzänderung nur zustimme, wenn auch die Ampel-Fraktionen dies geschlossen täten. Denn die Union werde es andernfalls „nicht richten“ und poche außerdem auf ein Mitspracherecht über die Investitionen, betonte Merz. Scholz erwiderte: „Es soll eine gemeinsame Sache werden, die wir für unser Land tun.“

»Die Union ist nicht die Ersatzbank für fehlende Mehrheiten der Koalition.«

Friedrich Merz (CDU)

Auch wenn die anderen Oppositionsfraktionen ebenfalls Kritik an dem Instrument „Sondervermögen“ hatten, so haben AfD und Linke doch andere Schwerpunkte gesetzt. Tino Chrupalla, Chef der AfD-Fraktion, übte grundsätzliche Kritik an den Waffenlieferungen an die Ukraine und an den Sanktionen gegen Russland. Die Idee, die Nord-Stream-Pipelines zu beerdigen und auf das billige

Gas aus Russland verzichten zu wollen, aber stattdessen Gas aus Katar einzukaufen, bezeichnete er als „Ausdruck von Doppelmoral“. Chrupalla forderte außerdem Investitionen in moderne Gas- und Kernkraftwerke, da regenerative Energien den Grundbedarf noch lange nicht decken könnten. Dietmar Bartsch, Chef der Linksfraktion, warf der Regierung vor, die Sozialpolitik zu vernachlässigen. Während für die Aufrüstung der Bundeswehr Milliarden da seien, wachse jedes fünfte Kind in Armut auf. Die Alternative für viele Menschen heiße bei immer weiter steigender Inflation heizen oder einkaufen, denn was die Regierung derzeit

ankündige seien nur „Minimalentlastungen“. FDP-Fraktionschef Christian Dürr verteidigte die geplanten Milliarden-Investitionen als Korrektur des historischen Fehlers der Vernachlässigung der Bundeswehr. Er betonte wie auch Scholz: „Zur Agenda der

Bundesregierung gehört aber nicht nur Krisenbewältigung, sondern nach wie vor auch der Blick nach vorne“ bei Klima-, Einwanderungs- und Sozialpolitik. „Wir erneuern das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft“, sagte Dürr. Ähnlich argumentierte Rolf Mützenich, Chef der SPD-Fraktion: „Der Krieg darf die Agenda, mit der wir der Welt von gestern eine neue Zukunft gegenüberstellen wollen, nicht aufheben. Im Gegenteil: Gerade jetzt sind wir gefordert, Antworten zu geben, wie wir nach dem Zeitenbruch des Krieges die Herausforderungen für unseren Planeten meistern können.“ Katharina Dröge, Vorsitzende der Grünen-Fraktion, kritisierte die Energie-Politik der Vergangenheit. Diese habe Deutschland erst in die „fatale Abhängigkeit“ von Russland gebracht. „Wir müssten in dieser Situation nicht sein, wenn wir ernst gemacht hätten mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien.“ Die Verhandlungen über Gaslieferungen mit Katar und Abu Dhabi verteidigte Dröge. Kurzfristig gebe es keine andere Alternative, langfristig heiße dies, noch schneller von fossilen Energien wegzukommen, sagte sie. Claudia Heine

EDITORIAL

Kritische Reflexion

VON CHRISTIAN ZENTNER

Es sind Ausnahmezeiten und das ließ sich in der Haushaltswoche auch im Bundestag beobachten. Der russische Krieg gegen die Ukraine, die Folgen der Pandemie oder die Klimakrise, jeder Aspekt für sich wäre eine Sondersituation. Finanzminister Christian Lindner hat sich daher entschieden, dem Parlament keinen abschließenden Haushaltsentwurf vorzulegen. Ein vollständiges Bild soll erst ein Ergänzungshaushalt geben, den der Finanzminister nachliefern will. Die Kritik der Opposition: Das stellt das Budgetrecht des Parlamentes in Frage. Der Hinweis aus der Koalition, ein solcher Ergänzungshaushalt sei kein Novum, ist richtig. Allerdings waren sowohl die Ergänzungshaushalte 1967 als auch 2020, die als Kronzeugen erhalten mussten, nicht bereits beim Haushaltsentwurf absehbar oder gar angekündigt. Sie wurden jeweils aufgrund neuer Entwicklungen im Anschluss notwendig. Die Koalition wagt daher durchaus etwas Neues. Es ist das Eingeständnis, dass die Regierung nicht absehen kann, wie sich die Welt in den kommenden Monaten entwickeln wird. Wer könnte dies derzeit schon?

Die Koalition hätte also selbstbewusst zu diesem Haushalt stehen können, doch Souveränität fehlte oft. Aufgeregte Zwischenrufe bei jedem Anflug von oppositioneller Kritik belegten das. Das Plenarprotokoll vermerkt sogar von der Regierungsbank Zwischenrufe – im Bundestag eigentlich nicht zulässig. Im Vergleich dazu war die in seiner bekannten hanseatischen Gelassenheit vorgetragene Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz wohlwund. Es sei völlig in Ordnung, dass die Opposition ihre Vorstellungen artikuliere, so der Bundeskanzler. Eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, könnte man meinen.

Bei Kritik war immer wieder auch der Verweis auf Versäumnisse früherer Regierungen zu vernehmen. Dieser erspart der neuen Koalition aber weder, nun selbst Antworten zu geben und dafür Mehrheiten zu finden, noch die in einer Demokratie notwendige kritische Betrachtung der nunmehr eigenen Regierungsarbeit. In der Generaldebatte konnte an einer Stelle Beifall der Ampel notiert werden, in der zuvor ein Redner Kritik mit Hinweis auf die Staatsräson unterbinden wollte. Eine solche Sicht läuft Gefahr, die Staatsmacht zum Selbstzweck zu erheben, an der es keine Kritik geben kann. Die kritische Reflexion des Regierungshandelns ist gerade in Wendezeiten besonders bedeutsam.

Regierungsentwurf unter Vorbehalt

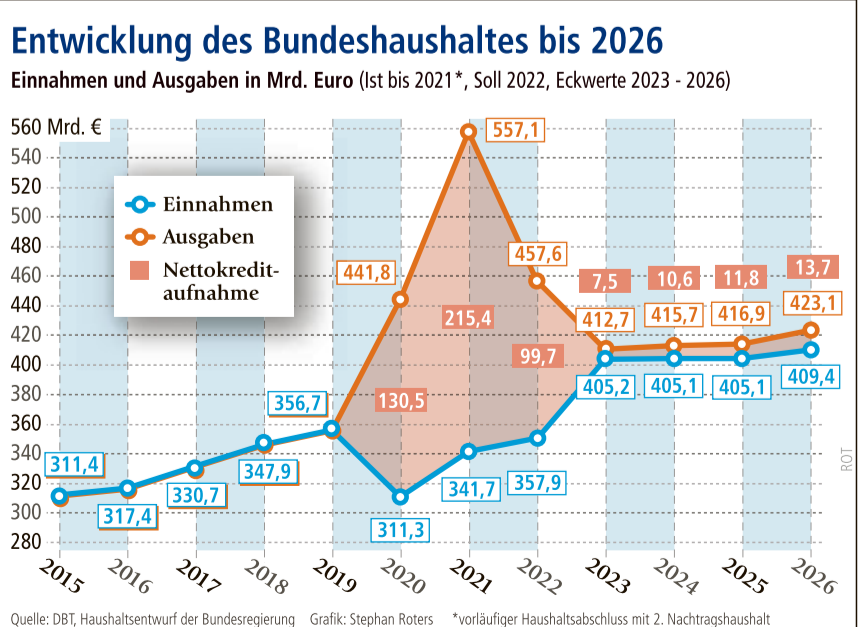
ETAT 2022 Die Bundesregierung will auf die Folgen des Ukraine-Kriegs mit einem Ergänzungshaushalt reagieren

Mit der ersten Haushaltswoche haben vergangene Woche die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 begonnen. Bis zur sogenannten Bereinigungssitzung, die am 19. Mai stattfinden soll, werden Haushalts- und Fachausschüsse die Einzelpläne durchleuchten. Eine Besonderheit hat die Bundesregierung bereits angekündigt: Mit einem Ergänzungshaushalt sollen die bisher überwiegend nicht eingereichten finanziellen Folgen des Kriegs in der Ukraine nachgereicht werden, das Kabinett soll ihn am 24. April beschließen. Erste inhaltliche Festlegungen lieferte die Koalition vergangene Woche mit ihrer Einigung auf ein 2. Entlastungspaket (siehe Seite 3).

Untere Grenze Daher sind die Kernwerte des vorliegenden Haushaltsentwurfs (20/1000) wohl eher die untere Grenze dessen, was schließlich als Soll für dieses Jahr beschlossen werden wird. Geplant sind laut Regierungsentwurf Ausgaben von 457,6 Milliarden Euro. Das sind 99,5 Milliarden Euro weniger, als der Bund nach vorläufigem Haushaltsabschluss im vergangenen Jahr ausgegeben hat. Wesentlich dafür ist, dass die Corona-Pandemie zwar noch

stark, aber nicht so stark wie im vergangenen Jahr auf die Etat-Planung durchschlägt. In zahlreichen Einzelplänen der Ministerien werden coronabedingte Ausgaben gestrichen oder stark zurückgefahren,

auch weil noch Mittel aus den Vorjahren vorhanden sind. Für Investitionen sind 50,8 Milliarden Euro eingeplant. Dennoch wird der Bund nach dieser Planung noch deutlich mehr ausgeben als



einnehmen. Die Steuereinnahmen liegen mir 332,6 Milliarden Euro zwar um 19 Milliarden Euro über dem vorläufigem Ist für 2021. Um Ausgaben und Einnahmen auszugleichen, ist aber eine Nettoverschuldung von 99,7 Milliarden Euro vorgesehen. Dafür braucht es eine Ausnahme von der Schuldengrenze. Die Planung liegt deutlich unter den 215,4 Milliarden Euro des Vorjahres, dürfte aber mit dem Ukraine-Krieg obsolet geworden sein.

Sondervermögen Nicht im Kern-Haushalt aufgeführt ist das von der Bundesregierung angekündigte Sondervermögen für die Bundeswehr mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro (siehe Text oben und Seite 8). Die vom Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfe, darunter eine Grundgesetzänderung, sind inzwischen dem Bundesrat zugeleitet worden.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ENERGIEPAKT MIT AUTOKRATEN?

Bittere Alternative

PRO



Malte Lehming, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Am überraschendsten ist, wie überrascht alle sind. Dabei wusste man es seit mehr als einem Jahrzehnt: Deutschland hat sich abhängig gemacht von Energie-Importen aus Russland. Denn wer aus Klimaschutz-Gründen aus der Atom- und der Kohle-Energie aussteigt, die Verluste aber weder durch Einsparungen vollständig kompensieren kann noch durch den Ausbau erneuerbarer Energien, braucht Erdgas. Das liefert bis heute Russland, weil die deutsche Nachfrage größer ist als das europäische Angebot. Der deutsche Junkie wurde zum Komplizen des russischen Dealers. Lange vor der Annexion der Krim und dem Überfall auf die Ukraine im Jahre 2014 war klar, dass Wladimir Putins autoritär regiertes Land mit Willkürjustiz, Korruption, Journalistenermordung, Oppositionsunterdrückung verbunden ist. Und dass Energie-Exporte das Fundament der russischen Wirtschaft bilden. Doch offenbar bedurfte es erst der jüngsten Invasion, damit nach Auswegen aus der deutschen Energie-Abhängigkeit gesucht wird. Nun heißt die oberste Maxime: Möglichst schnell weg von Putins Pipelines. Das ist nicht einfach. Wirtschaftsminister Robert Habeck warnt bei einem sofortigen Importstopp vor Armut, Massenarbeitslosigkeit und sozialen Verwerfungen. Weil die Zeit aber drängt, schloss er in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten Verträge über die Lieferung von Flüssiggas. Das sind despotisch regierte Länder, die Menschenrechte missachten; Katar wird gar der Terrorismus-Finanzierung verdächtigt. Katar oder Russland? Diese bittere Alternative ist durch kein Wunschenken schuldfrei aufzulösen. Wer die Berichte aus Mariupol liest, die Bilder der Zerstörungen sieht und die Gesichter der Flüchtenden, weiß indes, was das kleinere Übel ist.

Fossile Abhängigkeit

CONTRA



Michael Bauchmüller, »Süddeutsche Zeitung«, München

Man wessen Energie die Deutschen fahren und heizen, können sie sich leider nicht aussuchen – jedenfalls, solange es fossile Energie ist. Öl etwa kommt seit vielen Jahren schon aus Ländern wie Kasachstan, Libyen, Saudi-Arabien, alles andere als lupenreinen Demokratien. Doch getankt wurde ohne Wimpernzucken. Hauptsache, der Sprit blieb erschwinglich. Dieses Bewusstsein ändert sich erst jetzt, wo Erdgas aus Russland plötzlich etwa durch solches aus Katar ersetzt werden soll. Das Emirat steht schließlich im Ruf, zwar mit Geld um sich zu werfen, es aber mit den Menschenrechten nicht so genau zu nehmen. So ist die Lage: Deutschland will sich unabhängig machen von russischen Gasimporten, aber es ersetzt den großen Schurken in Moskau durch etwas kleinere in Doha und anderswo. Die Welt, leider, besteht eben nicht nur aus vertrauenswürdigen Energieriesen wie Norwegen. Hoffnungen, dass mit wachsendem Öl- oder Gasreichtum auch demokratische Entwicklung einhergeht, haben sich meistens zerschlagen. Doch in ihrer fossilen Abhängigkeit bleibt die Bundesrepublik nichts anderes als die Wahl zwischen Pest und Cholera. Will sie sich ernsthaft aus der Umklammerung von Kriegstreibern und zwielichtigen Lieferanten lösen, ist die Antwort eine andere. Sie muss systematisch an Verbrennungsprozesse ran: Automotoren, Heizkessel, Stahlwerke. So viel und so schnell wie möglich müssen erneuerbare Energien übernehmen, und sei es über den Umweg grüner Wasserstoff. Die meisten Technologien dafür sind vorhanden, nur fehlt es oft am politischen Rahmen und nicht selten am Willen. An einem aber fehlt es nicht mehr: an guten Gründen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

In den letzten beiden Jahren hat die Corona-Pandemie bereits mehrere Nachtragshaushalte erforderlich gemacht. Nun tobt auch noch ein schrecklicher Krieg in unserer europäischen Nachbarschaft. Was bedeutet das für Sie als Haushälter, wenn Sie auf so schwanke dem Grund Ihre Arbeit machen müssen? Tatsächlich, wenn ich mir die Haushaltslage ansehe, befinden wir uns eher auf stürmischer See. Da ist Corona und seine Folgen, da ist der Putin-Krieg. Und da sind nach wie vor die Herausforderungen für das Klima, die ja wegen der anderen Krisen nicht weniger geworden sind. Deswegen muss es unser aller Aufgabe sein, sowohl der Regierung als auch der Opposition, jetzt auf festen Boden zu kommen. Das heißt, wir müssen uns ehrlich machen, Prioritäten setzen und, das ist meine Mahnung an die Regierung, vor allem auf dem Boden der Verfassung bleiben.

Sehen Sie denn in dieser Hinsicht einen Grund zur Sorge bei der Haushaltspolitik der Regierung?

Nun, es wird auch da immer schwankender. Wir haben zu Beginn dieses Jahres mit dem Nachtrag zum Haushalt 2021 einen ersten, aus unserer Sicht verfassungswidrigen Schritt erlebt, die Schuldenbremse zu umgehen. Jetzt gibt es eine ehrliche, offensive und am Ende vielleicht auch von uns unterstützte Umgehung für ein Sondervermögen Bundeswehr. Kreditfinanzierte Sondervermögen dürfen jetzt aber nicht zum Normalfall werden. Die Bundesregierung sucht überall nach Auswegen. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen etwas von Kreditierung bei der Bahn gehört. Und wenn man sieht, wie Herr Scholz als Hamburger Bürgermeister gearbeitet hat, da war das Wort Sondervermögen auch an der Tagesordnung.

Dieses Sondervermögen Bundeswehr will die Bundesregierung durch eine Grundgesetzänderung absichern, und dazu benötigen sie auch Ihre Zustimmung. Verstehe ich Sie richtig, dass Sie diese Zustimmung an Bedingungen knüpfen?

Ja, natürlich. Auf der einen Seite sehen wir auch diesen Nachholbedarf bei der Bundeswehr. An der Stelle stimmen wir vollkommen mit der Bundesregierung überein. Die Frage ist, wofür das Geld ausgegeben wird. Da hat der Bundeskanzler eine klare Ansage gemacht, und wir gehen von einer Eins-Zu-Eins-Umsetzung aus. Das heißt, das Geld ist ausschließlich für Großprojekte der Bundeswehr. Der Regierungsentwurf, der vorliegt, sieht aber Formulierungen wie „Ausstattung und Erhaltung der Sicherheitskräfte von Partnern“ vor. Das hat nichts mit dem Nachholbedarf bei der Bundeswehr zu tun. Und zweitens wollen wir dauerhaft das Zwei-Prozent-Ziel der Nato abgesichert sehen, und das können wir im Haushalt von Herrn Lindner im Augenblick nicht finden.

Das heißt, im regulären Haushalt, also abgesehen vom Sondervermögen, sehen Sie dieses Ziel nicht erfüllt?

Nein. Herr Scholz hat davon gesprochen, dass zusätzlich zum Sondervermögen das Zwei-Prozent-Ziel eingehalten wird. Davon geht man jetzt ab und sagt, durch das Sondervermögen wird das Zwei-Prozent-Ziel eingehalten. Aber nichtsdestotrotz muss der Verteidigungshaushalt aufwachsen. Wir haben mehr Personal, und wir müssen die Rüstungsgüter, die wir kaufen, auch mit Munition etcetera ausstatten. Das kann ja nicht alles aus dem Sondervermögen kommen.

Kann denn aus Ihrer Sicht dieses zusätzliche Geld auch sinnvoll ausgegeben werden? In der Vergangenheit ist es ja immer wieder vorgekommen, dass von dem Bundeswehretat, der aus inzwischen

»Auf dem Boden bleiben«

CHRISTIAN HAASE Der CDU-Haushaltspolitiker fordert verlässliche Zahlen von der Regierung, um das Budgetrecht zu sichern.



© Inga Haas

weitgehend allgemeiner Sicht zu gering war, trotzdem nicht alles ausgegeben wurde.

Auf der einen Seite sehe ich, dass die Bundeswehr genügend Projekte im Köcher hat, auf der anderen Seite sehe ich die Probleme, die Sie gerade ansprechen. Die Beschaffungsprozesse sind derzeit zu langwierig. Es gibt aber zum Beispiel die Möglichkeit, Rüstungsgüter von unseren Nato-Partnern zu kaufen, dann kommen wir aus dem schwierigen Vergabeverfahren vollkommener heraus. Und wir müssen überlegen:

Brauchen wir immer dieses sogenannte Gold-Labeling, müssen wir also ein Projekt genau auf die Bundeswehr, möglicherweise sogar auf die Anforderungen einer Einheit zuschneiden, oder können wir nicht Rüstungsgüter auch von der Stange kaufen? Ist nicht auch das Vergaberecht an sich noch zu beschleunigen? Ich glaube, da gibt es viele Möglichkeiten, und ich sehe auf Seiten der Bundesregierung durchaus Bereitschaft, diese angesichts des Krieges und des Zustands der Bundeswehr ins Auge zu fassen.

Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, dass zu dem Haushalt, der jetzt in die Beratung eingebracht worden ist, noch ein Ergänzungshaushalt nachgereicht wird, in den die Folgekosten des Krieges aufgenommen werden. Wie sinnvoll ist es unter dieser Voraussetzung, dass ein wesentlicher Teil des Haushaltsplans noch aussteht, überhaupt schon mit den Haushaltsberatungen zu beginnen?

Das stellt schon unser ganzes Verfahren und damit das Budgetrecht des Parlamentes ein Stück weit in Frage. Wir hatten einen solchen Ergänzungshaushalt schon einmal zum Haushalt 2020. Im Normalverfahren wird ja der Regierungsentwurf vor der Sommerpause eingebracht. Nach der Sommerpause 2019 wurde dieser Nachtrag, damals mit einem Klimaschutzpaket, auf den Weg gebracht. Das heißt, es lag alles zu Beginn der Haushaltsberatungen vor. Nun beginnen die Einzelplanberatungen in der nächsten Sitzungswoche. Ich erwarte, dass bis dahin entweder dieser Ergänzungshaushalt vorliegt, oder man verzichtet komplett auf den Ergänzungshaushalt bis zum Ende der regulären Haushaltsberatung und kommt dann im Sommer mit einem Nachtrag. Denn ich kann nicht eine Woche vor der abschließenden Bereinigungssitzung noch mit einem komplett neuen Haushalt kommen. Es wird hier ja nicht um kleine Anpassungen gehen, die wir im Prozess immer erlebt haben. Hier geht es um richtig große Dinge, die noch einmal Milliarden kosten, wahrscheinlich auch noch einmal neue Schulden bedeuten und insofern die Finanzpolitik insgesamt noch einmal in Frage stellen.

Noch ein anderes Thema: Die Corona-Pandemie belastet auch im laufenden Jahr noch den Haushalt. Setzt die Regierung in diesem Punkt Ihrer Meinung nach die richtigen Prioritäten?

Die sogenannte Corona-Vorsorge, die im letzten Jahr noch mit 36 Milliarden Euro angesetzt war, sehen wir dieses Jahr mit 2,3 Milliarden. Das ist die logische Folge der Diskussion vom Ende der Corona-Maßnahmen, die wir erleben. Aber wir können nicht politisch das Ende von Corona beschließen, das ist eine Vogel-Strauß-Taktik. Ich sehe weitere Folgen, die im Haushalt nicht abgebildet werden, und dann stehen wir in der zweiten Jahreshälfte vor einem erneuten Nachtrag. Deswegen ist Prioritätensetzung genau das, was jetzt kommen muss.

Finanzminister Christian Lindner hat bei der Einbringung des Haushalts im Bundestag erneut angekündigt, dass 2023 die Schuldenbremse wieder eingehalten werden soll. Wie realistisch ist das Ihrer Einschätzung nach?

Wenn man nicht bereit ist, sein Finanzverhalten zu verändern, ist es für mich illusorisch. Wir sehen bei der SPD-Linken und bei den Grünen, dass sie schon für 2023 die Schuldenbremse hinterfragen. Da bin ich aber voll bei Herrn Lindner. Unser aller Aufgabe muss es sein, dass die Schuldenbremse 2023 eingehalten wird. Das ist ein Auftrag der Verfassung und nicht eine Frage der politischen Willensbildung. Natürlich gibt es viele, die sagen, die Schuldenbremse sei aus der Zeit gefallen. Ich glaube, sie hat erst zu unserem Erfolg in den letzten Jahren geführt. Deshalb noch einmal unser Appell: Wir dürfen jetzt nicht unsere Augen vor der Realität verschließen, sondern wir müssen priorisieren.

Das Interview führte Peter Stützel. ■

Christian Haase ist haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und gehört dem Deutschen Bundestag seit 2013 an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Rechner: Sebastian Schäfer

Für Haushälter ist diese Woche eine lauter Grausamkeiten. Der Bundesetat steht an, und das mit vielen Kalkulationen im Ungewissen – mit dem Krieg in der Ukraine und seinen vielen finanziellen Folgen, nicht ganz absehbar für Leute wie Sebastian Schäfer, die gern mit Zahlen Klarheit schaffen. Es ist Mittwoch, 17 Uhr, auf die vorgesehene Minute an ruft er an, nach einem Tag, der noch lange nicht zu Ende sein wird. „Pünktlichkeit hilft, den Stress zu reduzieren“, scherzt er – wenigstens diese Zahlen sind punktgenau. Schäfer, 42, sitzt als Abgeordneter der Grünen aus dem Wahlkreis Esslingen in den Ausschüssen für Haushalt und für Finanzen. Er wagt mit über jenes, was der Bundesfinanzminister in der Ampel-Koalition vorlegen wird – und zwar eine Rechnung mit vielen Nullen. „Möglicherweise wird Christian Lindner Rekordschuldenminister“, sagt er. „In Regierungsverantwortung wird jeder mit der Realität konfrontiert.“ Da sind noch die Belastungen der Coronapandemie, und nun obendrauf der Krieg mit zum Beispiel den tausenden Flüchtlingen, die täglich in Deutschland ankommen. „Diese Kosten haben wir noch nicht drin, dazu fehlt uns im Moment die Übersicht. Aber wir müssen halt mit der Etatplanung beginnen.“ Schäfer bewertet das Entlastungspaket der Koalition sehr positiv. „Die steigenden Kosten für die Verbraucher spiegeln sich nur zum Teil an der Zapfsäule, es trifft auch etwa Heizkosten und Lebensmittel“. Deshalb sind die Energiepreispauschale und der Familienzuschuss für Schäfer besonders wichtig. Er strebt eine wei-

tere Entlastung gerade für Bezieher von Grundsicherung an. „Die Situation ist extrem volatil. Schwer abzusehen, wie sich die konjunkturelle Lage entwickeln wird.“ Jedenfalls halte er es für sehr wahrscheinlich, dass auch im nächsten Jahr die ursprünglich avisierte schwarze Null nicht erreicht wird. „Es wird auch nicht möglich sein, alle Belastungen eins zu eins auszugleichen.“ Sein Lebenslauf sieht viele Stationen der Fortbildung und des Engagements, wie ein Staffellauf. Da waren auf der einen Seite die



»Die Situation ist extrem volatil. Schwer abzusehen, wie sich die konjunkturelle Lage entwickeln wird.«

Mitarbeit in der Schülervertretung der Klosterschule und in der Fachschaft sowie dem Studierendenrat der Uni. Und andererseits strebte er in einem unterfränkischen Dorf aufgewachsenen Junge früh hinaus – in der elften Klasse besuchte der Sohn einer Hauswirtschaftslehrerin und eines Arztes mit Hilfe des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms eine Highschool im Mittleren Westen der USA. Nicht der einzige Aufenthalt damals in Amerika:

Es folgten Studien am Beloit College und in Berkeley; weitere Stipendien in Japan und Russland komplettierten das Mosaik der Ausbildung in Wirtschaftswissenschaften samt Dissertation an der Universität Erfurt. Schäfer: „Das war immer der Reiz des Neuen. Ich wollte auch andere Bildungsstätten kennenlernen.“ Geraten Leute wie Schäfer in die Politik, arbeiten sie oft hinter den berühmten Kulissen. Organisieren und koordinieren, hecken Strategien aus und planen ihre Umsetzung. Nach vier Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Grünen-Abgeordneten wechselte Schäfer 2012 in die Landesverwaltung Baden-Württembergs, arbeitete als Referent und Referatsleiter, unterbrochen von der zwischenzeitlichen Aufgabe des Büroleiters von Cem Özdemir, als der 2017 Spitzenkandidat der Grünen bei den Bundestagswahlen war. Schäfer verhandelte auch in den Jamaika-Gesprächen mit, welche Lindner dann beendete. Ist er immer noch sauer auf den FDP-Parteichef? „Nun, das Aufgabenheft ist seitdem größer geworden“, sagt Schäfer mit Blick auf die Große Koalition, die von 2017 bis 2021 wirkte. Dann aber der Wechsel in die Legislative, vor die Kulissen. In Esslingen, wohin Schäfer mit seiner Familie gezogen war, kandidierte er 2021 für den Bundestag, zog über die Landesliste ein. Im Bundestag ist er zuweilen an der Tischtennisplatte der Fraktion zu sehen. „Ich hoffe, dass bald auch rote und gelbe Spieler sich zu uns trauen“, lacht er. Auch Lindner? „Ach, der ist wohl mehr im Motorsport unterwegs. Aber willkommen ist er natürlich immer.“

Jan Rübel ■

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
25. März 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brüßler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (stg)
Alexander Weinlein (aw)



Bundesfinanzminister Christian Lindner will haushaltspolitische die „Rückkehr zur Normalität“. In diesem krisenhaften Jahr dürfte das allerdings schwierig werden.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Frederic Kern

Lindners »Haushaltsrätsel«

ETAT 2022 Koalition einigt sich auf Entlastungspaket. Union kritisiert mangelnde Solidität des Haushaltsentwurfes

Nachdem Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) am vergangenen Dienstag im Bundestag den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt vorgestellt hatte, hielt sich Alexander Dobrindt (CSU) nicht mit Kritik zurück: Mit dem Nachtragshaushalt 2021, gegen den die Union klagen will, habe der Finanzminister schon einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Und der für dieses Jahr vorgelegte sei unvollständig, weil die Regierung einen noch nicht näher bestimmten Ergänzungshaushalt vorlegen wolle. „Das, was Sie heute hier vorgestellt haben, ist kein Haushaltsrätsel, das es zu erraten gilt. Aber das ist zu wenig für den Deutschen Bundestag“, kritisierte der Christsoziale.

Entlastungen beschlossen Im Verlaufe der Woche lieferte die Koalition einige Hinweise darauf, was die Lösung des „Haushaltsrätsels“ sein wird. In der Nacht zum Donnerstag einigten sich SPD, Grüne und FDP auf ein zweites Entlastungspaket. Als Teil des Ergänzungshaushaltes soll dieses Paket einen Teil der finanziellen Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine abfedern, konkret: die steigenden Energie-

kosten. Erwerbstätige sollen nach Plänen der Koalition mit einer – steuerpflichtigen – Sonderzahlung in Höhe von 300 Euro bedacht werden, für Familien ist pro Kind ein Bonus von 100 Euro geplant und der bisherige Zuschlag für Transferleistungsempfänger soll auf 200 Euro verdoppelt werden.

An der Zapfsäule sollen Pendlerinnen und Pendler durch eine befristete Senkung der Energiesteuer entlastet werden. Für Superbenzin könnten die Preise so um 30 Cent fallen, für Diesel um 14 Cent pro Liter. Auch die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs soll günstiger werden. Monatstickets sollen, ebenfalls befristet auf drei Monate, dann nur noch neun Euro kosten. Weitere Vorhaben beziehen sich auf die Steigerung der Energieeffizienz, um so unabhängiger von vor allem russischen Gas-Lieferungen zu werden. Die für den 1. Januar 2025 vorgesehene Vorgabe, nach der jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll, wird um ein Jahr vorgezogen. Zudem soll ab

kommenden Jahr beim Wohnungsbau ein neuer Effizienzstandard E55 gelten. Günstig wird das nicht. In der Schlussrunde der ersten Haushaltswoche taxierte Lindner die Kosten des Pakets auf 17 Milliarden Euro, ähnlich hoch wie das bereits im Haushaltsentwurf eingepreiste 1. Entlastungspaket. Die Einmalzahlung werde eine „spürbare Entlastung bringen gerade angesichts steigender Energiepreise“, sagte Lindner in der Debatte. Zur gerechten Verteilung werde der jeweilige Steuertarif genutzt. Der Finanzminister sprach sich indes dafür aus, die 300 Euro von der Sozialabgabenpflicht zu befreien. Lindner verteidigte zudem die Steuerrabatte an der Zapfsäule gegen den Vorwurf, es würden damit auch

Besserverdienende entlastet. In der ganzen Breite der Gesellschaft seien die Menschen von den steigenden Preisen betroffen. Es sei daher gerechtfertigt, „durch die ganze Breite der Gesellschaft zu entlasten, denn auf ihren Schultern stehen wir“, sagte Lindner. Bereits in der Aussprache am Dienstag hatte der Liberale Ideen der Union abge-

kanzelt, die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe zu senken. Das erlaubten die europäischen Vorgaben nicht, so Lindner. Bei der Einbringung des Haushalts war dem Finanzminister zudem ein weiterer Punkt wichtig: „die Rückkehr zur Normalität.“ Das sei das haushaltspolitische Ziel der Koalition. Es sei der neuen Regierung gelungen, die geplante Neuverschuldung – ohne Ukraine-Effekt – im Rahmen des Regierungsentwurfs der vorherigen Bundesregierung zu halten, trotz neuer Investitionen und Vorhaben. Ab 2023 wolle die Bundesregierung die Schuldenbremse des Grundgesetzes – ohne zusätzliche steuerliche Belastungen – wieder einhalten. Die Schuldenbremse sei, so betonte Lindner, „keine unverbindliche Willenserklärung“, sondern „der Befehl unserer Verfassung“. Sekundiert wurde Lindner in der Debatte am Dienstag vom FDP-Abgeordneten Christoph Meyer. „Die Norm ist finanzpolitische Stabilität. Nur sie hat uns in die Lage versetzt, die finanziellen Herausforderungen in der Pandemie und auch die jetzt vor uns liegenden zu schultern“, sagte der Fraktions-Vize der Liberalen.

Solidität vermisst Die Union vermisst hingegen die Solidität in Lindners Entwurf. Dobrindt warf ihm mit Bezug auf das Son-

dervermögen für die Bundesvermögen vor, keine Modalitäten für die Rückzahlung der 100 Milliarden Euro festgelegt zu haben: „Schuldentilgung ist ein Teil von solider Haushaltspolitik!“ In der Schlussrunde kritisierte Yannick Bury (CDU), dass Lindners Entwurf auf die zentralen Herausforderungen – Freiheit und Sicherheit in Europa dauerhaft zu sichern sowie „finanzielle Handlungsmöglichkeiten“ für kommende Generationen offenzulassen – noch keine überzeugende Antwort liefere. „Diese Verantwortung übernehmen Sie bisher nicht“, sagte Bury. Für die AfD-Fraktion kritisierte Peter Boehringer in derselben Debatte die haushaltspolitische Dimension des geplanten Sondervermögens für die Bundeswehr. Durch einen Nebenhaushalt werde der Bundestag entmachtet, kritisierte der Haushaltspolitiker. Die präzedenzlose Absicherung im Grundgesetz sei „verfassungsrechtlich hoch bedenklich“, mit der vorgesehenen eigenen Kreditierrmächtigung für das Sondervermögen falle man zudem in die Zeit vor der Schuldenbremse zurück. Janine Wissler (Die Linke) kritisierte das mit dem Sondervermögen geplante „Wettüsten“. Die vorgesehene Grundgesetzänderung verliehe dem „Verfassungsrang“. Das sei Irrsinn. Statt einen „Schattenhaushalt“

im Grundgesetz festzuschreiben, könne die Gelegenheit auch genutzt werden, um die Schuldenbremse abzuschaffen, meinte die Linke-Parteichefin. Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) verteidigte die Etat-Planung der Koalition offensiv. Die Union kritisiere, dass die Neuverschuldung steigen werde, mache aber keine eigenen Vorschläge. „So geht keine solide Finanzpolitik.“ Kindler zeigte sich skeptisch, ob es 2023 gelingen wird, wieder im Rahmen der Schuldenbremse zu operieren oder ob die Notsituation infolge der Krisen fortdauert: „Ich traue mir keine Prognose zu.“ Auf Prognoseunsicherheiten hatte in der Auftaktdebatte auch Dennis Rohde für die Sozialdemokraten hingewiesen: „Wir alle hatten mit Blick auf diesen Haushalt, glaube ich, die Hoffnung, dass die Planungsunsicherheiten, die ihm unterliegen, kleiner werden.“ Dem sei aber nicht so. Darum sei es an der Zeit, innezuhalten „und die Maxime der eigenen Haushaltspolitik zu überdenken“. Für die SPD-Fraktion sei nicht das „blinde Erreichen irgendwelcher Kennzahlen“ Ziel der Haushaltspolitik. „Für uns geht es darum, dass der Staat gerade in diesen Krisenzeiten in der Lage ist, Sicherheit im Wandel zu geben“, sagte Rohde. *Sören Christian Reimer*

»Das, was Sie heute hier vorgestellt haben, ist kein Haushaltsrätsel.«

Alexander Dobrindt (CSU)

Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2022

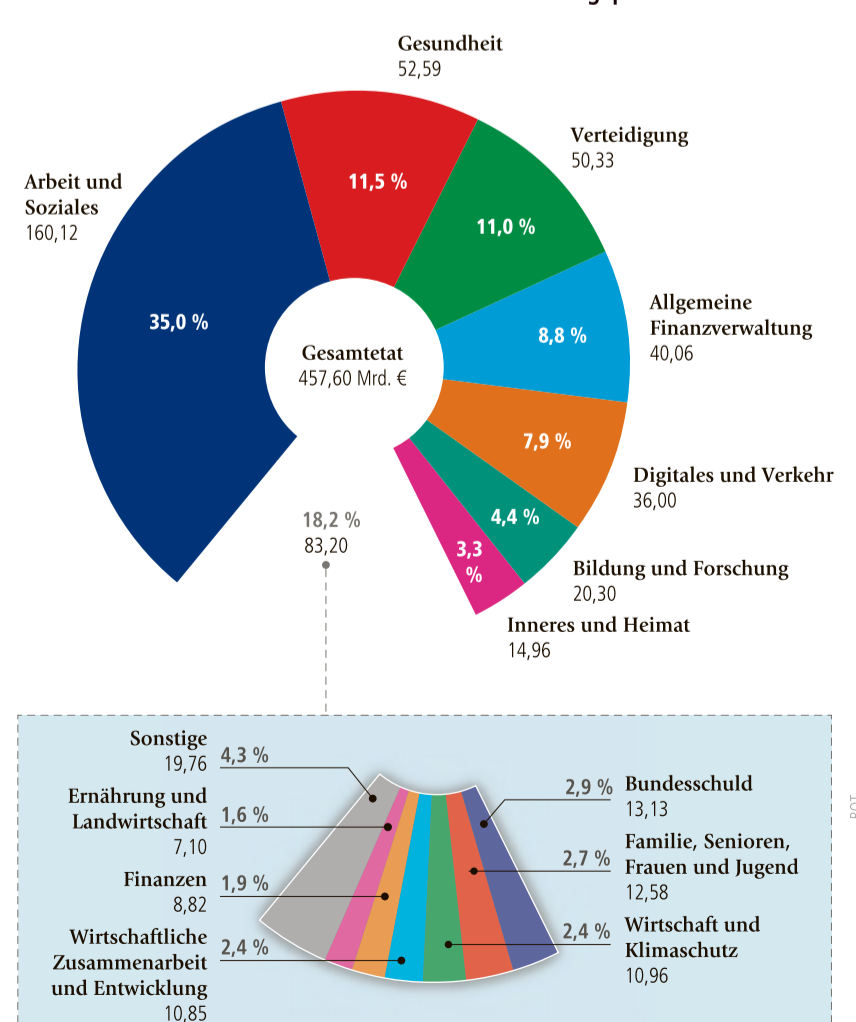
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2022 in 1.000 €	Veränderungen zu 2021 in 1.000 €	2022 in 1.000 €	Veränderungen zu 2021 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	44.890	+ 240
02 Deutscher Bundestag	1.824	+ 45	1.103.184	+ 43.429
03 Bundesrat	21	- 65	35.293	- 5.896
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	103.502	+ 100.000	3.697.126	- 950.591
05 Auswärtiges Amt	147.789	- 53.000	6.570.000	+ 268.272
06 Bundesministerium des Innern und Heimat	802.575	- 393.046	14.955.012	- 3.502.702
07 Bundesministerium der Justiz	644.777	+ 20.000	934.998	- 22.463
08 Bundesministerium der Finanzen	622.489	+ 2.043	8.824.993	+ 82.653
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	731.920	+ 266.825	10.959.417	+ 685.883
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	81.7043	+ 1.323	7.104.821	- 571.255
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.763.076	- 50.238	160.118.232	- 4.802.248
12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr	7.976.453	- 108.926	36.000.000	- 5.354.472
14 Bundesministerium der Verteidigung	710.797	+ 450.000	50.334.673	+ 3.404.661
15 Bundesministerium für Gesundheit	104.518	+ 1.827	52.594.536	+ 2.698.113
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	822.448	- 30.530	2.191.963	- 465.095
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	199.048	-	12.581.703	- 624.888
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	35.910	- 1.260
20 Bundesrechnungshof	2.221	- 1.704	172.905	+ 4.023
21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	-	43.243	+ 11.706
22 Der Unabhängige Kontrollrat	-	-	12.375	+ 7.685
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	747.834	- 54.691	10.853.893	- 1.571.788
25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	265.727	+ 265.727	4.929.279	+ 4.929.279
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	41.251	+ 975	20.300.000	- 519.427
32 Bundesschuld	101.406.209	- 139.890.785	13.134.625	- 2.138.971
60 Allgemeine Finanzverwaltung	340.421.048	+ 24.346.055	40.064.478	- 106.733.053
SUMME	457.597.549	- 115.128.165	457.597.549	- 115.128.165

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1000

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2022

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1000 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

Modernisierung und Digitalisierung sind laut Bundesverkehrs- und Digitalminister Volker Wissing (FDP) die Kernbe- griffe des vorgelegten Haushaltsansatzes – und zugleich seine beiden Dauerbaustellen. Heute müsse dafür gesorgt werden, dass die Mobilität der Zukunft attraktiv und klimafreundlich sei und Infrastrukturprojekte schneller vorankämen, betonte Wissing vergangene Woche im Bundestag. Auch deswegen würden 9,4 Milliarden Euro in die „klimafreundliche Schiene, deutlich mehr als in die Straßen“ investiert, sagte der Minister. Auch der ÖPNV und der Radverkehr werde „auf Rekordniveau“ unterstützt und die Elektromobilität vorange- trieben. Sein Etatansatz (Einzelplan 12, 20/1000) biete Verlässlichkeit in unsiche- ren Zeiten, in denen durch den Ukraine- Krieg „gigantische Herausforderungen“ da- zu gekommen seien, sagte Wissing – zwei Tage bevor der Koalitionsausschuss der Ampel umfangreiche Entlastungen für die Bürger wie etwa ein 90 Tage ÖPNV-Mo- natsticket für neun Euro ankündigte. Zusätzlich zu den dringenden Investitio- nen in den Erhalt der Verkehrsinfrastruk- tur, ein „Generationenvertrag“ laut Wising, hat der Minister auch eine Liste an Digitalisierungsversäumnissen abzarbei- ten. Man wolle gezielt fördern, kündigte Wissing etwa mit Blick auf die Gigabit- Strategie (bis 2030 Glasfaseranschlüsse in jedem Haus und der neuste Mobilfunk- standard) an. Die Zuständigkeit und die Fördertöpfe für Digitalisierungsvorhaben bleiben aber auch weiterhin über verschie- dene Ressorts verstreut. „Da muss mehr Tempo kommen“, betonte auch Haushalts- politiker Frank Schäffler (FDP). Der Einzelplan 12 des Haushalts ist tradi- tionell der größte Investitionshaushalt des Bundes. Wissing stehen in 2022 mit 36 Milliarden Euro weniger Mittel (-12,9 Pro- zent) als seinem Amtsvorgänger für 2021 zur Verfügung. Die Investitionen sollen laut Planung 21,82 Milliarden Euro (Soll 2021: 25,28 Milliarden) betragen. Auf die Bundesfernstraßen entfallen Ausgaben von 12,54 Milliarden Euro, für die Bundes- schienenwege sind 9,54 Milliarden Euro vorgesehen. Für die Förderung des Schie- nenverkehrs sind 1,1 Milliarden Euro in den Etat eingestellt (2021: 3,05 Milliarden Euro). Eine Milliarde Euro soll wie im ver- gangenen Jahr bereitgestellt werden, um die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verbessern.

Gigabit- und Mobilfunkausbau Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur stehen im laufenden Jahr mit 456,16 Millionen Euro (Soll 2021 1,19 Milliarden) deutlich



Mehr Geld für Moore, Wälder und Auen

Umwelt Kritik an sinkendem Etat, Lemke verspricht Mittel aus dem Klimafonds

Flüssiggas aus Katar, Waffenlieferungen, Aufstockung des Wehretats: Seit Putins Truppen die Ukraine überfallen haben und Deutschland unabhängig werden soll von russischen Gasimporten, mussten Bündnis 90/Die Grünen wieder und wieder Grund- überzeugungen hinterstellen. Doch in der Plenardebatte am vergange- nen Dienstag über den Einzelplan 16 des Bundeshaushalts (20/1000), verteidigte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) strikt verbliebene rote Linien: Der Krieg stelle zwar Gesellschaft und Wirt- schaft vor „existenzielle Herausforderungen“, aber Klimakrise und Artensterben seien auch „Krisen, die existenziell für die Menschheit sind“, betonte sie. Klima- schutz- und Artenschutzziele „über Bord“ zu werfen und etwa wieder in die Atom- kraft einzusteigen, könne also nicht die Antwort sein. Letzteres eine Forderung, die Abgeordnete von AfD und Union später je- doch in der Debatte erneuerten. „Deutsch- land mache die dümmste Energiepolitik der Welt“, befand etwa Wolfgang Wiehler (AfD), und Christian Hirte (CDU) forderte angesichts der „prekären Gasversorgung“, „vorurteilsfrei“ zu prüfen, welche Mög- lichkeiten es gebe, Kohle und auch Kernkraft weiter zu nutzen. Die Technologie sei hochriskant und ver- längere die Abhängigkeit von Rohstoffim- porten wie etwa Uran für Brennelemente, entgegnete die Ministerin, die auch für die nukleare Sicherheit zuständig ist, und erteilte damit Laufzeitverlängerungen wie schon vorher Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) eine Absage. In der Energie- wie auch in der Umweltpolitik

Schweres Erbe

DIGITALES UND VERKEHR Minister Wissing verteidigt sein Vorhaben von „Modernisierung und Digitalisierung“. Die Opposition kritisiert fehlendes Tempo



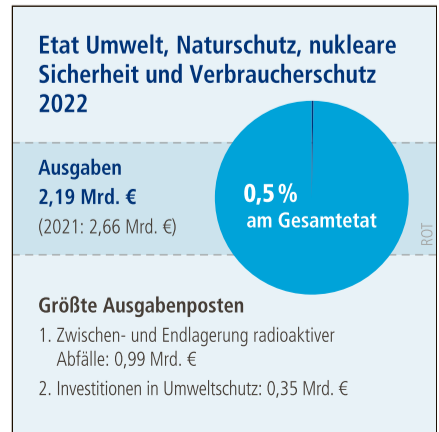
Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sprach mit Blick auf die anstehenden Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur wie etwa in die Anbindung an Glasfaseranschlüsse von einem „Generationenvertrag.“

weniger Ausgaben zur Verfügung. Grund für das Schrumpfen ist das Nutzen von Ausgabereisen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aus den Vorjahren. Allerdings ist auch ein Sondervermögen Digitale Infra- struktur (Einzelplan 60), mit dem unter anderen Gigabit- und Mobilfunknetze ausgebaut werden sollen und in das in diesem Jahr aus dem Bundeshaushalt mehr als 2,6 Milliarden Euro fließen sol- len, vorgesehen. Starke Kritik an den Plänen des Liberalen kam aus den Reihen der Unionsfraktion: Reinhard Brandl (CSU) fragte, warum das angekündigte Digitalbudget nicht im Haushalt stehe. Hinsichtlich der Förder- programme sagte er zu Wissing: „Geben Sie mehr Gas, würgen Sie den bestehenden Fördermotor nicht ab.“ Das Ministerium vergeude zu viel Zeit mit Eckpunkten, Stra- tegien und neuen Förderinstrumenten und -verfahren. Der erste von der Ampel geför-

derte Glasfaseranschluss werden „frühes- tens Ende 2023“ ans Netz gehen, prophe- zeite er. Für die AfD-Fraktion kritisierte Marcus Bühl, dass die „Steuerschrauben“ in Deutschland unbüherlich angezogen blie- ben. Er plädierte, die Pendlerpauschale zu erhöhen und die CO2-Abgabe abzuschaf- fen. „Treibstoffe müssen finanzierbar blei- ben.“ Mit Blick auf „Tausende marode Brü- cken“ müsse die Substanzerhaltung der In- frastruktur auch 2022 im Fokus stehen.

Vorgängerregierung Dass dies nötig sei, habe viel mit den „nicht gemachten Haus- aufgaben“ der Vorgängerregierung zu tun, sagte Paula Piechotta (Grüne). Die vielen parallelen Krisen führten dazu, dass nun ein Kraftakt nötig sei, denn diese spielten sich alle im Bereich der Verkehrsinfrastruk- tur ab. Die Infrastruktur sei mitentscheid- end dafür, ob die diversen Krisen gut ge- löst werden können oder nicht.

Skudely (FDP) betonte, die Regierung ha- be mit diesen vier Millionen einen „dicken Stein ins Wasser geworfen“. Die Ampel werde „effizient und effektiv“ damit umgehen. Die für das Programm „Reparieren statt wegwerfen“ eingeplanten 19 Millionen Euro nützten Umwelt und Wirtschaft. Michael Thews (SPD) betonte das Ziel, den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft zu be- schleunigen: Die stärkere Nutzung von re- cyclen Rohstoffen helfe schließlich, die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Rohstoffimporten zu verringern. Heftige Kritik übte hingegen Amira Moha- med Ali (Linke) an dem Etatentwurf: Vor allem die für die Verbraucherpolitik vorge- sehenen 41 Millionen Euro seien viel zu knapp bemessen. Um Verbraucher vor der Übermacht großer Konzerne besser zu schützen, brauche es mehr Geld – für Kon- trollbehörden, Verbrauchzentralen und Schuldnerberatungen. *Sandra Schmid*



Victor Perli (Linksfraktion) sprach von ei- nem „ambitionslosen Haushaltsentwurf“, der weder sozial gerecht noch klima- freundlich ausgestaltet sei. „Warum gibt es kein Sondervermögen für Bus und Bahn?“, fragte Perli den Minister. Die Behauptung, dass mehr in die Schiene als die Straße in- vestiert werde, sei ein „Taschenspielertrick“, da die Planungskosten herausgerechnet worden seien, monierte Perli. Unterstützung für Wissing Pläne kam vom sozialdemokratischen Koalitionspartner: Metin Hakverdi (SPD) sagte, der men- schengemachte Klimawandel sei zurecht ein gewichtiges Thema im Haushaltsan- satz: „Wir müssen über unser Mobilitäts- verhalten, Antriebstechniken und den Energiebedarf ganz neu denken.“ Klar sei, dass die Energiepreise nicht „die neuen Brotpreise“ werden dürfen und dass Mobi- lität für alle Einkommensgruppen bezahl- bar bleiben müsse. *Lisa Brüßler*

Sozialwohnungen stehen im Fokus

BAUEN Ministerin Klara Geywitz will für mehr bezahlbare Wohnungen sorgen

Knapp die Hälfte ihres Etats will Bundes- bauministerin Klara Geywitz (SPD) im kommenden Jahr für den Bau von Sozial- wohnungen ausgeben. Der Bund förde- re den Bau von 100.000 solcher Wohnun- gen in diesem Jahr mit zwei Milliarden Euro, sagte sie. Insgesamt werde die Regie- rungskoalition aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP für den Sozialwohnungs- bau 14,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026 zur Verfügung stellen. „Das Bauen und das Wohnen sind Themen, die Millio- nen Menschen direkt betreffen und berü- hren“, so Geywitz. Insgesamt sollen dem seit 1998 erstmals wieder eigenständigen Mi- nisterium Mittel in Höhe von 4,93 Milliar- den Euro bereitgestellt werden, nachzule- sen im Einzelplan 25 des Haushaltsent- wurfs (20/1000) der Bundesregierung.

„Königin ohne Land“ Die CDU/CSU- Fraktion ließ kein gutes Haar an den Plä- nen der Ministerin, nannte Geywitz „eine Königin ohne Land“, weil ihr Haus weder die Finanzhoheit noch die Kontrolle über Gesetze habe, „beides befindet sich in der Hand der FDP“, sagte Ulrich Lange (CDU/ CSU). Der nun vorgelegte Haushalt bilde weder die gestiegenen Preise für Bauflä- chen und Baumaterial noch den Fachkräf- temangel ab, so seine Kritik. Langes Koll- egin Mechthild Heil (CDU/CSU) wies da- rauf hin, dass die Städtebauförderung 2021 durch den damaligen Finanzminister Olaf Scholz bei 790 Millionen Euro eingefroren worden sei. „Und die Ministerin hat es nicht für nötig befunden, das zu ändern“, sagte Heil. Das konnte die SPD-Fraktion so nicht stehen lassen. Der Abgeordnete Uwe

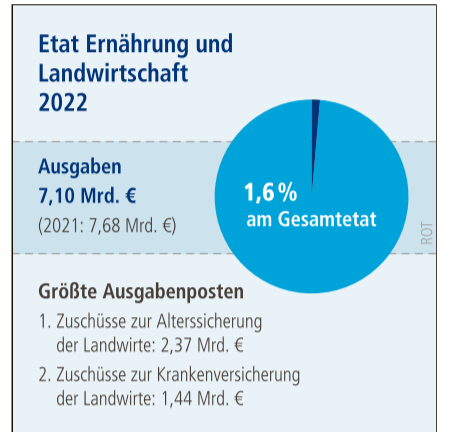
Minister Özdemir soll mehr Mittel bereitstellen

AGRAR Ernährungssicherheit bestimmt Etat-Debatte

Weltweite Hungersnöte verhindern und die Lebensmittelsicherheit in Deutschland ga- rantieren – um diese Themen ging es in der Debatte über den Etat für das Bundesmi- nisterium für Landwirtschaft und Ernäh- rung (BMEL) in der vergangenen Woche im Bundestag. „Ernährungs- und Agrarpoli- tik ist Sicherheitspolitik“, mit diesen Wor- ten führte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) die La- ge vor Augen, die mit dem Überfall Rus- lands auf die Ukraine eingetreten sei. „Der Krieg wird Auswirkungen auf Deutschland haben“, sagte Özdemir bei der ersten Le- sung des Etatentwurfs für sein Ressort (20/1000). In der Debatte betonten Redner aller Fraktionen, mit Ausnahme der AfD, die Notwendigkeit einer Reaktion auf die aktuelle Lage, aber auch die Notwendigkeit an einer stärkeren ökologischen Ausrich- tung der Landwirtschaft festzuhalten. Der Gesamtetat für das Landwirtschafts- ministerium sieht 7,1 Milliarden Euro vor, im Jahr 2021 waren Mittel in Höhe von 7,68 Milliarden Euro vorgesehen. Erneut bilden die Mittel für die landwirtschaftliche Sozia- lversicherung mit 3,95 Milliarden Euro den größten Anteil, allerdings sind 100 Millionen Euro weniger für die Alters- versicherung der Landwirte vorgesehen und 77 Millionen Euro weniger für die landwirtschaftliche Unfallversicherung als 2021. Josef Rief (CDU) kritisierte die geplanten Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Er führte an, dass für die landwirtschaftlichen Betriebe die Bei- träge für die Unfallversicherung um 14 Prozentpunkte stiegen, würde der Ent- wurf des Agrarretats umgesetzt. Auch von Seiten der SPD gab es zu diesem Thema Kritik. Esther Dilcher (SPD) erin- nerte aber daran, dass die Kürzung in der Unfallversicherung noch von Özdemirs Vorgängerin Julia Klöckner (CDU) angesto- ren worden sei. Darüber müsse „noch ein- mal diskutiert werden“, sagte Dilcher.

Geringere Tierbestände Sebastian Schä- fer (Bündnis 90/Die Grünen) betonte die Notwendigkeit des Umbaus der Nutztier- haltung mit „deutlich weniger Tieren in der Landwirtschaft“. Für den Umbau der Ställe stehe ab 2023 eine Milliarde Euro im Haushalt, davon sollten die Landwirte Ge- brauch machen und die Regierung bei Be- darf „die Zahlung von Fördermitteln aus- weiten“. Vor einer Reduzierung der Tierbe- stände und dem Festhalten an Flächenstil- legungen warnte Karlheinz Busen (FDP). In Frankreich gehe man „den richtigen Weg“, indem man sich von den Vorgaben wie der Flächenstilllegung verabschiedet habe. Auf diesen Flächen müssten nicht nur Futtermittel angebaut werden, sondern auch der Einsatz von Pflanzenschutzmit- teln erlaubt werden, so die Forderung. „Är- mere Länder sind durch den Krieg in der Ukraine massiv von Hunger bedroht, eine Verknappung von Lebensmitteln können wir uns nicht leisten“, sagte Busen. Die Diskussion um eine Aufhebung der Flächenstilllegungen ab 2023 wurde leb- haft geführt. Minister Özdemir hält an sei- nem Ziel, eine nachhaltigere Landwirt- schaft mit der Ernährungssicherheit in Ein-

klang zu bringen, fest. „Ich ziehe es vor, auf die Zwischentöne zu hören“, sagte Öz- demir und begründete damit seine Ent- scheidung, ökologische Vorrangflächen ledi- glich für den Anbau von Futtermitteln zu nutzen und nicht, wie von der EU-Kom- mission eingeräumt, für den Anbau aller landwirtschaftlichen Kulturen. Als neuer Posten wurde die Honorierung der Ökosystemdienstleistungen des Waldes mit 200 Millionen Euro in den Entwurf eingeführt. Niklas Wagener (Bündnis 90/ Die Grünen) betonte die „Ökosystembilanz des Waldes“ und wies auf die regiona- le Wertschöpfung auf dem Holzmarkt hin. Es sei wichtig, dass die Bundesregierung daran festhalte und sie intensiviere.



Auf grundsätzliche Zustimmung stieß die mit 51 Millionen Euro veranschlagte Sum- me für die Digitalisierung in der Landwirt- schaft. Peter Felser (AfD) begrüßte, dass auch ein Budget für Künstliche Intelligenz geplant sei. Bemängelt wurden „die fehlen- den Soforthilfen“. Während EU-Länder wie Frankreich, Österreich und Polen Förder- gelder für die Landwirte bereitstellten – „Frankreich hat den Landwirten ein Steu- ersenkungsprogramm in Höhe von 460 Millionen Euro für 2022 angekündigt“ –, sehe der Etat des Bundeslandwirtschafts- ministers sogar eine Kürzung der Sozialaus- gaben für Landwirte in Höhe von 77 Millio- nen Euro vor. Die Fraktion Die Linke bemängelte nicht nur die Kürzungen bei den Sozialausgaben im Etat. „Im Januar hat Minister Özdemir eine flammende Rede zur Zukunft der Landwirte gehalten, leider sind nur 3,3 Milliarden Euro für die Gestaltung ü- briggelassen“, sagte Ina Latendorf (Die Linke). Sie kritisierte, dass „für Rüstungs- projekte 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, doch für die Ernährungssicherheit sind nicht mal zehn Prozent der Mittel ein- geplant“. Auch die Kürzung der Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Räumen auf 52 Millionen Euro sei „blanker Hohn“. Mit dem Entwurf des Einzelplans 10 wird sich nun der Haushaltsausschuss befassen, bevor der Bundestag voraussichtlich Mitte des Jahres darüber beschließen kann. Mi- nister Özdemir gab zu bedenken, wie wichtig eine „Ernährungsstrategie“ sei, und er hoffe dass die Haushälter das in ihren Entscheidungen berücksichtigen werden. *Nina Jeglinski*



Schmidt lobte die Städtebauförderung. Mit Schwimmbädern, Quartiersmanagement und Spielplätzen werde „soziale Integri- on“ gelingen, was für die Entwicklung und das Zusammenleben „wichtig und richtig“ sei. Schmidt betonte jedoch, dass der Er- werb von Wohneigentum auch „Bevölke- rungsteilen mit geringem und mittlerem Einkommen möglich sein muss“. Das solle die Bundesregierung in den nächsten Jah- ren stärker in den Blick nehmen. Dem konnte sich Torsten Herbst von der FDP-Fraktion nur anschließen und verwies darauf, dass Wohneigentum nicht nur eine sichere Geldanlage sei, sondern auch eine gute Altersvorsorge darstelle. „Leider trägt Deutschland bei der Wohneigentums-Quote im EU-weiten Vergleich die rote Laterne, das muss sich ändern“, forderte Herbst. Zu- dem habe sich das Bauen in den letzten 20 Jahren immer weiter verteuert, was auch an den vielen „zusätzlichen Vorschriften

liegt“. „Wohnen ist kein Luxus, sondern ein existenzielles Bedürfnis“, sagte Herbst. Roger Beckamp von der AfD-Fraktion warf der Bundesregierung vor, „Menschen mit mittlerem Einkommen“ komplett aus den Augen verloren zu haben. Schwerpunkte in dem Haushaltsentwurf des Ministeriums von Klara Geywitz seien Ausgaben für Ge- ringverdiener, „Wohngeld und Sozialwoh- nungen bekommt die Mehrheit nicht“, so der Vorwurf. Die Förderung von bezahlba- ren Wohnungen oder gar eine Eigenheim- förderung sehe der Entwurf nicht vor. **Klimagerecht und sozial** Dem wider- sprach Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) vehement. Diese Regierung sei die erste, die sich für „das soziale und das kli- magerechte Wohnen einsetzt“, so Au- dretsch. Jedes Bauprojekt müsse in Zukunft unter diesen beide Gesichtspunkten ent- stehen. Wie wichtig das sei, zeige nicht zu- letzt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. „Wir müssen uns von der Roh- stoffabhängigkeit von Ländern wie Rus- sland befreien“, sagte Audretsch. Victor Perli von der Fraktion Die Linke gab zu bedenken, dass die Politik „dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum“ sorgen müsse. Dazu sei das Vorverkaufsrecht nur ein Mittel, es fehlten jedoch Gelder zum Aus- bau von Wohnungsbaugenossenschaften. Durch die steigenden Bodenpreise werde der Wohnungsbau „in Städten wie Mün- chen oder Berlin unbezahlbar“. Die Baum- inisterin habe es in diesem Zusammenhang jedoch versäumt, die Zuständigkeit für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) zu bekommen. *Nina Jeglinski*



Verbeugen für das Gas: Für seine Reise nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate musste sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (links) Kritik der Opposition gefallen lassen.

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

Teure Unabhängigkeit

WIRTSCHAFT Die Energieversorgung dominiert die Debatte um den Etat von Minister Habeck

Selten war Wirtschaftspolitik international so heikel wie nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine. So ist es auch kaum noch ungewöhnlich, dass ein Wirtschaftsminister seine Rede zur Haushaltsplanung mit einem Freiheitsappell beendet: „Für die Ukraine, für die Freiheit“ sagte Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) am Donnerstag bei der Debatte über den Haushaltsentwurf für das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Rund elf Milliarden Euro sind für sein Haus für das Jahr 2022 eingeplant, hinzu kommt aber noch das Sondervermögen des Energie- und Klimafonds in Höhe von 200 Milliarden Euro bis 2026 (siehe Text unten rechts). Vor genau einem Jahr sei das „wegweisende“ Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz ergangen. Es habe sich mit dem Satz „Wer das Klima schützt, schützt die Freiheit“ zusammenfassen lassen, so Habeck. Ein Jahr später müsse man es aber übersetzen in: „Wer darum kämpft, sich von den fossilen Energien freizumachen, der kämpft für die Freiheit.“

»Wie können wir ohne russische Importe über den Winter kommen?«

Andreas Jung, (CDU)

Es sei „bitter“, dass man noch nicht in der Lage sei, ein sofortiges Embargo auf Kohle, Öl und Gas aus Russland zu verhängen, räumte Habeck ein. Doch Deutschland befreie sich gerade in einer großen Geschwindigkeit von der Abhängigkeit von russischen fossilen Energien.

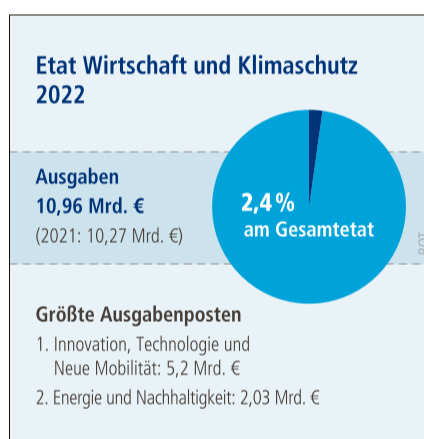
Andreas Jung (CDU) stimmt dem Minister in der Forderung nach Unabhängigkeit bei der Versorgung zu und fordert einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Seine Fraktion begrüße die vom Wirtschaftsministerium angekündigten Oster- und Sommerpakete für die Transformation der Energiewirtschaft, fordere aber auch ein „Winterpaket“. Es gelte zu klären, „wie wir ohne russische Importe über den Winter kommen können“, sagte Jung.

Seine Fraktion erwarte zudem, dass der Weiterbetrieb der verbleibenden Kernkraftwerke „ergebnisoffen und ohne Vorfestlegung“ geprüft werde. Es müsse zudem mehr getan werden, um die hohen Belastungen von Bürgern und Betrieben abzufedern, sagte Jung. Kurz nach der Debatte im Bundestag stellte die Regierung am vergangenen Donnerstag das nächste geplante

Entlastungspaket zur Kompensation der hohen Energiepreise vor. Nach Bekanntwerden der Pläne kritisierte unter anderem der bayrische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), dass im Rahmen der Verhandlungen zum Paket nicht über eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke diskutiert worden sei.

Der Sozialdemokrat Frank Junge sagte bei der Haushaltsdebatte im Bundestag, er sehe in dem Etat nicht nur ein Mittel, mit dem man die „äußere, innere und die soziale Sicherheit“ gewährleisten könne. Der Haushaltsplan eröffne zudem ein „Jahrzehnt der Investitionen“. In noch nie dagewesener Höhe investiere man in den Klimaschutz und in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Mit dem Aufbau von LNG-Terminals und dem Ausbau der erneuerbaren Energien habe man die Chance, sich der „verheerenden Preissteigerungsspirale zu entziehen, unter der wir gegenwärtig alle leiden“, führte Junge aus.

Wolfgang Wiehle (AfD) bezeichnet die Politik der Bundesregierung als „dramatische Selbstüberschätzung“, die Land, Bürger und Wirtschaft gefährde. Die „hektischen“ Sanktionen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine zeigten eine Überschätzung dessen, was Deutschland aushalte, so Wiehle: „Das sehen wir jeden Tag an den Zapfsäulen.“ Der AfD-Politiker ging zudem auf die Verhandlungen Habecks über Gas-



lieferungen aus Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein und sagte, die dortigen Regenten seien „genauso wenig lupenreine Demokraten wie Herr Putin“. Für die FDP bewertete Karsten Klein es als „kraftvolles Zeichen“, dass die Regierung in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit bereits mehrere Maßnahmen zur Entlastung der Bürger und Unternehmen auf den Weg gebracht habe. Das jüngste Paket sieht unter anderem eine Energiepreispauschale, die zeitweise Senkung der Energiesteuer für Kraftstoffe, einen Kinderbonus und ein verbilligtes Nahverkehrsticket für alle vor. Diese Entscheidungen zeigten, so Klein, dass man in einer extremen Krisensituation

handlungsfähig sei. Als einen weiteren wichtigen Posten des Etats bezeichnete der Liberale zudem die geplanten Ausgaben für die Luft- und Raumfahrt. Man brauche einen zum unabhängigen Zugang zum Weltraum, so Klein.

Victor Perli (Linke) sagte, bei den Gasgeschäften mit Katar ersetze man „einen Despoten durch einen anderen“. Man müsse weg von solchen Partnerschaften, doch genau das leiste der Haushaltsentwurf nicht. Perli bezeichnete die angesprochenen Entlastungspakete der Bundesregierung als ein „Päckchen“: „Das reicht nicht.“ Die Energiekonzerne zockten in den Wochen des Krieges „besonders ab“. Es brauche eine Sondersteuer, die diese Gewinne abschöpfe, forderte der Linke-Abgeordnete.

Felix Banaszak (Bündnis 90/Die Grünen) befand, dass man sich in der Vergangenheit geopolitisch falsch entschieden habe. Es gelte nun, das zu ändern. „Jedes Windrad, das wir aufstellen schützt unser Klima und schützt unsere Freiheit“, sagte Banaszak. Mit jedem Solarpanel, das man montiere, werde man unabhängiger von Kohle, Gas und Diktatoren. In einer Situation, in der sich die ökologischen und ökonomischen Krisen derart zuspitzen, müsse ein Bundeshaushalt Antworten auf diese Herausforderungen geben, so der Grüne. Soweit das möglich sei, tue es dieser Haushaltsentwurf

Elena Müller

KURZ NOTIERT

Gremium zur Geheimdienst-Kontrolle eingesetzt

Der Bundestag hat vergangene Woche gegen die Stimmen der CDU/CSU bei Enthaltung der AfD-Fraktion das neue Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) eingesetzt und zugleich dessen Mitgliederzahl auf 13 festgelegt. Das Parlament folgte damit einem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/1116). Ein Änderungsantrag der Unions-Fraktion (20/1126), die Zahl der Mitglieder des Gremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste auf elf zu begrenzen, fand keine Mehrheit. Die SPD-Fraktion ist im PKGr mit vier Abgeordneten vertreten, die CDU/CSU mit drei. Die Grünen- und die FDP-Fraktion stellen jeweils zwei Mitglieder. Die von der AfD- und der Linksfraktion als Mitglieder vorgeschlagenen Abgeordneten Joachim Wundrak (AfD) und André Hahn (Linke) verfehlten die erforderliche absolute Mehrheit. **sto**

AfD-Fraktion scheitert mit Klage gegen Nicht-Wahl

Die AfD-Fraktion ist vor dem Bundesverfassungsgericht mit ihrer Klage gegen die Nicht-Wahl ihrer Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten gescheitert. In einem am vergangenen Dienstag veröffentlichten Beschluss (2 BvE 9/20) wiesen die Karlsruher Richter der Antrag einstimmig als „offensichtlich unbegründet“ zurück. Demnach wurde die Fraktion mit der Nicht-Wahl unter anderem „nicht in ihrem Recht auf formal gleiche Mitwirkung an der parlamentarischen Willensbildung“ verletzt, führt das Gericht aus. Der in der Geschäftsordnung für jede Fraktion vorgesehene Vizeposten stehe laut Artikel 40 Absatz 1 Satz Grundgesetz „unter dem Vorbehalt der Wahl durch die Abgeordneten“, heißt es in den Leitsätzen. Diese Wahl sei frei. Von der AfD-Fraktion geforderte prozedurale „Vorkehrungen zum Schutz vor einer Nichtwahl aus sachwidrigen Gründen“ schieden daher aus. In der 19. sowie der laufenden Wahlperiode hatte keiner von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten in diversen Wahlgängen die erforderliche Mehrheit erhalten. Auch einen weiteren Antrag eines einzelnen AfD-Abgeordneten zum Vorschlagsrecht bei der Vizewahl lehnten die Richter als unbegründet (2 BvE 2/20) ab. **scr**

Wahlen zu verschiedenen Gremien abgehalten

Der Bundestag hat am Donnerstag die Mitglieder verschiedener Gremien gewählt. Einstimmig angenommen wurden die gemeinsamen Vorschläge von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD (20/1124) zur Wahl der Mitglieder des Eisenbahninfrastrukturbeirats. Das Gremium berät die Bundesnetzagentur bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und der Erstellung ihres Tätigkeitsberichts. Einstimmig angenommen wurden zudem die Wahlvorschläge von SPD und Union (20/1130) zur Wahl der Mitglieder des Beirats für die grafische Gestaltung der Sonderpostwertzeichen sowie die Wahlvorschläge von SPD, Union, Grünen und FDP (20/1129) zur Wahl der Mitglieder des Beirats zur Auswahl von Themen für die Sonderpostwertzeichen ohne Zuschlag. Der Bundestag wählte zudem die Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Dafür hatten SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP und AfD Wahlvorschläge unterbreitet (20/1131), die einstimmig angenommen wurden. **scr**

Lindner-Etat stagniert

FINANZEN Kräftiger Zuwachs beim ITZBund

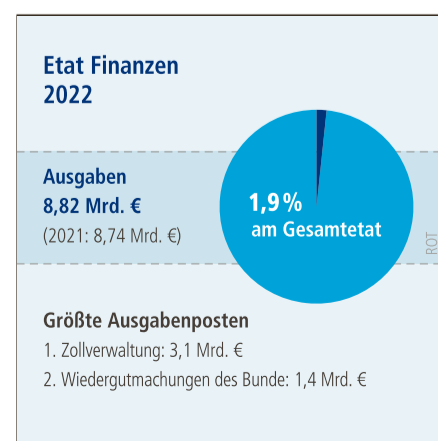
Im Geschäftsbereich des Ministeriums von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sind laut dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 (20/1000, Einzelplan 08) in Summe kaum Veränderungen eingeplant. Die Ausgaben sollen mit 8,8 Milliarden Euro um 83 Millionen Euro höher ausfallen als im Vorjahr. Mit 4,4 Milliarden Euro (2021: 3,7 Milliarden Euro) stellen die Personalausgaben den mit Abstand größten Ausgabenposten dar. In diesem Jahr sollen in dem Geschäftsbereich zudem Einnahmen in Höhe von 622,5 Millionen Euro (Soll 2021: 620,5 Millionen Euro) erzielt werden.

Der höchste Etat-Ansatz ist für die dem Geschäftsbereich zugeordnete Zollverwaltung (3,1 Milliarden Euro) vorgesehen. Das sind rund 147 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Mit einem Plus von rund 254 Millionen Euro sollen die mit 2,2 Milliarden Euro veranschlagten Personalausgaben deutlich ansteigen. Bei den Investitionsausgaben soll der Ansatz hingegen um 122 Millionen Euro auf rund 220 Millionen Euro sinken.

Kräftig steigen soll der Etat des Informationstechnikzentrums Bund (ITZBund). Laut Entwurf sollen der Behörde in diesem Jahr 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das sind rund 283 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Im Etat des Bundesministeriums sind Ausgaben in Höhe von rund 306 Millionen Euro vorgesehen. Damit steigt der Ansatz um rund 26,5 Millionen Euro.

Ein wesentlicher Ausgabenposten im Einzelplan sind Wiedergutmachungen des Bundes. Sie sollen mit 1,4 Milliarden Euro um rund 27 Millionen Euro geringer ausfallen als im Vorjahr. 1,3 Milliarden Euro sind demnach für die „Entschädigung für Opfer der Nationalsozialistischen Verfolgung“ vorgesehen, der Großteil davon für den Titel „Abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen“ mit 1,2 Milliarden Euro. **scr**



Vorgaben für Gasspeicher

ENERGIE Bundestag beschließt Mindestfüllmengen

Die Regierung hatte es eilig, das Parlament wollte nicht bremsen, die Opposition – mit Ausnahme der AfD-Fraktion – zog mit: Der Bundestag hat am Freitag den Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen „zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen“ (20/1024) in einer vom Energie-Ausschuss geänderten Fassung angenommen. Die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP, Union und Linke stimmten dafür, die AfD-Fraktion enthielt sich.

Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (20/1145) zu dem Gesetzesentwurf wurde abgelehnt. Dafür stimmte die AfD-Fraktion, alle anderen dagegen.

Nach dem Willen der Regierung soll das Gesetz die Sicherheit der Gasversorgung in Deutschland zu jeder Zeit gewährleisten und die Abhängigkeit von Energieimporten vor allem aus Russland verringern. Es sieht feste Füllmengen zu bestimmten Stichtagen vor, nämlich 65 Prozent am 1. August, 80 Prozent am 1. Oktober, 90 Prozent am 1. Dezember und 40 Prozent am 1. Februar. Zudem sollen die Nutzer von Gasspeicheranlagen die von ihnen gebuchten Speicherkapazitäten auch wirklich befüllen, andernfalls werden sie ihnen entzogen und dem Marktgebietsverantwortlichen zur Verfügung gestellt. Marktgebietsverantwortlicher ist die Trading Hub

Europe GmbH, eine Tochtergesellschaft aller Gaspipeline-Betreiber in Deutschland. Die THE lässt die Speicher entweder von Marktakteuren im Wege einer Sonderauschreibung befüllen oder kauft selber Gas ein. So soll eine Hortung von Speicherkapazitäten vermieden und ein Anreiz geschaffen werden, die gebuchten Speicherkapazitäten zu befüllen.

Die Kosten, die dem Marktgebietsverantwortlichen zur Sicherung der Versorgung entstehen, sollen über eine bei den sogenannten Bilanzkreisverantwortlichen, zum Beispiel Energieversorgungsunternehmen, erhobene Umlage finanziert werden.

Die vom Ausschuss empfohlenen Änderungen betreffen den Ermessensspielraum des Marktgebietsverantwortlichen und die Höhe der Füllstandsvorgaben. Zudem soll das Ministerium eine Bewertung der Umsetzung bis zum 15. Dezember 2022 vornehmen, und eine Evaluierung der Auswirkungen bis zum 1. April 2023. Grundsätzlich wurden die Vorschriften befristet: Die gesetzlichen Regelungen zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen treten am 1. April 2025 außer Kraft. Beschlossen wurde auch die Neueinführung des §246 Absatz 14 des Baugesetzbuches, das die Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge aus der Ukraine erleichtern soll. **mis**

Klimafonds aufgestockt

SONDERVERMÖGEN 106 Milliarden für den EKF 2022

200 Milliarden Euro bis 2026 für die Energie- und mehr Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten vor allem aus Russland. Darauf hat sich Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) mit seinen Kabinettskollegen geeinigt. Ein Teil des Geldes kommt aus dem Haushalt (20/1000), ein weiterer aus dem Energie- und Klimafonds (EKF). Der Wirtschaftsplan 2022 für den EKF, ein Sondervermögen des Bundes, wurde zusammen mit dem Bundeshaushaltsplan vorgelegt. Er sieht für das laufende Jahr Einnahmen und Ausgaben von jeweils 106,81 Milliarden Euro vor (ein Plus von 4,12 Milliarden gegenüber 2021). Verpflichtungsermächtigungen sollen ausgebracht werden in einer Höhe von 67,4 Milliarden Euro, deren Fälligkeit zum Teil bis über das Jahr 2037 hinausgeht.

Der EKF finanziert sich aus Anteilen der Erlöse aus den Versteigerungen von Berechtigungen zum Ausstoß von Treibhausgasen im Rahmen des europäischen Emissionshandels (8,67 Milliarden/2021: 7,41 Milliarden Euro) sowie aus der CO2-Bepreisung im Rahmen des nationalen Emissionshandels (6,89 Milliarden Euro/2021: 2,75 Milliarden Euro). Darüber hinaus erhält der EKF eine Zuweisung aus dem Bundeshaushalt (5,85 Milliarden Euro/2021: 62,48 Milliarden Euro.)

Im Ausgabenbereich verringern sich Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) auf 8,63 Milliarden Euro/2021:15,80 Milliarden Euro; Ausgaben für Investitionen steigen auf 19,186 Milliarden Euro/2021:10,703 Milliarden Eur. Besondere Finanzierungsausgaben summieren sich auf 79 Milliarden Euro/2021: 76,20 Milliarden Euro.

Zu den Ausgaben Schwerpunkten im Energie- und Klimafonds gehören die Absenkung der EEG-Umlage auf Null zur Entlastung der Bürger und der Wirtschaft bereits zum 1. Juli 2022; Strompreiskompensationen zur Entlastung der Unternehmen von den Kosten durch den EU-ETS; die Reform der Gebäudesanierung hin zu Maßnahmen mit dem größten CO2-Einsparpotenzial; ein Umweltbonus zur Förderung der Elektromobilität und die Dekarbonisierung der Industrie und Wasserstoffstrategie.

Die Titel des Wirtschaftsplans werden durch das BMWK das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). **mis**

Kaum wurde der Schatten der Corona-Pandemie über dem Haushalt für Arbeit und Soziales etwas kleiner, da zieht mit dem Ukraine-Krieg ein neuer Schatten über dem Sozialetat, dem größten Einzelposten des Bundeshaushalts, auf. Dass man darauf nicht unvorbereitet sein dürfe, machten alle Abgeordneten in der Debatte über den Haushaltsplan des Bundesarbeitsministeriums am vergangenen Freitag deutlich. Doch der Verweis von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen auf das kürzlich vom Kabinett beschlossene Entlastungspaket und die Verlängerung des vereinfachten Zugangs zum Kurzarbeitergeld reichte der Opposition nicht.

Stephan Stracke (CSU) verwies auf die Herausforderungen, die mit der Ankunft tausender ukrainischer Flüchtlinge verbunden seien. Die Menschen bräuchten eine schnelle Integration in Kita und Schule, aber auch, wenn möglich, in den Arbeitsmarkt. Stracke betonte die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die sich schon jetzt in vielen Firmen bemerkbar machten. Das Kurzarbeitergeld allein werde nicht ausreichen, die Probleme zu lösen. Vor allem für energieintensive Betriebe brauche es weitergehende Lösungen als die von der Koalition geplanten Entlastungen.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte die Kürzungen im Haushaltsplan, vor allem bei der Grundsicherung. „Was verleitet Sie zu der Annahme, dass wir dort weniger Kosten haben werden? Der Bedarf wird steigen, denn die Rezession durch den Krieg wird kommen. Das sehen wir doch schon nach vier Wochen Krieg.“ Außerdem bezeichnete sie die „Rentenpolitik nach Kassenlage“ als „Fahren auf Sicht“. So spare die Bundesregierung immer noch nicht für kommende Kosten wie die Rentenlücke ab 2025, kritisierte die Abgeordnete.

Gesine Löttsch (Die Linke) nannte es „falsch“, die Ausgaben für Arbeit und Soziales zu kürzen. „Die Bundesregierung geht mit diesem Haushaltsentwurf von sinkenden Arbeitslosenzahlen aus. Aber in Anbetracht einer globalen Wirtschaftskrise und von Kriegen ist das mehr als fraglich. Hier muss also vorgesorgt und nicht gestrichen werden“, forderte Löttsch.

Sozialer Ausgleich Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) bezeichnete es als seine wichtigste Aufgabe, in diesen Krisenzeiten dafür zu sorgen, dass ein sozialer Ausgleich sichergestellt wird. „Gerade jetzt geht es darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Gerade jetzt geht es darum, dass sich alle auf soziale Sicherheit verlassen können“, sagte Heil. Stabilität durch sichere Arbeitsplätze, Abfederung der durch den Krieg entstehenden Folgen, Solidarität mit den Geflüchteten seien die Gebote der Stunde. „Diese Krise darf aber nicht missbraucht werden, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir dürfen nicht Rente gegen Rüstung gegeneinander ausspielen“, warnte der Minister.

Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die Zuschläge in der

Schon wieder Schatten

ARBEIT UND SOZIALES Der Minister warnt, Rente dürfe nicht gegen Rüstung ausgespielt werden. Die Opposition hält die Antworten der Regierung auf die aktuelle Krise für nicht ausreichend



Erst Corona, jetzt Ukraine-Krieg: Die Zeit bleibt herausfordernd für die Bundesagentur für Arbeit. © picture-alliance/dpa/Carsten Koall

Grundsicherung und die Energiekostenpauschale im Entlastungspaket. „Das ist das, was wir jetzt brauchen“, auch wenn er sich mehr Hilfen in der Grundsicherung gewünscht und die Spritpreisbremse so nicht umgesetzt hätte, betonte er. „Aber in einer solchen Krise kommt es darauf an, dass man Kompromisse findet. Zudem schaffen wir damit den Einstieg in ein Energiegeld“, sagte Audretsch.

Claudia Raffelhüschen (FDP) betonte: „Kein Einzelplan ist so relevant für fiskalische Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit wie dieser.“ Sie verwies auf die „höchste Steuerquote am Bruttoinlandsprodukt in unserer Geschichte“ und darauf, dass der Bund nun dennoch gezwungen sei, neue Schulden aufzunehmen. „Dabei darf es auf Dauer nicht bleiben“, warnte sie und forderte eine nachhaltige Haushaltsplanung, die „mit weniger Mitteln bessere Ergebnisse“ erziele.

Kathrin Michel (SPD) sagte: „Es muss unser Anspruch sein, alle mitzunehmen.“ Es sei existenziell, mit dem Kurzarbeitergeld

weiter eine Möglichkeit zu haben, auf die nach Corona nun neue Krise durch den Ukraine-Krieg reagieren zu können und die Risiken für Arbeitnehmer abfedern zu können. „Wir finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit“, sagte sie. Dafür brauche auch die Bundesagentur für Arbeit die finanziellen Mittel und dürfe keine Agentur der Schulden werden.

Geplante Ausgaben Der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales muss 2022 mit einem Rückgang von 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auskommen. Laut Haushaltsentwurf 2022 (20/1000) kann Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) in diesem Jahr 160,12 Milliarden Euro (2021: 164,92 Milliarden Euro) ausgeben. Die größten Posten sind Kosten für die Rentenversicherung und die Zuschüsse des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sieht der Entwurf insgesamt 116,15 Milliarden Euro (2021: 114,67 Milliarden Euro) vor.

Diese Summe setzt sich zusammen aus den Leistungen an die Rentenversicherung von 107,67 Milliarden Euro (2021: 106,23 Milliarden Euro). Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gibt der Bund 8,35 Milliarden Euro (2021: 8,3 Milliarden Euro) aus. Ebenfalls ein Schwergewicht sind die Kosten für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme: Dafür plant der Bund einschließlich eines Darlehens an die Bundesagentur für Arbeit 42 Milliarden Euro ein und damit deutlich weniger als 2021 (48,8 Milliarden Euro). 40,61 Milliarden Euro (2021: 45,03 Milliarden Euro) entfallen auf die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dazu gehören wiederum Leistungen in Höhe von 20,99 Milliarden Euro (2021: 23,7 Milliarden Euro) für das Arbeitslosengeld II. Für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sind 9,7 Milliarden Euro und damit deutlich weniger als im Vorjahr eingeplant (2021: 11,2 Milliarden Euro).

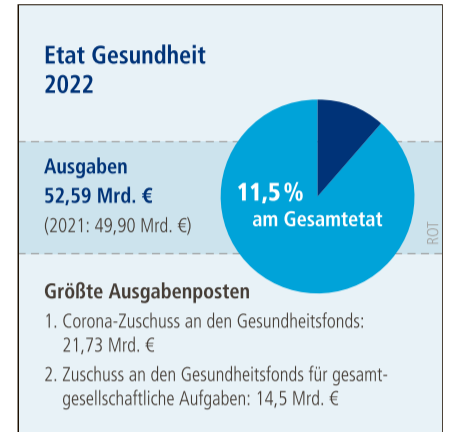
Claudia Heine

Lauterbach legt Rekordhaushalt vor

GESUNDHEIT Coronakrise prägt auch den Etat 2022

Zusätzliche Milliarden für Krankenhäuser, die Krankenversicherung, Tests und Impfstoffe: Die Corona-Pandemie hat weiter erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitsetat, der 2022 auf ein Rekordniveau von rund 52,6 Milliarden Euro steigt. Das sind rund 2,7 Milliarden Euro mehr, als für 2021 an Soll-Ausgaben vorgesehen ist, wie aus dem Haushaltsplan (20/1000) hervorgeht. Ein Vergleich macht die haushalterische Dimension der Coronakrise deutlich: Vor der Pandemie hatte der ursprünglich für 2020 geplante Etat nur einen Umfang von rund 15,31 Milliarden Euro. Seither sind viele Milliarden zusätzlich in die Gesundheitsversorgung geflossen. Die weitaus meisten Ausgaben im Gesundheitsetat entfallen traditionell auf staatliche Zuweisungen und Zuschüsse an den Gesundheitsfonds. Seit 2017 sind die Zuweisungen an den Gesundheitsfonds in Höhe von 14,5 Milliarden Euro gesetzlich festgeschrieben. Mit dem Geld werden Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben pauschal abgegolten, etwa Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft.

ter Karl Lauterbach (SPD) hat bereits angekündigt, dass der Beitrag steigen wird, ohne eine konkrete Zahl zu nennen. Die Corona-Pandemie prägte vergangene Woche die erste Beratung des Gesundheits-etats für 2022. Lauterbach warnte davor, die Pandemie abzuschreiben. „Es gibt keinen Freedom Day.“ Er ging auf die enormen Kosten für Impfstoffe, Bürgertests, Arzneimittel und Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser ein. Das Geld sei sinnvoll eingesetzt, es werde nicht verschwendet, versicherte er. Der Minister verwies auf künftige Belastungen. So sei damit zu rechnen, dass Long Covid in der Zukunft zu den wichtigsten



Krankenhäuser 2020 und 2021 sind die Zuschüsse bereits deutlich aufgestockt worden. Es bleibt zwar 2022 beim Bundeszuschuss in Höhe von 14,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen jedoch weitere Zahlungen des Bundes an den Gesundheitsfonds in Höhe von 21,7 Milliarden Euro wegen der Belastungen aus der Pandemie. Ferner sind 2022 Krankenhaus-Ausgleichszahlungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro veranschlagt. Viele Krankenhäuser stehen finanziell unter Druck, weil in der Coronakrise planbare Operationen verschoben und Intensivkapazitäten aufgestockt werden mussten. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) erklärte unlängst, die Erlös- und Liquiditätslage der meisten Häuser sei angespannt. Auch die Pflegeversicherung steht im Zeichen der Pandemie. So leistet der Bund 2022 eine Milliarde Euro als pauschale Beteiligung an den Pflegeaufwendungen. Hinzu kommt eine Milliarde als Corona-Prämie für die Pflegekräfte, deren genaue Ausgestaltung noch unklar ist. Im Bereich Prävention und Gesundheitsverbände hinterlässt die Pandemie ebenfalls Spuren im Etat. So sind 2022 Ausgaben in Höhe von rund 8,5 Milliarden Euro eingeplant, verglichen mit rund 14 Milliarden Euro für 2021. Knapp 1,9 Milliarden Euro sind als Zuschüsse zur Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs deklariert, rund 300 Millionen Euro zugunsten des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Am ÖGD wurde jahrelang gespart, bis mit der Corona-Pandemie die zentrale Bedeutung der Gesundheitsämter deutlich wurde. Seither wird investiert in Technik und Personal. Rund sechs Milliarden Euro sind im Etat für die Beschaffung von Corona-Impfstoffen eingeplant.

chronischen Erkrankungen zählen werde. Er warb daher nachdrücklich für die Impfung und eine allgemeine Impfpflicht. Tino Sorge (CDU) hielt der Bundesregierung eine chaotische Kommunikation in der Gesundheitspolitik mit widersprüchlichen Aussagen vor. Es gebe offensichtlich auch keine Einigkeit, wie mit der Finanzierungslücke in der GKV umgegangen werden solle. „Jedes einzelne Projekt der Ampel ist ein Flop.“ Die Ärztin Paula Piechotta (Grüne) schilderte die teils dramatischen Zustände im Klinikalltag und die enorme Belastung für das Personal. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen müssten sich verbessern, das Geld müsse gezielt für eine bessere Versorgung eingesetzt werden. Da sei in der Vergangenheit viel schief gelaufen. Auch Svenja Stadler (SPD) räumte ein, es fehle an Fachkräften in Kliniken und Pflegeheimen, auch Ärzte fehlten. Apotheken müssten schließen, weil die Nachfrage nicht geregelt sei. Die Digitalisierung wertete sie insgesamt als eine Chance für das Gesundheitswesen. Nach Ansicht der AfD-Fraktion wird die Bevölkerung in der Coronakrise drangsalieren. Wolfgang Wiehle (AfD) sagte, die Regierung mache den Menschen Angst, um sich dann als Retter in Szene zu setzen. Die Impfkampagne sei verfehlt. „Diese Bundesregierung rechnet mit einem Dauer-Booster-Zwangs-Abo für alle Deutschen.“ Der Ankauf von Impfstoffen koste Milliarden, viele Bürger hätten sich jedoch gegen Impfungen entschieden. Jetzt solle sogar die allgemeine Impfpflicht kommen, die müsse tabu sein. Karsten Klein (FDP) dankte hingegen allen Bürgern, die sich haben impfen lassen. „Impfen ist der Schlüssel, um diese Pandemie zu beenden.“ Gesine Löttsch (Linke) forderte ein Sondervermögen Gesundheit, um Beiträge zu stabilisieren, Krankenhäuser zu sanieren und Geburtskliniken zu eröffnen. *Claus Peter Kosfeld*

Krankenkassenbeiträge So üppig die Gelder fließen, sie werden kaum ausreichen, um die Beitragssätze in der GKV nachhaltig zu stabilisieren. Der GKV-Spitzenverband sieht für 2023 einen zusätzlichen Finanzbedarf in Höhe von rund 17 Milliarden Euro. Ohne gesetzliche Vorkerungen, befand die GKV unlängst, müsste der Zusatzbeitrag um bis zu 1,1 Prozentpunkte steigen. Bundesgesundheitsminis-

Große Pläne, weniger Geld

BILDUNG Opposition bemängelt fehlende Strategien und zu geringe Mittel

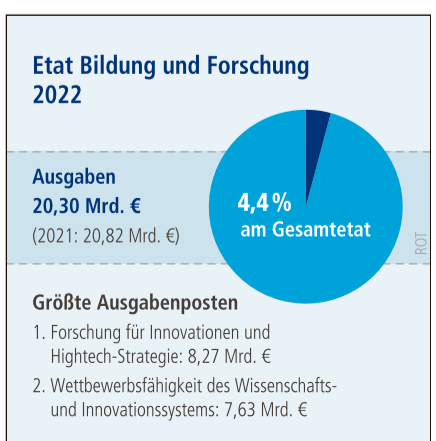
Mehr Tempo bei Forschung und Innovation, elternunabhängige Bildungserfolge und ein modernisiertes Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hat sich viel vorgenommen. Am Donnerstag stellte sie im Plenum den geplanten Etat ihres Ministeriums für das Jahr 2022 vor. 20,3 Milliarden Euro hat sie für dieses Jahr veranschlagt. Bis 2025 sollen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden.

Technische Souveränität Der Angriff auf die Ukraine habe noch einmal unterstrichen, wie wichtig technische Souveränität sei, sagte Stark-Watzinger. Als Reaktion auf den Krieg habe Deutschland sämtliche wissenschaftliche Kooperationen mit staatlichen Institutionen in Russland einseitig eingestellt. Ihr Ministerium sei mit den Bundesländern im Austausch, um den Geflüchteten aus der Ukraine zu ermöglichen, ihren Bildungsweg in der Bundesrepublik fortzusetzen. Deutschland dürfe jetzt nicht stillstehen, wenn es die Zukunft gehe, sondern müsse besonders in der Forschung von Zukunftsfeldern wie Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und IT-Sicherheit

investieren. Für die neue Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI), die die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen verbessern soll, sind für 2022 15 Millionen Euro veranschlagt. Dieses Budget werde in den nächsten Jahren weiter steigen, kündigte die Bildungsministerin an.

Investitionsstau lösen Die CDU/CSU-Fraktion bemängelte fehlende Strategien zur Umsetzung dieser Ziele. Nach 100 Tagen im Amt läge noch kein Konzept für den Start von DATI vor, kritisierte Nadine Schön (CDU). Ebenfalls gebe es noch kein BAföG-Änderungsgesetz, obwohl dieses bereits zum kommenden Wintersemester in Kraft treten solle. Auch AfD und Die Linke stellten den Plänen der Ministerin kein gutes Zeugnis aus. Das Bildungssystem in Deutschland sei chronisch unterfinanziert, sagte Gesine Löttsch (Die Linke). Es brauche mehr Geld, um den Investitionsstau von 50 Milliarden Euro bei den Kommunen im Bereich Bildung zu lösen. Marcus Bühl (AfD) kritisierte ebenfalls den Modernisierungs- und Instandhaltungstau von Schulgebäuden. Dass der Bildungsetat im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gesunken ist, kritisierte Parteikollegin Nicole Höchst.

Wiebke Esdar (SPD) sieht in der DATI die Möglichkeit, die Situation von Forschenden zu verbessern. Um wegzukommen vom „Förderwirrwarr“ sprach sie sich dafür aus, die Förderungen der verschiedenen Ministerien in der DATI zu bündeln. Mehr Mut hätte sich Bruno Hönel (Grüne) beim Thema Wissenschaftskommunikation gewünscht. Gerade in einer Zeit, wo Fake-News den Diskurs vergiften und zu viele Menschen rechten Narrativen auf den Leim gingen, sei guter Wissenschaftstransfer und eine verständbare Wissenschaft ein „Must-Have“, so Hönel. *Denise Schwarz*



Experten-Streit über Impfpflicht

CORONA-PANDEMIE Öffentliche Anhörung über die fünf vorliegenden Konzepte

Die mögliche Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Coronavirus wird von Experten unterschiedlich bewertet. Neben Zustimmung wurden vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses auch praktische und systematische Bedenken laut. Rechtsexperten rieten dringend dazu, eine verpflichtende Impfung überzeugend zu begründen, um sie gerichtsset zu machen. Die Sachverständigen äußerten sich in der dreistündigen Anhörung sowie in schriftlichen Stellungnahmen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) sprach sich für eine Impfpflicht ab 18 Jahren aus. Die Belegzahlen und die Rekordwerte bei der bundesweiten Inzidenz machten deutlich, dass die Impfquote nicht hoch genug sei, um die Krankenhäuser nachhaltig vor einer dauerhaften Überlastung zu schützen.

Bessere Vorbereitung Der Sozialverband VdK warnte, dass Menschen nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden dürften. Zudem müsse es bei einer Impfpflicht mehr Impfangebote geben sowie die Verknüpfung von Kontrolle und Impfangebot. Der Deutsche Städtetag hält die Einführung der allgemeinen Impfpflicht für rich-

tig, fordert aber eine bessere Vorbereitung als bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, deren Umsetzung teilweise immer noch unklar sei. Ähnliche Webfehler müssten dringend vermieden werden. Bedenken äußerte der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD). Die derzeit vorhandenen Impfstoffe könnten die Verbreitung des Virus nicht verhindern und das Virus auch nicht eliminieren, die Verläufe bei der Omikron-Variante seien in der Regel mild. Die Gesundheitsämter seien zudem nach zwei Jahren Pandemie und immer neuen Aufgaben am Ende ihrer Kräfte und Ressourcen. Der Verband kommt zu dem Schluss, dass eine pauschale Impfpflicht derzeit nicht kontrollierbar und damit nicht durchsetzbar sei. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (bvjg) befürwortet eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene nachdrücklich. Ungeimpfte Erwachsene schränken mit ihrem Verhalten insbesondere die Grundrechte der Kinder ein, das sei nicht hinnehmbar.

Knifflige Rechtsfragen Nach Ansicht des Medizinrechtlers Josef Franz Lindner ist die Einführung einer Impfpflicht gegen Sars-Cov-2 grundsätzlich verfassungsrechtlich

legitim. Allerdings wäre seiner Ansicht nach eine allgemeine Impfpflicht, die sofort oder zeitnah umgesetzt würde, als „Vorratsimpfpflicht“ verfassungsrechtlich problematisch. Den Gesetzgeber treffe die Pflicht zur Schaffung eines Vorratsgesetzes, nicht hingegen die einer Vorratsimpfpflicht „ins Blaue“ hinein. Auch der Verfassungsrechtler Robert Seegmüller hält das vorliegende Konzept einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren derzeit für verfassungsrechtlich nicht ausreichend begründet, anders als die Konzepte für eine verpflichtende Impfbereitstellung und eine Impfpflicht ab 50 Jahren unter Vorbehalt sowie für ein Impfvorsorgegesetz. Der Gesetzentwurf für eine Impfpflicht ab 18 Jahren sei verfassungsrechtlich nicht tragfähig begründet. Der Rechtsexperte Franz Mayer kam hingegen zu dem gegenteiligen Schluss, dass eine Impfpflicht ab 18 Jahren am besten den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht. Dass es keine letzten medizinischen Gewissheiten gebe, bedeute nicht, dass nicht gehandelt werden solle, sagte Mayer. Die Virologin Melanie Brinkmann sagte, es sei sinnvoll, die Menschen über Impfungen systematisch aufzuklären, weil viele Falschinformationen dazu im Umlauf seien. Viele Bürger seien verunsichert. *pk*



Vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtete Menschen bei der Ankunft am Berliner Hauptbahnhof.

© picture-alliance/SZ Photo/Jens Schicke

Union: Mehr Mittel für GBA

JUSTIZ Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine fordert die Unionsfraktion mehr Stellen und Mittel für den Generalbundesanwalt (GBA), um wegen möglicher Kriegsverbrechen zu ermitteln. In der Debatte zum Etat des Bundesjustizministeriums kritisierte Unions-Abgeordneter Günter Krings, dass im Haushaltsentwurf (20/1000, Einzelplan 07) für 2022 weniger Mittel für den GBA eingeplant sind als im Vorjahr. Laut Entwurf sollen die Ausgaben im GBA-Etat um 2,3 Millionen Euro auf 64,6 Millionen Euro sinken. Die Bedeutung des Generalbundesanwalts hatte zu Beginn der Debatte auch Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) betont und auf die eingeleiteten Strukturermittlungen gegen Russland wegen möglicher Kriegsverbrechen verwiesen. „Wenn die Waffen sprechen, schweigt das Recht nicht“, sagte Buschmann. Ähnlich äußerte sich der FDP-Abgeordnete Thorsten Lieb, der sich offen dafür zeigte, in den Haushaltsberatungen den GBA-Ansatz zu überprüfen. Mit geplanten Ausgaben von 935 Millionen Euro ist der Justizetat der kleinste Etat aller Ministerien. Es sei ein Verwaltungshaushalt, der „wenig Spielraum für Projekte, Förderprogramme oder zusätzliche Ausgaben“ ließe, sagte Esther Dilcher (SPD). Grünen-Abgeordneter Bruno Hönel verwies auf Koalitionspläne zum „Digitalpakt für Justiz“. Clara Bünger (Die Linke) forderte die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen. Für die AfD-Fraktion kritisierte Michael Ependiller den Justizminister für den aus seiner Sicht zu geringen Widerstand gegen eine Impfpflicht. **scr**

»Neue Realitäten«

INNERES Die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge und die Stärkung des Zivilschutzes prägen die Etatdebatte

Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine haben vergangene Woche auch die Bundestagsdebatte über den Haushalt 2022 des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat (BMI) bestimmt. Ressortchefin Nancy Faeser (SPD) verwies in der ersten Lesung des Etatentwurfs der Bundesregierung darauf, dass Millionen Menschen Zuflucht vor dem Krieg suchten, auch in Deutschland. Auch in dieser Situation bewiese der Staat seine Handlungsfähigkeit. Das Hauptaugenmerk liege dabei auf der „bestmöglichen Versorgung, Unterbringung und Verteilung der Geflüchteten in Deutschland und der gesamten EU“.

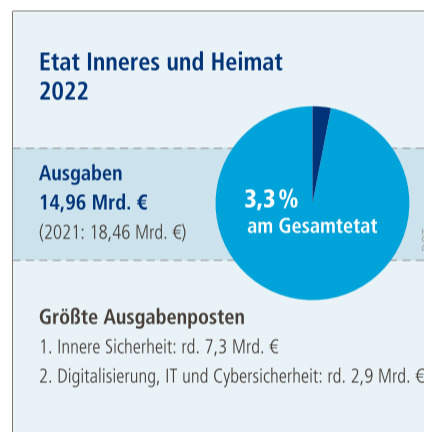
»Wir müssen für einen besseren Bevölkerungsschutz nachbessern.«
Andrea Lindholz (CSU)

de man weiter stärken: „Wir haben alle Schutzmaßnahmen gegen russische Attacken hochgefahren.“ Die Ministerin verwies mit Blick auf ihren Etatentwurf darauf, dass die innere Sicherheit mit zusätzlichen Mitteln und neuen Stellen gestärkt werde. Mit einem Gesamtvolumen von rund 15 Milliarden Euro weise der BMI-Etat ein Plus von 1,6 Milliarden Euro im Vergleich zum ursprünglichen Finanzplan auf und „1.660 Stellen mehr für Sicherheit, Integration und Zusammenhalt“. Auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das bereits mit dem Konjunkturpaket des Etats 2021 erheblich gestärkt worden sei, solle für 2022 nochmals mehr Stellen und Mittel erhalten, fügte Faeser hinzu. Angesichts der aktuellen Lage freue sie sich auf die Unterstützung der Abgeordneten, „in einem Ergänzungshaushalt das nochmal draufzusetzen“.

Andrea Lindholz (CSU) begrüßte den vorgesehenen Etaufwuchs, der aber beim Bevölkerungsschutz bei Weitem nicht ausreiche. Die zusätzlichen Mittel für das BBK seien „viel zu wenig“. Hier müsse dringend nachgebessert werden. Lindholz kritisierte zugleich, dass die Verteilung der Flüchtling-

ge im Land nicht reibungsfrei funktioniere. Auch gebe es keine systematische Registrierung bei der Einreise, und man wisse nicht genau, wer ins Land komme. Es brauche den nationalen Krisenstab und einen nationalen Flüchtlingspfad. Jamila Schäfer (Grüne) sagte, neben besseren Strukturen für die Erstaufnahme und Versorgung gehe es jetzt darum, allen Ankommenden mit Integrationskursen und -angeboten zur Seite zu stehen. „Zu ihrer Ausfinanzierung werden wir bis in den Ergänzungshaushalt hinein das Notwendige tun“, unterstrich Schäfer. Zugleich begrüßte sie, dass „im Kontext von Putins Angriffskrieg jetzt endlich über den Zivilschutz“ gesprochen werde. Die Katastrophenhilfe und der Zivilschutz sei in den zurückliegenden Jahren gefährlich vernachlässigt worden. Gebrauchte werde ein starkes BBK als zentrale Koordinierungsstelle.

Veräumnisse beklagt Marcus Bühl (AfD) beklagte einen mangelhaften Katastrophenschutz sowie einen „völlig unzureichenden Grenzschutz“ und „viel zu wenige neue Bundespolizisten“. Die Bundespolizei müsse an den Grenzen „genau kontrollieren können, wer ein echter Flüchtling ist oder ein Trittbrettfahrer“. Auch müssten jetzt angesichts der zeitweisen Unterbringung so vieler Frauen, Kinder und Familien alle ausreisepflichtigen und abgelehnten Asylbewerber der vergangenen Jahre abgeschoben werden.



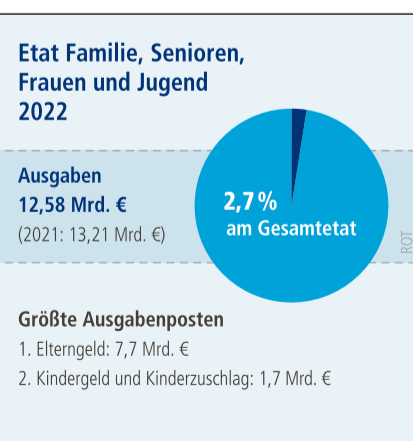
Manuel Höferlin (FDP) sprach von „Versäumnissen der letzten Jahre im Zivil- und Bevölkerungsschutz“, die durch die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal aufgezeigt worden seien. Auch zeige der Angriff Russlands auf die Ukraine, „dass darüber hinausgehend auch noch der Abbau des Zivilschutzes in den letzten Jahren vorangerieben wurde“. Das müsse sich dringend ändern, und dies gehe die Koalition mit dem Etatentwurf „mit Hochdruck“ an. Victor Perli (Linke) forderte ein „Update“ beim Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Auch die Corona-Pandemie und die Hochwasserkatastrophe von 2021 hätten gezeigt, dass es hier viel Verbesserungsbedarf gebe. Er monierte zudem, dass der Haushaltsentwurf nicht einen zusätzlichen

Euro enthalte, um die Kommunen bei der Betreuung der Geflüchteten zu unterstützen. Martin Gerster (SPD) verwies darauf, dass der Innen-Etat ein neues Rekordvolumen erreiche, wenn man den aus dem BMI ausgegliederten Baubereich herausrechne: „ein Zuwachs von 844 Millionen Euro“. Für die Bundespolizei sehe der Etatentwurf rund 1.000 zusätzliche Stellen vor und auch für das Technische Hilfswerk und das BBK seien mehr Mittel und Personal vorgesehen. Für die anstehenden Haushaltsberatungen stelle sich aber die Frage, „ob wir nicht noch mehr tun müssen, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden“. Der BMI-Etat umfasst nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung (20/1000, Einzelplan 06) ein Ausgabevolumen von 14,96 Milliarden Euro und damit 3,5 Milliarden Euro weniger als für 2021 veranschlagt. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bereich „Bauwesen“, der in der vergangenen Wahlperiode zum Aufgabenspektrum des BMI gehörte, nun dem neuen Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zugewiesen wurde. Rund die Hälfte der Ausgaben des Einzelplans sollen dem Regierungsentwurf zufolge für den Bereich der Sicherheitsbehörden aufgewandt werden, davon alleine für die Bundespolizei 4,61 Milliarden Euro. Die Ausgaben des BBK sollen sich 2022 auf 271,27 Millionen Euro belaufen. **Helmut Stoltenberg**

Der Paradigmenwechsel lässt auf sich warten

FAMILIE Opposition kritisiert geringeres Budget und falsche Prioritäten. Ministerin Spiegel verteidigt Entwurf und betont finanzielle Entlastungen für Familien

Nichts weniger als einen „Paradigmenwechsel“ hat Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Bündnis 90/Die Grünen) bei der Kindergrundsicherung versprochen. Doch das wohl größte familienpolitische Vorhaben der Ampelkoalition, einen Grundbetrag für alle Kinder ab Geburt einzuführen und durch eine zusätzliche einkommensabhängige Leistung zu ergänzen, gilt auch als das schwierigste in der Umsetzung: Schließlich will die Ministerin alle bisherigen Leistungen in einer einzigen Leistung bündeln. Modell und Höhe des Betrags sind offen, eine interministerielle Arbeitsgruppe erarbeitet noch die Details.



„Vertrag zu Lasten der Kinder“ Entsprechend wenig konnte Spiegel also dazu in der teils hitzigen Debatte über den Etatentwurf für ihr Haus, den Einzelplan 17 des Bundeshaushalts 2022 (20/1000), vermelden. Auch dass für ihr Ressort erstmalig seit langem wieder geringere Ausgaben als im Vorjahr eingeplant sind, war für die Ministerin misslich – lieferte das der Opposition doch eine willkommene Steilvorlage für ihre Kritik: Die familienpolitische Sprecherin der Union, Silvia Breher (CDU), geißelte den gesamten Haushaltsentwurf als „Vertrag zu Lasten der Kinder“. Angesichts

dessen müsse doch wenigstens im Familienetat „mehr für sie drin sein“. Doch stattdessen falle das Budget geringer aus, monierte Breher. Spiegel hielt sie vor, Worten keine Taten folgen zu lassen. Ob Elterngeld-Reform oder Kindergrundsicherung – solche Vorhaben seien im Haushalt gar nicht hinterlegt. Auch finde man dort keine Ausgaben für den Kita-Ausbau und die Fortführung des Gute-Kita-Gesetzes, welche die Ministerin angekündigt habe. Harte Attacken fuhr auch die AfD: Martin Reichardt hielt Spiegel vor, falsche Prioritäten

zu setzen. Ihr „feministischer Egoismus“ verstelle den Blick auf das Wesentliche, etwa die „demografische Katastrophe“ im Land, meinte er. Der Geburtenrückgang bedrohe die Sozialsysteme, trotzdem würden familienpolitische Leistungen wie das Elterngeld kaum angehoben. Hart ins Gericht mit dem vorgelegten Etatentwurf ging auch die Linksfraktion: Deren haushaltspolitische Sprecherin, Gesine Löttsch, nannte es „diskriminierend und beschämend“, dass jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut bedroht sei und mahnte bei der Kindergrundsicherung zur Eile. Wenn „quasi über Nacht“ ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden für die Bundeswehr bereitgestellt werden könne, müsse es doch auch möglich sein, die Kindergrundsicherung innerhalb eines Jahres auf den Weg zu bringen. Viel zu knapp bemessen sei auch der Kinderzuschlag in Höhe von 20 Euro. Im Kampf gegen Kinderarmut müsse die Ampel mehr tun, forderte Löttsch.

Kindersozialzuschlag Die so gescholtene Ministerin verteidigte das geplante Budget. Für das Elterngeld, die „bekannteste und beliebteste Familienleistung“ stünden rund 7,7 Milliarden Euro zur Verfügung, so Spie-

gel. Mit dem Kindersozialzuschlag in Höhe von 20 Euro pro Monat ab Juli unterstütze die Regierung von Armut betroffene Kinder und Jugendliche. Und auch Kinder aus der Ukraine sollten diesen Zuschlag erhalten. Zudem verwies die Ministerin auf die Entlastungspakete der Bundesregierung, von denen alle Familien profitierten: Der Ein-

malbonus pro Kind und weitere 100 Euro extra für die Bezieher von Sozialleistungen seien ein „wichtiges Plus im Geldbeutel der Familien“. Der Kritik am sinkenden Etat trat auch Bruno Hönel (Grüne) entgegen: Der Entwurf falle gegenüber dem Entwurf der Vorgängerregierung sogar um 147 Millionen Euro höher aus. Auch Vorwürfe,

der Kita-Ausbau werde nicht genügend unterstützt, bemühte er sich zu entkräften: Angesichts der geflüchteten ukrainischen Kinder werde er dafür, ein Sofortprogramm in den Ergänzungshaushalt aufzunehmen.

Demokratieförderung Elisabeth Kaiser (SPD) betonte die erhöhten Ausgaben für die Demokratieförderung: Mit einer „Rekordsumme“ von 183 Millionen Euro stärke die Bundesregierung all jenen den Rücken, die für „die Demokratie Gesicht zeigen“. 165,5 Millionen Euro seien allein für das Programm „Demokratie leben“ eingestellt. Josephine Ortleb (SPD) hob zudem die Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung hervor, merkte aber an, dass sie sich von den Haushaltsberatungen eine noch bessere finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle und der Bundesstiftung Gleichstellung erhoffte. Claudia Raffelhüschen (FDP) unterstrich schließlich, der Etat rücke die ins Zentrum, die in zwei Jahren Pandemie besonders gelitten hätten – Kinder und Jugendliche. Um 273 Millionen Euro stockte die Koalition das ursprünglich mit zwei Milliarden ausgestattete Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ auf, das Kindern helfe, Lernrückstände auszugleichen. **sas**



Bundesministerin Anne Spiegel (Grüne) hob in der Debatte über den Etat ihres Hauses Leistungen für Kinder und Familien hervor. © picture alliance / Flashpic / Jens Krick

Zu einem passenderen Zeitpunkt hätte die Presseberichte nicht kommen können: Während Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) in der vergangenen Woche dem Bundestag ihre Pläne für die Erhöhung des Wehretats auf 50,3 Milliarden Euro in diesem Jahr und die Einrichtung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro präsentierten, berichteten NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ von der Beschaffung zweier Tankschiffe für die Bundeswehr, die einmal mehr die Frage nach dem Umgang mit Haushaltsgeldern aufwirft.

So seien die Kosten des Tanker-Projektes von den veranschlagten 570 Millionen Euro auf 915 Millionen Euro angestiegen, heißt es unter Berufung auf vertrauliche Berichte des Bundesrechnungshofes und des Beschaffungsamtes der Bundeswehr aus dem vergangenen Jahr. Nach dem Verzicht auf technische Anforderungen wie zum Beispiel eine zweite Antriebswelle seien die Kosten für die beiden Schiffe von der beauftragten Werft zwar wieder auf 870 Millionen reduziert worden, aber der Bundesrechnungshof habe „erhebliche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit“ angemahnt. Selbst die interne Prüfung im Beschaffungsamt spreche von „deutlich überzogen“ Forderungen der Werft und schätze die Kosten auf nur 620 Millionen Euro. Dennoch wolle das Beschaffungsamt an dem Vorhaben festhalten.

Der Fall ist für den Haushaltspolitiker Sebastian Schäfer (Grüne) ein weiterer Beleg dafür, dass die Bundeswehr nicht nur an einem Mangel an Geld leidet, sondern an einem Mangel an Effizienz im Beschaffungswesen. „Wir zahlen zu viel für zu wenig“, befand er in der ersten Lesung des Verteidigungshaushaltes. Unisono forderten aber Abgeordnete aus allen Fraktionen, dass das Beschaffungswesen der Bundeswehr reformiert werden muss. Dies sei „die zentrale Aufgabe“ von Verteidigungsministerin Lambrecht in ihrer Amtszeit, sagte der FDP-Haushaltsexperte Karsten Klein. Und die angesprochene Ministerin sagte genau dies zu. Erste Schritte seien im Bundeskabinett beschlossen worden. Konkreter wurde Lambrecht jedoch nicht. Einig zeigten sich mit Ausnahme der Linken aber angesichts des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auch alle Fraktionen, dass die Bundeswehr mehr Geld benötigt, um den Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen.

Sondervermögen Im Zentrum der Debatte stand das geplante Sondervermögen. Mit dieser Kreditermächtigung soll in den kommenden Jahren die Beschaffung von Ausrüstung und Gerät für die Bundeswehr finanziert werden. Und nur mit diesem Sondervermögen ist die Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Bund werde gemäß der Vereinbarung der Nato, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung aufbringen, zu realisieren. Denn der vorgelegte Wehretat von 50,3 Milliarden Euro entspricht rund 1,5 Prozent des BIP von 2021. Nötig zum Erreichen des Zwei-Prozent-Zieles wären aber 70 Milliarden Euro.

Die CDU-Verteidigungspolitikerin Kerstin Vierendege bemängelte, dass die Ampelkoalition den Wehretat in den kommenden Jahren bei rund 50 Milliarden Euro einfrieren wolle. Somit sei völlig unklar, wie nach Ausschöpfung des Sondervermögens das Zwei-Prozent-Ziel dauerhaft finanziert werden soll. Finanzminister Lindner will das Sondervermögen im Grundgesetz verankern. Doch der Weg dahin dürfte politisch recht holprig werden. Die Unionsfraktion, deren Stimmen zum Erreichen der Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat für eine



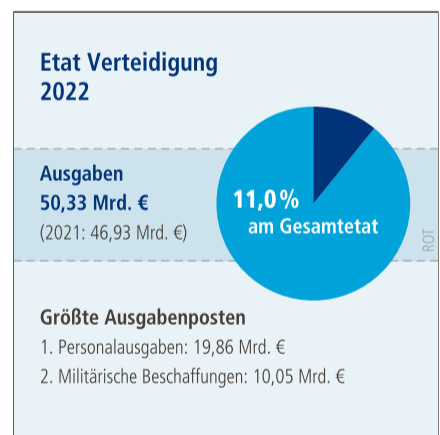
Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) fährt in einem Schützenpanzer Puma während ihres Besuchs der Panzerlehrbrigade 9 in Münster am 7. Februar dieses Jahres.

© picture-alliance/EPA/FOCKE STRANGMANN

Holpriger Weg

VERTEIDIGUNG Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato lässt die Ausgaben auf ein Rekordhoch steigen

Grundgesetzänderung benötigt werden, begrüßt das Vorhaben zwar prinzipiell, knüpft ihre Zustimmung aber an Bedingungen: So dürfe das Geld ausschließlich für die Bundeswehr ausgegeben werden, sagte Vierendege. Und daran hat die Union nach Verabschiedung der entsprechenden Gesetzentwürfe



durch das Bundeskabinett, die dem Bundesrat zur Beratung übermittelt wurden, erhebliche Zweifel. So soll in Artikel 87a Grundgesetz zwar festgeschrieben werden, dass der Bund „einmalig“ Kredite von bis zu 100 Milliarden Euro „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ aufnehmen kann. In der Begründung zum Begleitgesetz heißt es aber, dass „auch Maßnahmen zur Stärkung im Cyber- und Informationsraum sowie zur Ausstattung und Erhöhung der Sicherheitskräfte von Partnern“ finanziert werden können – und dies „ressortübergreifend“.

Sicherheitsbegriff umstritten Wie zur Bestätigung des Verdachts der Union, befand die Verteidigungspolitikerin Agnieszka Brugger (Grüne), „Sicherheit bedeutet mehr als nur Militär“. Der Schutz vor Cyberangriffen gehöre mit dazu. Das Sondervermögen dürfe nicht aus parteitaktischen Gründen verhindert werden, hielt sie der Union vor. Und der FDP-Abgeordnete Klein attestierte der Union, sie sei

doch Schuld an der Misere der Bundeswehr. Schließlich habe sie in den vergangenen 16 Jahren unter Bundeskanzlerin Angela Merkel alle Verteidigungsminister gestellt.

Auch die AfD-Fraktion bewertet das Sondervermögen kritisch. Höhere Verteidigungsausgaben seien in der Tat dringend notwendig, befand deren Haushaltpolitiker Michael Ependiller. Aber das Sondervermögen diene wohl eher dazu, die Schuldenbremse im Bundeshaushalt über Jahre hinweg zu unterlaufen.

Die Linksfaktion hingegen lehnt höhere Verteidigungsausgaben ab. So monierte die Haushaltsexpertin Gesine Lötzcsh, das Sondervermögen sei in Wirklichkeit keine Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Alle diskutierten Beschaffungsvorhaben seien bereits im Koalitionsvertrag benannt worden. Die Bundeswehr bekomme auch „nicht das, was sie braucht, sondern was die Rüstungsindustrie ihr teuer verkaufen kann“. *Alexander Weinlein*

Sorge vor Hunger und Instabilität

ENTWICKLUNG Mehrheit fordert Aufstockung des Etats

Der jüngste Lagebericht der UN-Handels- und Entwicklungsorganisation Unctad über die Auswirkungen des Ukrainekrieges zeichnet ein dramatisches Bild: Von einem „sich rapide verschlechternden Ausblick für die Weltwirtschaft“ durch steigende Lebensmittel-, Kraftstoff- und Düngemittelpreise und steigende Handelskosten ist darin die Rede, von drohender Nahrungsmittelknappheit und Instabilität. Besonders betroffen: Die afrikanischen und am wenigsten entwickelten Ländern der Erde, die vielfach auf Getreideimporten aus Russland und der Ukraine – den zusammen größten Getreideexporteuren der Welt – angewiesen sind. Die Kämpfe in der Ukraine erschweren Anbau, Ernte und Transport, Russland hat einen Exportstopp verhängt. Seither klettern die Preise nach oben.

Die Kostenexplosion „zwingt die ärmsten Länder in die Knie und schiebt die Familien mit geringem Einkommen über den Abgrund“, warnt Martin Frick, Direktor der Deutschen Sektion des UN-Welternährungsprogramms (WFP), das selbst bislang die Hälfte seiner Lebensmittel aus Russland und der Ukraine bezogen hat. Die betroffenen Länder bräuchten massive finanzielle Unterstützung, „damit aus dem Preisschock keine Destabilisierung wird“. Dem WFP zufolge droht außerdem in den umkämpften Städten in der Ukraine eine Nahrungsmittelknappheit.

»Ich zähle auf Sie, dass wir noch mal nachlegen können.«

Svenja Schulze (SPD), Entwicklungsministerin

Deutliche Kürzungen Angesichts dieser Ausmaße ist das Unverständnis über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf (20/1000) für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit in diesem Jahr besonders groß. Nach dem Willen der Ampel-Koalition soll das Budget um knapp 1,6 Milliarden Euro sinken, von 12,43 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 10,85 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Krisenbewältigung und Wiederaufbau sowie die Beteiligung am Welternährungsprogramm sollen um rund 40 Prozent fallen. Die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ soll 60 Millionen Euro weniger bekommen. Kürzungen, die bei der ersten Lesung des Haushalts vergangene Woche auch im Bundestag für Kopfschütteln sorgten. „Sieht bei Ihnen eigentlich keiner mehr Nachrichten?“, fragte Hermann Gröhe (CDU) in Richtung der Koalitionäre. Andrej Hunko (Die Linke) nannte die Streichungen „völlig unverständlich“. Gabriela Heinrich (SPD) räumte ein, dass mit dem Ukraine-Krieg neben der Covid-19-Pandemie eine weitere globale Krise dazugekommen sei. „Deshalb können wir das so nicht stehen lassen.“ Und auch Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) stellte klar, dass sie sich für eine Aufstockung des Etats einsetzen will. „Wir werden das Engagement in der Ukraine massiv ausbauen müssen, das halte ich für ein Gebot der Menschlichkeit“, sagte die Ministerin. Auch der Beitrag für das Welternährungsprogramm müsse aufgestockt werden. „Ich zähle auf Sie, dass wir noch mal nachlegen können“, appellierte sie an die Abgeordneten. Mit Verweis auf das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro bemerkte Schulze: „Erfolgreiche Sicherheitspolitik muss umfassend sein“. Deutschland brauche auch eine starke Entwicklungspolitik, um künftigen Krisen vorzubeugen. Felix Banaszak (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte an die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel 1977 in Ägypten und die darauf folgenden „Brot-Unruhen“. Sie seien nur eines von vielen Beispielen in der Geschichte, wo „am Beginn von Leid und Konflikt die Sorge vor Hunger und vor Mangel“ gestanden habe. „Sicherheit ist offenkundig mehr als militärische Stärke“, schlussfolgerte er und sprach sich für mehr Investitionen in stabilisierende und präventive Maßnahmen aus. Wolfgang Stefinger (CSU) sprach von einer „schallenden Ohrfeige“ für die Partnerländer und verwies unter anderem auf die Kürzungen im Bereich der politischen Stiftungen (um 15 Millionen Euro) und der Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen (um 20 Millionen Euro). Stattdessen würden 20 neue, hochdotierte Stellen im Ministerium geschaffen. „Glaubwürdigkeit sieht anders aus“, urteilte er. Andrej Hunko (Die Linke) zitierte den Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, dem zufolge durch den Ukraine-Krieg bis zu hundert Millionen Menschen zusätzlich in den Hunger getrieben werden könnten. Die Milliarden-Investitionen in die Bundeswehr seien daher „eine völlig falsche Prioritätensetzung“. Es brauche zivile Krisenprävention und „sofort“ mehr Mittel für die ärmsten Länder der Welt. Nach Ansicht von Michael Ependiller



(AfD) scheitert die Bundesregierung an effizienter Hilfe und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Dabei würden viele Nehmerländer große Rohstoffvorkommen beherbergen, die für die Industrienationen wichtig seien. Für die FDP warnte Claudia Rafelhüschens davor, automatisch immer mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu fordern. Es brauche mehr Effizienz, weniger Doppelstrukturen und mehr Qualitätskontrollen. In den vergangenen Jahren hat der Bundestag den Etat-Entwurf für das Entwicklungsministerium stets deutlich aufgestockt. Außerdem planen SPD, Grüne und FDP einen Ergänzungshaushalt, um auf die Folgen des Ukraine-Krieges zu reagieren. Diskutiert werden dabei auch weitere Gelder für die humanitäre Hilfe und die Unterstützung armer Länder. *Johanna Metz*

Geschlossenheit in Brüssel, Unterstützung aus Berlin

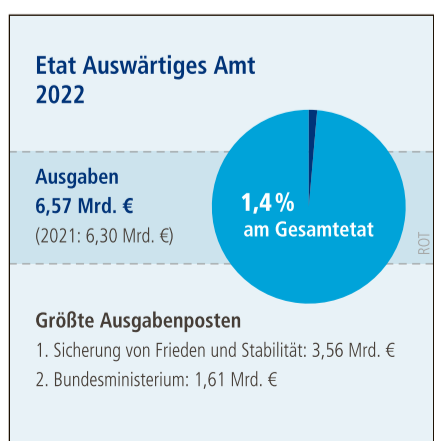
AUSWÄRTIGES Die Bundesregierung will der Ukraine mit einer Milliarde Euro unter die Arme greifen, mehr als ein Drittel davon sind für humanitäre Hilfe gedacht

Es sind Signale der Geschlossenheit: Beim Gipfel-Marathon in Brüssel haben die Staaten von EU, Nato und G7 vergangenen Donnerstag ihren Kurs gegen die russische Aggression in der Ukraine nochmals deutlich verschärft. Mit Waffenlieferungen für Kiew, zusätzlichen Milliarden mit einem EU-Solidaritätsfonds, verstärkten Truppen an der Nato-Ostflanke und weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland wollen die westliche Staaten die Führung im Kessel unter Druck setzen, den seit vier Wochen andauernden Krieg der russischen Streitkräfte in der Ukraine zu beenden. Etwa zeitgleich setzte am Donnerstag die übergroße Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft in einer UN-Vollversammlung in New York erneut ein Zeichen: 140 Länder stimmten für eine Resolution, in der unter anderem „eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten der Russischen Föderation gegen die Ukraine, insbesondere aller Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte“ verlangt wird. An die Seite Russlands stellten sich wie bereits bei einer vorangegangenen Abstimmung vor wenigen Wochen lediglich vier Staaten: Belarus, Syrien, Nordkorea und Eritrea. Die Frage der angemessenen Reaktion beschäftigt die Bundesregierung seit Beginn dieses Krieges, darunter die umstrittene Frage der Waffenlieferung an die Ukraine, aber

auch der viel diskutierte Plan eines 100-Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr. In einem Appell wandten sich vergangene Woche Vertreter aus Kultur, Politik, Wissenschaft, Kirchen und Gewerkschaften gegen „die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs“. Umfragen sehen andererseits zum Beispiel eine Mehrheit in Deutschland, die eine Unterstützung der Ukraine auch mit Waffen für richtig hält.

Hilfen In der Aussprache im Bundestag zum Etat-Entwurf für das Auswärtige Amt bekannte sich Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) am Vortag des Brüsseler Gipfels für weiteren Ausrüstung der ukrainischen Armee: „Wir sind einer der größten Waffenlieferer in dieser Situation. Das ist nichts, was uns stolz macht, sondern das ist das, was wir jetzt tun müssen, um der Ukraine zu helfen.“ Baerbock betonte, dass Deutschland der Brutalität dieses Krieges mehr entgegensetze „mit humanitärer Hilfe, mit medizinischer Versorgung, mit Schlafsäcken und Lebensmitteln mit allem, was jetzt so dringend gebraucht wird und nötig ist“. Die Koalition habe mit diesem Bundeshaushalt eine Milliarde Euro zur Unterstützung der Ukraine vorgesehen, mehr als ein Drittel davon direkt als humanitäre Hilfe.

Roderich Kiesewetter (CDU) begrüßte Baerbocks Ankündigung für eine nationale Sicherheitsstrategie, kritisierte aber, dass der Etat eine nachhaltige Finanzierung und Vernetzung vermissen lasse: „Kein Hinweis darauf, wie Sie eine nationale Sicherheitsstrategie mit glaubwürdiger Verteidigung, vernünftiger Entwicklungszusammenarbeit und einer sehr schlagkräftigen Diplomatie verknüpfen wollen.“ Auch fehlten nach wie vor klare Signale der Koalition für eine „transatlantisch faire Lastenteilung“. Man könne auf Amerika nur dann setzen, wenn die Amerikaner auch wüssten, dass die Europäer in ihrem Umfeld Verantwortung übernehmen.



Wiebke Papenbrock (SPD) unterstrich, dass die Koalition „auf die dramatische Situation, die dieser brutale Angriffskrieg verursacht“ schnell reagiert habe. „Putins Einmarsch in die Ukraine hat das Land in eine schwere humanitäre Krise gestürzt.“ Zusätzlich zu den ohnehin vorgesehenen knapp zwei Milliarden Euro für humanitäre Hilfe im Etat insgesamt stelle die Bundesregierung in dieser Situation der Ukraine kurzfristig 350 Millionen Euro zur Verfügung. Für die deutsche Außenpolitik stellt der Krieg aus Sicht von Michael Ependiller (AfD) die „Manifestation einer neuen Weltordnung“ dar, in der Länder wie China und Russland dem Westen selbstbewusst entgegenzutreten würden. Das „oberlehrerhafte“ außenpolitische Auftreten Deutschlands und „selektive“ völkerrechtliche Erwägungen hätten dazu beigetragen, dass die westliche Wertegemeinschaft als „ignorant“ und „arrogant“ wahrgenommen werde. Victor Perli (Die Linke) wandte sich gegen die Pläne für ein Sondervermögen für die Bundeswehr im Umfang von 100 Milliarden Euro. Die Koalition lege einen Haushalt vor, der mehr Geld für Waffen, aber weniger Geld für auswärtige Kultur und Konfliktprävention vorsehe. Wenn die Ampelkoalition mit ihren „Hochrüstungsplä-



Ministerin Annalena Baerbock (Grüne)

nen“ durchkäme, hätte Deutschland den dritthöchsten Militäretat der Welt nach den USA und China. „Dann fließt fast jeder fünfte Euro aus dem Bundeshaushalt in die Arme.“ Das helfe weder der Ukraine, noch mache es die Welt friedlicher. Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte die 350 Millionen Euro an kurzfristigen humanitären Hilfen für die Ukrai-

ne. Es gelte aber auch langfristig mehr in die Östliche Partnerschaft der EU zu investieren, etwa durch Stipendien für Wissenschaftler und Studierende. „Das ist noch Luft nach oben“ sagte Schäfer mit Blick etwa auf solche Förderungen für Akademiker aus Belarus. „Sie verdienen es, Sprachrohr für die Demokratisierung sein zu können.“

Etatplanung Das Auswärtige Amt soll laut Etat-Entwurf der Bundesregierung (20/1000, Einzelplan 05) in diesem Jahr über Ausgaben in Höhe von rund 6,57 Milliarden Euro verfügen können und damit über knapp 268,3 Millionen Euro mehr als im Soll 2021. Größter Ausgabenposten bleibt das Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“ mit 3,56 Milliarden Euro. Darin enthalten sind unter anderem Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention, die sich zusammen auf 2,51 Milliarden Euro belaufen sollen, das sind rund 64 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Die Leistungen an die Vereinten Nationen und im internationalen Bereich summieren sich in diesem Kapitel auf 961,9 Millionen Euro (2021: 648 Millionen Euro), für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung, Klima- und Sicherheitspolitik sind knapp 486 Millionen Euro vorgesehen (2021: rund 434 Millionen Euro). *Alexander Heinrich*

Sonderthema: Fachkräfte
Branchen und Berufe im Wandel SEITE 9-17

RAUS AUS DEM JOB
Warum immer mehr Krankenpfleger den Beruf wechseln wollen SEITE 12

RAUS AUS SERBIEN
Die massenhafte Abwanderung gen Westen belastet das Land SEITE 17

Deutsche Mangelwirtschaft

FACHKRÄFTE In vielen Branchen fehlen immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte. Zuwanderer und Rentner sollen helfen



Ingenieurinnen, Pfleger, Lehrerinnen und Handwerker: In fast jedem Berufsfeld mangelt es an ausreichend ausgebildeten Arbeitskräften.

© picture-alliance/Zoonar/Robert Kneschke

In Senioren- und Pflegeheimen fehlt es an Pflegekräften, in Kitas an Erziehern und in Schulen an Lehrerinnen. Es dauert oft Monate, bis man einen Termin bei einem Handwerker bekommt, die Verwaltung kommt mit der Digitalisierung nicht hinterher, denn die wenigen, dringend benötigten IT-Fachkräfte arbeiten lieber in Unternehmen der freien Wirtschaft als im öffentlichen Dienst. Zahnarztpraxen, Forstbetriebe, Kneipiers und Orgelbauer: Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht eine neue Meldung zum Fachkräftemangel über den Ticker läuft, kaum eine Branche sucht nicht händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften.

Das Problem ist seit Jahren bekannt, die Gründe benannt: Sinkende Geburtenzahlen treffen auf die Generation der Babyboomer, die in Rente geht. Hinzu kommen die Herausforderungen einer sich ändernden Arbeitswelt, der digitale Strukturwandel und der Umbau der Industrie in eine nachhaltige Wirtschaft – all das erfordert top ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zwar stellt sich nach zwei Jahren Pandemie und dem Kriegsausbruch in der Ukraine die erhoffte Erholung der Wirtschaft langsamer ein als prognostiziert, dennoch ist die Zahl der unbesetzten Stellen momentan sogar höher als vor Beginn der Corona-Krise.

Laut einer Analyse des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (Kofa) des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft werden in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich 7,3 Millionen Menschen in Deutschland mit dem Renteneintritt aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Mehr als zwei Millionen von ihnen verlassen dann Berufe, in denen bereits jetzt Fachkräfte fehlen.

Suche nach Lösungen Wer will, soll auch nach dem Ende der Regelarbeitszeit unkompliziert weiterarbeiten können, Frauen sollen stärker gefördert, die Einwanderung erleichtert und Arbeitslose besser qualifiziert werden: Die Bundesregierung hat bereits zu Beginn des Jahres ihre Ideen dafür vorgestellt, wie der immer größer werdende Fachkräftemangel bekämpft werden soll. Nun kommen mit den Geflüchteten aus der Ukraine Hunderttausende qualifizierte Menschen nach Deutschland und es gibt bereits erste Programme, die die Kriegsflüchtlinge in Arbeit bringen sollen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat für diese Woche Gespräche mit

Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bund und Ländern angekündigt. Es sei aber nicht so, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, als Fachkräfte betrachtet würden, sondern erstmal als Menschen, sagte Heil vergangene Woche im Deutschlandfunk. Es müsse also zunächst um die Akutversorgung der Ankommenen gehen. In einem zweiten Schritt müssten aber Arbeitsperspektiven eröffnet werden für jene, die länger bleiben wollten. „Es kommen ja auch sehr viele qualifizierte Menschen zu uns“, sagte der Minister. Die Geflüchteten sollten aber nicht nur in Hilfstätigkeiten, sondern in „ordentliche Arbeit“ gebracht werden, so Heil.

In Sachsen beispielsweise wurden schnell Angebote für ankommende Ukrainerinnen und Ukrainer geschaffen. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, habe unter anderem das Leipziger Eisenbahnunternehmen KSV nach kurzer Zeit angeboten, den Geflüchteten möglichst schnell eine Arbeit zu verschaffen. Dass die Menschen, die vor dem Krieg in ihrer Heimat Sicherheit in Deutschland suchen, das Fachkräfteproblem hierzulande lösen sollen, möchte indes niemand impli-

»Es kommen auch sehr viele qualifizierte Menschen zu uns.«

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD)

zieren. „Während Putin Bomben auf die Ukraine wirft, gehört es sich einfach nicht, dass wir unser Fachkräfteproblem mit ukrainischen Leistungsträgern lösen wollen“, hieß es beispielsweise aus der Handwerkskammer in Leipzig.

Die Forderung nach Bürokratieabbau beim Zuzug von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Ausland ist auch nicht neu. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hatte bereits angekündigt, genau das ermöglichen zu wollen. Vor allem Fachkräften aus Drittstaaten soll das Arbeiten in Deutschland erleichtert werden. Dabei geht es um enorme Zahlen: Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, geht von 400.000 Zuwanderern aus, die nötig sind, um den Bedarf an Fachkräften in Deutschland zu decken – pro Jahr.

Sicherheit und gute Bezahlung Attraktivere Arbeitsbedingungen sind ein weiterer Punkt, mit dem die Fachkräftesicherung gelingen soll. Als jüngstes Beispiel hat das Land Berlin angekündigt, Lehrerinnen und Lehrer künftig wieder verbeamtet zu werden. Bis zu einem Alter von 52 Jahren sol-

len alle Lehrkräfte, die die gesundheitlichen Voraussetzungen erfüllen, die Möglichkeit bekommen, sich um den Beamtenstatus zu bewerben.

„Um im bundesweiten Wettbewerb um Lehrkräfte zu bestehen, kehrt Berlin als letztes Bundesland zur Verbeamtung zurück“, sagte die Berliner Bildungssenatorin Astrid-Sabine Busse (SPD) am vergangenen Dienstag. Mit der Entscheidung solle erreicht werden, dass mehr Pädagoginnen und Pädagogen nach ihrer Ausbildung an den Berliner Schulen bleiben. Nach Angaben der Bildungssenatorin hatten zuletzt 700 Lehrerinnen und Lehrer die Stadt verlassen, es herrsche Personalmangel, so Busse. Auch das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung schätzt die Lücke zwischen verfügbaren Fachkräften und zu besetzenden Stellen im Berufsfeld „Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung“ als besonders groß ein. Doch nicht nur in den Bildungseinrichtungen und in der Pflege fehlt es an qualifizierten Arbeitskräften.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sind die vom Fachkräftemangel am stärksten betroffenen Branchen die Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege, im Handwerk unter anderem die Bereiche Elektroinstallation und Montage, die Kunststoffverarbeitung und der Maschinenbau und in den akademischen Berufsgruppen die Bereiche Medizin, Ingenieurwesen im Maschinen- und Fahrzeugbau und die IT, Softwareentwicklung und Programmierung. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der offenen Stellen, für die es rein rechnerisch keine passenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, laut Kofa von rund 213.000 im Januar auf gut 465.000 im Dezember. Zudem sind einzelne Regionen stärker vom Mangel betroffen als andere. Nach Angaben des BMWK verschärft sich die Situation besonders in Süddeutschland und den östlichen Bundesländern.

Belastende Mehrarbeit Der Fachkräftereport 2021 der Deutschen Industrie- und Handelskammer hat knapp 23.000 Unternehmen zum Thema Fachkräftemangel befragt. Mehr als jedes zweite Unternehmen gab daraufhin an, offene Stellen zumindest teilweise nicht besetzen zu können. Damit seien aktuell sogar mehr Unternehmen von Stellenbesetzungsschwierigkeiten betroffen als vor der Corona-Krise, heißt es in dem Bericht. Auf die Frage, mit welchen Folgen die Unternehmen durch den Mangel an qualifizierten Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern in Zukunft rechnen, war die häufigste Antwort eine Mehrbelastung der Belegschaft (61 Prozent). Dies sei dann der Fall, wenn Betriebe kurzfristig auf Personalengpässe reagieren müssen, um Aufträge abzuwickeln, Lieferfristen einzuhalten und Geschäftszeiten aufrecht erhalten zu können, heißt es von der DIHK.

Als zweite Folge geben die Unternehmen steigende Arbeitskosten (58 Prozent) an. Mit einer Einschränkung des Angebots oder der Notwendigkeit, Aufträge ablehnen zu müssen rechnen 43 Prozent der Befragten, 21 Prozent fürchten den Verlust ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Keine Folgen oder keinen Fachkräftemangel erwarten 15 Prozent.

Erst später in Rente Wer helfen könnte, die Lücken zu füllen, sind die beruflerfahren Beschäftigten. Auf die zielt ein Vor-

schlag des Wirtschaftsministeriums ab. Das „Renteneintrittsfenster“ soll einen Anreiz setzen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens bis zur Regelaltersgrenze arbeiten und gegebenenfalls freiwillig auch darüber hinaus. Dies könne zum Beispiel durch eine Flexibilisierung des Renteneintritts geschehen, diese wäre verbunden mit finanziellen Anreizen, länger zu arbeiten, heißt es aus dem Ministerium. „Man sollte flexibel länger arbeiten können. Das wäre ein doppelter Gewinn: Wer will, kann sein Wissen, sein Können, seine Erfahrung noch länger einbringen. Davon können Betriebe und die Gesellschaft profitieren. Und wir könnten dem Fachkräftemangel entgegenwirken“, sagte Minister Habeck dem „Handelsblatt“. Laut Wirtschaftsministerium gehen die Deutschen im Schnitt mit 64 Jahren in Rente, also vor dem Regeleintrittsalter. *Elena Müller*

EDITORIAL

Investitionen in Bildung sind wichtiger denn je

VON CLAUDIA HEINE

Akute Probleme verlangen nach schnellen Antworten. Wer will es Arztpraxen oder Krankenhäusern absprechen, ihren akuten Personalnotstand auch mit Fachkräften aus dem Ausland zu beheben, wenn es anders nicht geht? Das ist nachvollziehbar. Allerdings entsteht so ein ungünstiger Kreislauf. Was erstmal gut ist für die Praxis in Niedersachsen, entwickelt sich zunehmend zu einem Problem in jenen Ländern, aus denen viele Arbeitskräfte zu uns kommen. Vor allem osteuropäische Länder leiden zunehmend unter einem „braindrain“, also dem Verlust von Fachkräften, der wiederum in diesen Ländern für Mangel sorgt und damit dafür, dass Patienten oft viel zu lange auf einen Arzttermin warten müssen.

Ohne Zuwanderung wird es dennoch nicht gehen, dafür ist die demografische Entwicklung in Deutschland und in vielen anderen Industrieländern zu eindeutig. Aber auch das ist kein Selbstläufer. Nur weil deutsche Firmen es so wollen, heißt das noch lange nicht, dass Ingenieure oder IT-Entwickler unbedingt von Deutschland träumen. Solange in einem hochentwickelten Land wie Deutschland jedes Jahr rund 50.000 Jugendli-

che die Schule ohne Abschluss verlassen und selbst jene mit Abschluss oft nicht die nötigen Qualifikationen für eine Berufsausbildung mitbringen, sollte der Blick nicht nur in die Ferne schweifen. Wenn schon immer weniger Kinder geboren werden, dann müssen diese zwingend gut ausgebildet sein.

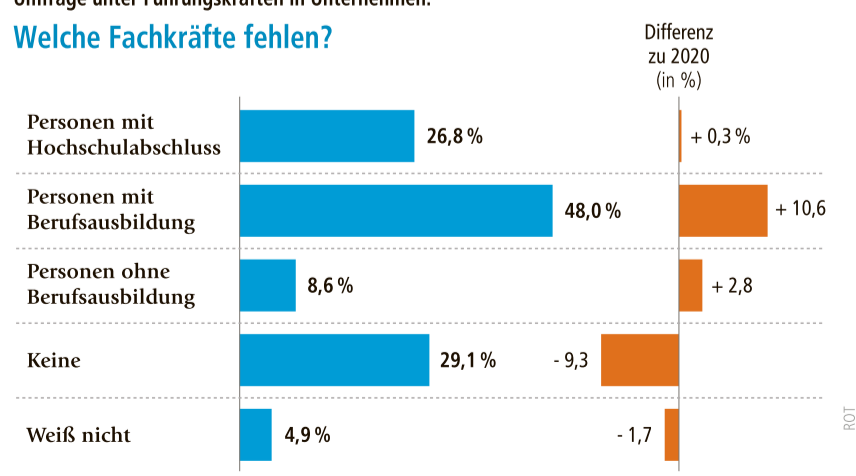
In die Bildung von Kindern zu investieren, löst natürlich keine akuten Engpässe, ist aber eine langfristige Investition, die offenbar noch ausbaufähig ist.

Die Corona-Pandemie hat die Situation verschärft. Nach Angaben des Kinderschutzbundes hat sich die Zahl der Schulabbrecher in beiden Pandemie-Jahren jeweils auf rund 100.000 verdoppelt. Dies sollte ebenfalls als akute Krise begriffen werden.

Natürlich gibt es Hilfsangebote. So haben 2021 rund 300.000 junge Menschen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich zwischen Schule und Berufsausbildung begonnen. Ziel ist der Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder das Nachholen eines Schulabschlusses. Warum dies nicht schon an dem dafür eigentlich vorgesehenen Ort, in den Schulen, gelingt, sollten wir uns alle fragen.

Fachkräftemangel im Jahr 2021 gestiegen

Umfrage unter Führungskräften in Unternehmen:
Welche Fachkräfte fehlen?



Stichprobe 2021: 7.500 Personen (10.8. - 3.10.) Stichprobe 2020: 2.504 Personen (21.9. - 21.10.) Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Bertelsmann Stiftung/Civey Grafikquelle: dpa*103310 (editiert)

GASTKOMMENTARE

LÖST ZUWANDERUNG DAS FACHKRÄFTEPROBLEM?

Ohne geht es nicht

PRO



Uwe Jahn, ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

Die Politik muss alles, wirklich alles tun, was gegen den Fachkräftemangel in Deutschland wirkt! Denn nach Expertenangaben fehlen mehrere hunderttausend Fachkräfte pro Jahr. Das ist mit Zuwanderung allein nicht zu schaffen. Aber ohne Zuwanderung schon gar nicht. Bei der akademischen Bildung klappt das schon ganz gut. Wir haben an unseren Hochschulen mehrere hunderttausend Studierende aus dem Ausland, die meisten aus China, der Türkei und Indien. Etwa die Hälfte bleibt nach dem Abschluss erst einmal zum Arbeiten hier. Immerhin. Auch die Einwanderung von Arbeitskräften aus EU-Staaten scheint zu funktionieren, sie stellten 2019 knapp sieben Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Nur bei Fachkräften aus Drittländern hapert es noch. Zwar hat Deutschland ein Fachkräftezuwanderungsgesetz. Aber wegen der Pandemie mit ihren Reisebeschränkungen konnte es kaum Wirkung entfalten. Heute gibt es solche Beschränkungen kaum noch und Deutschland muss sich mehr anstrengen. Das fordert auch der Arbeitgeberverband. Er kritisiert lange Wartezeiten in den Auslandsvertretungen und fordert eine elektronische Akte zur verbesserten Verständigung zwischen Botschaften, Ausländerbehörden und der Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeitgeber wissen: Schon in den vergangenen Jahrzehnten hätten wir ohne zugewanderte Arbeitskräfte kaum unsere Wirtschaftskraft halten können. Auch weil unser Bildungssystem noch viel zu viele junge Menschen ohne Ausbildung ins Berufsleben entlässt. Auch das ist eine Riesenaustelle. Die Politik muss eben alles, wirklich alles tun, was gegen den Fachkräftemangel in Deutschland wirkt!

Talente vor der Tür

CONTRA



Roland Preuß, Süddeutsche Zeitung, München

Natürlich braucht Deutschland Fachkräfte aus dem Ausland. Doch vieles, was derzeit wieder diskutiert wird, gibt es längst: Werbung auf Englisch oder Spanisch („Make it in Germany“), die systematische Anerkennung von Abschlüssen, liberale Gesetze für Zuwanderer. Die OECD hat der Bundesrepublik schon vor Jahren bescheinigt, unter den Industrieländern mit der offensten Gesetze für qualifizierte Zuwanderer zu haben. Wenn die Ampel-Koalition nun einen neuen Aufbruch beim Einwanderungsrecht verkündet, sollte man nicht allzu viel erwarten. Oft liegt das Problem anderswo: Etwa, dass IT-Experten aus Indien eher nicht Deutsch sprechen. Sie gehen lieber in englischsprachige Länder. Es gibt andere Ansätze, den Unternehmen zu mehr Fachkräften zu verhelfen. Bei Bürgern in Teilzeit oder Kinderpause etwa ist viel zu gewinnen. Millionen, vor allem Frauen, wollen mehr arbeiten, sitzen aber in der Teilzeitfalle, finden nicht mehr den Einstieg in einen Vollzeitjob. Begünstigt wird dies durch Minijobs mit geringen Abgaben, Kinderbetreuung, die Punkt 16 Uhr endet und einem Ehegattensplitting, das die Zweitverdienerin steuerlich bestraft. Das aber lässt sich ändern. Der zweite große Hebel ist die Bildung. Bisher verlässt etwa jeder 15. Jugendliche die Schule ohne Abschluss, das sind etwa zwei Schüler pro Klasse. Eine gigantische Verschwendung an Talent, die den Abrechern zudem oft ein Leben lang Chancen raubt. Unter ihnen sind überdurchschnittlich viele Kinder aus Zuwandererfamilien. Hier gilt es Kraft aufzuwenden, um Schulabbrecher nicht in ein Arbeitsleben zwischen Niedriglohn-Stelle und Jobcenter zu schicken, sondern zu den Fachkräften auszubilden, die das Land so dringend sucht.

Herr Rützel, nach neuesten Daten des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (Kofa) hat sich die Fachkräftelücke im Verlauf des vergangenen Jahres verdoppelt. Das Problem ist seit Jahren bekannt, doch scheinbar tut sich zu wenig, wenn man die Zahlen richtig deutet. Das stimmt, aber ich denke, es wird sich viel ändern. Zum einen wird die Ampel-Koalition die Fachkräfteeinwanderung deutlich erleichtern, denn wir brauchen Zuwanderung. Zweitens ist es verrückt, gut qualifizierte und integrierte Menschen wegzuschicken, weil sie kein Bleiberecht haben. Dort brauchen wir einen Spurwechsel. Menschen, die nicht straffällig geworden sind, die sich zur demokratischen Grundordnung bekennen, müssen bei uns eine Perspektive bekommen können.

Die Fachkräfteeinwanderung ist bereits mit verschiedenen Gesetzen neu justiert worden. Woran liegt es, dass die Bundesagentur für Arbeit 2021 nur 3.200 Fachkräfte aus dem Ausland dabei unterstützt konnte, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen?

Das hat mehrere Gründe. Die Corona-Pandemie ist einer davon, aber natürlich ein kurzfristiger. Auf grundlegender Ebene brauchen wir einen kulturellen Sinneswandel. Wenn Menschen befürchten, in Deutschland rassistische Anfeindungen zu erleben, werden sie nicht kommen. Da ist mehr Toleranz nötig. Zum anderen ist auch die deutsche Sprache ein Nachteil gegenüber englischsprachigen Ländern, da darf man sich nichts vormachen.

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit spricht von 400.000 Fachkräften aus dem Ausland, die pro Jahr nötig wären. Sind solche Werte utopisch?

Das ist schon eine Hausnummer. Um da heranzukommen, müssen wir unter anderem die Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen weiter abbauen. Das Verfahren ist immer noch zu kompliziert und abschreckend. Ein Punktesystem, mit dem Kanada erfolgreich seine Einwanderung regelt, könnte auch für uns ein Vorbild sein. Wir haben zwar bereits gute Verfahren, wie zum Beispiel die Westbalkan-Regelung. Aber wir müssen sie weiterentwickeln und vereinfachen.

Zuwanderung erzeugt einen erheblichen Braindrain in vielen Herkunftsländern. Beschleicht Sie da manchmal ein schlechtes Gewissen?

Sie sprechen etwas Wichtiges an. Das belastet mich in der Tat, weil wir damit auch auf Kosten anderer leben. Wir hoffen, dass die besten Leute zu uns kommen, aber diese Länder bräuchten auch ihre Besten. Natürlich freue ich mich, wenn der syrische Arzt bei uns im Krankenhaus arbeitet, aber er würde natürlich in Syrien auch gebraucht. Zweifellos sorgen diese Prozesse eher dafür, dass die Ungleichheit größer wird.

Nur ins Ausland zu schauen, wird das Problem nicht lösen. Die Zahl der Schulabbrecher ist erschreckend hoch. Braucht es nicht einen Aktionsplan, der schon bei der Schulausbildung ansetzt?

Dafür haben wir die Berufsagenturen eingerichtet. Sie erst am letzten Schultag zu kümmern, ist zu spät. Es gibt viele Kinder, die zu Hause nicht die nötige Unterstützung bekommen, die aber vielleicht sehr schlau sind und die einfach viel früher intensiver an die Hand genommen werden müssten. Ich sehe es an meiner Biografie: Ich war auch jemand, der nicht extrem schulisches motiviert war. Das kam erst später, in der neunten Klasse und danach in Lehre und Studium. Außerdem müssen die Schulen über Praktika stärker berufsnahe Angebote machen. Das Signal muss sein: Wir brauchen jeden und jeder kann etwas!

»Jeder kann etwas«

BERND RÜTZEL Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales fordert mehr Investitionen in die Berufsausbildung.



© picture-alliance/photothek/Felix Zahn

Immer mehr Jugendliche wollen studieren. Inwiefern kann die Politik hier die Weichen anders stellen, um die duale Berufsausbildung wieder attraktiver zu machen?

Das ist eine Aufgabe für Arbeitgeber und Politik gleichermaßen. Um die Berufsausbildung zu stärken, werden wir einige Unterschiede zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung beenden: So soll das Bafög für Aus- und Weiterbildung erweitert werden. Einen Beruf zu haben, ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. 1,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren haben keine Ausbildung. Das kann nicht sein.

werden. Einen Beruf zu haben, ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. 1,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren haben keine Ausbildung. Das kann nicht sein.

Jüngst hat die DIHK die von der Koalition geplante Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen als falsches Signal kritisiert, weil viele tausend Betriebe keine Bewerbungen mehr erhalten würden. Ver-

stehen Sie die Kritik? Überhaupt nicht. Denn das Wichtigste ist, dass man Menschen eine Berufsausbildung anbieten muss. Und wenn sie diese in einer Firma nicht finden, dann muss das überbetrieblich geschehen. Priorität hat erst einmal, die jungen Menschen von der Straße wegzubekommen in eine Berufsausbildung.

Im Koalitionsvertrag wird auch die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren als Mittel zur Fachkräftesicherung genannt. Die Statistiken zeigen, dass es hier in den vergangenen Jahren bereits einen erheblichen Anstieg gab.

Ja. In punkto Entgeltgleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir noch längst nicht am Ziel. Wenn wir da vorankommen, würde sich das sicher auf die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter auswirken, denn immer noch sind sie es, für die der Spagat zwischen Privat- und Berufsleben besonders anstrengend ist. Viele arbeiten auch weniger Stunden pro Woche, als sie gern arbeiten würden, da gibt es auch Luft nach oben. Und für Rentner haben wir zwar die Zuverdienstgrenzen erhöht. Aber so flexibel wie Länder in Skandinavien, wo jeder selbst über seinen Renteneintritt entscheiden kann, sind wir leider noch nicht.

Wir befinden wir uns in einem gigantischen Strukturwandel, Stichwort: ökologische Transformation. Was halten Sie von der Idee eines Bildungsgrundlohns für Beschäftigte, die sich beruflich neu orientieren wollen?

Wir brauchen so etwas auf jeden Fall. Die Österreicher machen das gut, dort gibt es eine Bildungsteilzeit. Immer mehr Menschen wollen für eine Weiterqualifizierung nicht aufhören zu arbeiten, sie müssen also ihre Arbeitszeit reduzieren, doch dann reicht das Geld nicht. Deswegen brauchen wir dafür eine zusätzliche Förderung.

Aber eine solche Regelung ist zeitnah nötig, denn der Druck ist schon jetzt groß.

Wir wollen ein Lebenschancen-Bafög auf den Weg bringen, wo Beschäftigte Bildungsguthaben für eine Qualifizierung ansparen können. Eine Bildungsteilzeit ist eine Möglichkeit. Wir arbeiten an einem Qualifizierungsgeld, damit auch Menschen in der Grundsicherung finanziell besser unterstützt werden, wenn sie eine Weiterbildung beginnen. Wir sind dabei, die BA als Arbeits- und Weiterbildungsagentur umzubauen. Der Vermittlungsvorrang im Bürgergeld soll fallen zugunsten von Weiterbildung. Also, wir haben uns viel vorgenommen, weil wir keine andere Wahl haben, wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen.

Noch eine Frage zum Thema Minijobs: Die Koalition möchte die Verdienstgrenze auf 520 Euro anheben. Warum? Experten kritisieren Minijobs länger schon als berufliche Sackgasse für viele.

Minijobs für Studentinnen und Rentner sind ja unproblematisch. Schwierig wird es, wenn Menschen in Minijobs statt sozialversicherungspflichtiger Arbeit beschäftigt sind. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden steigt durch eine höhere Verdienstgrenze nicht. Wir erleichtern den Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und sorgen dafür, dass die Arbeitszeit bei Minijobs digital erfasst werden muss.

Das Gespräch führte Claudia Heine

Bernd Rützel ist Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Der Sozialdemokrat aus Bayern gehört dem Bundestag seit 2013 an, seitdem ist er auch Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2022

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. März 2022 Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag Fachbereich WD 1 Medienpreis Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de Telefon: +49 30 227-38629



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Vor allem Fachpolitiker: René Springer

René Springer hätte es gern normaler. „Als Fachpolitiker werde ich weniger befragt“, sagt er, „meist will man von mir wissen, was ich von Björn Höcke halte. Das irritiert mich“, sagt der 41-jährige geborene Berliner mit Blick auf Journalistenfragen, die seiner Meinung nach zu wenig auf Inhaltliches zielen. Es ist Montagmittag, die Parlamentswoche hat begonnen, und im Büro des Sprechers der AfD-Fraktion für Arbeit und Soziales locken Schokolade, Kekse und Früchte; eine Kaffeemaschine gurgelt. Höcke, der vom thüringischen Landesverband aus um Einfluss kämpft, scheint weit weg. Auch im Verhältnis zu den anderen Fraktionen sieht Springer eine „massive Diskursstörung“. Dabei versteht er, der in Greifswald Politikwissenschaft studierte, die Aufgabe von Politik als das Lösen von Problemen. Sachlichkeit, das fällt auf, betont er stärker als andere Fraktionskollegen. Der Lauteste in der AfD ist er nicht, Bluejeans, weißes Hemd und sportliche Hornbrille vermitteln Löslichkeit. Doch die Klage der anderen Bundestagsfraktionen, die die „Diskursstörung“ bei der AfD verorten, prallt an ihm ab. „Das stimmt überhaupt nicht, uns wird ja auch die gesellschaftliche Spaltung angelastet.“

Was also schlägt der Fachpolitiker Springer vor, wenn es um die Lösung des Problems der fehlenden Fachkräfte in Deutschland geht? Man müsse nach den Ursachen fragen, beginnt er. „Es wurden nie wirkliche familienpolitische Maßnahmen ergriffen, um für mehr Geburten zu sorgen.“ Ihm schwebt vor, Mütter bei der Rente finanziell zu stärken, für sie nach der Geburt eines Kindes zum

Wiedereinstieg in den Beruf Lohnkostenzuschüsse zu zahlen. „Und die Digitalisierung in den Unternehmen muss gefördert werden“, sagt er. Bislang würden viele Unternehmen eher auf die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland setzen, um die Produktivität zu steigern. Springer klingt zuweilen wie ein Linker. Nicht alles dürfe sich an Marktinteressen orientieren, der Neoliberalismus sei eine Geißel. Doch rasch dominiert bei ihm dann doch die „nationale“ Dimension.



© picture-alliance/dpa

»Es wurden nie wirkliche familienpolitische Maßnahmen ergriffen, um für mehr Geburten zu sorgen.«

„Wir setzen auf Technisierung statt auf massenhafte Zuwanderung“, sagt er, als würde sich beides ausschließen. Dass die Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, bei 31,8 Prozent liegt, sei für ihn „nicht viel“.

Nachsichtig ist er, wenn es um die Geschichte der sozialen Profilierung der AfD geht. „Es ist nicht verwerflich, lange für ein Ren-

tenkonzept zu brauchen.“ Man habe anfangs andere Schwerpunkte gesetzt, etwa die Sorge um die Währungsstabilität. „Jede Partei entwickelt sich weiter.“

Springer engagierte sich in den Nullerjahren zunächst in der SPD. Nach seinem Realabschluss arbeitete er von 1997 bis 2009 als Zeitsoldat in der Marine, wurde Elektroniker, dann Meister im Fach Elektrotechnik und unterrichtete an einer Berufsschule der Marine. Für die Sozialdemokraten entschied er sich, weil er Gerhard Schröder für einen „markigen Typen“ hielt. Sozialpolitik wichtig fand und die am ehesten bei der SPD verankert sah – und weil im Freundeskreis einige in der SPD waren. Was entfremdete ihn dann wieder?

„Den Ausschlag gab, dass nach der Kommunalwahl in Greifswald die Abgeordneten das Gegenteil dessen machten, was im Programm beschlossen worden war“, erläutert er. „Da fühlte ich mich veräppelt.“ Springer wurde Nichtwähler, bis er dem damaligen Landesparteichef Alexander Gauland über den Weg lief und sein persönlicher Referent wurde. Dann ging es immer weiter: Eintritt in die AfD 2015, dann Fraktionsgeschäftsführung in Potsdam, schließlich 2017 Einzug in den Bundestag. „Ich habe es nie bereut, auch wenn diese verantwortungsvolle Aufgabe des Mandats emotional hochgradig belastet“, sagt er. Was er damit meint? „Dass man plötzlich im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht.“ Abzuschrecken scheint es ihn jedoch auch nicht. Springer kandidiert für den Landesvorsitz der Partei in Brandenburg.

Jan Rube

Beruf und Berufung

QUALIFIZIERUNG Die Arbeitsfelder von Fachkräften sind so vielfältig wie die Wege zum Traumjob: fünf Beispiele



Emma Finke, 19, aus Frankenthal (Pfalz) hat gerade Abitur gemacht und will Kinderchirurgin werden. © privat

Mein Traumberuf ist Ärztin, genauer gesagt möchte ich Kinderchirurgin werden. Den Wunsch, Ärztin zu werden, habe ich schon sehr lange. Aber nach einem dreiwöchigen Praktikum in der Anästhesie in der Unfallchirurgie ist es dann für mich zur absoluten Gewissheit geworden. Ich durfte sogar mit in den Operationssaal. Da war mir klar: Das will ich machen. Ich fühle mich total wohl in Krankenhäusern. Außerdem arbeite ich sehr gerne mit Kindern. Ich spiele Hockey in meiner Heimatstadt Frankenthal und trainiere dort auch Kinder. Im Januar hatte ich schriftliches Abitur in meinen Leistungsfächern Biologie, Sport und Englisch. Vor ein paar Tagen hab ich die letzte mündliche Prüfung abgelegt. Nun heißt es warten auf das Endergebnis. Um eine Chance auf einen Studienplatz in Medizin zu haben, braucht man eben ein Einser-Abitur. Das wird wohl klappen, hof-

fentlich mit einer kleinen Zahl hinter dem Komma. Ich habe mich auf jedem Fall schon für den Medizinertest angemeldet. Das Ergebnis des Testes wird mit der Abi-Note verrechnet und bei einem guten Abschneiden erhöht das die Chancen auf einen Studienplatz.

Im Mai beginne ich aber erstmal ein freiwilliges soziales Jahr – auf der Kinderstation an der Klinik in Worms. Auch das wird von den Unis bei der Bewerbung um einen Studienplatz anerkannt.

Viele Menschen denken bei Ärzten ja oft an das hohe Ansehen und an gute Verdienstmöglichkeiten. Das sind auch durchaus schöne Aspekte, für mich ist das aber nicht so entscheidend. Es gibt Berufe, in denen man wohl deutlich mehr verdienen kann und die Ausbildungszeit auch nicht so lange ist. Ein Medizinstudium einschließlich des praktischen Jahres dauert ja

schon sechs Jahre. Für die Facharztausbildung muss man noch mal ein paar Jahre einrechnen. Alles zusammen kommen da gut zehn bis zwölf Jahre zusammen.

Am liebsten würde ich zum Studium nach Berlin an die Charité. Das ist ein tolles Krankenhaus mit einer sehr interessanten Geschichte. Ich habe auch die Fernsehserie gesehen. Das hat mich fasziniert. Außerdem wird an der Charité der Modellstudiengang mit frühem Patientenkontakt angeboten.

Ich habe mich auch über die Möglichkeiten für ein Medizinstudium bei der Bundeswehr informiert. Allerdings muss man sich dann für 17 Jahre beim Bund verpflichten. Das ist eine verdammt lange Zeit. Zudem hat mir die Beraterin deutlich gesagt, dass die parallele Ausbildung zur Offizierin einen großen Stellenwert hat. Und um ehrlich zu sein, sehe ich mich

auch nicht als Soldatin. Ich kann mir allerdings durchaus vorstellen, später mal für eine internationale Organisation wie Ärzte ohne Grenzen in einem Krisengebiet zu arbeiten.

In jedem Fall ist es mir wichtig, dass ich meinen Beruf mit einem Familienleben vereinbaren kann. Ich bin selbst mit einem Bruder aufgewachsen und ich will selbst auch Kinder. Ich weiß, dass zunehmend mehr Mediziner in Teilzeit arbeiten. Das kann ich mir auch vorstellen.

Falls es mit dem Studienplatz zunächst nicht klappen sollte, überlege ich mir, erstmal eine Ausbildung zu machen. In jedem Fall aber im medizinischen Bereich. Physiotherapie finde ich zum Beispiel ziemlich cool. Dies wird von einigen Unis auch als Bonus angerechnet bei der Bewerbung um einen Studienplatz.

Aufgezeichnet von Alexander Weinlein

Der Beruf des Maßschuhmachers ist leider am Aussterben und es gibt nur noch wenige Auszubildende. In Hessen bin ich aktuell die einzige in meinem Lehrjahr. Obwohl ich meine Ausbildung bei den Städtischen Bühnen in Frankfurt am Main mache, muss ich deswegen eine Berufsschule in Gotha, in Thüringen, besuchen. Weil es keine eigene Lehrkraft für Maßschuhmacher gibt, sitze ich dort bei den Orthopädienschuhmachern in der Klasse. Einige Aspekte, wie die Anatomie von Fuß und Bein oder die Herstellung von Leder sind natürlich für uns alle relevant. Manchmal heißt es dann aber eben: „Hier könnt ihr jetzt mal weghören.“

Es wäre schön, eigenes Fachpersonal für Maßschuhmacher zu haben, aber dazu machen zu viele diese Ausbildung. Viele Werkstätten können sich schlicht keinen Azubi leisten. Man verdient in dem Beruf

auch relativ wenig, was viele abschrecken dürfte. Dadurch, dass ich meine Ausbildung am Theater mache, kann ich mein Leben hier in Frankfurt komplett selbst finanzieren. Das war mir wichtig. Wäre das nicht möglich gewesen, hätte ich die Ausbildung nicht machen können.

Die Entscheidung für die Ausbildung habe ich bisher keinen Tag bereut. Ich war schon immer sehr praktisch und kreativ veranlagt. Nach dem Realschulabschluss habe ich auf dem Gymnasium Abi gemacht, um mir die Option eines Studiums offen zu halten. Mir war allerdings am Ende meiner Schulzeit relativ schnell klar, dass ich eine Ausbildung machen und direkt loslegen möchte, statt erst jahrelang in einer Universität zu hocken. Durch ein Praktikum in einer Lederwerkstatt in meiner Heimat im Allgäu bin ich zum ersten Mal mit dem Material Leder in Kontakt gekommen. Es

ist ein unglaublich langlebiges und vielseitig einsetzbares Material, mit dem ich sehr gerne arbeite. Nach dem Abitur habe ich intensiv recherchiert, was ich damit alles machen könnte, und bin beim Beruf des Maßschuhmachers hingengeblieben. Ich finde den Gedanken einfach schön, dass ich Schuhe herstelle, die die Menschen durch die Welt tragen.

Vor meiner Ausbildung war mir nicht bewusst, wie viele handwerkliche Berufe man am Theater lernen kann. Ich habe selbst acht Jahre Theater gespielt und finde es spannend, meine Kreativität jetzt hinter der Bühne ausleben zu können. Leider sind die meisten Werkstätten an Theatern sehr klein und bilden nur alle drei oder vier Jahre eine Person aus. Bei den Städtischen Bühnen hatte ich Glück und konnte mich während eines zweiwöchigen Praktikums in der Werkstatt direkt auf den Aus-

bildungsplatz bewerben. Während des Praktikums habe ich meinen ersten Schuh hergestellt, mittlerweile bin ich im dritten Lehrjahr und es sind bestimmt zehn bis 15 Paar. Schuhe einfärben, mit Samt beziehen oder sie verglitzern gehört genauso zu meinen Aufgaben wie Schuhe zu reparieren oder neue Modelle herzustellen. Ganz besonders stolz bin ich auf einen Barockschuh, den ich komplett selbst bezogen und anschließend verziert habe.

Was ich nach meiner Ausbildung machen werde, weiß ich noch nicht. Sollte eine Stelle am Theater frei werden, würde ich gerne bleiben. Auf jeden Fall aber möchte ich dem Handwerk treu bleiben. Notfalls würde ich auch einen Zweitjob annehmen, um mich über Wasser zu halten. Mir ist es wichtiger, das zu machen, was mir Spaß macht, als viel Geld zu verdienen.

Aufgezeichnet von Denise Schwarz



Theresa Keppeler, 22, ist Auszubildende zur Schuhmacherin bei den Städtischen Bühnen Frankfurt. © privat



Faeza Omer, 29, aus Meckenheim brauchte viel Geduld, bis sie ihre Kenntnisse als Krankenpflegerin beweisen durfte. © Servicebüro Jugendmigrationsdienste

2015 bin ich mit meinen beiden Kindern nach Deutschland geflüchtet, da war ich 23 Jahre alt. Ich wusste von Anfang an, dass ich hier in meinem Beruf als Krankenschwester arbeiten will, aber der Weg dahin war sehr lang: Zwischenzeitlich habe ich als Verkäuferin in einem türkischen Laden direkt neben der Johanniter-Unfall-Hilfe in Meckenheim bei Bonn gearbeitet. Immer wenn dort Sanitäter in Arbeitskleidung hereinkamen, hat mich das daran erinnert, dass es das ist, was ich schon als Kind machen wollte. Jetzt, nach über sechs Jahren in Deutschland, gehe ich immer noch in den Laden – nur arbeite ich inzwischen auch für die Johanniter nebenan. Ich bin Jesidin, meine Muttersprache ist Kurdisch. Meine Ausbildung in meiner irakischen Heimat Sinjar habe ich auf Arabisch gemacht. Die habe ich 2013 abgeschlossen und in der Notaufnahme im

Krankenhaus gearbeitet. Als der „Islamische Staat“, der „IS“, im Juni 2014 Mossul eingenommen hat, sind wir nach Kurdistan-Irak geflohen. Dort habe ich eine Zeit lang in einer Privatklinik gearbeitet. Meine Kinder konnten dort aber nicht in den Kindergarten oder zur Schule gehen, wir hatten oft nichts zu essen und kein Geld, um zum Arzt zu gehen. Wir haben entschieden, dass ich mit den Kindern nach Europa gehe, damit sie in Sicherheit sind, mein Mann ist später nachgekommen.

Von anderen Ländern hatte ich kaum Vorstellungen. Wir sind im August 2015 los und nach einem Monat mit vielen anderen am Münchener Hauptbahnhof angekommen. Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen angemeldet und eine kleine Wohnung in Meckenheim bekommen. In der Zeit, in der die Kinder im Kindergarten und der Schule waren, habe ich Deutsch gelernt.

Ohne meine Ansprechpartnerin bei den Jugendmigrationsdiensten hätte ich aufgeben: Sie hat mich für Sprachprüfungen angemeldet, mir von dem Anerkennungsverfahren für meinen Abschluss als Krankenpflegerin erzählt und für mich mit Behörden kommuniziert. Das Krankenhaus, in dem ich gearbeitet habe, ist explodiert. Ich hatte einige Papiere dabei, aber nicht die Zeugnisse, die die Behörden sehen wollten. Oft haben wir Monate nichts gehört oder es wurden immer neue Unterlagen angefordert. Irgendwann kam eine Einladung zum Gespräch beim Landesprüfungsamt. Darin habe ich darum gebeten, in einer Kenntnisprüfung am Patienten meine Fähigkeiten unter Beweis stellen zu können. Zwischendrin habe ich Praktika gemacht – dabei habe ich gesehen, dass Krankenschwestern im Irak anders eingesetzt werden: Dort habe ich Blut abgenommen oder

Zugänge und Magensonden gelegt, hier liegt der Fokus viel mehr auf der Pflege. Als dann in 2020 der Brief kam, dass ich die Kenntnisprüfung machen darf, hab ich mich schon fast gar nicht mehr gefreut, weil ich schon so lang gewartet hatte. Ich habe dann einen Vorbereitungskurs gemacht und von morgens bis abends medizinisches Deutsch gelernt für die Theorie- und Praxisprüfungen. Es war Mai 2021, als ich endlich mein Zeugnis in den Händen gehalten habe. Meine Arbeit in der ambulanten Pflege bei den Johannitern macht mir großen Spaß! Nach zwei Jahren werde ich auch Wundmanagement machen dürfen. Schichtdienst im Krankenhaus kommt wegen meiner Kinder und der langen Wege momentan nicht in Frage. In meinem Kopf spukt aber die Idee herum, dass ich irgendwann gern im OP arbeiten würde.

Aufgezeichnet von Lisa Brübler

Ich habe Kfz-Mechaniker gelernt, rein auf Verbrennermotor, wie das Ende der 1990er Jahre üblich war. Meine Arbeit heute hat aber nur noch sehr wenig mit der von damals zu tun. Früher hatte ich immer ölige Finger, Elektronik gab es im Fahrzeug fast keine und die Hauptarbeit bestand im Schrauben. Ich fand das klasse, schon als Kind habe ich mit meinem Vater gern an Autos herumgebastelt. Prinzipiell mach ich das heute noch gern. Gleich nach der Gesellenprüfung kam ich zu der Renault-Werkstatt, in der ich heute noch arbeite.

Als 2010 Renault die ersten Elektro-Modelle herausbrachte, haben wir im Kollegenkreis erstmal geschluckt. Die mussten wir jetzt also reparieren können. Aber ich hatte noch nie Angst vor neuer Technik. Im Gegenteil. Mein Chef hat schon damals erkannt, dass der Elektromobilität die Zukunft gehört und es den Verbrennermotor

nicht ewig geben wird. Ich hatte da gar keine große Wahl. Gleich im November 2010 bekam ich meine erste Elektromobilitäts-Schulung, im Renault-Technocentre in der Nähe von Paris. Sehr beeindruckend. Damals bin ich auch zum allerersten Mal elektrisch gefahren. Ich fand Elektromobilität von Anfang an richtig gut.

Seitdem mache ich fortlaufend Weiterbildungen. Ging es am Anfang nur um die Reparatur von Elektroautos, bin ich jetzt auf Hochvolt-Speicher spezialisiert. Ein Jahr habe ich gebraucht, um hier den Reparatur-Raum für Batterien aufzubauen. Die technischen Anforderungen sind hoch, etwa an die Be- und Entlüftung. Das war Pionier-Arbeit. Wir sind einer von nur drei Betrieben in Deutschland, die Renault-Batterien reparieren können.

Heute kommen viele Interessenten, etwa Gerätehersteller für Messtechnik oder Diag-

nose, die von mir geschult werden wollen. Auch mit der Fachhochschule Kiel arbeiten wir zusammen, ich entwickle mit ihnen ein Diagnosegerät zur Erkennung alter Batteriezellen.

Ich mag das Hochtechnische an meinem Beruf, die Aufgaben sind oft tricky, das hat viel mit Denksport zu tun. Schwergelungen ist mir am Anfang das Englisch. Alle Fortbildungen und die Kommunikation mit unserer Stamm-Marke laufen auf Englisch. Da war ich anfangs auf ziemlich niedrigem Niveau unterwegs. Inzwischen läuft es ganz gut, auch, weil ich es fast täglich im Job trainiere. Heute Mittag etwa habe ich noch ein Online-Meeting, in dem weltweit alle Batterie-Zentren zusammenkommen.

Ich bin inzwischen Kfz-Mechaniker und leite die Batterie-Reparatur. Für die Energiewende sind wir gut gerüstet, wir bilden auch Nachwuchs aus. Für die Batterie-Reparatur

habe ich eine Jung-Gesellin eingestellt, eine frisch ausgebildete Mechatronikerin. Sie hat von mir einen Zusatzkurs in E-Mobilität bekommen. Mir gefällt, dass sie oft anders als Männer an schwierige Aufgaben herangeht, bedachsamer und strukturierter.

Bis zum Jahreswechsel habe ich auch die Werkstatt geleitet, seitdem konzentriere mich ganz auf die Batterie-Reparatur. Wir sind voll ausgelastet. Auf den nächsten Technologie-Sprung zur Wasserstoff-Zelle sind wir hier vorbereitet. Der Raum ist dafür geeignet, die Grundvoraussetzungen stehen. Selbständig machen möchte ich mich nicht, ich mag das Betriebsklima hier und dass der Chef offen für Neues ist. Es tun sich technologisch gerade so viele Fenster in meinem Bereich auf, die nächste Zeit bleibt spannend.

Aufgezeichnet von Annette Beutler



Christopher Drechsler, 41, ist Kfz-Mechaniker und Leiter Reparaturwerkstatt Batterien E-Mobilität in Norderstedt. © privat



Silvia Rönsch, 38, ist Anlagenmechanikerin Sanitär, Heizung, Klima in Berlin. © privat

Wenn mich Leute nach meinem Beruf fragen und sich unter „Anlagenmechanikerin Sanitär, Heizung, Klima“ nichts vorstellen können, sage ich manchmal zur Erklärung: Klempnerin. Die Bezeichnung ist nicht ganz korrekt, aber die Leute haben dann eher ein Bild. Zu meinem Job gehört es, Wasserleitungen zu verlegen, WC-Schüsseln anzuhängen und Rohrbrüche zu reparieren. Wir tauschen Heizkessel aus und bauen in Mehrfamilienhäuser kleine Blockheizkraftwerke ein, die Wärme und Strom gleichzeitig produzieren. Zum Profil hinzugekommen sind gegenüber früher die erneuerbaren Energien. Wir montieren Photovoltaik-Anlagen oder installieren Wärmepumpen. Die Auftragsbücher sind voll, auch wegen der Energiewende.

Ich mag diese Vielfalt. Die Aufgaben fangen im Keller beim Heizkessel an und führen bis zur Solaranlage aufs Dach. Ich

freue mich, wenn die Kunden ein neues, funktionierendes Bad haben, und genauso, wenn mit einer Solarthermie-Anlage Ressourcen eingespart werden. Ich empfinde meinen Job als sinnvolle Sache.

Auf der Baustelle bin ich so gut wie immer die einzige Frau. Ich habe mich daran gewöhnt und alle anderen kriegen das meist auch hin, blöde Sprüche sind selten. Mehr Frauen auf der Baustelle wären natürlich trotzdem schön. Meinen Ausbildungsbetrieb habe ich ausgebaut, weil er schon länger auf erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Der Klimawandel beschäftigt mich, wobei ich denke, dass beim Klimaschutz die Technik nur ein Puzzleteil von vielen ist. Der Ressourcenverbrauch ist das wahre Thema, außerdem ist eine umfassende Haltungswende nötig. Mein Berufsweg ist anders als üblich: Vor meiner Ausbildung habe ich ein Studium

der Energietechnik absolviert und danach als Ingenieurin gearbeitet. Viele machen das anders herum: erst Ausbildung, dann Studium. Ich habe als Ingenieurin gemerkt, dass mir das Praktische und der Baustellenbetrieb viel mehr Spaß machen als Planung, Computer-Arbeit und Büro. Schon während der Ausbildung wusste ich, dass es die richtige Entscheidung war. Allerdings ist der Unterschied zwischen Gesellin- und Ingenieursgehalt deutlich. Heute würde ich jeder Abiturientin und jedem Abiturienten raten, vor der Uni erst eine Berufsausbildung zu absolvieren, um sich für die praktische Seite fit zu machen. Auch um herauszufinden, ob nicht das Handwerk der wahre Traumjob ist. Mein beruflicher Plan? Weiterhin Gesellin sein! Ich will möglichst viele Erfahrungen sammeln und dazu lernen. Eine Zertifizierung als Meisterin macht für mich keinen

Sinn, weil ich mich nicht selbständig machen möchte. Aber fachlich würde ich mich gern so viel wie möglich weiterbilden. Zurzeit beispielsweise hätte ich gerne eine Fortbildung darüber, wie man am besten Azubis anlernt. Das gehört zu meinem Job als Gesellin, habe ich aber nicht gelernt.

Wenn ich 50 oder 60 bin, schaffe ich die Arbeit auf der Baustelle vielleicht nicht mehr. Die Hitze auf den Dächern im Sommer schlaucht, Regen und Kälte im Winter auch. Heute macht mir das nichts aus, aber später? Dann kann ich mir vorstellen, wieder als Ingenieurin im Büro zu arbeiten. Oder ich werde Ausbilderin in der Berufsschule. Gute Berufsschullehrer sind bei Sanitär, Heizung, Klima rar. Weiterzugeben, was man gelernt hat, ist nach vielen Jahren Berufserfahrung ja naheliegend.

Aufgezeichnet von Annette Beutler

Flucht aus dem Job

PFLEGE Viele Fachkräfte haben wegen der schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgegeben. Dabei wächst der Bedarf an Pflegern stetig an.

Der Mangel an Pflegefachkräften ist seit Jahren ein Kernproblem in der Gesundheitsversorgung. Die Kombination aus einem stark erhöhten Mitarbeiterbedarf und einer schwindenden Bereitschaft, sich den Härten des Pflegealltags zu stellen, führt zu einem wachsenden Personaldefizit in der Branche. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht, um die Attraktivität des Berufes zu steigern und der Fluchtbewegung entgegenzuwirken. Der Erfolg ist bisher allerdings eher mäßig. Seit die Coronakrise über Deutschland hereingebrochen ist, hat sich die ohnehin schwierige Lage für Pflegerinnen und Pfleger in Krankenhäusern, Altenheimen oder ambulanten Pflegediensten noch einmal verschärft. Der Beruf gilt vielen Fachkräften nicht mehr als attraktiv. Die als zu gering empfundene Bezahlung ist dabei nur ein Kritikpunkt.

Aufreißende Schichten Viele Pflegefachkräfte, die mit Enthusiasmus in den Beruf eingestiegen sind, scheiden aus, weil sie mit ihrer Aufgabe psychisch und physisch überfordert sind und das Gefühl haben, als Lückenbüßer eingesetzt zu werden. Wie Berichte aus dem Alltag von Pflegern zeigen, gehen Fachkräfte auch nach einer aufreißenden Schicht mit dem Eindruck nach Hause, die Patienten unzureichend versorgt zu haben, weil die Zeit für eine angemessene Betreuung einfach nicht ausgereicht hat.

Zwischen 2019 und 2021 haben nach einem Bericht der European Federation of Public Service Unions (EPSU) in der EU insgesamt 421.000 Beschäftigte der Pflege ihren Job aufgegeben. Die Gewerkschaft fordert von den EU-Staaten eine Langfriststrategie für die Pflegebranche, um der Abwanderung zu begegnen und in Zukunft über ausreichend Fachkräfte zu verfügen.

Fehlende Fachkräfte Die Barmer-Ersatzkasse rechnet in ihrem Pflegereport „konservativ“ mit mehr als 180.000 fehlenden Pflegekräften bis 2030, bei dann insgesamt rund sechs Millionen Pflegebedürftigen. Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IWK) geht in einer Projektion von 2018 von einem erheblichen Mehrbedarf an stationären und ambulanten Pflegekräften in der Zukunft aus. Demnach könnten im Jahr 2035 weitere 150.000 Fachkräfte in der Pflege benötigt werden.

Der Gesundheitsforscher Heinz Rothgang warnte: „Den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, muss ein zentrales Anliegen werden.“ Und Barmer-Chef Christoph Straub warnte: „Angesichts der steigenden Zahl Pflegebedürftiger und der bereits heute großen Zahl an fehlenden Pflegekräften ist Deutschland auf dem besten Wege, in ei-



In der Coronakrise sind Pflegekräfte für ihre Leistung gefeiert worden. Sie fordern aber weiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

© picture-alliance/SZ Photo/Rainer Unkel

nen dramatischen Pflegenotstand zu geraten.“ Andere Experten und Politiker sind schon länger der Ansicht, dass in Deutschland ein akuter Pflegenotstand besteht. Die Linke fordert eine koordinierte Rückholaktion für ehemalige Pflegekräfte. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2019 rund 1,4 Millionen Arbeitnehmer in der Pflege beschäftigt, rund 593.000 in Pflegeheimen, rund 458.000 in Krankenhäusern und rund 361.000 in ambulanten Pflegediensten.

»Den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, muss ein zentrales Anliegen werden.«

Heinz Rothgang, Gesundheitsforscher

Viele Frauen Etwa 60 Prozent der Krankenpfleger und 57 Prozent der Altenpfleger arbeiten im Schichtdienst. Die unregelmäßigen Arbeitszeiten sind nach Einschätzung der Statistikbehörde vermutlich ein Grund für die hohe Teilzeitquote in der Pflege. So waren 2019 rund 37 Prozent der Krankenpfleger in Teilzeit beschäftigt, bei den Altenpflegern lag die Quote sogar bei 46 Prozent.

Ein anderer Grund sei darin zu sehen, dass die Pflege zu 79 Prozent von Frauen geleistet werde, die aus unterschiedlichen Grün-

den häufiger in Teilzeit arbeiteten als Männer. Die Statistiker haben aber auch einen erfreulichen Gegentrend ausgemacht: So hätten 2019 insgesamt 71.300 junge Frauen und Männer eine Ausbildung in einem Pflegeberuf begonnen, acht Prozent mehr als im Vorjahr und 39 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Das war allerdings vor der Coronakrise, die noch einmal deutlich mehr Belastung für die Pflegekräfte mit sich bringt.

Neue Ausbildung Um die Branche zu stärken, reformierte die Bundesregierung 2017 die Ausbildung. Dabei stritten Experten über die Frage, ob eher Generalisten oder Spezialisten herangebildet werden sollten. Der Kompromiss sieht eine mindestens zweijährige generalistische Ausbildung vor sowie eine mögliche einjährige „Vertiefung“ in der Kinderkranken- und Altenpflege.

Die Ausbildung dauert nun drei Jahre und wird vergütet. Neu eingeführt wurde ein Pflegestudium. Experten machten sich für die Generalistik stark, weil in den Krankenhäusern der Anteil älterer, demenziell erkrankter Patienten steigt und in den Pflegeheimen der medizinische Behandlungsbedarf der Bewohner zunimmt. Auch die ambulante Pflege setzt auf flexibel einsetzbare Pflegekräfte.

Dennoch ist der Markt für Pflegefachkräfte seit Jahren quasi leer. Und der Bedarf wächst, weil die Zahl der Pflegebedürftigen immer größer wird. Forscher des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI)

kommen laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrem Pflegeheim Rating Report zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund 4,1 Millionen bis 2030 auf 4,9 Millionen und bis 2040 auf 5,6 Millionen steigen wird. Daraus folgt, dass nicht nur mehr Pflegekräfte benötigt werden, sondern bis 2040 auch weitere 322.000 stationäre Pflegeplätze. Die Forscher rechnen dem Bericht zufolge mit notwendigen Investitionen von bis zu 125 Milliarden Euro.

Auslandsmärkte Um den Fachkräftemangel auszugleichen, wirbt die Bundesregierung auch Pflegekräfte aus dem Ausland an. Bereits seit 2012 besteht das Programm „Triple Win“ der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), das zum Ziel hat, Pflegefachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Das Programm umfasst den Angaben zufolge die Länder Bosnien und Herzegowina, Philippinen und Tunesien. Aus Vietnam und El Salvador wurden Auszubildende für die Pflege angeworben. Ferner werbe die BA Pflegefachkräfte aus Mexiko und Brasilien an. Alle Aktivitäten würden im Sinne einer fairen Migration in Abstimmung mit staatlichen Partnern vor Ort umgesetzt, versichert die Bundesregierung. Damit den ausländischen Fachkräf-

ten den Einstieg erleichtert wird, kümmert sich die Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFa) um Anträge für Visa, Berufsanerkennung und Arbeitserlaubnis.

Konzertierte Aktion Angesichts des chronischen Personalmangels haben im Juli 2018 die Bundesministerien für Gesundheit, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Arbeit und Soziales die Konzertierte Aktion Pflege (KAP) ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen und die Ausbildung von Pflegekräften zu verbessern.

Fünf Arbeitsgruppen wurden gebildet, die sich unter anderem mit der Ausbildung und Qualifizierung, Entlohnung in der Pflege und mit der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte befassen. Im August 2021 zogen die drei Ministerien

ein positives Zwischenfazit und erklärten, es sei gelungen, neue Pflegekräfte anzuwerben und höhere Löhne zu vereinbaren. Die Umsetzung der Ziele werde weiter aktiv vorangetrieben. Bei den Pflegeverbänden fällt der Beifall allerdings verhalten aus. Nach Einschätzung der Fachverbände muss noch wesentlich mehr unternommen werden, um die Branche für Pflegekräfte wieder attraktiv zu machen. Claus Peter Kosfeld

Die Bundesregierung wirbt auch Pflegekräfte aus dem Ausland an.

Mangel an Therapieplätzen und lange Wartezeiten

PSYCHOTHERAPIE Mit der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine ist der Bedarf an Therapien noch einmal stark gestiegen

Herr Munz, es mangelt schon seit Jahren an Psychotherapieplätzen. Woran liegt das?

Das Hauptproblem ist die unzureichende Bedarfsplanung. Wir stellen heute insbesondere in ländlichen Regionen eine deutliche Unterversorgung fest. In Großstädten sind rund 36 Psychotherapeuten auf 100.000 Einwohner vorgesehen, in ländlichen Gebieten sind es zwischen 17 und 21, also etwa die Hälfte. Auch im Ruhrgebiet sind es nur rund 21. Und das, obwohl Menschen auf dem Land fast genauso häufig psychisch erkranken wie in der Stadt.

Und der Bedarf scheint ja tendenziell zuzunehmen.

Der Bedarf wächst. Das liegt einerseits ganz allgemein an der Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft, andererseits an der besseren Ausbildung von Haus- und Fachärzten, die wissen, dass psychische Belastungen oder psychische Erkrankungen bei Patienten immer mit beachtet werden müssen.

Früher lautete eine Diagnose öfter Rückenbeschwerden oder Schlafstörungen, heute wird genauer analysiert, ob sich womöglich eine Depression mit Einschlafstörung oder eine psychosomatische Erkrankung hinter den Symptomen verbirgt. Die Diag-

nostik der Ärzte hat sich also deutlich verbessert.

Wie lange warten die Patienten auf einen Therapieplatz?

Nach Befragungsdaten etwa fünf bis sechs Monate im Schnitt, in ländlichen Regionen länger. Abrechnungsdaten zeigen, dass 40 Prozent der Patienten nach einem Erstgespräch beim Psychotherapeuten noch einmal mindestens drei bis neun Monate auf den Beginn der Therapie warten.

Wie lange dauern die Therapien?

Es werden überwiegend Kurzzeittherapien mit bis zu 24 Therapiestunden durchgeführt, sie machen etwa 70 Prozent der Behandlungen aus. Die Langzeitbehandlungen umfassen entsprechend mehr Stunden. Die Dauer der Behandlung richtet sich nach dem Bedarf des Patienten.

Wie ließe sich die Zahl der Therapieplätze erhöhen?

Nachhaltig nur durch eine Reform der Bedarfsplanung. Eine kurzfristige Möglichkeit wäre, dass die Krankenkassen mehr Anträge auf Kostenerstattung bewilligen. Damit gehen die Kassen aber sehr restriktiv um. Auch die Zulassungsausschüsse auf Landesebene können prüfen, wo eine Unterver-

sorgung besteht und zusätzliche Kassensitze schaffen. Im Unterschied zu den Ärzten fehlt es uns nicht an Nachwuchs.

Was hat die Corona-Pandemie aktuell bewirkt?

Durch die Pandemie hat sich die Lage dramatisch verschärft. Wir sehen sehr viel mehr psychische Belastungen und Erkrankungen mit der Konsequenz, dass Erstge-

sprache in der psychotherapeutischen Sprechstunde massiv zugenommen haben. In der Hochphase der Pandemie, im März 2021, sind fast ein Drittel mehr Behandlungen abgerechnet worden.

Die Kollegen sind enorm unter Druck, weil die Nachfrage nach Sprechstunden bei Erwachsenen um 40 Prozent und bei Kindern und Jugendlichen sogar um 60 Prozent zugenommen hat. Die psychischen Belastungen der Pandemie sind sehr groß.

Worunter leiden die Patienten?

Bei Kindern und Jugendlichen wurde das ausführlich untersucht, hier sind es vor allem Angststörungen und depressive Störungen. Bei Jugendlichen ist auch insbesondere eine Zunahme an Essstörungen zu beobachten sowie eine exzessive Nutzung digitaler Medien. Viele Kinder und Jugendliche leiden auch unter psychosomatischen Beschwerden, wie etwa Kopf- und Bauchschmerzen, Schlafstörungen. Bei Erwachsenen sind die Erkrankungen ähnlich.

Es kommen viele Flüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland, viele dürften vom Krieg traumatisiert sein. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Da sehen wir große Probleme auf uns zukommen. Wir müssen dringend dafür sor-

gen, dass alle Kollegen, die Ukrainisch, Russisch oder Englisch sprechen, sofort Behandlungen für Flüchtlinge anbieten können. Die Kollegen brauchen dazu eine sogenannte Ermächtigung, wenn sie noch keine Kassenzulassung haben, oder müssen über Kostenerstattung abrechnen können. Das wäre eine kurzfristige Möglichkeit, um helfen zu können. Das wird aber nicht ausreichen, denn es kommen ja gerade sehr viele Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet bei uns an. Daher muss auch die professionelle Sprachmittlung bezahlt werden, also ein Dolmetscher, das ist aber nicht immer gegeben und für fremdsprachige Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung derzeit noch gar nicht geregelt.

Dürfen Flüchtlinge denn sofort eine psychotherapeutische Versorgung in Anspruch nehmen?

Nach der EU-Massenzustromrichtlinie, auf deren Anwendung sich die europäischen Innenminister unlängst verständigt haben, sollen Geflüchtete aus der Ukraine sofort Zugang zu Gesundheitsleistungen erhalten. Das wird aber teilweise unterschiedlich ausgelegt je nach Schwere der Erkrankung. Bund und Länder haben beschlossen, dass auch die Versorgung psychischer Erkrankungen explizit Teil der Gesund-

heitsversorgung für diese Flüchtlinge sein soll. Wir appellieren daher an die Kommunen und die Krankenkassen, den Beschluss rasch umzusetzen, um den Kriegsflüchtlingen zu helfen.

Mit welchen Krankheitsbildern rechnen Sie?

Insbesondere mit posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS). Zu den Symptomen gehören Schlafstörungen und sogenannte Flashbacks, bei denen die Betroffenen bestimmte Bilder oder Gefühle nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Damit verbunden sind oft auch Konzentrationsstörungen. Möglich sind zudem Depressionen und Angststörungen mit einem massiven Vermeidungsverhalten.

Wie äußern sich solche Störungen bei Kindern?

Bei Kindern erleben wir häufig ein Rückzugsverhalten, Vermeidung von Kontakten, depressive Verstimmungen, Stimmungsschwankungen und Angst.

Die Fragen stellte Claus Peter Kosfeld. ||

Dietrich Munz ist Psychologischer Psychotherapeut und Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer.



Kammerpräsident Dietrich Munz

© BfTK

Kinder bauen sich aus alten Pappkartons ihre eigenes Spielhaus, bemalen die Wände ihres Kinderzimmers, stapeln Bauklötze zu hohen Türmen oder experimentieren mit einem Staubsauger. Und aus dem Off fragt eine Stimme: „Wann hören wir eigentlich auf, unser eigene Welt zu erschaffen? Wann lernen wir, dass es falsch ist, Wände zu bemalen? Wann verlieren wir die Neugier darauf, wie Dinge funktionieren?“ Und schließlich: „Handwerk liegt in der Natur des Menschen. Was hindert so viele daran, es zum Beruf zu machen.“ Der 50-sekündige Videospot ist Teil einer großen Imagekampagne des deutschen Handwerks, die Anfang Februar bundesweit mit Plakatierungen und Video-Spots startete. Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) fehlen der Branche rund 250.000 Fachkräfte. Etwa 20.000 Lehrstellen blieben jährlich unbesetzt. Die Gründe sind vielfältig. Wie alle anderen Wirtschaftszweige leidet auch das Handwerk unter dem demografischen Wandel. Vereinfacht ausgedrückt: Wo zu wenige Kinder geboren werden, fehlt es langfristig auch an Nachwuchs am Arbeitsmarkt. Und in den kommenden Jahren wird eine immer größere Zahl von Fachkräften aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheiden. Aber das Handwerk sieht sich mit einem ganz spezifischen Problem konfrontiert: Es leidet offenbar unter einem Imageproblem.

Imageproblem Es ist ein Paradox: Bei einer Forsa-Umfrage im Herbst 2021 gaben 93 Prozent der Befragten an, dass das Handwerk für sie persönlich sehr wichtig ist. Und über 80 Prozent attestierten dem Handwerk sichere Arbeitsplätze und gute Zukunftschance. Gleichzeitig aber schätzen nur 36 Prozent das Ansehen des Handwerks als hoch ein. „Es muss endlich in den Köpfen ankommen, dass eine berufliche Ausbildung genauso viel wert ist wie eine akademische“, fordert denn auch ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer. „Damit die berufliche Ausbildung attraktiv bleibt, müssen die Berufe Wertschätzung erfahren.“

Das Paradox erscheint noch größer, wenn man sich die Kennzahlen anschaut. Rund eine Million meist kleine und mittlere Betriebe sind in die Handwerksrollen und in das Verzeichnis des handwerksähnlichen Gewerbes eingetragen, sie bieten 5,62 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Etwa 363.000 Lehrlinge erhalten eine Ausbildung. Das sind 13 Prozent aller Erwerbstätigen und 28 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland. Das Handwerk gilt nicht ohne Grund als das Kernstück der deutschen Wirtschaft. Zudem kann das Handwerk auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung verweisen. Der Umsatz stieg von 572 Milliarden Euro im Jahr 2016 kontinuierlich auf 654 Milliarden Euro im Jahr 2020. Die Quote der Insolvenzen liegt seit Jahren unter der der Gesamtwirtschaft.

Steigender Bedarf Im gewissen Sinne ist der Fachkräftemangel im Handwerk auch eine Folge seines Erfolgs. „Die gute Konjunktur sorgte bis in das Jahr 2018 für eine kontinuierliche Steigerung der Arbeitskräftenachfrage. Die Zahl der Arbeitslosen reichte immer weniger aus, um offene Stellen besetzen zu können“, heißt es in einer Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vom Mai 2021. Dieser Trend sei durch eine konjunkturelle Abkühlung und die Corona-Pandemie zwar gebremst worden, dennoch fehlten in den Betrieben die benötigten Fachkräfte. Im Bauhandwerk sei die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften selbst zu Pandemiezeiten weiter gestiegen. „So gab es

Appell an die Natur des Menschen

HANDWERK Es fehlen rund 250.000 Fachkräfte. Betroffen sind ausgerechnet jene Branchen, auf die es in Zukunft ankommen wird



Dringend gesucht: Kaum ein Handwerksbetrieb in Deutschland, der nicht um Nachwuchs kämpfen muss.

© picture-alliance/dpa/Julian Stratenschulte

im Jahr 2020, trotz Corona-Krise, für jede zweite vakante Meisterstelle bundesweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen, mit denen man diese Stellen hätte besetzen können“, schreiben die Verfasser der KOFA-Studie.

Auch beim ZDH betont man, dass die Corona-Pandemie nichts am Fachkräftemangel ändere: Vor allem betroffen seien jene Teile des Handwerks, auf die es zukünftig besonders ankomme. „Qualifizierte Fachkräfte werden nach Ende der Pandemie in

allen Wirtschaftsbereichen gebraucht, um die Zukunftsfelder wie Klimaschutz, Energie- und Mobilitätswende, Wohnungsbau wie auch energetische Gebäudesanierungen sowie den digitalen wie analogen Infrastrukturausbau zu gestalten“, erklärt eine Sprecherin des ZDH auf Anfrage. Und fügt pointiert an: „Man muss kein Prophet sein, um vorauszu sehen, dass all die zusätzlichen Vorhaben der neuen Regierung besonders im Klima- und Umweltschutz mit dem jetzigen Stamm an Beschäftigten

im Handwerk nicht hinzubekommen sind.“

Es ist kein Zufall, dass der ZDH diesen Umstand betont, denn er hat Forderungen an die Politik. Seit Jahren fordert das Handwerk eine konsequente Gleichstellung der beruflichen zur akademischen Bildung (siehe Seite 16). Zum Beispiel in der Begabtenförderung: Während diese im Bereich der akademischen Ausbildung mit 300 Millionen Euro gefördert werde, werde die berufliche Bildung lediglich mit

60 Millionen Euro unterstützt, beklagt ZDH-Präsident Wollseifer. Zudem fordert er eine stärkere Finanzierung der Berufsschulen und der 600 Bildungsstätten des Handwerks. Letztere würden im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP jedoch nicht einmal erwähnt.

Flüchtlinge Angesichts des eklatanten Personal mangels setzt das Handwerk wie die Wirtschaft insgesamt verstärkt auf Fachkräfte aus dem Ausland - auch auf Geflüchtete.

So hat sich nach Angaben des ZDH die Zahl junger Menschen mit einer Staatsangehörigkeit aus den acht häufigsten Asyllandern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien), die im Handwerk eine Ausbildung machen, seit 1995 verzehnfacht: von knapp 2.500 auf 24.600 im Jahr 2020.

Aktuell weckt auch der Zustrom der überwiegend weiblichen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine Begehrlichkeiten. So könnte die Zuwanderung ukrainischer Frauen helfen, in Deutschland den Fachkräftemangel zu verringern, heißt es in einer Untersuchung des zur Bundesagentur für Arbeit gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die in der vergangenen Woche in Nürnberg vorgestellt wurde. So habe die Europäische Union Anfang März beschlossen, die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“ auf alle geflüchteten Ukrainer und Staatsbürger aus Drittstaaten, die sich bereits vor dem Angriff Russlands in der Ukraine aufgehalten haben, anzuwenden. Dies beinhaltet auch, in Deutschland arbeiten zu dürfen.

Ob das deutsche Handwerk jedoch davon profitieren kann, ist fraglich. So weisen die Verfasser der Studie selbst darauf hin, dass die Erwerbsquote unter Ukrainern bei lediglich 48 Prozent liege und dass sie vor allem in akademischen, technischen und medizinischen Berufen tätig seien. Und den ukrainischen Männern zwischen 18 und 60 Jahren, die sehr viel häufiger Handwerksberufe ausübten, sei die Ausreise wegen des Krieges nicht gestattet.

Gesteuerte Zuwanderung Das Handwerk setzt auch vielmehr auf die bewusst gesteuerte Zuwanderung. So startete der ZDH 2020 zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Pilotprojekt „HabiZU“ (Handwerk bietet Zukunft) für Fachkräfte aus Bosnien-Herzegowina. Im Zuge des zunächst auf drei Jahre angelegten Projektes sollen mindestens 120 Fachkräfte aus Bosnien und Herzegowina für die Bereiche Elektro, Metallbau sowie Anlagenmechanik für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik rekrutiert werden. Die Erfahrungen aus dem Projekt sollen wissenschaftlich ausgewertet und für eine erfolgreiche Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes genutzt werden.

Insgesamt fordert der ZDH Nachbesserungen bei der Zuwanderung von Fachkräften. So müsse die von der Ampelkoalition angekündigte Entfristung der sogenannten Westbalkan-Regelung schnell umgesetzt werden. Die bis Ende 2023 befristete Regelung eröffnet Staatsbürgern von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien für jede Beschäftigung einen Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland. Vor allem müsse die jährliche Obergrenze von 25.000 Arbeitskräften pro Jahr gestrichen werden. Darüber fordert der ZDH, dass die Verfahren zur Zuwanderung ausländischer Fachkräfte beschleunigt werden und die Kosten für den Erwerb von Deutschkenntnissen im Herkunftsland von der öffentlichen Hand zumindest teilweise übernommen werden. Analog zum Stipendienprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes soll ein berufliches Stipendienprogramm für junge Zuwanderer aufgelegt, in deutschen Einrichtungen im Ausland wie Botschaften und Goethe-Instituten verstärkt über Karrierechancen in der beruflichen Ausbildung in Deutschland informiert werden.

So verständlich es ist, angesichts des Fachkräftemangels auf dem heimischen Arbeitsmarkt verstärkt Fachkräfte im Ausland anzuwerben, so problematisch ist dies auch (siehe Seite 17). Denn auch dort werden Menschen gebraucht, die „die eigene Welt erschaffen“. *Alexander Weinlein*

»Wir brauchen hoch spezialisiertes Personal«

BUNDESWEHR Bis 2025 sollen die Streitkräfte 203.000 Soldaten umfassen. Zum Erreichen dieses Ziels fehlenden jedoch noch rund 20.000

Kaum hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine deutliche Anhebung der deutschen Verteidigungsausgaben angekündigt, da wurden auch schon wieder Forderungen nach einer Reaktivierung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht laut. Doch im Bundesverteidigungsministerium und bei der Bundeswehr selbst winkte man ab. „Wir brauchen gut ausgebildetes, in Teilen sogar hoch spezialisiertes Personal, um das gesamte Aufgabenspektrum abzudecken“, befand Generalinspekteur Eberhard Zorn. Zudem verfügten die Streitkräfte derzeit weder über die zur Ausbildung von Wehrpflichtigen erforderliche Infrastruktur noch das notwendige Personal.

Trendwende Personal Fakt ist, dass die Bundeswehr sich seit Aussetzung der Wehrpflicht gewaltig strecken muss, um ihren Bedarf an geeignetem Personal zu decken. Zumal 2016 die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit der ausgerufenen „Trendwende Personal“ die Vorgabe machte, die Truppe solle bis 2025 auf 203.000 Soldaten anwachsen. Aktuell (Stand: Januar 2022) dienen in der Bundeswehr 183.758 Soldatinnen und Soldaten: 55.434 Berufssoldaten, 119.187

Zeitsoldaten und 9.137 Freiwillig Wehrdienstleistende. In der Tat gelang es der Bundeswehr auch, die Zahl ihrer Zeit- und Berufssoldaten seit 2016 bis 2019 um rund 9.000 auf 175.300 zu erhöhen. Aktuell sind es wieder etwa 1.000 weniger. Die nackten Zahlen spiegeln zudem nicht zwangsläufig die Realität in der Truppe ab. Denn die zur Verfügung stehenden Soldaten müssen auch auf den richtigen Dienstposten sitzen, sprich über die benötigte Qualifikation verfügen. Ein Panzergranadier ist eben kein Kampfpilot. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums versichert auf Anfrage, dass die Bundeswehr nach wie vor als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werde. Trotz wachsender Konkurrenz am Arbeitsmarkt und pandemiebedingter Einschränkungen in der Personalgewinnung sei der Personalbestand im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil geblieben. Aber von einem Aufwuchs kann eben keine Rede sein.

Im Jahr 2021 gingen rund 36.000 Bewerbungen für eine Laufbahn als Soldat auf Zeit (SaZ) bei der Bundeswehr ein, so viele wie im Vorjahr. Im „Vor-Pandemie-Jahr“ 2019 waren es allerdings rund 42.000 Bewerbungen. „Bei der Anwerbung für den Freiwilligen Wehrdienst (FWD) verzeichneten wir 2021 mit 13.200 ein Plus von rund

Prozent gegenüber 2020“, erläutert die Ministeriumssprecherin. Mit insgesamt rund 16.600 Einstellungen bei Zeitsoldaten und Freiwillig Wehrdienstleistenden im Jahr 2021 habe man das Vorjahresniveau nahezu halten können. Dank fokussierter Personalgewinnungsmaßnahmen, hybrider Anwerbemöglichkeiten und digitaler Kommunikationsangebote sei es gelungen, den Personalbedarf beispielsweise bei der Luftwaffe 2021 gegenüber 2020 deutlich erfolgreicher zu decken. Bei der Marine hingegen bleibe die Personalbedarfsdeckung herausfordernd und stehe daher im besonderen Fokus der zuständigen Fachleute. Im Bereich Cyber/IT hätte trotz der coronabedingten Einschränkungen 2021 erneut eine über alle militärischen Laufbahnen hinweg gute Personalbedarfsdeckung erreicht werden können. Die Digitalisierung in der Personalgewinnung käme gerade bei dieser Zielgruppe sehr gut an.

Fehlende Dienstposten Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, mahnt in ihrem aktuellen „Jahresbericht 2021“ (20/900) mit deutlichen Worten: „Sollte die Bestandsaufnahme der neuen Bundesregierung die bisher geplante Personalstärke von 203.000 Soldatinnen und Soldaten bestätigen, muss die Bundeswehr nicht nur

weiterhin erhebliche Anstrengungen im Bereich der Personalgewinnung und -bindung unternehmen. Der Haushaltsgesetzgeber müsste nach Bewertung des Verteidigungsministeriums auch den Planstellenumfang der Streitkräfte um rund 8.800 zusätzliche Planstellen erhöhen.“

Ein unübersehbares Problem ist wie schon in Vorjahren die stagnierende Zahl von unbesetzten Dienstposten. Ende 2020 waren oberhalb der Laufbahnen der Mannschaften rund 20.400 militärische Dienstposten vakant. Das sind 17,5 Prozent. Zum Teil erklärt sich die Quote mit der Anzahl von Soldaten, die sich außerhalb ihrer Dienstposten in Ausbildung befinden. Bereits in ihrem „Jahresbericht 2020“ (19/26600) warnte Högl, die Streitkräfte liefen Gefahr, „dass personelle Einsatzbereitschaft und Auftragsbefähigung leiden, wenn fast jede fünfte Kraft fehlt“. Irgendwie müssten die Aufgaben dann doch vom vorhandenen Personal bewältigt werden, was aber auf Dauer nicht akzeptabel sei.

Was dies im Alltag für die Truppe bedeutet, zeigt der Jahresbericht der Wehrbeauftragten für 2020. So waren im Heer beim luftfahrzeugtechnischen Personal die Dienstposten für Offiziere nur zu rund 60 Prozent besetzt. Es fehlten 40 von 103 Offizieren. Bei den Spezialpionieren fehlten 151

von 348 besetzbaren Positionen, nahezu 50 Prozent. Beim ABC-Abwehrkommando sah es nicht besser aus. In der Marine verbesserte sich die Quote der besetzten Dienstposten bei den sogenannten Avionikern - den Elektronikern für die Betriebstechnik - nur leicht von 63 auf 70 Prozent. Bei den Minentaucherbootsteuerten lag die Quote bei 60 Prozent.

Ein anhaltender Mangelbereich ist seit Jahren zudem das fliegerische Personal bei der Luftwaffe, aber auch bei den Heeres- und Marinefliegern. Zur Illustration sprechen zwei Beispiele aus dem Bereich der Luftwaffe für sich: Von 220 Dienstposten für Jetpiloten waren 2020 nur 106, also weniger als die Hälfte, besetzt. Nur wenig besser sieht es bei den Hubschrauberführern aus. Der Besetzungsgrad erreichte mit 44 von 84 Dienstposten nur 52 Prozent. Im vergangenen Jahr verbesserte sich die Lage nach Angaben der Wehrbeauftragten zwar bei der Luftwaffe leicht, dafür sank die Quote bei den Hubschrauberpiloten der Marineflieger auf 56 Prozent.

Die Bundeswehr weiß um dieses Problem und bemüht sich um Lösungen. Die Luftwaffe will mit einem sieben Punkte umfassenden Maßnahmenpaket die Situation verbessern. Hierzu zählen unter anderem eine verbindliche und dialogische Perso-

nalführung, die Festlegung individueller Dienstzeitenden, aber auch die Erhöhung der Stellenzulage im aktiven fliegerischen Dienst um 40 Prozent seit dem Inkrafttreten des Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetzes zum 1. Januar 2020.

Sanitätsversorgung Ein Einsatzbereich der Bundeswehr gilt im internationalen Vergleich als sehr leistungsfähig: die Sanitätsversorgung. Sie umfasste Ende vergangenen Jahres 20.000 Soldatinnen und Soldaten. Wobei der Frauenanteil 42 Prozent ausmachte. Die Attraktivität der Laufbahnen führe noch immer dazu, dass es mehr geeignete Bewerber gebe, als eingestellt werden können, sagt Stabsfeldwebel Claudia Skopnick im Kommando Sanitätsdienst in Koblenz. Der Inspekteur des Sanitätsdienstes, Generaloberstabsarzt Ulrich Baumgärtner gibt zu bedenken, dass der Sanitätsbereich für seine spezifischen Aufgaben nur sehr begrenzt auf ziviles Fachpersonal zurückgreifen könne: „Unsere grundlegenden Fähigkeiten müssen primär durch militärische Kräfte und Mittel hinterlegt sein.“ Und dies ist nicht immer gewährleistet. So fehlten 2020 zwölf der 28 vorgesehenen Neurochirurgen und in der Rettungs- und Notfallmedizin 121 von 499 Sanitätsoffizieren. *Roger Töpelmann*

Schulen in Not

BILDUNG Deutschlands Schulen fehlen Lehrkräfte. Es ist ein bekanntes Problem, das sich zu verschärfen droht

Not macht kreativ. Weil bundesweit händlerisch Grundschullehrer und -lehrerinnen gesucht werden, gehen viele Bundesländer ungewöhnlichen Wege, um Personal zu gewinnen: Sie locken mit höheren Gehältern, setzen auf Headhunter, stellen Quereinsteiger ein oder kehren wie zuletzt Berlin zur Verbeamtung zurück. Doch die Versäumnisse der vergangenen 20 Jahre lassen sich so nicht aufheben, sind sich Experten einig. Laut einer Bertelsmann-Studie klafft bis 2025 eine Lücke von mindestens 26.300 Lehrkräften an Grundschulen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ging bislang nur von etwas mehr als 15.000 fehlenden Pädagogen für Schulanfänger aus. Der Krieg in der Ukraine dürfte die Situation zusätzlich verschärfen: Wenn 250.000 geflüchtete Kinder nach Deutschland kämen, würden zusätzlich 10.000 bis 15.000 Lehrer gebraucht, rechnet der Lehrerverband vor. „Die Kultusminister müssen schnell handeln, sonst droht großes Chaos“, warnt Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger. Unbedingt sollten pensionierte Lehrkräfte aktiviert werden, fordert er. Doch das haben einige Bundesländer bereits in den vergangenen Jahren getan, um die Lehrerlücke zu schließen. Auch die Zahl der Seiten- und Quereinsteiger ist bundesweit so hoch wie nie. In Berlin etwa hat in diesem Schuljahr fast die Hälfte der neu eingestellten Lehrer keine vollständige Ausbildung. In Brandenburg sind es 34 Prozent – und ähnlich sieht es auch in anderen Teilen Deutschlands aus.

Experten werfen der Politik vor, den Lehrermangel lange ignoriert und vertuscht zu haben.

Zu wenig Ausbildung Experten machen der Politik heftige Vorwürfe: Sie habe das Problem lange ignoriert und zu vertuschen versucht, kritisiert etwa der Bildungsforscher Jörg Ramseger von der FU Berlin. Zu wenig Lehrer seien ausgebildet worden, trotz der absehbaren Pensionierungswelle 2010 und des Geburtenanstiegs ab 2011. Ohne Seiteneinsteiger, die in der Regel aber keine fachpädagogische Ausbildung haben, lässt sich der Unterricht – besonders an Grundschulen – heute schon vielerorts gar nicht mehr aufrechterhalten. Das habe gravierende Auswirkungen: „Wenn nicht sichergestellt ist, dass wenigstens in der Schulanfangsphase nur qualifizierte Grundschullehrkräfte beschäftigt werden, hat das fatale Folgen für den gesamten Bildungsverlauf der Kinder“, warnt Ramseger. „In Unkenntnis der aktuellen pädago-

gischen und fachdidaktischen Entwicklungen rekonstruieren Quereinsteiger den Unterricht, den sie selbst von 20 oder 30 Jahren genossen haben.“ Die ersten Schuljahre seien aber besonders wichtig, der Grundstein für das gesamte weitere Lernen werde gelegt. Deshalb müssten Quereinsteiger nachqualifiziert werden, fordert er – und nicht in Schnellkursen, sondern mindestens ein halbes Jahr lang.

Quereinsteiger Ähnlich skeptisch sieht das Anke Kühn. Die Direktorin einer Grundschule in der vorpommerschen Kleinstadt Loitz hat zwar Glück: Aufgrund der Nähe zur Ostsee und zur Universitätsstadt Greifswald konnte sie bislang immerhin genug Lehrkräfte für die 158 Kinder an ihrer Schule gewinnen. Jedoch: Nur die Hälfte der zehn Lehrkräfte ist voll ausgebildet, die andere Hälfte hat folglich nie die Methodik in der Grundschule richtig gelernt. Ein echtes Manko, das Seiteneinsteiger auch in dreimonatigen Vorbereitungskursen nicht beheben können, weiß Kühn aus Erfahrung. Als Beispiel nennt sie das Erlernen des Alphabets, das in der ersten Klasse nicht mit Buchstaben, sondern mit Lauten vermittelt werde. „Wie sollen die Kinder denn Lesen lernen, wenn das unterschiedlich ausgesprochen wird“, fragt sie. Auch die richtige Sitz- und Stifthaltung müsste Kindern beigebracht werden.

Der ehemalige Berliner Bildungsstaatssekretär Mark Rackles (SPD) hat in einer 2020 veröffentlichten Studie vorgerechnet, warum die Planung der KMK zum Lehrerbefehl hinten und vorne nicht stimmen kann. Zwar beginnen heute mehr junge Menschen als vor zehn Jahren ein Lehramtsstudium, beenden es aber oft nicht. So kommt es, dass trotz einer Steigerung der Studienplätze um 17 Prozent in den Jahren 2011 bis 2019 die Zahl der Hochschulabsolventen mit der ersten Lehramtsprüfung um 25 Prozent gesunken ist. Die Anstrengungen verpuffen, die Lehrerlücke wächst weiter.

Föderale Sackgasse Am größten ist die Rackles' zufolge im Grund- und Sekundarbereich. Nur Baden-Württemberg und Bremen bilden ausreichend aus, alle anderen Bundesländer liegen unter ihrem Bedarf – Berlin und Sachsen sogar mit Minus 150 Prozent. Doch: Mehr Studienplätze aufzubauen, bringe nur längerfristig etwas, so die Studie, da es im Moment auch die Universitäten an Lehrenden mangle. Rackles grundsätzliche Kritik: Die Mangelhaftigkeit der Lehramtsausbildung mache ein gemeinsames Handeln in Deutschland fast



In der Pandemie erreichte die Zahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden Höchststände. Doch der akute Lehrermangel ist kein kurzfristiges, coronabedingtes Problem, sondern hat strukturelle Ursachen, sagen Experten.

© picture-alliance/dpa/ZB/Jens Büttner

unmöglich. „Raus aus der föderalen Sackgasse“ komme man nur mit einem länderübergreifenden Handlungsrahmen als verbindlicher Grundlage sowie einer länderübergreifenden Instanz als qualitativem Akteur, so der ehemalige Bildungsstaatssekretär. Er plädiert für einen Staatsvertrag der Länder zur Deckung des Lehrkräftebedarfs sowie einen wissenschaftlichen Beirat zum Lehrkräftebedarf, der die Planung der KMK jährlich prüft.

Headhunter im Einsatz Doch wie die Löcher stopfen, vor allem kurzfristig? Sachsen-Anhalt hat als erstes Bundesland Headhunter eingeschaltet. Die Personaldienstleister Randstad und Hays sollen im In- und Ausland geeignete Kandidaten anwerben, 750.000 Euro stehen dafür 2021 und 2022 zur Verfügung. „Der Konkurrenzdruck ist groß“, sagt Stefanie Middendorf

vom Bildungsministerium in Sachsen-Anhalt. Ausgebildete Lehrkräfte könnten sich ihre Stellen aussuchen, und natürlich schauen sie genau, wo sich ihnen die besten Chancen böten. Die Bilanz des Headhunter-Einsatzes fällt bislang dürrig aus: Nur 46 neue Lehrer wurden gefunden. Der Großteil von ihnen lebt in Deutschland, hat aber ausländische Wurzeln – und einen ausländischen Studienabschluss. Diese neuen Lehrkräfte aus Indien, der Türkei oder Osteuropa lässt sich Sachsen-Anhalt einiges kosten: Die Ausgaben beziffert das Ministerium auf rund 10.000 Euro pro eingestellter Lehrkraft. „Wir sehen das als Investition in die Zukunft“, sagt Middendorf. Wie schwierig die Lage in Sachsen-Anhalt ist, belegen folgende Zahlen: Auf die Ausschreibung von 916 Stellen im Januar meldeten sich 414 Bewerber, 283 waren Seiteneinsteiger.

Brandenburg wiederum hat, um der Notlage gerade in ländlichen Regionen Herr zu werden, ein Programm für Landlehrer aufgelegt – ein bundesweites Novum. Im Oktober wurden die ersten 25 Stipendien in Höhe von 600 Euro monatlich vergeben, 23 davon an Lehramtsstudierende für die Grundschule. Im Gegenzug verpflichten sie sich, nach dem Studium einige Jahre in ländlichen Regionen Brandenburgs zu unterrichten. Überlegen sie es sich anders, müssen sie das Geld zurückzahlen.

Geflüchtete als Lehrer Ein weiterer Ansatz ist, Geflüchtete, die in ihrer Heimat schon gelehrt haben, für das deutsche Schulsystem fit zu machen. 2016 startete das „Refugee Teachers Programm“ mit großen Erwartungen an der Universität Potsdam: Plätze gibt es für 20 Studierende, die in einem zweijährigen Studium in Pädago-

gisch, Deutsch und einem Lehrfach ausgebildet werden. Die Mehrheit der Studierenden kam bisher immer aus Syrien, in diesem Jahr aber aus der Türkei, erläutert die wissenschaftliche Leiterin Miriam Vock. Einer Umfrage des Fachbereichs zufolge kommen jedoch nur die wenigsten Absolventen als Fachlehrer im Brandenburger Schuldienst an. Viele arbeiten stattdessen als Vertretungskraft oder als Erzieher. Die Gründe dafür sieht Vock vor allem in den langen Anerkennungsverfahren von ausländischen Abschlüssen, aber auch im fehlenden zweiten Fach, das oftmals nachstudiert werden müsse. Trotz kreativer Lösungen – die Not in Deutschlands Schulen dürfte so schnell nicht vorbei sein.

Susann Kreuztzmann

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

Grenzen des Wachstums erreicht?

FRÜHE BILDUNG Der Kita-Ausbau stockt vielerorts, auch weil Fachkräfte fehlen

Mehr als eine halbe Million neue Betreuungsplätze und nahezu eine Verdopplung der Beschäftigtenzahlen: Der Kita-Ausbau in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Eigentlich. Doch obwohl der Bund seit 2008 Milliarden in die Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige investiert, hält der forcierte Ausbau mit dem wachsenden Bedarf nicht Schritt. Noch immer bekommt nicht jedes Kind, dessen Eltern sich Betreuung wünschen, einen Kitaplatz.

Betreuungslücke Die Kluft zwischen Platzangebot und Nachfrage ist zuletzt sogar noch tiefer geworden. Dafür verantwortlich seien nicht nur die bis 2018 jährlich gestiegenen Geburtenzahlen so Kirsten Fuchs-Rechlin, Leiterin der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte des Deutschen Jugendinstituts (DJI, siehe auch Interview). „Wir haben gerade bei den unter Dreijährigen noch immer einen ungedeckten Betreuungsbedarf, weil sich mehr Eltern einen Kita-Platz für ihr Kind wünschen.“ Laut „DJI-Kinderbetreuungsreport 2020“ stieg der Bedarf bei den unter Dreijährigen zwischen 2013 und 2019 von 39 auf 49 Prozent. Mehr als ein Drittel der Eltern mit Bedarf ging leer aus. „In den kommenden Jahren werden mehr neue Plätze gebraucht, als im vergangenen Jahrzehnt bereits geschaffen wurden“, prognostizierte DJI-Direktor Thomas Rauschenbach 2019. Die Betreuungslücke zu schließen, ist eine Mammutaufgabe: Vierorts stockt der Kita-Ausbau gar – vor allem, weil Fachkräfte fehlen. Die Zahl der Auszubildenden lasse sich nicht mehr grenzenlos steigern, heißt es im „Fachkräftebarometer 2019“ mit Verweis auf nur noch zaghaft steigende Anfängerzahlen. „Die Grenzen des Wachstums könnten mittlerweile erreicht sein.“ Wie groß die Personalnot ist, dazu gibt es un-

terschiedliche Berechnungen. Während die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der TU Dortmund bislang von bis zu 70.000 fehlenden Fachkräften bis 2025 ausging, rechnet die Bertelsmann Stiftung mit einem weit höheren Bedarf: Um einen kindgerechten Personalschlüssel in allen Kitas bis 2030 zu gewährleisten, brauche es mehr Personal, als sich bis dahin ausbilden lasse, so das Fazit des 2021 erschienenen „Fachkräfte-Radar für Kita und Grundschule“. Der Report beziffert die Lücke zwischen prognostiziertem Bedarf und erwartetem Fachkräfteangebot auf mehr als 230.000 Erzieher. Diese Kluft lasse sich bis Ende des Jahrzehnts auch nicht durch mehr Ausbildung schließen, weil ebenfalls Lehrpersonal fehle.

Von einem optimalen Personalschlüssel sind die Kitas trotz Fortschritten weit entfernt, monieren Experten. Statt einem empfohlenen Verhältnis von 1:3 bei den unter Dreijährigen, kommt eine Erzieherin im Schnitt auf 4,1 Kinder. Das von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegte „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“ belegt zudem deutliche regionale Unterschiede: Während im Osten im Schnitt 5,5 Kleinkinder von einer Vollzeitkraft betreut werden, sind es im Westen rechnerisch 3,5. Hier fehlen indes trotz Kita-Ausbau noch immer Betreuungsplätze – nur 31 Prozent der unter Dreijährigen besuchen im Westen eine Kita. Im Osten sind es 51 Prozent. Zahlen, die auch der zweite Monitoringbericht zum Gute-Kita-Gesetz bestätigt.

Mindeststandards Das vom Bund mit dem Gute-Kita-Gesetz bis 2022 bereitgestellte Geld hätten die Länder nicht verwendet, um die Kita-Qualität zu verbessern, kritisiert der Verband Bildung und Er-

ziehung. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert, flächendeckende Mindeststandards und Qualitätsverbesserungen über ein Sondervermögen dauerhaft zu finanzieren. Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) kündigte bereits eine Weiterentwicklung und Fortführung des Gute-Kita-Gesetzes an. Die regionalen Unterschiede bei Teilhabe und Qualität könnten bis 2030 ausgeglichen werden, zeigte sich die Bertelsmann Stiftung zuletzt optimistisch. Voraussetzung sei, dass Bund und Länder ihre Bemühungen besser koordinierten. Helfen kann aber auch, dass die Geburtenraten sinken.

Sandra Schmid

FÜNF FRAGEN ZUR: GEWINNUNG VON KITA-PERSONAL



Kirsten Fuchs-Rechlin leitet die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte am Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Frau Fuchs-Rechlin, den Kitas mangelt es an Personal. Laut einer Bertelsmann-Studie fehlen mehr als 230.000 Fachkräfte bis 2030. Wie lässt sich diese Lücke schließen?

Es gibt unterschiedliche Prognosen, wie groß die Lücke sein wird. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, mit der das DJI zusammenarbeitet, geht von etwa 20.000 bis 70.000 fehlenden Fachkräften bis 2025 aus. In Anbetracht der wachsenden Zahl der vor dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Familien zeichnet sich jedoch bereits jetzt zusätzlicher Bedarf ab. Auch durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 werden wir mehr Personal brauchen. Fakt aber ist: Wie groß die Lücke auch sein mag, schließen lassen wird sie sich nicht allein durch Ausbildung – auch wenn die Zahlen seit Jahren steigen. 2020 haben erstmalig 41.000 junge Menschen eine Erzieherausbildung begonnen. Ein Rekord! Erreicht wurde dies durch die Öffnung verschiedener Zugangswege. Voraussetzungen der Vorbildung wurden gelockert und dualisierte Ausbildungsformate eingeführt.

Einige Bundesländer erproben die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung. Ja, und das mit Erfolg. Jedoch zeichnet sich inzwischen eine

gewisse Kapazitätsgrenze ab – auch weil es an Lehrkräften fehlt. Ohne Lösungen, die in der Fachwelt durchaus auch kritisch gesehen werden, wird es nicht gehen.

Sie befürworten also eine Öffnung der Kita auch für Quer- und Seiteneinsteiger?

Die Personallücke ist ohne Quer- und Seiteneinsteiger nicht zu schließen. Für Fachkräfte aus fachlich affinen Berufen wie etwa Physiotherapeutinnen oder Logopäden haben viele Bundesländer die Kita schon geöffnet. Doch Quereinsteiger sollten auch bei nicht einschlägiger beruflicher Vorqualifizierung möglich sein. Rheinland-Pfalz etwa arbeitet schon mit einer Quotierung: 70 Prozent des Personals müssen Erzieherinnen, Sozial- oder Kindheitspädagogen sein, 30 Prozent können entweder – wie Kinderpflegerinnen – eine berufsfachliche Ausbildung haben oder dürfen fachfremd sein. Voraussetzung ist, dass die Qualifikation zum Profil der Einrichtung passt. Eine Natur-Kita könnte so zum Beispiel einen Gärtner einstellen.

Bedeutet das nicht Qualitätsabstriche beim Personal?

Nicht unbedingt. Quereinsteiger müssen natürlich reguliert und durch Fortbildungen flankiert werden. Dafür braucht es,

ähnlich wie bei Lehrern, klar formulierte Standards der Zusatzqualifikation. Der Vorteil einer Quotierung ist: Man sichert Standards, schafft aber Spielräume für multiprofessionelle Teams. So bleiben Träger und ihre Kitas handlungsfähig.

Viele Kita-Fachkräfte kehren ihrem Beruf den Rücken. Sind bessere Arbeitsbedingungen der entscheidende Faktor, um Personal zu binden?

Mehr Geld ist sicher ein Anreiz, aber für eine Abwanderung sind meist andere Gründe entscheidend: das Klima im Team, die hohe Arbeitsbelastung unter anderem durch Personalnot oder mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten. Die große Aufgabe des Arbeitsfelds sehe ich darin, mehr Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten zu eröffnen. Gerade Hochschulabsolventen nehmen die Kita als berufliche Sackgasse wahr. Nur etwa sechs Prozent der Beschäftigten sind fachlich einschlägig qualifizierte Akademiker. Angesichts der Personalnot frage ich mich schon, weshalb der große Pool der pädagogischen Hochschulabsolventen komplett vernachlässigt wird. Warum nicht Studierende gezielt anwerben? Als Werkstudierende in Teilzeit könnten sie Kitas gut unterstützen.

Das Gespräch führte Sandra Schmid

»Ohne Quer- und Seiteneinsteiger ist die Personallücke nicht zu schließen.«

Quantencomputer sind sehr komplizierte Maschinen – und unterscheiden sich von dem, was man aus dem Büro kennt. Der im Januar dieses Jahres am Forschungszentrum Jülich in Nordrhein-Westfalen in Betrieb gegangene Rechner der kanadischen Firma D-Wave ist so empfindlich, dass er in einem vibrationsfreien Hallen stehen muss. Damit der Rechner überhaupt rechnet, muss es der Prozessor auf knapp -273 Grad Celsius herabgekühlt werden. Rechnet ein normaler Computer mit Bits, die entweder den Zustand 0 (Strom aus) oder 1 (Strom an) annehmen können, werden bei den neuartigen Rechnern die Gesetze der Quantenmechanik genutzt, um künftig bisher nicht realisierbare Kalkulationen durchführen zu können. In der Klimaforschung könnten mit solchen Computern präzisere Vorhersagen getroffen werden. Die neuartigen Maschinen können auch bisher unknackbare Verschlüsselungen brechen. Es ist eine echte Zukunftstechnologie, wörtlich ein Quantensprung, in die weltweit von Staaten und Konzernen investiert wird – und an der hochspezialisierte Physikerinnen, Mathematiker, Ingenieurinnen, Material-Expertinnen, Informatiker und Co. werken.

Auch die vorherige und jetzige Bundesregierung ist an dem Thema dran. 2020 wurden schon zwei Milliarden Euro für die Förderung der Quantentechnologie ins Schaufenster gestellt, im aktuellen Haushaltsentwurf sind beispielsweise 165 Millionen Euro der Zuschüsse an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) für „Bau und Entwicklung eines deutschen Quantencomputers und dazu passender Software für Anwendungen“ vorgesehen. Und im Einzelplan des Forschungsministeriums findet sich noch ein kleiner, aber wichtiger Titel: Das Ministerium will „Maßnahmen zur Nachwuchsförderung und zum breiten Verständnis der neuen Technologien“ fördern.

Das hat seinen Grund: Gegenüber dem Onlinemagazin „Merton“ des Stifterverbandes schätzte DLR-Vorstand Hansjörg Dittus den Bedarf für Expertinnen und Experten in dem Bereich auf 10.000 bis 15.000 Vollzeitkräfte, es gebe aber nur einige hundert. Was für den Bereich der Hochtechnologie gilt, greift auch in vielen anderen Feldern, die unter dem Begriff MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) firmieren – es mangelt an Expertinnen und Experten.

Viele Zahlen Laut dem MINT-Herbstreport 2021 des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) besteht quer über die darin ausgewiesenen 36 MINT-Berufskategorien eine Arbeitskräftelücke von 276.900 Personen. Gegenüber dem Vorjahr – dem ersten Pandemiejahr – ist das eine Steigerung von 115 Prozent. Die Lücke ist zudem größer als in der letzten Vor-Corona-Erhebung im Herbst 2019, als sie bei 263.000 Personen lag. Die Lücke ergibt sich dabei aus der Differenz von offenen Stellen und geeigneten Arbeitssuchenden. Bezogen auf die Qualifikationsniveaus weist die regelmäßig für BDA, MINT Zukunft und Gesamtmetall erstellte Studie insbesondere bei den Facharbeitsberufen (130.010 Personen) den größten Engpass auf. Bei den akademischen Berufsgruppen fehlen 103.100 Personen, bei den Spezialisten- beziehungsweise Meister- und Technikerberufen 43.200. Als größte Engpassbereiche identifiziert das IW Energie- und Elektroberufe (81.300), Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe (49.000), IT-Berufe (46.400), Berufe der Metallverarbeitung (40.700) und Bauberufe (37.900). Die Zahlen zur Arbeitskräftelücke bedürfen allerdings der Einordnung, wie sich etwa

Quantensprung nötig

MINT In technischen, naturwissenschaftlichen und IT-Berufen fehlen hunderttausende Fachkräfte. Zuwanderung, Bildung und Frauenförderungen sollen Abhilfe schaffen, doch es gibt große Herausforderungen



Komplexe Rechenmaschine: Der Quantencomputer am Forschungszentrum Jülich

© picture alliance/Rupert Oberhäuser

mit Blick auf die IT-Berufe zeigt. Für die IW-Studie bilden die amtlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Grundlage, in denen Arbeitslose und offene Stellen vermerkt sind. Allerdings werden beispielsweise im IT-Bereich sehr wenig offene Stellen an die BA gemeldet. Die gemeldeten Zahlen werden daher hochgerechnet. Dabei werden unterschiedliche Methoden benutzt, sodass zum Beispiel ein Gutachten des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA), das ebenfalls zum IW gehört, die Fachkräftelücke in den IT-Berufen im Oktober 2021 auf „nur“ 28.700 bezifferte. Wiederum andere Zahlen lieferte Anfang des Jahres der Branchenverband Bitkom. Demnach stieg die Zahl der offenen Stellen bei IT-Fachkräften 2021 auf 97.000 an und

lag damit um zwölf Prozent höher als im Vorjahr. Bitkom nutzt dabei Daten aus einer Umfrage unter Unternehmen. Die Zahlen geben nur die offenen Stellen an, ziehen also nicht die verfügbaren Arbeitskräfte ab. Zudem fehlt der öffentliche Sektor, der gerade im IT-Bereich ebenfalls erheblichen Personalbedarf hat. Der Personaldienstleister Hays zählt auch Stellenanzeigen und vermeldete für das vergangene Jahr ebenfalls eine hohe Nachfrage. In jedem Quartal sind demnach über 100.000 Stellenanzeigen für IT-Fachkräfte veröffentlicht worden, für das vierte Quartal wurde ein Rekordwert gemeldet. Auch bei den Jobs für Ingenieure und Ingenieurinnen wurde im Fachkräfteindex des Personaldienstleisters ein Höchstwert verzeichnet. Dasselbe Bild zeichnet der Kon-

sumptionen für den Bereich der sogenannten Life Science. Bei Chemikerinnen und Chemikern, Biologinnen und Biologen und insbesondere Data Scientist steigt die Nachfrage rasant. Das Delta zwischen verfügbarem und gesuchtem Personal könnte erste Konsequenzen haben: „Die angespannte Situation auf dem IT-Arbeitsmarkt brems die Digitalisierung. In Corona-Zeiten ist überall spürbar geworden, dass wir an Tempo zulegen müssen. Umso ermutigender ist es, dass dafür an vielen Stellen Fachkräfte und Know-how fehlen“, sagte Bitkom-Präsident Achim Berg anlässlich der Vorstellung der Zahlen beispielsweise mit Blick auf die IT-Berufe. Das lässt sich analog auf fast alle MINT-Bereiche übertragen, ob nun bei Zukunftstechnologien wie Quantencomputer

oder Künstliche Intelligenz, im Bereich der Wasserstofftechnologie oder der Pharmaforschung. Das Problem im MINT-Bereich ist allerdings schon länger bekannt. Als Antwort kristallisiert sich ein Dreiklang heraus: Neben qualifizierter Zuwanderung (siehe 17) wird auf Bildung in und außerhalb der Schulen gesetzt. Zudem sollen mehr Mädchen und Frauen für den Bereich begeistert werden, um so bisher ungehobene Potentiale zu aktivieren. In der MINT-Bildung besteht allerdings teils erheblicher Handlungsbedarf mit Blick auf die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern – und auch dort droht ein massiver Fachkräftemangel. So resümiert das „MINT Nachwuchsbarometer 2021“ der Körber-Stiftung, dass die mathemati-

schon und naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Grundschul Kinder in Deutschland unter dem EU- und OECD-Durchschnitt liegen. Bei der PISA-Studie 2018 lagen die in der Regel 15 Jahre alten Schülerinnen und Schüler in Deutschland bei den mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen immerhin über dem OECD-Schnitt, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Schülerinnen und Schülern.

Handlungsdruck besteht auch beim Lehrkräftenachwuchs. Der Bildungsforscher Klaus Klemm warnte in einer Studie für den Verband Bildung und Erziehung Anfang des Jahres, dass 2030 der Mangel ausgebildeter Lehrkräfte für die MINT-Fächer ein „dramatisches Ausmaß“ annehmen werde. Allein in Nordrhein-Westfalen würden im Jahr 2030 „nur für ein Drittel der Stellen für MINT-Lehrkräfte, die dann neu besetzt werden müssen, neu ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer verfügbar sein“. Eng mit dem Bereich Bildung ist auch die Förderung von Mädchen und Frauen verknüpft. Mit Blick auf die akademischen Berufe zeigt sich insbesondere bei einzelnen Ingenieurberufen ein erhebliches Geschlechtergefälle: Laut MINT-Herbstreport liegt der Frauenanteil beispielsweise im Bereich Energie- und Elektrotechnik bei rund zehn Prozent und im Bereich Metallverarbeitung bei rund elf Prozent. Im Bereich der „Sonstige naturwissenschaftliche Expertenberufe“ liegt der Frauenanteil hingegen bei 72 Prozent. Darunter fallen Berufe im Bereich von Geologie, Geografie, Meteorologie und Pharmazie.

Die Herausforderungen sind auch hier groß. So berichtet die Körber-Stiftung, dass sich die genderspezifische Fächerwahl seit Jahren kaum verändere. In Physik und Technik dominierten die Jungen. Nur elf Prozent der jungen Frau wählten einen MINT-Ausbildungsberuf. Das zeigt sich auch bei der Studienwahl, wenn auch mit Einschränkungen: Laut Statistischem Bundesamt waren rund 34 Prozent der Erstsemester in den MINT-Fächern im Studienjahr 2020/21 Frauen. Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede: Im Fach Maschinenbau waren beispielsweise darunter zwölf Prozent Frauen, in der Informatik 19 Prozent, im Fach Bauingenieurwesen 28 Prozent und in der Physik 30 Prozent. Im Fach Chemie war es knapp die Hälfte. In der Mathematik stellten Frauen mit 54 Prozent die Mehrheit, ebenso in der Biochemie mit 60 Prozent, der Biologie mit 70 Prozent und Pharmazie mit 72 Prozent.

Wenig Frauen Neben Aus- und Weiterbildung ist offenbar auch ein Kulturwandel nötig. Frauen würden sich am Arbeitsplatz weitaus häufiger geschlechtsspezifischen Vorurteilen ausgesetzt sehen als Männer, stellte eine Umfrage des Internetbranchenverbandes eco Anfang März fest, etwa mit Blick auf Technikkompetenz. Das führe unter anderem dazu, dass in der ohnehin männlich geprägten Branche die Führungsetagen noch deutlich männlicher bestückt sind als die übrige Belegschaft. „Wer gute digitale Talente für sich gewinnen will, muss sich zum Thema Diversität klar positionieren und Frauen in allen Jobleveln sichtbar machen – das gilt insbesondere auch für Leitungspositionen“, fordert daher Lucia Falkenberg, Chief People Officer beim eco Verband. Wie männlich dominiert die Branche ist, zeigt auch eine Erhebung von Bitkom aus dem März. In drei Viertel der Unternehmen liegt der Frauenanteil bei unter 25 Prozent. In knapp jedem zehnten Unternehmen, gerade in den kleineren, gibt es überhaupt keine Frauen in der Belegschaft. Hier scheint auch ein Quantensprung nötig. Immerhin: Jedes vierte Unternehmen hat sich konkrete Ziele gesetzt, den Frauenanteil zu erhöhen. **Sören Christian Reimer**

»Bieten Interessierten nicht genügend Perspektive«

ÖFFENTLICHER DIENST Beamtenbund-Vorsitzender Silberbach über Weiterbildung, Rollenbilder und Arbeitsbelastung

Herr Silberbach, welche Bereiche des öffentlichen Dienstes sind vom Fachkräftemangel am meisten betroffen?

Das ist natürlich zum einen die Pflege, das wurde durch die Pandemie ja deutlich. Aber das sind zum anderen auch die Sozial- und Erziehungsdienste. Wir verhandeln gerade mit den kommunalen Arbeitgebern über diesen Bereich und sind der Auffassung, dass dort attraktivere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Die kommunalen Arbeitgeber gehen davon aus, dass im Bereich Kita und soziale Arbeit 80.000 Fachkräfte fehlen. Wir gehen hingegen von 100.000 Menschen aus. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass es ab 2026 einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung geben soll.

Und in der IT hakt es auch, oder?

Ja, die Bundesregierung hat festgestellt, dass hier 30.000 IT-Fachleute fehlen, und das bundesweit und in allen Behörden. Das sind allerdings Zahlen, die die Bundesregierung seit Jahren kennt. Auch die demografische Entwicklung ist nicht über Nacht über den öffentlichen Dienst hereingebrochen, auch das ist eine Entwicklung, die schon lange thematisiert ist. Was die Menschen in diesem Land nun spüren ist, dass der öffentliche Dienst auf Kante ge-

näht wurde und auf Krisensituationen wie eine Pandemie nicht vorbereitet ist. Wir fordern natürlich nicht, Personalüberhänge zu produzieren, man kann sich auch nicht auf alle Szenarien vorbereiten. Aber das ist ein öffentlicher Dienst leistungsfähig und aufgabengerecht mit Personal ausgestattet sein muss, sollte mittlerweile dem letzten Hinterbänkler klar sein.

Immerhin hat das Thema Digitalisierung in der Pandemie – Stichwort: Faxgeräte in den Gesundheitsämtern – etwas an Fahrt aufgenommen. Doch gut qualifizierte IT-Fachleute entscheiden sich häufig eher für einen Job in der freien Wirtschaft. Woran liegt das?

Eigentlich ist das Interesse gerade bei Absolventen oder Berufsanfängern in den IT-Berufen groß, denn die Arbeit im öffentlichen Dienst ist sehr vielfältig. Aber ein großes Manko ist für viele dann einerseits die Bezahlung; ein anderer großer Punkt ist die Qualifizierung. Da hat der öffentliche Dienst einen großen Nachteil bei der Gewinnung von jungen Menschen. Gerade die Digitalisierung bedeutet einen permanenten Workflow. Wer sich nicht ständig aus- und weiterbildet, hat schnell den Anschluss verpasst. Da bieten wir Interessierten einfach nicht genügend Perspektive.

Wie könnte man die Perspektive denn verbessern?

Der öffentliche Dienst kann auf jeden Fall besonders mit der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf punkten, es gibt zum Beispiel gute Teilzeitangebote. Nicht umsonst kommen viel mehr Frauen in den öffentlichen Dienst als Männer. Das bedient natürlich die klassischen Rollenbilder, die wir eigentlich überwinden wollen: Der Mann geht in die freie Wirtschaft, wo er mehr verdient, und die Frau geht in Teilzeit, aber so ist unser System leider bislang.



© ddb/Marco Urban
Ulrich Silberbach

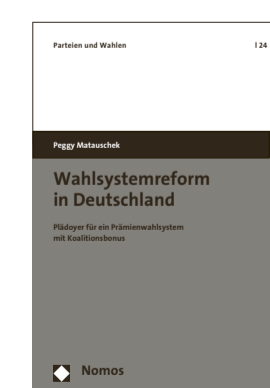
Trotz dieses Pluspunktes: Laut einer Studie, die der dbb mit in Auftrag gegeben hat, können sich 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln.

Diese Zahlen waren für uns auch überraschend. Dass die Unzufriedenheit groß ist, ist uns bewusst, aber dass es so enorm ist, wiederum nicht. Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes fehlen bereits jetzt 330.000 Menschen. Das bedeutet auch, dass die Arbeitsbelastung für alle absehbar immer weiter steigen wird. Die Menschen erkennen das, und gerade jene in der Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen ziehen dann eben in Erwägung, zu wechseln, bevor ein Wechsel aufgrund des höheren Alters eher schwieriger wird. Neben der demografischen Entwicklung kommt deshalb eine weitere Delle auf uns zu: Der vorhandene Mittelbau, auf den wir bislang zählen, denkt immer stärker darüber nach, den öffentlichen Dienst zu verlassen.

Das Gespräch führte Elena Müller

Ulrich Silberbach, Jahrgang 1961, ist gelernter Verwaltungsfachangestellter und seit 2017 Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion.

Lösungsalternative in der verfahrenen deutschen Wahlsystemreformdebatte



Wahlsystemreform in Deutschland
Plädoyer für ein Prämienwahlsystem mit Koalitionsbonus

Von Dr. Peggy Matuschek
2021, 503 S., brosch., 99,- €
ISBN 978-3-8487-8056-3
E-Book 978-3-7489-2443-2
(Parteien und Wahlen, Bd. 24)

Wäre eine mehrheitsbildende Wahlsystemreform eine bedenkenswerte Lösungsalternative in der verfahrenen deutschen Wahlsystemreformdebatte? Ja. Angesichts der mangelnden Konzentrationskraft des personalisierten Verhältniswahlsystems sucht die Autorin in ihrer Studie nach Lösungsmöglichkeiten jenseits des proportionalen Repräsentationsprinzips.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Die duale Berufsausbildung ist ein international anerkanntes Erfolgsmodell. In dieser Einschätzung sind sich Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber einig. Die Kombination von beruflicher und schulischer Ausbildung sorgt dafür, dass die praktischen Berufskennntnisse in den Betrieben erlernt werden, die theoretischen in der Berufsschule. Seit 1969 wird die Berufsausbildung in Deutschland durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt. Darin sind die Rahmenbedingungen festgelegt. Durch das Gesetz wird auch garantiert, dass die Ausbildungen zu staatlich anerkannten Abschlüssen führen und nach verbindlichen Ausbildungsordnungen durchgeführt werden. 473.100 junge Leute haben 2021 nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) einen Ausbildungsvertrag unterschrieben. Im Jahr 2019, vor Corona, waren es 513.300 Neuverträge. Am begehrtesten bei Frauen war 2021 laut BIBB die Ausbildung zur „Medizinischen Fachangestellten“. Bei den Männern liegt der „Kraftfahrzeugmechatroniker“ an der Spitze.

Rückgang Bei allem Lob für die duale Berufsausbildung, gibt es zusehends Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Probleme, die nicht nur mit der Corona-Pandemie zu tun haben. Diese habe zwar den Ausbildungsmarkt auch 2021 „fest im Griff“ gehabt, wie BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser urteilt. Große Sorge bereitet ihm aber der weitere Rückgang auf der Nachfrageseite. „Das ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der dualen Berufsausbildung weiter nachlässt.“ Angaben der Bundesagentur für Arbeit bestätigen diesen Befund. Seit 2017 liegt die Zahl der Ausbildungsplätze über der der Interessenten an einer Ausbildung. Warum ist das so? Für Nico Schönfeldt, Leiter des Bereichs Ausbildung beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gehört, neben der sinkenden Zahl der Schulabgänger, der „weit verbreitete Run auf das Studium“ zu den Hauptgründen. Um mit den „Vorurteilen in den Köpfen vieler Schüler und Eltern aufzuräumen“, brauche es mehr Berufsorientierung an den Schulen, um die duale Ausbildung als interessante Alternative zum Studium darzustellen, sagt er.

In die gleiche Kerbe schlägt Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZdH). Ihm mangelt es in der Gesellschaft an Respekt für berufspraktische Ausbildung und Arbeit. „Wir brauchen Akademiker ebenso wie beruflich qualifizierte Fachkräfte – aber in einer vernünftigen Balance“, sagt er. In den vergangenen Jahrzehnten sei da etwas in die Schiefe Lage geraten, „weil nur die akademische Bildung gehypt wurde“.

Berufsorientierung Ria Schröder, Bildungsexpertin der FDP, stimmt dem zu. Es müsse Schluss sein mit der Erwartung, „dass ein Abitur automatisch an die Uni führt“. Gerade an Gymnasien sollte ihrer Ansicht nach gezielt für Ausbildungsberufe geworben werden. „Die Berufsorientierung sowie die Jugendberufsagenturen müssen flächendeckend ausgebaut werden“, verlangt Schröder.

Nicole Höchst (AfD) sieht das ähnlich, nimmt aber auch die Kammern in die Pflicht. Abiturienten müssten verstärkt berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen durch die jeweiligen Handwerkskammern angeboten werden, so dass eine Ausbildung einem Studium vorgezogen wird, sagt sie. Dazu müssten auch die Verdienstmöglichkeiten angepasst werden. Mit der Mindestauszubildendenvergütung seien hier bereits erste Schritte unternommen worden, erntet Jessica Rosenthal



Erfolgreiche Kombination

BERUFSAUSBILDUNG Das Duale System ist ein Erfolg. Dennoch gibt es aktuell Probleme am Ausbildungsmarkt

Schweißer-Lehrlinge in einem Ausbildungszentrum in Siegburg

© picture-alliance/SZ Photo/Rainer Unkel

(SPD). Zur Attraktivität der Ausbildung gehören aus ihrer Sicht auch eine gute Anbindung des Arbeitsortes, eine zeitgemäße digitale Infrastruktur, ein kostenloser ÖPNV und bezahlbarer Wohnraum. Auf politischer Ebene, so schätzt Unions-Bildungsexperte Stephan Albani ein, sei in der letzten Legislaturperiode durchaus einiges getan worden, um die Gleichwertigkeit der dualen und akademischen Bildung zu stärken. Albani führt unter anderem die BBiG-Novelle und die Ergänzung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes an. Für die Ampelkoalition kündigt Anja Reinalter (Grüne) an, die Berufsorientierung und die Jugendberufsagenturen weiter auszubauen und eine Ausbildungsgarantie sicherzustellen. Nicole Gohlke (Linke) spricht sich für eine Umlagefinanzierung aus, die alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt. Forderungen, die Kristof Becker, DGB-Bundesjugendsekretär, teilt. Eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie wird aus seiner Sicht benötigt, „um allen jungen Menschen

eine Perspektive zu bieten, die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern und die Betriebe zurück in die Verantwortung zu holen“. Becker findet es paradox, dass es auf der einen Seite eine konstant hohe Zahl an Bewerbungen gibt, die keinen Ausbildungsplatz finden. Auf der anderen Seite steht der höchste Wert an unbesetzten Ausbildungsstellen seit 1994. Der DGB-Bundesjugendsekretär schiebt den Unternehmen den Schwarzen Peter zu. Diese betrieben vielfach Bestenauslese und stellten lieber niemanden ein, anstatt auch Hauptschülern eine Chance zu geben. Das sieht die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) anders. Sie hält auch eine solche Ausbildungsplatzgarantie angesichts des Überhangs an Ausbildungsplätzen für unnötig. BDA-Präsident Rainer Dulger verlangt stattdessen, alles daranzusetzen, „das Matching von Angebot und Nachfrage voranzubringen“. Eine praxisorientierte Berufsorientierung sei dafür ein Muss. Götz Hausding |

STICHWORT

Duale Berufsausbildung

> Gesetz Seit 1969 wird die Berufsausbildung in Deutschland durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt.

> Bezahlung Eine Mindestausbildungsvergütung, den sogenannten Azubi-Mindestlohn, gibt es seit Anfang 2020. Er liegt in diesem Jahr bei 585 Euro/Monat.

> Ausbildungsverträge Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2021 ist gegenüber dem Jahr 2020 um 1,2 Prozent auf 473.100 Verträge gestiegen (2019: 525.000 Verträge).

> Passungsprobleme Zu Beginn des aktuellen Ausbildungsjahrs waren 63.200 Ausbildungsstellen unbesetzt. Zeitgleich waren 24.600 Bewerberinnen und Bewerber noch unversorgt.

Bildungsrepublik mit Schwachstellen

SCHULE Immer mehr Schüler machen keinen Abschluss

Rund 52.000 Schülerinnen und Schüler haben die Schule im Jahr 2019 ohne Abschluss verlassen. Das von Bund und Ländern 2008 auf dem Bildungsgipfel in Dresden ausgearbeitete Ziel der „Bildungsrepublik“ ist damit gescheitert. Von acht auf vier Prozent wollten die Gipfelteilnehmer bis 2015 die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss senken. Stattdessen lag sie laut Statistischem Bundesamt (StBA) 2015 bei 5,9 Prozent und ist seitdem weiter angestiegen – 2019 bundesweit auf 6,8 Prozent.

Wer die allgemeine Schulpflicht nicht mindestens mit einem Hauptschulabschluss beendet und diesen auch später nicht nachholt, dem gelingt Bildungsexperten zufolge nur selten eine gesellschaftliche Teilhabe. „Ein fehlender Schulabschluss ist einer der Hauptrisikofaktoren dafür, in das Hartz-IV-System zu geraten“, sagt Malte Sandner, Bildungsökonom am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Das gilt auch für die rund 22.000 Förderschüler, die 2019 rund 45 Prozent der Schulabgänger ohne Abschluss ausmachten, weil sie die Anforderung für einen Hauptschulabschluss nicht erfüllten. Die Suche nach einer Berufsausbildung gestaltet sich ohne Abschluss schwierig. Von allen 20- bis 34-Jährigen ohne Schulabschluss hatten 2019 70,4 Prozent laut Berufsbildungsbericht auch keinen Berufsabschluss. „Gerade mit Blick auf den extremen Fachkräftemangel, der noch größer werden wird, darf kein junger Mensch verloren gehen“, betont Heinz Müller, Geschäftsführer beim Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM).

Er warnt, dass pandemiebedingter Distanzunterricht und ausgesetzte Präsenzpflicht die Situation noch verschärfen könnten. Zwar habe das StBA für das erste Pandemiejahr einen Rückgang der Quote auf 5,9 Prozent verzeichnet, doch dieser Wert sei trügerisch, sagt Müller. Viele Schulen seien sehr großzügig mit der Vergabe von Abschlüssen gewesen.

Für die kommenden Jahre rechnet Müller fest mit mehr Schulabgängern ohne Abschluss. Die Pandemie sei zugleich „Brennglas und Brandbeschleuniger“ für bestehende Probleme im Schulsystem. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter warnte bereits davor, dass sich die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf 104.000 pro Jahr verdoppeln könnte.

Risikofaktoren Warum brechen Jugendliche die Schule vorzeitig ab? Auf diese Frage gibt es laut Caterina Gawrilow, Leiterin des Arbeitsbereichs Schulpsychologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen, keine einfache Antwort: „Wenn wir uns drei verschiedene Schüler angucken, könnten dort drei verschiedene Faktoren im Vordergrund stehen.“ Häufig spielten individuelle Ängste, Mobbing, das Schulklima, das familiäre Umfeld, aber auch Umweltfaktoren wie

die städtische Umgebung sowie das Verhalten des Freundeskreises eine Rolle. Für Schüler, die an Prüfungsangst leiden oder unter erhöhtem Leistungsdruck stehen, könne die Schule beispielsweise zu einem Ort des Versagens werden, deren Besuch sie meiden oder letztlich ganz verweigern. Im Gegensatz zum „Schule schwänzen“, bei dem der Anreiz darin liegt, den Schulbesuch gegen eine vermeintlich angenehmere Aktivität zu tauschen, handele es sich hier um eine angstinitiierte Vermeidungsstrategie, so Gawrilow. Mit einem positiven Schulklima, geschultem Lehrpersonal und kleineren Klassenverbänden könne dem entgegengetreten werden.

Eltern-Rolle Doch nicht alle Risikofaktoren befinden sich im direkten Schulumfeld. Wie die PISA-Studie von 2018 feststellte, hängen Bildungserfolg und damit auch die Chance auf einen Schulabschluss in Deutschland überdurchschnittlich stark vom Bildungshintergrund und sozioökonomischen Status des Elternhauses ab. Fehlendes Interesse an der Leistung des Kindes, eine Erkrankung der Eltern oder innerfamiliäre Konflikte können sich ebenfalls negativ auf den Schulerfolg auswirken. Der Bildungsbericht 2021 sieht außerdem eine Verbindung zwischen Migrationshintergrund und Bildungsarmut bei Schülern. Doch da ist Gawrilow skeptisch – die Datenlage sei zu schwach und die Zusammenhänge zu komplex, um einen Migrationshintergrund per se als Grund für Schulprobleme anzuführen. Auch wenn die Gründe für einen Schulabgang ohne Abschluss sehr unterschiedlich seien, dürfe die Lösung des Problems nicht auf den einzelnen jungen Menschen abge-targetet werden, sagt ISM-Geschäftsführer Müller. Es gehe vor allem um strukturelle Fragen. Dass mehr Geld und Energie in präventive Maßnahmen gesteckt werden müsste, darin sind sich die Experten aus Bildungsökonomie, Pädagogik und Psychologie einig. Sie betonen, dass dabei bereits in der Grundschule angesetzt werden sollte. „Wer im ersten Schuljahr nicht richtig lesen und schreiben lernt, hat einen holprigen Bildungs- und Berufsweg vor sich“, sagt Müller.

Schulsaustattung Laut den Experten müssen die Schulen mehr auf die Bedürfnisse des einzelnen Schülers eingehen können, um Probleme frühzeitig zu erkennen. Doch leider sei es immer noch so, „dass die Ausstattung von Schulen mit Schulpsychologen oder gemeinsame Projekte mit Jugendämtern von den finanziellen Mitteln der Kommunen abhängen“, kritisiert Müller. Dabei sei es wichtig, die Ressourcenverteilung in die jeweilige Umgebung einer Schule anzupassen: „Schulen in einem sozialen Brennpunkt müssen komplett anders ausgestattet sein und einen anderen Unterricht machen.“ Doch seien solche Ansätze kaum umsetzbar. „Dafür ist die Bildungsadministration derzeit zu stark.“ Denise Schwarz |

»Das ist eines der Hauptrisiken dafür, in das Hartz IV-System zu geraten.«

Malte Sandner, Bildungsökonom

»Die Pandemie ist Brennglas und Brandbeschleuniger zugleich.«

Heinz Müller, Geschäftsführer ISM

»Wunsch und Wirklichkeit klaffen oft weit auseinander«

INTERVIEW Der Leiter der Netzwerkstelle der Berliner Jugendberufsagentur, Ralf Jahnke, über falsche Erwartungen, wachsende Anforderungen und neue Berufsfelder

Herr Jahnke, Berlin hat vor acht Jahren die Berliner Jugendberufsagentur ins Leben gerufen, um sicherzustellen, dass die Unternehmen genug Nachwuchskräfte bekommen. Was sind ihre Aufgaben?

Die Jugendberufsagentur unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren dabei, die passende Ausbildung oder ein geeignetes Studium zu finden. Mittlerweile haben wir in jedem Bezirk einen Standort mit Expertinnen und Experten der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Jugendhilfe und der beruflichen Schulen. Sie informieren über Fachkräftebedarfe, Berufsanforderungen und die Ausgestaltung der Berufsfelder. Wir veranstalten auch Beratungstage, spezielle Teams kümmern sich um den Übergang zu den Berufsschulen. Interessanterweise stellen unsere Berater oft fest, dass Wunsch und Wirklichkeit bei der Berufsorientierung weit auseinanderklaffen.

Inwiefern? Bei Jugendlichen ist zum Beispiel die Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker sehr beliebt. Doch das Berufsbild hat sich aufgrund der E-Mobilität so verändert, dass die Arbeit nicht mehr viel zu tun hat mit dem Mechaniker, der den ganzen Tag unter

dem Auto liegt und schraubt. Ähnlich ist es bei Tischlern. In vielen Berufen, etwa im kaufmännischen Bereich, geht außerdem fast nichts mehr ohne Abitur. Die Bedarfe der Unternehmen passen also oft nicht zur Qualifikation oder dem Bild, das die Jugendlichen von dem Beruf haben. Das ist ein Problem, weil falsche Erwartungen nicht selten zu einem Abbruch der Ausbildung oder des Studiums führen. Dem wollen wir entgegenwirken.

Wie läuft das konkret? Wir versuchen, Erwartungen und Kompetenzen der Jugendlichen möglichst früh mit den Anforderungen der Unternehmen zusammenzubringen. Als Pädagoge hasse ich den Begriff, aber in der Bildungsökonomie nennt man dieses Verbinden von Angebot und Bedarf „Matchen“. Gut geeignet dafür sind Betriebspraktika. Damit können die Jugendlichen notwendiges Handeln und Wissen vor Ort erspüren und entscheiden, ob sie weiter in diese Richtung gehen wollen. Mit der Industrie- und Handelskammer Berlin haben wir außerdem den Talente-Check an Schulen gestartet, eine Art Potenzial-Parcours, bei dem die Jugendlichen ihre Stärken erkennen und erfahren können, wie sie sich am besten auf entsprechende Angebote der Wirt-

schaft zubewegen. Breit verankert ist inzwischen auch der Berufswahltest bei den Agenturen für Arbeit.

Warum klafft zwischen Angebot und Nachfrage trotzdem eine so große Lücke? Ein Grund ist, dass es vielen Betrieben nicht gelingt, junge, gut qualifizierte Leute zu halten. Tischlerbetriebe, Firmen für IT-Technik und andere gewinnen wegen der höheren Berufsanforderungen zwar immer mehr Abiturienten. Doch die springen oft ab und gehen doch an die Uni – und wählen dann sogar Studiengänge, die zum Kontext des Konzerns gar nicht passen. Sie setzen ihr Wissen in der Praxis also nie ein.

Welche Gründe gibt es noch? Imageprobleme zum Beispiel. Es gibt zweijährige Berufe, die auch Jugendlichen mit einfachem Schulabschluss offen stehen. Doch weil die in ihrem Umfeld kein Ansehen genießen, machen sie einen Bogen darum. Fachverkäufer fürs Fleischerhandwerk klingt da nicht so toll, oder Gas-Wasser-Sanitär-Fachmann. Auch Berufe im Pflege- und Gesundheitsbereich sind bei Jugendlichen wenig beliebt. Das Berufseinstiegsalter ist hier oft höher, auch weil die Hemmnisse gegenüber bestimmten körperlichen Pflegeleistungen bei jungen Leuten stärker

ausgeprägt sind. Insgesamt muss die Attraktivität bestimmter Ausbildungsberufe dringend erhöht werden.

Was raten Sie Jugendlichen, deren Qualifikation nicht reicht, um die immer höheren Erwartungen der Unternehmen zu erfüllen?

Wenn eine nachträgliche Qualifizierung, ein mittlerer Schulabschluss oder Abitur, nicht in Frage kommt, versuchen wir, sie in die freien Ausbildungsplätze zu lenken. Wir sagen ihnen: Auch wenn das erst mal nicht deinen Vorstellungen entspricht, da kannst du deine Chance ergreifen. Das Problem ist, dass viele Jugendliche oder deren Eltern bestimmte Berufe für minderwertig halten, etwa den der Reinigungsfachkraft. Also beschäftigen sie sich nie damit. Hier müssen wir als Jugendberufsagentur Überzeugungsarbeit leisten, etwa was es logistisch und technologisch bedeutet, als Reinigungskraft voll ausgebildet in der Struktur eines Reinigungsbetriebes zu stehen.

Teilen Sie den Eindruck, dass es gering qualifizierte Jugendliche in der neuen Arbeitswelt immer schwerer haben? Ja, denn der gesamte duale Ausbildungs-

markt ist heute technologielastig, die Kompetenzanforderungen in den regulären Ausbildungsberufen sind enorm gewachsen. Gerade in Berlin haben Jugendliche mit einfacher Berufsbildungsreife wenig Chancen. Die Stadt ist aufgrund der vielen Tech-Firmen und Start-ups zum Hochqualifizierungsmarkt geworden, zahlreiche Industrieberufe sind weggebrochen. Die Problematik nimmt strukturell weiter zu und die Corona-Pandemie verstärkt sie noch, weil wir viele der betroffenen Jugendlichen nur schwer erreichen.

Die Berufsbilder wandeln sich schnell, immer neue Berufe kommen dazu. Wie soll ein junger Mensch da den Überblick behalten?

Es ist schwierig. Es gibt inzwischen rund 21.000 Studiengänge, viele von ihnen kreieren die neuen Technologien. Aber leider nehmen dieses Chancenfeld überwiegend Akademiker-Elternhäuser wahr. Das müssen wir ändern, indem wir die Jugendlichen frühzeitig auf ihre Möglichkeiten in diesen Zukunftsbereichen aufmerksam machen.

Was würden Sie Jugendlichen eher raten: Studium oder Ausbildung?

Solche pauschalen Zuweisungen finde ich schwierig. Aus der Bildungsforschung wissen wir, dass Jugendliche, die sich früh beruflich orientieren, engagierter in der Schule sind und ihren Bildungsweg konsequenter verfolgen. Sie erreichen ihre Ziele besser, egal ob im Studium oder der Ausbildung. Wer sich frühzeitig mit seinem Berufswunsch beschäftigt, vermeidet das Risiko eines längeren Bildungsweges und des späten Scheiterns. Das kommt am Ende auch den Unternehmen zugute.



Ralf Jahnke

Das Interview führte Johanna Metz |

Bedroht durch den Exodus

ABWANDERUNG Nicht nur serbische Ärzte suchen das Weite Richtung EU. Auch Elektriker packen ihre Koffer. Das stellt die serbische Infrastruktur zunehmend vor Existenzprobleme.



Leere Bänke in Belgrad: Der massenhaften Abwanderung von Fachkräften kann die serbische Regierung bisher wenig entgegenzusetzen.

© picture-alliance/NurPhoto/Nicolas Economou

Es ist gut bekannt, dass Deutschland zum zweiten Serbien geworden ist. So charakterisiert das Portal „Mein Novi Sad“ in Serbiens zweitgrößter Stadt die Massenabwanderung medizinischer Fachkräfte aus diesem Balkanland. In der Tat kehren jährlich bis zu 1.000 Ärzte ihrer Heimat den Rücken, um im Ausland ihr Glück zu machen. Doppelt so hoch soll die Zahl der Krankenpfleger und –schwestern sein. Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Die Behörden in Belgrad geben keine Auskunft, weil sie die dramatische Lage im Gesundheitswesen verdecken wollen, mutmaßen Kritiker. Die von der Regierung kontrollierten Medien – das ist der übergroße Teil der Zeitungen, TV- und Radiosender – steuert dagegen: Immer wieder werden negative Erfahrungen abgewandelter Serben veröffentlicht, deren Scheitern im Ausland als Warnung für eventuelle Nachahmer abgefasst ist.

Doch die regelrechte Flucht des medizinischen Personals ist im Alltag allgegenwärtig. Patienten können in staatlichen Gesundheitszentren nicht mehr behandelt werden, weil Allgemeinmediziner ebenso fehlen wie Radiologen, Chirurgen, Internisten, Kinderärzte, Gynäkologen oder Zahnärzte. Zum Beispiel sollte auf 30.000 Einwohner ein HNO-Facharzt kommen, heißt es in einer Untersuchung in der Hauptstadt Belgrad. Demgegenüber müsse in der Realität ein HNO-Experte 50.000 Menschen versorgen. Dabei sieht es in der Hauptstadt immer noch deutlich besser aus als in der Provinz.

Die andere Seite des Medizinerexodus ist in der Helios Uniklinik in Wuppertal zu

besichtigen, die seit 2018 examinierte Pflegekräfte aus Serbien beschäftigt – und sehr positive Erfahrungen damit gemacht hat. Schon vor der Abreise nach Deutschland werden die Angeworbenen bei der Bewältigung der bürokratischen Hindernisse unterstützt. In Wuppertal erhalten die Neuen weitere Hilfen mit Deutschkursen, bei der Wohnungssuche oder der Vorbereitung auf die deutschen Examina.

Boom privater Agenturen Mit Beginn der Coronakrise ist Serbien aus dem Anwerbeabkommen „Triple Win“ mit Deutschland für Pflegekräfte ausgestiegen, weil die heimische Medizin-Infrastruktur zusammenzubrechen droht. Doch auch wenn es keine staatlich kanalisierte Vermittlung ins Ausland mehr gibt, haben private Agenturen längst die Führung auf diesem Gebiet übernommen. Ihnen wird oft vorgeworfen, die Bewerber auszunutzen. Der Aufruf des serbischen Staates an seine Landsleute in Westeuropa, vorübergehend in die Heimat zurückzukehren und bei der Bewältigung der Corona-Epidemie zu helfen, ging weitgehend ins Leere. Von den 180.000 ausländischen Pflegekräften in Deutschland stammten 2021 rund 36.000 aus dem Westbalkan. Eine Verdreifachung in wenigen Jahren. Und dann gibt es noch den Graubereich in den privaten Haushalten. Dort arbeiten schätzungsweise 290.000 Menschen aus dem Ausland, häufig aus Ost- und Südosteuropa. Es sind aber längst nicht mehr nur Mediziner, die das Weite suchen. Inzwischen packen auch Bauarbeiter, Elektriker und Gabelstapelfahrer ihre Koffer in Richtung EU. In den vergangenen Monaten sind wegen

der Auswanderung auch LKW-Fahrer Mangelware in Serbien. Nach Schätzungen heimischer Zeitungen fehlen zurzeit mehr als 6.000 Fahrer. Im November sorgte das Angebot eines verzweifelten Belgrader Unternehmers für Aufsehen. Der bot für einen Installateur sage und schreibe 2.000 Euro Monatslohn plus kostenloser Wohnung. Das Durchschnittseinkommen beträgt in Serbien rund 500 Euro, wobei die besser bezahlten Stellen im staatlichen Bereich angesiedelt sind. Im Privatsektor fallen die Einkommen oft deutlich niedriger aus und selbst deren Auszahlung verzögert sich nicht selten um Monate.

Im letzten Jahr stammten ein Drittel der Menschen, die in Deutschland eine Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis erhalten hatten, aus dem Westlichen Balkan. Denn

> STICHWORT

Abwanderung aus Serbien

> **Gesundheitswesen** Pro Jahr wandern rund 1.000 Ärzte und doppelt so viele Pflegekräfte ab. Das Land hat knapp sieben Millionen Einwohner.

> **Ursachen** Die Menschen gehen nicht nur wegen niedriger Löhne, sondern flüchten auch vor allgegenwärtiger Korruption.

> **Westbalkanregelung** Diese besagt: Wer ein „verbindliches Arbeitsplatzangebot“ hat, kann, unabhängig von der Ausbildung, nach Deutschland kommen.

ähnlich wie in Serbien ist die Lage auch im benachbarten Nordmazedonien oder in Bosnien-Herzegowina für den weitaus größten Teil der Bevölkerung trostlos.

Die Abwanderung wird befeuert durch die in Deutschland seit 2016 geltende „Westbalkanregelung“: Unabhängig von Ausbildung oder Berufserfahrung kann jeder aus der Region nach Deutschland kommen, wenn er ein „verbindliches Arbeitsplatzangebot“ von einem deutschen Unternehmen besitzt. Der Bedarf des deutschen Arbeitsmarktes ist aber deutlich größer als die höchstens 25.000 Menschen, die im Jahr auf diesem Weg aus Südosteuropa kommen können. Allein im Pflegebereich wird in den nächsten Jahren mit 150.000 zusätzlichen Kräften gerechnet.

Das ruft private Initiativen auf den Plan. Knut Hofmayer betreibt eine gut gehende Praxis für Physiotherapie in Ostfriesland. Nachdem er seit zwei Jahren seine offenen Stellen nicht besetzen kann, macht er sich selbst auf die Suche. Gemeinsam mit Matthias Schulte, der eine Physiotherapie-Praxis im Schwarzwald besitzt, haben sie jetzt in der Hauptstadt Pristina angedockt. Sie zielen auf die Gruppe von rund 90 Absolventen der dortigen Schule für Physiotherapeuten. Viele von ihnen hätten kaum Chancen, eine Arbeitsstelle zu finden, erklärt Hofmayer. Einige Jugendliche aus dieser Gruppe sollen bereits in Pristina Deutsch lernen. In Deutschland selbst ist jede Unterstützung bei Behörden, Wohnungssuche und beruflicher Qualifizierung geplant. Am Ende könnten die Kosovaren an ihren neuen Wirkungsstätten vier bis fünf Mal so viel verdienen wie die 400 bis 600 Euro in ihrer Heimat.

Die „Sehnsuchtsländer“ der Arbeitsemigranten vom Balkan sind Deutschland, aber auch Österreich, Skandinavien oder die Schweiz. Die Gründe für die Massenabwanderung liegen nicht allein in den um ein Vielfaches höheren Verdiensten. Viele Auswanderer setzen die regelbasierte Gesellschaft in Deutschland und seinen Nachbarländern an die erste Stelle. Demgegenüber hält die allgegenwärtige Korruption ihre Heimat fest im Griff: Eine Beschäftigung sei nur über eine Mitgliedschaft in der dominierenden Regierungspartei möglich, wird geklagt. Die politische Genehmigung hält die allgegenwärtige Korruption ihre Heimat fest im Griff: Eine Beschäftigung sei nur über eine Mitgliedschaft in der dominierenden Regierungspartei möglich, wird geklagt. Die politische Genehmigung hält die allgegenwärtige Korruption ihre Heimat fest im Griff: Eine Beschäftigung sei nur über eine Mitgliedschaft in der dominierenden Regierungspartei möglich, wird geklagt.

Gelegenheit nutzen Bei einer repräsentativen Umfrage im letzten Jahr unter serbischen Jugendlichen gab die Hälfte der 15- bis 30-Jährigen an, bei nächster Gelegenheit das Land verlassen zu wollen. Ganz oben auf der Liste der Gründe wurde ein „würdevolles Leben“ genannt (32 Prozent). Zwar ist auch ein „höherer Lebensstandard“ (24 Prozent) wichtig, aber auch die dort erwartete „bessere öffentliche Verwaltung“ (11 Prozent) und „größere Freiheiten“ (acht Prozent) werden genannt. In Bosnien-Herzegowina läubeln drei Viertel aller Erwachsenen – quer durch alle Altersklassen und Berufe – mit einer Beschäftigung im Ausland, ergeben regelmäßig die Umfragen.

Welchen Druck die problematischen Zustände in der Heimat auf die Beschäftigten und noch mehr auf die Arbeitslosen ausüben, zeigte zuletzt der Fall der serbischen Krankenschwester Dobrila. Sie habe 34 Jahre im Krankenhaus gearbeitet und sich entschlossen, die ihr noch verbleibenden Jahre bis zur Rente in Deutschland anzuhauern, erzählte sie dem Belgrader Portal Nova. Sie sei als Gewerkschaftsfunktionärin von ihren Arbeitgebern jahrelang drangsalieren worden und hoffe, in Deutschland in sieben Jahren so viel für ihre Rente zu sparen, wie in den letzten 34 Jahren in ihrer Heimat. Ihr Mann erhalte nach 37 Jahren Arbeit eine Invalidenrente von 16.600 Dinaren (140 Euro). Inzwischen arbeite sie in der Nähe von Mannheim in einem Krankenhaus und verdiene 3.200 Euro gegenüber ungerechnet 470 Euro zuletzt in Serbien. Ihre Arbeitsbedingungen beschreibt sie gegenüber der Lage in Serbien in nahezu hymnischen Worten.

Wer sich das Deutschlernen sparen und lieber in der Nähe bleiben will, wandert in die EU-Nachbarstaaten Slowenien oder Kroatien aus. So werden Lücken gefüllt, die durch Emigration auch dort entstanden sind: Nach Daten der Volkszählung des vergangenen Jahres ist die Einwohnerzahl Kroatiens seit dem EU-Beitritt 2013 um zehn Prozent auf 3,9 Millionen zurückgegangen. Die meisten zogen nach Deutschland um.

Thomas Brey |

Der Autor leitete lange das Regionalbüro der Deutschen Presse-Agentur für Südosteuropa und lehrt heute an deutschen Universitäten Politikwissenschaft und Journalistik.

Fachkräftemangel macht(e) Deutschland zum Einwanderungsland

ARBEITSMARKT Der demografische Wandel und ein weiter steigender Fachkräftebedarf sind die aktuellen Herausforderungen in der Debatte

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollten mehr qualifizierte Beschäftigte nach Deutschland geholt werden. Das Gesetz ist vor fast genau zwei Jahren in Kraft getreten und hat laut Experten die Erwartungen nicht ansatzweise erfüllt. Damit kann sich auch der jüngste Versuch, Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu steuern, in eine Reihe von Vorhaben stellen, die seit 150 Jahren unternommen wurden, um ausländische Fachkräfte anzuwerben – mal mehr, mal weniger erfolgreich.

„Die Geschichte der deutschen Ausländerpolitik ist eng verflochten mit der Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung. Die Begriffe ‚Saisonarbeiter‘, ‚Gastarbeiter‘, ‚Flüchtlinge‘ und ‚Fachkräfte‘ markieren dabei nicht nur wichtige zeithistorische Etappen, sondern verdeutlichen auch die ambivalente Entwicklung Deutschlands vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland“, schrieb Sven Rahner in einem bereits 2011 erschienenen Beitrag. Rahner ist heute Leiter der Geschäftsstelle „Nationale Weiterbildungsstrategie“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und kam damals zu dem Schluss, dass Deutschland, ähnlich wie in den 1950er Jahren, als sich demografischen Veränderungen abzeichneten, vor

neuen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen stehe.

Rahner skizziert mehrere Phasen deutscher Arbeitsmarktpolitik: Beginnend im späten 19. Jahrhundert, als die Landwirtschaft im preußischen Osten und die Industrie im Westen Arbeitskräfte benötigten. Dem folgte ein Mangel an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie, im Bergbau sowie in der Landwirtschaft, der im Ersten Weltkrieg zu einer zentralen Frage der deutschen Kriegswirtschaftspolitik wurde. Unternehmen und Behörden drängten darauf, neben Kriegsgefangenen auch polnische Arbeitskräfte zur Arbeit zu zwingen. Während des Nationalsozialismus und der Zeit des Zweiten Weltkriegs setzten Regierung und Behörden eine gewaltsame Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte durch, ab 1939 galt eine sogenannte Ausländerverordnung, die ein Ausreisen der Zwangsarbeiter unter Verbot stellte. Bereits Anfang der 1950er Jahre zeichnete sich in Teilen der Bundesrepublik Deutsch-

land Vollbeschäftigung ab. Ursache war das rasante Wirtschaftswachstum, die Landflucht und ein durch den Krieg verursachter Arbeitskräftemangel. Die damalige Bundesregierung reagierte 1955 mit einem Anwerbeabkommen mit Italien.

In den 1960er Jahren sorgten der Arbeitsmarkteintritt der geburtschwachen Kriegsjahrgänge, die Senkung der Arbeitszeit und der Rückgang des Flüchtlingsstroms aus der DDR nach dem Mauerbau 1961 für Arbeitskräftemangel. Im selben Jahr wurde deshalb mit der Türkei ein Anwerbeabkommen unterzeichnet. Von 1961 bis 1973 stieg die Zahl der ausländischen Erwerbsbevölkerung von 280.000 auf etwa 2,6 Millionen Menschen.

Dieser Trend setzte sich in den 1980er Jahren fort, „die Gastarbeiterfrage wurde weitgehend sich selbst überlassen und von Phänomenen armutsmotivierter Migrationsströme überlagert“, schreibt Rahner. Die Innenpolitik sei gegen Ende der 1980er Jahre geprägt von hitzigen zuwanderungspolitischen Debatten gewesen, wobei die



Griechische Arbeiter an der Bergbauleitstelle in Essen 1960 © picture-alliance/dpa/H. Ducklau

damalige Bundesregierung an ihrer Grundauffassung festhielt, dass der Aufenthalt der Ausländer zeitlich begrenzt und Deutschland kein Einwanderungsland sei. Auch in der DDR herrschte Arbeitskräftemangel, die Regierung warb vor allem Menschen aus Vietnam und Mosambik an. „Allerdings hat die SED-Regierung auf Inte-

grationsmaßnahmen weitgehend verzichtet und diese Arbeitnehmer stark isoliert“, sagt Herbert Brücker, Ökonom am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die 1990er Jahre waren vor allem geprägt von der Globalisierung und der Transformation des ostdeutschen Arbeitsmarktes. Die Einführung der Greencard im Jahr

2000 zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs und der erleichterte Zugang von Spezialisten außerhalb der Europäischen Union gilt als Zäsur in der Debatte, weil Zuwanderung wieder als Gewinn diskutiert worden sei, so Brücker.

In den Folgejahren rückten die Aspekte Zuwanderung und Arbeitsmarktpolitik immer stärker zusammen. So trat 2005 das Zuwanderungsgesetz in Kraft, das Einwanderung und arbeitsmarktpolitische Interessen berücksichtigt. Mit dem Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz von 2009 sollte durch die Absenkung der Mindesteinkommensgrenze der Zugang hochqualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland erleichtert werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2020 ist der bislang letzte Versuch, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt aktiv zu steuern. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es, dass weltweit rund 139.300 Visa nach dem Gesetz vergeben wurden. Das IAB geht davon aus, dass Deutschland jährlich auf eine Netto-Einwanderung von rund 400.000 Personen angewiesen sei. Die Ampel will mehr Zuwanderung, im Koalitionsvertrag heißt es, man wolle „einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird.“ Nina Jeglinski |

AUFGEKEHRT

Es lebe die Zukunft!

Im Kampf gegen die hohen Diesel- und Benzinpreise hat Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) einen staatlichen Tankzuschuss vorgeschlagen. Alle Autofahrer sollen damit direkt an der Zapfsäule entlastet werden, so seine Idee. Für einen Rabatt von 40 Cent pro Liter müsste der Staat zwei Milliarden Euro im Monat befragen, rechnete er vor. Aber woher soll das Geld kommen? Etwa vom selben magischen Ort, an dem ihm zufolge der Bundeswehronvermögensschatz von mehr als 100 Milliarden Euro ruht? Nun, dieses Geld sei „nicht da“, räumte der Finanzminister in „Bild Live“ ein, präsentierte aber sogleich einen genialen Plan: „Wir leihen es uns aus der Zukunft.“ Das ist so einfach wie cool. Wer braucht schon Ergänzungshaushalte und Schulden, wenn er die Zukunft hat? Daran hat vielleicht auch der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck gedacht, als er vergangene Woche mit den Scheichs in Katar eine „Energiepartnerschaft“ klar machte. Mag unsere Abhängigkeit von Energie aus Putins bösem Russland heute unangemessen hoch sein, in der Zukunft wird frisches Flüssiggas aus den Wüsten der arabischen Halbinsel zu uns strömen und unsere Häuser und Herzen wärmen. Wer da kleinlich anmerkt, dass die Kataris auch keine ganz lupenreinen Demokraten seien, sondern Islamistenfreunde, die Tausende Wanderarbeiter auf den Baustellen für die Fußball-WM auf dem Gewissen haben und Homosexualität per Gesetz verbieten, der möge an den nächsten, bitterkalten Winter in Deutschland denken. Wer will schon auf dem Sofa frieren, während unsere Fußball-Elf in den auf 22 Grad heruntergekühlten Stadien in Katar um den Sieg kickt? Dann lieber Heizen mit Autokratenrabatt. Und keine Sorge: Abgerechnet wird in der Zukunft. *Johanna Metz*

VOR 65 JAHREN...

Dienst an der Waffe

1.4.1957: Die ersten Wehrpflichtigen rücken ein. „Mit Ihrem Gelöbnis werden Sie sich heute zu treuem Dienst für die Bundesrepublik Deutschland und zur Bereitschaft verpflichten, unser Volk und seine Freiheit zu schützen und wenn es notwendig sein sollte, tapfer zu



In der Garnison Amberg begrüßt ein Unteroffizier die ersten Wehrpflichtigen.

verteidigen. Sie bekennen sich damit zur Verteidigungspflicht des Staatsbürgers.“ Mit diesen Worten begann Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) im Mai 1957 eine feierliche Rede vor den ersten Wehrpflichtigen der Bundeswehr. Am 1. April waren die ersten 10.000 Männer zum Dienst an der Waffe in die Bundeswehrkasernen eingerückt. Vorher wurde über Wehrpflicht und Wiederbewaffnung heftig gestritten. Die Tabu-Themen rückten spätestens 1955 in den Fokus. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Bundesrepublik keine eigene Armee. Doch mit dem Beitritt zur Nato verpflichtete sich West-Deutschland, internationale Verteidigungsaufgaben zu übernehmen. Dafür sollte eine 500.000 Mann starke Armee aufgebaut werden. Ab November 1955 existierte die Bundeswehr bereits als sogenannte Kaderarmee, der Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen Wehrmacht angehörten. 1956 stießen erste freiwillige Rekruten dazu. Ob die Bundeswehr aber eine Wehrpflicht- oder eine Freiwilligenarmee sein sollte, darüber war man sich im Bundestag uneins. Während die regierende Union die Wehrpflicht wollte, war die SPD dagegen. Die FDP war grundsätzlich für eine „allgemeine nationale Verteidigungspflicht“, stimmte 1956 aber nicht für das entsprechende Gesetz, durch das fortan alle Männer zwischen 18 und 45 wehrpflichtig waren. Der Grundwehrdienst wurde zunächst auf zwölf Monate festgelegt. *Denise Schwarz*

ORTSTERMIN: KONSTITUIERUNG DER KINDERKOMMISSION



Die Vorsitzende der Kinderkommission, Sarah Lahrkamp (SPD, vorne links, mit Karlichen Adler), Familienministerin Anne Spiegel (Bündnis 90/Die Grünen, vorne, 2. v. l.) und die Mitglieder des Gremiums. Das Maskottchen zieht traditionsgemäß bei jedem turnusmäßigen Vorsitzwechsel in das Büro des oder der jeweiligen Abgeordneten ein. © Deutscher Bundestag/Janine Schmitz/photostock

Sie haben die Kinder im Blick

Das KiKo-Maskottchen durfte auch diesmal nicht fehlen: Der kleine Adler Karlichen wurde beim offiziellen Fototermin herzlich gedrückt, wie immer wenn die Abgeordneten eine neue Kinderkommission, kurz „KiKo“, einsetzen oder es zum Wechsel des Vorsitzes kommt. Zum zehnten Mal war es am vergangenen Donnerstag wieder soweit: Im Beisein von Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Bündnis 90/Die Grünen) konstituierte sich der Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“. Die Sitzung wurde von Ulrike Bahr (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, geleitet. Den zwischen den Fraktionen rotierenden Vorsitz der KiKo übernimmt in dieser Wahlperiode zunächst Sarah Lahrkamp (SPD). Der Vorsitz soll anknüpfend an die bisherige Praxis zwischen den sechs ordentlichen Mitgliedern und ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße wechseln. Die erneute Einsetzung der KiKo unterstreiche den

Stellenwert der Rechte und Bedürfnisse der Kinder im Parlament, sagte Bahr. „Die KiKo ist die Stimme der Kinder im Deutschen Bundestag.“ Während der Pandemie hätten Kinder zu wenig im Fokus gestanden. Und im Ukraine-Krieg gehörten sie als Opfer und Flüchtlinge wieder zu den Hauptleidtragenden. Deren Rechte gelte es nun weiter zu stärken, im Bewusstsein der Erwachsenen zu verankern und auch bei den Kindern selbst bekannter zu machen. Dabei verstehe man sich sowohl parlamentsintern als auch im Land als Anwalt für die Sache der Kinder und als Ansprechpartner für alle, die sich für die Interessen der Kinder stark machen, sagte Lahrkamp. Man werde sich eine breite Palette an Themen vornehmen, alle Fraktionen würden ihre Schwerpunkte einbringen. Wie Kinder und Jugendliche sich nach der Corona-Pandemie wieder freier entfalten können, das müsse die KiKo in der nächsten Zeit beschäftigen, sagte Ministerin Spiegel. Hinzu komme die Integration der aus der Ukraine ge-

flüchteten Kinder. Sie wolle mit der KiKo dabei zusammenarbeiten, die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern und die Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und des Kindesmissbrauchs gemeinsam anpacken. Die KiKo gibt es seit 1988. Ihre Mitglieder verstehen sich als die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche im höchsten deutschen Verfassungsorgan. Dabei soll Parteipolitik so weit hinten angestellt werden, wie sonst nirgendwo. Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt. Entscheidungen trifft das Gremium grundsätzlich im Konsens. Zum Kern der Arbeit der KiKo gehören öffentliche Fachgespräche, in denen sich der Unterausschuss sämtlicher Fragen annimmt, die die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen betreffen: von der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe und Medienkompetenz im digitalen Zeitalter über familiäre Krisenbewältigung bis hin zu einer gesunden Umwelt und den Auswirkungen des Klimawandels auf die kindliche Entwicklung. *Lucas Lypp*

PERSONALIA

>Horst Schild
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Am 4. April begeht Horst Schild seinen 80. Geburtstag. Der Akademische Rat aus Hannover trat 1961 der SPD bei und war Mitglied des Unterbezirksvorstands Hannover-Land. Von 1972 bis 1986 gehörte er dem Stadtrat in Laatzen und von 1991 bis 2005 dem Stadtrat in Barsinghausen an. Schild engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss.

>Frank Spieth
Bundestagsabgeordneter 2005-2009, Die Linke

Frank Spieth wird am 4. April 75 Jahre alt. Der Gewerkschaftssekretär und DGB-Landesvorsitzende in Thüringen von 1992 bis 2006 schloss sich 1966 der SPD an. 2003 verließ er seine damalige Partei aus Protest gegen die Arbeitsmarktreformen Gerhard Schröders. 2007 trat der Jubilar dann der Partei Die Linke bei. Spieth wirkte als Fachsprecher seiner Fraktion im Gesundheitsausschuss mit.

>Irmgard Schwaetzer
Bundestagsabgeordnete 1980-2002, FDP

Irmgard Schwaetzer vollendet am 5. April ihr 80. Lebensjahr. Die Apothekerin und promovierte Pharmazeutin trat 1975 der FDP bei, war von 1982 bis 1984 Generalsekretärin und danach bis 1988 Schatzmeisterin. Von 1988 bis 1995 bekleidete sie das Amt der stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden. 1987 berief Bundeskanzler Kohl sie zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt und übertrug ihr Anfang 1991 das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. In ihrer bis 1994 währenden Amtszeit forcierte Schwaetzer die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und förderte die Investitionsbereitschaft in den neuen Bundesländern durch Steuersubventionen. Obwohl sie der Parteivorstand 1992 nach dem Rücktritt Hans-Dietrich Genschers vom Amt des Außenministers für die Nachfolge vorgeschlagen hatte, versagte ihr die FDP-Bundestagsfraktion unter der maßgeblichen Wortführung Jürgen Mölemanns die Zustimmung und sprach sich für Klaus Kinkel aus. Nach dem Ende ihrer politischen Karriere war Schwaetzer vielfältig ehrenamtlich engagiert. Von 2013 bis 2021 amtierte die Jubilarin als Präses der Synode der EKD.

>Christel Riemann-Hanewinkel
Bundestagsabgeordnete 1990-2009, SPD

Am 6. April begeht Christel Riemann-Hanewinkel ihren 75. Geburtstag. Die Pfarrerin aus Halle/Saale engagierte sich seit 1981 in der Friedensbewegung der DDR. 1989/90 war sie dort Mitbegründerin der SDP bzw. SPD und von 1991 bis 2006 fungierte sie als SPD-Vorsitzende in Halle. Im Bundestag wirkte sie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit, an dessen Spitze sie von 1998 bis 2002 stand. Ferner war die Jubilarin im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig. Von 1994 bis 2002 gehörte Riemann-Hanewinkel dem Vorstand ihrer Bundestagsfraktion an. Von Oktober 2002 bis November 2005 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

>Hans-Ulrich Krüger
Bundestagsabgeordneter 2002-2009, 2013-2017, SPD

Am 7. April wird Hans-Ulrich Krüger 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist aus Voerde/Kreis Wesel war Richter am Landgericht Osnabrück, städtischer Oberrechtsrat in Lemgo, Stadtdirektor in Voerde und von 1997 bis 2002 dort hauptamtlicher Bürgermeister. Von 2010 bis 2013 amtierte er als Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. Krüger, 2004/05 Mitglied im Vorstand seiner Bundestagsfraktion und 2008/09 deren finanzpolitischer Sprecher, wirkte im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss mit. Darüber hinaus engagierte sich Krüger in verschiedenen Untersuchungsausschüssen und war 2016/17 Vorsitzender des „Cum-Ex“-Untersuchungsausschusses.

>Michael Fischer
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 11. April wird Michael Fischer 75 Jahre alt. Der Kinderarzt aus Perleberg trat 1974 der CDU in der DDR bei und war dort von 1985 bis 1989 Stadtrat. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember 1990 dem Bundestag an. 1990/91 war der Jubilar Mitglied des Brandenburgischen Landtags.

>Werner Ringkamp
Bundestagsabgeordneter 1992-1994, CDU

Werner Ringkamp begeht am 13. April seinen 85. Geburtstag. Der Volkshochschuldirektent aus Husum trat 1961 der CDU bei und gehörte von 1976 bis 1994 dem CDA-Landesvorstand in Schleswig-Holstein an. Ringkamp, der im Juni 1992 für den Abgeordneten Ottfried Hennig in den Bundestag nachrückte, wirkte im Gesundheits- sowie im Bildungsausschuss mit. *bmh*

Roberta Metsola im Bundestag

EUROPA Präsidentin des EU-Parlaments bekräftigt Unterstützung für die Ukraine

Roberta Metsola hat in der vergangenen Woche erstmals als Präsidentin des Europäischen Parlaments den Bundestag besucht. Die Malteserin hatte das Amt am 18. Januar als Nachfolgerin des Anfang 2022 verstorbenen David Sassoli übernommen. Bei ihrem Gespräch mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) standen der russische Angriffskrieg, die Vertreibung von mittlerweile weit mehr als drei Millionen Ukrainern, eine mögliche Verteilung der Kriegsflüchtlinge in die EU-Mitgliedstaaten und die Frage nach energiepolitischer Unabhängigkeit im Mittelpunkt. Beide waren sich einig, dass es enger europäischer Zusammenarbeit bedarf, um Unterstützung für die betroffenen Menschen zu gewähr-

leisten und insbesondere die Hauptankunftsländer zu entlasten. „Es ist auch die



Roberta Metsola (li.) mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

Aufgabe unserer Parlamente, gemeinsames europäisches Handeln angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges und der humanitären Katastrophe zu gewährleisten“, betonte Göring-Eckardt. Wichtig sei, dass die EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen vereint blieben. Metsola traf sich am selben Tag noch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Auf dem EU-Gipfel Ende vergangener Woche haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, einen Hilfsfonds für die Ukraine einzurichten. Er soll den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Infrastruktur gewährleisten. In Kürze soll dazu eine internationale Geberkonferenz stattfinden. *Götz Hausding*

LESERPOST

Zur Ausgabe 12 vom 21. März 2022, „Heftiger Streit über allgemeine Impfpflicht“ auf Seite 8:

Jetzt geht das ganze Pandemiegeschehen schon zwei Jahre lang und ein Ende ist weit und breit nicht in Sicht. Was die eine Seite befürwortet lehnt die andere Seite ab und umgekehrt. Ob man wirklich mit einer allgemeinen Impfpflicht aus diesem allgemeinen Wirrwarr noch herausfinden kann, das ist die große Frage. Wer noch keinen Vorschlag dazu abgegeben hat, der sollte das nun schleunigst tun, die Zeit drängt. Was Deutschland aber in dieser Frage wirklich geritten hat, das wissen wahrscheinlich nicht mal die Götter hoch droben auf dem Olymp. Unser Nachbar Österreich hat die Nase davon gestrichen voll.

Klaus P. Jawore, Büchenbach

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 11. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 4. – 8.4.2022

Impflicht (Do)
Steuerentlastungsgesetz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Friedrich Merz, CDU:

Wir werden keinen Blankoscheck über 100 Milliarden Euro erteilen



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Am 27. Februar, also vor mehr als drei Wochen, haben Sie, Herr Bundeskanzler, von dieser Stelle aus eine Regierungserklärung abgegeben und von einer Zeitenwende gesprochen. Wir teilen diese Einschätzung unverändert, zumal Putin seinen Krieg in der Ukraine immer brutaler gegen die Zivilbevölkerung führt und wir bis heute kein Mittel gefunden haben, dieses Verbrechen zu beenden. Es ist in der Tat eine Zeitenwende.

Aber erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, einen Eindruck wiederzugeben, den meine Fraktion und auch ich persönlich in der gestrigen Debatte gewonnen haben. In Ihrer Koalition, auch in der Einbringungsrede des Bundesfinanzministers, ist von einer Zeitenwende nicht wirklich viel zu bemerken gewesen.

Sie gehen von Grundannahmen aus, von denen wir schon heute wissen, dass sie einfach nicht stimmen. Das Wachstum unserer Volkswirtschaft wird in diesem Jahr, 2022, nicht 3,6 Prozent betragen, sondern deutlich weniger. Die Inflationsrate wird nicht wieder sinken, sondern sie wird eher weiter steigen. Die Lieferketten sind unterbrochen, und wir müssen befürchten, dass weitere Lieferketten unterbrochen werden. Die Steuereinnahmen werden vermutlich deutlich niedriger ausfallen als erwartet, und vor allem die Ausgaben werden durch den Ukrainekrieg und alle seine Folgen deutlich steigen.

Das wissen wir alle. Das wissen auch Sie. Sie sprechen beschöni-

gend von einem „Ergänzungshaushalt“, den Sie wahrscheinlich schon im nächsten Monat vorlegen müssen, und zwar in einer Größenordnung von bis zu 50 Milliarden Euro. Trotzdem legen Sie in dieser Woche einen Bundeshaushalt vor, so als ob nichts gewesen wäre. Meine Damen und Herren, wenn es richtig ist, was Sie sagen, Herr Bundeskanzler, mit der Zeitenwende, dann müssten Sie im Grunde genommen große Teile Ihres Koalitionsvertrages heute eigentlich neu verhandeln.

Die einzige wirklich ernsthafte Abweichung von alledem, was im letzten Jahr auch schon richtig war, ist der Plan, ein Sondervermögen über 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zu errichten. Wenn ich richtig zugehört habe – ich bin gestern Vormittag die ganze Zeit hier gewesen und habe wirklich versucht, aufmerksam zuzuhören –, dann hat gestern keiner der Redner der Koalition hier im Parlament von den notwendigen 2 Prozent Verteidigungsausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, gesprochen – keiner. Das Wort hat keine Rolle gespielt.

Deshalb möchte ich hier gerne noch mal an die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 27. Februar erinnern. Sie haben die Einrichtung dieses Sondervermögens von 100 Milliarden Euro vorgeschlagen und haben dann anschließend gesagt – wörtlich –:

Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent – mehr als 2 Prozent!

– des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.

Der Eindruck ist entstanden: 100 Milliarden plus 2 Prozent jedes Jahr. Diesen Eindruck haben Sie durch diese Rede entstehen lassen. Sie haben dann im nächsten Satz den Vorschlag unterbreitet, dieses Sondervermögen, also in Wahrheit 100 Milliarden Euro neue Schulden, an der Schuldengrenze des Grundgesetzes vorbei in die Verfassung, in das Grundge-

setz, aufzunehmen.

Damit zeigt sich jetzt in der Systematik, wie Sie Haushaltsplanung machen, ein gewisses Bild. Das Bild ist wie folgt: Sie schöpfen den Kernhaushalt – so nennen Sie ja mittlerweile den Bundeshaushalt; der heißt jetzt bei Ihnen „Kernhaushalt“ – bis zur Obergrenze der möglichen Schulden aus. Sie verlängern die Feststellung einer Notlage aus der Coronapandemie mit dem Aussetzen der Schuldenbremse und beanspruchen weiter auch in diesem Jahr zusätzliche 100 Milliarden Euro Schulden. 60 Milliarden Euro transferieren Sie zweckentfremdet in einen Fonds, den Sie jetzt „Klima- und Transformationsfonds“ nennen; das ist also ein klassischer Nebenhaushalt. Sie kündigen jetzt schon an, diese Notlage noch in diesem Jahr erneut zu beantragen – Sie können sie nicht feststellen; Sie können sie nur beantragen, weil wir sie hier beschließen müssen –, weil es unvorhergesehene Ausgaben aus dem Krieg in der Ukraine gibt.

Weil das alles nicht reicht, soll die Schuldenbremse des Grundgesetzes im Grundgesetz selbst mit noch einmal 100 Milliarden Euro Schulden für die Bundeswehr einmalig ganz außer Kraft gesetzt werden. Das ist die Systematik. Damit wollte ich nur einmal klar machen, was Sie unter – so haben Sie, Herr Bundesfinanzminister, es ja gestern hier mehrfach gesagt – einer soliden und stetigen Haushaltsplanung und Haushaltsführung verstehen.

Nun wollen wir keinen Zweifel daran lassen, dass auch wir es für dringend notwendig erachten, die Bundeswehr mit mehr Mitteln auszustatten, sie neu auszurüsten. – Wissen Sie, dass nun ausgerechnet von der FDP an dieser Stelle immer wieder Zwischenrufe kommen, ist insofern erstaunlich, als in den letzten vier Wahlperioden in keiner einzigen Wahlperiode

der Etat des Bundesministers der Verteidigung so gering angestiegen ist wie in der Zeit, als Sie an der Regierung beteiligt gewesen sind. In keiner Zeit ist der Verteidigungshaushalt so schlecht behandelt worden wie in der Zeit, in der Sie, die FDP, in der Regierung waren. Das nur mal zu den Zwischenrufen, die wir hier ständig hören. – Sie machen es mit diesen permanenten Zwischenrufen nicht nur sich selber schwerer, als es notwendig ist, sondern auch uns. – Frau Strack-Zimmermann, Sie als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses sind zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet. Wenn Sie hier das Sprachrohr der Zwischenrufer aus Ihrer Fraktion werden, dann diskreditieren Sie sich selbst als Vorsitzende dieses Ausschusses, die eigentlich die wichtige Aufgabe hat, dieses Problem gemeinsam mit uns zu lösen und es nicht unnötig schwerzumachen.

Wir stehen heute im Grunde genommen da, wo wir vor 40 Jahren schon einmal standen, als wir über die Nachrüstung in der NATO und in der Bundeswehr sprechen mussten. Wir hatten damals das Glück, einen Bundeskanzler Helmut Schmidt zu haben, der das gegen seine eigene Partei durchgesetzt hat. Hätte er es nicht, wäre die Geschichte nach 1982 anders verlaufen, als sie verlaufen ist, meine Damen und Herren. Und genau an dieser Stelle – genau an dieser Stelle! – stehen wir heute wieder. Wir stehen nicht nur vor einer massiven Bedrohung, sondern sehen uns einer tatsächlich eingetretenen kriegerischen Auseinandersetzung in Europa gegenüber, ausgehend von Russland, der wir jetzt etwas entgegenzusetzen haben.

Deswegen will ich hier für meine Fraktion feststellen: Wir wollen jetzt wirklich der Bundeswehr helfen. – Ich weiß gar nicht, was an diesem Satz falsch ist. Was bringt Sie zu solchen Reaktionen? – Entschuldigung, wir wollen der Bundeswehr jetzt wirklich helfen. – Noch mal: Meine Damen und Herren, wir stehen dazu; wir wollen dies. Und Sie, Herr Bundeskanzler, werden verstehen, dass wir, wenn Sie den Weg einer Grundgesetzänderung hier gehen wollen, nur unter klar vereinbarten, geregelten Vereinbarungen

überhaupt erwägen, diesen mitzugehen.

Ich will Ihnen sechs Punkte sagen, wie wir uns das vorstellen können. Meine Damen und Herren, Sie wollen von uns die Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung. – Also, ich darf mal hier eine Feststellung treffen, weil Sie hier ständig dazwischenrufen: Sie bemühen sich ja vernünftigerweise um Gespräche mit uns. Wir sollen viele Dinge mit Ihnen zusammen machen. Deswegen zwei Feststellungen:

Erste Feststellung. Sie werden in Zukunft für jedes Gesetz, das Sie hier im Deutschen Bundestag verabschieden wollen, eine eigenständige Mehrheit brauchen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nicht die Ersatzbank, von der Sie sich beliebig Ersatzspieler aufs Spielfeld holen können, wenn Sie Ihre eigene Mehrheit nicht haben. Das gilt für alle Vorhaben, einschließlich der Impfpflicht; damit das klar ist.

Zweite Feststellung. Wenn wir überhaupt zu einer Grundgesetzänderung kommen, dann füllen wir das in der Weise auf, dass dann eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt. Wir werden es aber nicht so machen, dass einige von Ihnen sagen: Da machen wir nicht mit; die Union wird es schon richten. – Nein, wir richten es nicht. Sie werden mit jedem

einzelnen Abgeordneten hier Ja sagen müssen zu dem, was dann mit der Grundgesetzänderung verbunden sein wird – mit jedem einzelnen.

Das geht nur unter folgenden Bedingungen:

Erstens. Wir wollen und wir werden Sie, Herr Bundeskanzler, auf die zugesagten 2 Prozent festlegen – nicht 100 Milliarden, sondern 2 Prozent.

Zweitens. Die Ausgaben müssen

Wir stehen heute im Grunde genommen da, wo wir vor 40 Jahren schon einmal standen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

so, wie Sie es hier gesagt haben, Investitionen in die Bundeswehr sein, für nichts anderes, nur für die Bundeswehr. Sie können von mir aus feministische Außenpolitik machen, auch feministische Entwicklungshilfepolitik – aber nicht mit diesem Etat für die Bundeswehr. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir begleitend ein Gesetz über die Fähigkeiten und die Finanzierung der Bundeswehr verabschieden, damit dies auch in einem einfachgesetzlichen Rahmen festgehalten wird.

Drittens. Die 2 Prozent des BIP müssen dauerhaft erreicht werden und nicht nur einmalig. Rein rechnerisch sind sie mit den 100 Milliarden Euro nach fünf Jahren bereits erschöpft. Wir wollen, dass über diese fünf Jahre hinaus nicht irgendwo, sondern im Kernhaushalt der Bundesrepublik Deutschland die Kernaufgabe Verteidigung mit mehr als 2 Prozent des BIP der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird. Das ist die Voraussetzung, dass wir da überhaupt zu einer gemeinsamen Lösung kommen können.

Viertens. Wir wollen vor der Verabschiedung wissen, welche Anschaffungen für die Bundeswehr aus den 100 Milliarden Euro denn finanziert werden sollen. Dem Gesetzentwurf zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“, den Sie vorgelegt und im Kabinett verabschiedet haben, fehlt die Anlage „Wirtschaftsplan“. Der Wirtschaftsplan ist nicht vorhanden. Den haben Sie noch nicht verabschiedet. Das ist in Ordnung so; das kann man wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht. Aber wir werden hier nicht einen Blankoscheck über 100 Milliarden Euro erteilen, und Sie machen anschließend damit, was Sie wollen. Das ist nicht die Arbeitsteilung.

Wir schlagen Ihnen vor, dass es dazu ein geeignetes Begleitgremium gibt, das darüber wacht, dass dies auch tatsächlich stattfindet und dass diese Investitionen in die Bundeswehr in den nächsten Jahren auch tatsächlich erfolgen. Wir wollen in diesem Begleitgremium dauerhaft mit darüber entscheiden, wie die Investitionen der Bundeswehr umgesetzt werden.

Fünftens – ich weiß, dass Sie so denken, Herr Bundeskanzler; deswegen will ich es gerne aufgreifen -: Wir müssen gemeinsam versuchen, das Beschaffungswesen zu ändern. Es hat doch keinen Sinn, es so zu lassen, wie es heute ist: dass da eine Behörde in Koblenz sitzt und arbeitet, es einen Riesentrückstau in den Genehmigungen gibt und diese 100 Milliarden

Euro nicht wirklich ausgegeben werden können. Das Beschaffungswesen muss anders organisiert werden, als es heute organisiert ist.

Und schließlich sechstens. Meine Damen und Herren, wenn wir schon eine Ausnahme von der Schuldenbremse im Grundgesetz machen und diese mit einer Grundgesetzänderung beschließen – das ist ja der Mechanismus –, dann muss in dem Errichtungs-gesetz über das Sondervermögen, das ja nur aus Schulden besteht, auch ein Tilgungsplan hinterlegt werden.

Ich will auf diesen Sachverhalt hinweisen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Es kann doch wohl nicht sein, dass bei einer verfassungsgemäßen Überschreitung der Schuldenobergrenze von Verfassungen wegen ein Tilgungsplan vorgelegt werden muss, aber dann mit einer zusätzlichen Ausnahme von dieser Schuldenobergrenze, mit der noch mehr Schulden gemacht werden müssen, ein Tilgungsplan nicht erstellt wird. Das ist Ihre Vorstellung, Herr Bundeskanzler, aber nicht unsere.

Lassen Sie mich noch einmal zur Ausgangslage zurückkommen, zu dem, was Sie mit „Zeitenwende“ beschrieben haben. Wir brauchen einige Informationen. Wir hätten gern von Ihnen, Herr Bundeskanzler, gleich in Ihrem Redebeitrag hier einige Fragen beantwortet.

Die erste Frage ist: Welche Waffen hat die Bundesrepublik Deutschland denn nun eigentlich wirklich geliefert? Diese Frage müssen wir leider stellen, weil das, was da geliefert worden sein soll, unter Geheimhaltungsvorbehalt gestellt wird. Im Verteidigungsausschuss wird darüber unter Geheim informiert, soweit ich informiert bin, auch nicht sauber informiert. Es gibt Spekulationen in der Öffentlichkeit, dass das, was Sie zugesagt haben, gar nicht geliefert worden ist, und dass das, was bestellt werden könnte, entweder im Kanzleramt oder im Wirtschaftsministerium oder im Außenministerium blockiert wird und nicht genehmigt wird. Herr Bundeskanzler, es wäre gut, wenn Sie hier Klarheit schaffen und gleich in Ihrem Beitrag sagen, was die Bundesrepublik Deutschland liefert und was sie gegebenenfalls auch bereit ist zu bezahlen.

Wir würden dann, zweitens, gerne von Ihnen wissen: Welche Verabredungen werden eigentlich in der Europäischen Union getroffen? Es hat einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der

Europäischen Union gegeben. Sie haben darüber hier im Deutschen Bundestag nicht informiert, weder vorher noch nachher, obwohl das eigentlich gute Übung gewesen ist, dass so etwas gemacht wird. Wenn Sie das schon nicht gemacht haben, dann sagen Sie bitte heute: Wie stellt sich die Europäische Union eigentlich den Umgang mit der Volksrepublik China vor?

Ich erwähne das deshalb, weil wir doch nicht völlig außer Betracht lassen können, was dieses große Land in dieser Krise auf dieser Welt tut. Da könnte der nächste große Konflikt für die ganze Welt drohen. Was ist die Antwort der Europäer auf die Haltung der Volksrepublik China, die sich erkennbar nicht bereift, hier ein klares Wort zu finden zu diesem Konflikt, zu diesem Krieg, der in der Ukraine stattfindet?

Ich habe eine weitere Frage: Herr Bundeskanzler, welche Verabredungen werden eigentlich in der NATO getroffen? Es wird ja in dieser Woche, morgen, in Brüssel einen Sondergipfel der NATO geben. Wie sehen das eigentlich die NATO-Mitgliedstaaten? Und was ist die Meinung der Bundesrepu-

blik Deutschland und ihrer Regierung zur Haltung der Türkei? Die Türkei beteiligt sich nicht an den Sanktionen gegen Russland. Wie gehen Sie damit um? Was machen Sie? Wie wirken Sie auf die türkische Regierung ein? Und welche Haltung nimmt die NATO gegenüber ihrem Mitgliedsland Türkei ein in dieser Frage? Auch das ist doch ein Punkt, der in der Öffentlichkeit einmal dargelegt werden muss.

Und schließlich: Weitgehend unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit, Herr Bundeskanzler, hat die Bundesrepublik Deutschland zurzeit die Präsidentschaft in der G-7-Gruppe. Auch dazu soll es ja morgen einen Sondergipfel geben unter Beteiligung des amerikanischen Präsidenten. Was plant die Bundesregierung eigentlich, aus dieser Präsidentschaft heraus zu tun? Ich lese nun in einem großen Interview in der Zeitung, dass Ihr Finanzminister ein neues Freihandelsabkommen mit Amerika vorschlägt. Ist das auch Ihre Meinung, dass es sinnvoll ist, Herr Bundeskanzler, ein solches Freihandelsabkommen abzuschließen? Und wenn es Ihre Meinung

ist, warum haben wir dann nicht wenigstens jetzt schon das lange ausverhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada verabschiedet? Das liegt seit Jahren auf dem Tisch. Ihr Finanzminister redet über TTIP, ein neues Abkommen mit Amerika, und diese Fraktionen da – die SPD und die Grünen – verweigern bis zum heutigen Tag eine Verabschiedung dieses Freihandelsabkommens. Das wäre doch jetzt der richtige Zeitpunkt, ein solches Abkommen zu verabschieden, hier im Deutschen Bundestag auch zu ratifizieren, damit klar wird auf der Welt: Wir verstehen dies als Antwort. Wir geben eine klare Antwort auf diese neue Spaltung der Welt, die uns durch den Krieg in der Ukraine droht.

Herr Bundeskanzler, ich will abschließen mit folgendem Satz: Wenn Sie wirklich sagen – und wir teilen diese Einschätzung –, dass wir Zeitzeugen einer Zeitenwende sind, dann müssen Sie durch diese Zeitenwende auch sichtbar und hörbar führen. Das erwarten wir vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Langanhaltender Beifall bei der

Sie müssen durch diese Zeitenwende auch sichtbar und hörbar führen.

Olaf Scholz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:

Die Waffen müssen schweigen, und zwar sofort



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

Mit großer Tapferkeit und Durchhaltevermögen kämpfen die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine für ihre Heimat. Putins Offensive steckt fest, trotz aller Zerstörung, die sie Tag für Tag anrichtet. Und wir sowie unsere Freunde und Partner halten zusammen. Ich habe noch die Worte im Ohr, die Präsident Selenskyj letzte Woche hier gesprochen hat: „Es ist schwer für uns, ohne die Hilfe der Welt zu bestehen.“ Deshalb sage ich heute ganz klar: Präsident Selenskyj, die Ukraine kann sich auf unsere Hilfe verlassen.

Seit Kriegsbeginn liefert Deutschland Panzer- und Luftab-

wehrwaffen, Ausrüstung und Munition an die Ukraine. Die Europäische Union stellt zusätzlich 1 Milliarde Euro an Militärhilfe bereit. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern haben wir Sanktionen verhängt, die ihresgleichen suchen. Über Monate hinweg haben wir sie bis ins kleinste Detail vorbereitet, damit sie die Richtigen treffen, damit sie wirken. Weltweit haben wir für Unterstützung geworben. Mein ganz besonderer Dank gilt dafür der Außenministerin Annalena Baerbock.

Und wir sehen: Die Sanktionen wirken. Russlands Wirtschaft wankt, die Börse ist weitgehend geschlossen, die Währung ist abgestürzt, es fehlen Devisen, ausländische Unternehmen verlassen zu Hunderten das Land. Doch das ist erst der Anfang. Viele der härtesten Folgen werden sich erst in den kommenden Wochen zeigen. Und: Wir schärfen die Sanktionen ständig nach.

Natürlich höre ich die Stimmen derjenigen, die eine Flugverbots-

zone oder NATO-Friedenstruppen in der Ukraine fordern. So schwer es fällt: Wir werden dem nicht nachgeben.

In fast 80 Jahren Nachkriegsgeschichte haben wir das Unvorstellbare erfolgreich vermieden: eine direkte militärische Konfrontation zwischen unserem westlichen Verteidigungsbündnis, der NATO, und Russland. Dabei muss es bleiben.

Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich große Sorgen, weil sie verstehen, dass sich genau dies hinter Begriffen wie „Flugverbotszone“ und „Friedenstruppen“ verbirgt. Tag für Tag erreichen mich

Hunderte besorgter Briefe und E-Mails. Überall, wo man derzeit mit Bürgerinnen und Bürgern spricht, begegnet einem früher oder später die Frage: Wird es Krieg geben, auch hier bei uns? Auf diese Frage kann es nur eine

Antwort geben: Die NATO wird nicht Kriegspartei. Da sind wir uns mit unseren europäischen Verbündeten und den Vereinigten Staaten einig. Das ist ein Gebot der Ver-

Präsident Selenskyj, die Ukraine kann sich auf unsere Hilfe verlassen.

nunft. Alles andere wäre unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, über Jahrzehnte hinweg ist unsere Abhängigkeit von Öl, Kohle und Gas aus Russland gewachsen. Ja, wir werden diese Abhängigkeit beenden, so schnell, wie das nur irgendwie geht. Das aber von einem Tag auf den anderen zu tun, hieße, unser Land und ganz Europa in eine Rezession zu stürzen. Hunderttausende Arbeitsplätze wären in Gefahr. Ganze Industriezweige stünden auf der Kippe. Zur Wahrheit gehört auch: Schon die jetzt beschlossenen Sanktionen treffen viele Bürgerinnen und Bürger hart, und zwar bei Weitem nicht nur an der Zapfsäule. Sanktionen dürfen die europäischen Staaten nicht härter treffen als die russische Führung; das ist unser Prinzip. Niemandem ist damit gedient, wenn wir sehenden Auges unsere wirtschaftliche Substanz aufs Spiel setzen. Das sehen im Übrigen auch unsere Freunde und Partner so, mit denen wir diesen gemeinsamen Kurs von Beginn an so abgesteckt haben.

Meine Damen und Herren, die Bilder, die uns Tag für Tag aus der Ukraine erreichen, sind kaum auszuhalten. Bilder von zerstörten Wohnungen, zerbombten Krankenhäusern und belagerten Städten, von toten Soldaten und immer mehr getöteten und verletzten Zivilisten, von Frauen und Kindern, die mit dem wenigen, was sie einpacken konnten, vor Putins Bomben, Panzern und Raketen fliehen. Zugleich haben sie bei uns im Land und überall in Europa eine überwältigende Welle des Mitgefühls und der Solidarität ausgelöst. Hilfsorganisationen berichten, dass die Spendenbereitschaft in Deutschland noch nie so hoch war. Zehntausende haben den Fliehenden nicht nur ihre Herzen geöffnet, sondern auch ihre Häuser und Wohnungen. Vor allem Länder wie Polen, Tschechien, die Slowakei, Moldau, Rumänien oder Ungarn leisten Außerordentliches. Das ist ein Lichtblick in diesen dunklen Tagen. Und für diese Hilfsbereitschaft, für diese Offenherzigkeit sage ich den Bürgerinnen und Bürgern hier bei uns und in ganz Europa von ganzem Herzen Danke.

Rechtlich schafft die EU-Richtlinie, die allen Geflüchteten aus der Ukraine vorübergehenden Schutz gewährt, Klarheit. Das ist gut so. Praktisch aber stehen wir vor einer gewaltigen Aufgabe. Ich bin dankbar, dass Innenministerin Nancy Faeser sie entschlossen anpackt. Herzlichen Dank dafür!

Es ist die Pflicht und Schuldigkeit aller – Bund, Länder und Gemeinden –, im Sinne der Sache zusammenzuarbeiten, anstatt erst einmal lange über Verantwortlichkeiten zu debattieren. Deshalb bin

ich froh, dass wir uns bei der Ministerpräsidentenkonferenz letzte Woche geeinigt haben, die offenen Fragen gemeinsam bis zum 7. April zu klären. Und ich bin froh, dass alle Staats- und Regierungschefs der EU vor zwei Wochen in Versailles die Bereitschaft ihrer Länder bekräftigt haben, Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Nachbarn zu entlasten. Daran müssen wir uns jetzt alle halten.

Noch ist völlig unklar, wie viele Frauen, Männer und Kinder aus der Ukraine bei uns Zuflucht suchen werden. Wir wissen nur: Es werden viele sein. Noch lässt sich nicht abschätzen, wie groß der Bedarf an humanitärer Hilfe und Unterstützung beim Wiederaufbau in der Ukraine sein wird oder welche Verwerfungen der Krieg weltweit verursacht. Schon jetzt warnen die Vereinten Nationen vor Hunger und Instabilität aufgrund steigender Lebensmittelpreise. Klar ist nur: Die Flüchtlinge sind hier bei uns willkommen.

Deutschland wird helfen, hier bei uns, in Europa und in der Welt. Die Bundesregierung ist dazu bereit, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Ich bin Finanzminister Christian Lindner sehr dankbar, dass er in den kommenden Wochen einen Ergänzungshaushalt ausarbeiten wird, um unser Land durch diese schwere Zeit zu bringen.

Noch etwas ist mir wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir werden nichts unversucht lassen, bis wieder Frieden herrscht auf unserem Kontinent. Mit Präsident Selenskyj habe ich mich immer wieder über die Lage und die nächsten Schritte ausgetauscht. Und auch mit Präsident Putin habe ich in den vergangenen Tagen oft, lange und intensiv gesprochen. Putin muss die Wahrheit hören über den Krieg in der Ukraine, und diese Wahrheit lautet: Der Krieg zerstört die Ukraine; aber mit dem Krieg zerstört Putin auch Russlands Zukunft. Die Waffen müssen schweigen, und zwar sofort!

Ob die laufenden Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zum Erfolg führen, vermag heute niemand zu sagen. Noch steht der Beweis aus, dass es Putin dabei nicht nur um einen Diktatfrieden geht. Eins aber steht vollkommen außer Frage: Über die Ukraine verhandeln die Ukrainerinnen und Ukrainer, ihr Präsident und seine Verhandlungsdelegation und niemand sonst! Alles aber, was wir zur Unterstützung der Ukraine bei der Suche nach einer politischen Lösung beitragen

können, werden wir tun. Dass wir Europäer dabei eine zentrale Rolle übernehmen, halte ich für ganz entscheidend, und zwar nicht nur, weil sich der Krieg in der Ukraine geografisch vor unserer Haustür abspielt. Es geht um europäische Werte: um Demokratie und Freiheit und die Stärke des Rechts. Diese Werte zu erhalten und zu verteidigen, darin liegt die zentrale Aufgabe unseres Staates.

Deutschland wird helfen, hier bei uns, in Europa und in der Welt.

Auch hier wirkt der Krieg im Osten Europas wie ein Brennglas, weil er uns zu vermeintlich neuen, in Wahrheit aber längst überfälligen Schwerpunktsetzungen bringt.

Ich spreche von der Entscheidung, deutlich mehr in unsere eigene Sicherheit und Verteidigung zu investieren. Sicherheit heißt, uns europäisch und transatlantisch so aufzustellen, dass wir uns gegen alle Angriffe verteidigen können. Das bedeutet europäische Souveränität, gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, im Einklang mit der NATO. Deutschland wird dazu beitragen. Darin liegt eine nationale Kraftanstrengung für alle demokratischen Kräfte. Wir wollen daher ganz bewusst ein „Sondervermögen Bundeswehr“ errichten und in unserer Verfassung verankern. Die Ausplanung ist schon fortgeschritten; und dafür bin ich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht sehr dankbar.

Danken möchte ich auch allen, die bereit sind, diesen Weg mitzugehen, ganz ausdrücklich auch Ihrer Fraktion, lieber Herr Merz. Über die Ausgestaltung werden wir weiter miteinander reden im Sinne der Sache, im Sinne der Sicherheit unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger. Es ist völlig in Ordnung, dass Sie hier und an anderer Stelle dazu Ihre Vorstellungen formulieren; es soll eine gemeinsame Sache werden, die wir für unser Land tun.

Vier Ziele werden wir mit dem Sondervermögen erreichen.

Erstens. Alle Investitionen kommen, abgesichert im Grundgesetz, einem klaren Zweck zugute: unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit.

Zweitens. Wir schaffen langfristige Planungssicherheit und Verlässlichkeit, die gerade für die anstehenden Großvorhaben notwendig sind.

Drittens. Wir behalten die Tragfähigkeit unserer Finanzen im Blick, einschließlich der Schulden-

regel des Grundgesetzes und der Maastricht-Kriterien.

Und das Wichtigste: Viertens. Die längst überfälligen Investitionen in Verteidigung und Sicherheit gehen nicht zulasten der dringend nötigen Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft oder zulasten guter, zukunftsfähiger Arbeitsplätze, bezahlbarer Energie, fairer Renten und eines leistungsfähigen Gesundheitssystems. Denn machen wir uns nichts vor: Der Klimawandel schreitet immer weiter voran. Die Coronapandemie ist noch nicht vorbei, und die Digitalisierung hat sich in den vergangenen zwei Jahren noch einmal rasant beschleunigt mit Auswirkungen auf unseren Staat, unsere Unternehmen und jede und jeden von uns.

Ja, wir brauchen einen Staat, der für Stabilität und Sicherheit sorgt – gerade jetzt. Aber zugleich brauchen wir einen Staat, der in die Zukunft investiert, der an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht. Das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, das ist unser Anspruch. Wir können beides, weil Deutschland gut dasteht, auch im internationalen Vergleich. Und wir leisten beides, weil wir einen klaren Plan für dieses Land und für seine Zukunft haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der enormen Herausforderungen, die vor uns liegen, will ich gar nicht auf alle Politikfelder eingehen, in denen wir die Weichen auf Aufbruch stellen. Drei große Themen aber will ich herausgreifen, weil sie die Bürgerinnen und Bürger ganz besonders beschäftigen.

Erstens: die Energie- und Klimapolitik. Ich habe den Zielkonflikt schon beschrieben, vor dem wir hier stehen. Wir müssen einerseits dringend unabhängig werden von russischem Öl und Gas, ja, von fossilen

Energieträgern insgesamt. Und andererseits brauchen wir verlässliche und bezahlbare Energie. Kurzfristig heißt das: Wir sichern uns zusätzliche Kapazitäten für Kohle, Gas und Öl. Dafür bin ich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sehr dankbar.

Wir diversifizieren unsere Lieferquellen, und zwar schon in den kommenden Monaten. Dabei setzen wir auf die vorhandenen Flüssiggasterminals an der westeuropäischen Küste, und wir werden sehr viel schneller als bisher eigene LNG-Terminals bauen. Und schließlich arbeiten wir an einem Gesetz, das die großen Energiekonzerne verpflichtet, ihre Speicher mit bestimmten Mindestmengen zu füllen.

Parallel dazu entlasten wir die

Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Ein erstes Paket im Umfang von über 15 Milliarden Euro werden wir in den kommenden Tagen noch einmal deutlich aufstocken. Der Heizkostenzuschuss wird verdoppelt, und auch bei den gestiegenen Kosten für Mobilität werden wir die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich entlasten.

Auch beim Europäischen Rat morgen und übermorgen wird es um eine besser integrierte europäische Energiepolitik gehen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Versorgungsengpässe. Und auch über die hohen Preise und spekulativen Exzesse werden wir sprechen. Ich sage aber auch ganz offen: Ein Aushebeln von Marktmechanismen oder Dauersubventionen – gerade von fossiler Energie – wird es nicht geben. Fiskalisch wäre so etwas nicht durchzuhalten, und ökologisch würden völlig falsche Anreize gesetzt.

Über die kommenden Monate hinausgedacht, gibt es daher nur eine nachhaltige Antwort auf Energieabhängigkeit und hohe Energiepreise: erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Unser Ziel – Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 – ist heute wichtiger denn je. Ich hoffe, dass wir nun wirklich alle an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, Genehmigungsverfahren für neue Windparks und Photovoltaikanlagen, Energietrassen und Speicher deutlich zu beschleunigen und Energie effizienter zu nutzen. Nicht „Jetzt mal langsam!“, sondern „Jetzt erst recht!“ – so lautet die Devise.

Bewegung wollen wir auch in die internationale Klimapolitik bringen. Unser Ziel als Vorsitz der wirtschaftsstarken Demokratien der Welt, der G 7, ist ein offener, kooperativer Klimaklub. Es geht darum, mit den Ambitionierten gemeinsame Standards für klimafreundliches Wirtschaften zu etablieren, anstatt auf die Langsamsten zu warten. So entsteht ein Markt, der Klimaschutz belohnt, anstatt ihn zum Standortnachteil zu machen.

Der zweite Aspekt, den ich ansprechen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser Weg aus der Coronapandemie. Seit Deutschland vor ziemlich genau zwei Jahren zum ersten Mal in den Lockdown gegangen ist, hat kein anderes Thema die Bürgerinnen und Bürger so sehr beschäftigt und belastet. Fast 130 000 Menschen sind seither an Corona verstorben. Viele weitere kämpfen mit den Folgen der Infektion: gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial.

Trotz alledem sind wir insge-

Fortsetzung auf nächster Seite

Freiheit und Demokratie sind plötzlich keine abstrakten Begriffe mehr.

samt besser durch diese Krise gekommen als viele andere Länder. Das ist kein Zufall. Wir verdanken das den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes: den Pflegekräften in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen, den Ärztinnen und Rettungssanitätern, die seit nun 24 Monaten an vorderster Front gegen das Virus kämpfen – bis zur Erschöpfung und darüber hinaus, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen, Erziehern und Eltern, die nervenzehrende Monate hinter sich haben zwischen Unterrichtsausfall, Homeschooling, Homeoffice und Schule unter Pandemiebedingungen, und natürlich auch den Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die sich an die Coronaregeln gehalten haben, die sich haben impfen lassen, die auf vieles verzichtet haben, was unser Leben schön und lebenswert macht. Ich finde, es ist höchste Zeit, ihnen allen dafür noch einmal zu sagen: Danke!

Doch damit ist es nicht getan. Wir werden den Weg aus der Krise solidarisch zu Ende gehen. Deshalb haben wir den Zugang zur Grundsicherung erleichtert, die Wirtschaftshilfen und die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld verlängert. So ist der deutsche Arbeitsmarkt stabil durch die Pandemie gekommen. Die Wirtschaft kommt langsam wieder in Schwung und kann die vollen Auftragsbücher abarbeiten, auch weil Fachkräfte eben nicht entlassen wurden. Das ist gut – auch mit Blick auf die Belastungen, die der Krieg in der Ukraine für die Wirtschaft mit sich bringt und bringen wird.

In fast allen Staaten um uns herum sind die Coronabeschränkungen inzwischen gelockert oder nahezu komplett aufgehoben worden. Auch der Bundestag hat das Infektionsschutzgesetz letzte Woche angepasst. Es ermöglicht weitere Lockerungen. Die Länder erhalten aber zugleich die Möglichkeit, Einschränkungen in Kraft zu setzen, wenn die Lage das erfordert. Als Bundesregierung bleiben wir umsichtig; denn nichts wäre schlimmer, als die mühsam erreichten Erfolge aufs Spiel zu setzen. Für mich heißt das vor allem: Wir werden alles dafür tun, dass eine neue Infektionswelle unser Land im Herbst nicht wieder zum Stillstand bringt – dann vielleicht mit einer Virusvariante, die viel gefährlicher ist als Omikron.

Um ein solches Déjà-vu zu vermeiden, brauchen wir die Impfnachweispflicht. Ich bitte Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns diesen Schritt in den nächsten Wochen gemeinsam gehen! Er führt uns aus der Pandemie. Wir alle sind Teil einer Gesellschaft, und in einer Gesellschaft erfordert Freiheit für alle auch Solidarität von allen. Dieser Gedanke, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht weit über die Pandemie hinaus. Vor uns liegen enorme Aufgaben: die wirtschaftliche Transformation voranbringen, die Klimakrise in den Griff bekommen, demografischen Wandel gestalten, Frieden in Europa sichern. All das wird uns nur gelingen, wenn wir als Gesellschaft solidarisch zusammenhalten.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, das ist das

dritte große Handlungsfeld der Bundesregierung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren: Jeder und jede Einzelne zählt. Mein Beitrag, meine Anstrengung wird wertgeschätzt. Zentraler Ausdruck dafür sind faire, anständige Löhne. Darum hat die Bundesregierung auch als eines ihrer ersten Vorhaben die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auf den Weg gebracht; am 1. Oktober tritt sie in Kraft.

Wenn wir über faire Löhne, auskömmliche Renten, bezahlbare Mieten oder eine gute Absicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit reden, dann reden wir nicht über staatliche Geschenke, sondern über den Kitt, der unser Land zusammenhält. Um die enormen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, brauchen wir diesen Zusammenhalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Gedanken will ich noch hinzufügen. Alle Herausforderungen, die vor uns liegen, bewältigen wir umso besser, wenn wir sie gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern in Europa und der Welt angehen. In diesem Geist kommen morgen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, der NATO und auf meine Einladung hin auch der G 7 zu einem außergewöhnlichen Gipfeltreffen in Brüssel zusammen. Auf den Tag genau 65 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge werden

wir der Welt zeigen: Wir stehen zusammen. Wir stimmen uns eng ab und entscheiden auch über die nächsten Schritte gemeinsam.

Selten waren die Geschlossenheit der Europäischen Union, der Schulterschluss innerhalb der NATO und die Einigkeit der G 7 so groß wie heute. Und ich bin Präsident Biden sehr dankbar, dass er dies mit seiner Reise nach Brüssel unterstreicht. Diese Geschlossenheit bleibt unser größtes Pfund im Einsatz für Frieden, Freiheit und Demokratie. Unsere Bündnisse und Allianzen werden diese Bewährungsprobe bestehen. Mehr noch: Sie werden gestärkt aus ihr hervorgehen. Geschlossen wie nie werden wir in den kommenden Monaten die Verteidigungsfähigkeit der NATO stärken, und geschlossen wie nie werden

wir im Europäischen Rat morgen und übermorgen eine neue europäische Sicherheitsstrategie annehmen, den Strategischen Kompass. Damit gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung europäischer Sou-

veränität.

Wir erleben gerade, welche Dynamik die Zeitenwende auch auf europäischer Ebene mit sich bringt. Das werden wir nutzen. Wer Sicherheit in Europa will, der kommt gar nicht umhin, die Krisenresilienz der EU deutlich zu stärken, in der Wirtschafts- sowie in der Energiepolitik, aber auch bei neuen Technologien oder im

Cyberraum. Und wer mit strategischem Blick auf die Landkarte Europas schaut, der muss doch alles daransetzen, dass wir die Länder des westlichen Balkans unterstützen, damit sie möglichst bald der Europäischen Union beitreten können. Dass wir angesichts der Tragweite solcher Entscheidungen auch unsere Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU anpassen müssen, liegt auf der Hand. Auch da möchte ich Bewegung hineinbringen.

Meine Damen und Herren, große Krisen sind immer auch ein Anstoß zu Aufbruch und Veränderung. Gerade erleben wir das, trotz oder vielleicht gerade wegen des Schreckens, den der Krieg in der Ukraine auslöst. Politische Weichen werden neu gestellt in Deutschland und Europa. Der Rückhalt in der Bevölkerung dafür ist groß, weil die Bürgerinnen und Bürger spüren: Ohne Frieden ist alles nichts. Freiheit und Demokratie sind plötzlich keine abstrakten Begriffe mehr, sondern etwas, das es zu verteidigen lohnt.

Und überall in unserem Land wird Solidarität sichtbar. Millionen Menschen spenden, sie gehen zu Friedenskundgebungen, sie helfen den Geflüchteten aus der Ukraine. Mir macht das Mut, weil es zeigt, dass wir in der Krise über uns hinauswachsen, weil es zeigt, wie viel Gutes in unserem Land steckt, und weil es zeigt, was wir gemeinsam bewegen können.

Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD – Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS)

Geschlossenheit bleibt unser größtes Pfund im Einsatz für Frieden, Freiheit und Demokratie.

Tino Chrupalla, AfD:

Sie betreiben eine Politik der Inflation in diesem Land



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Herr Bundeskanzler, eines hat Ihre Rede eigentlich deutlich gezeigt: Deutschland ist absolut im Ungleichgewicht. Mittlerweile ist überall sichtbar, wovon wir Sie,

werte Bundesregierung, und Ihre Vorgänger lange gewarnt haben. Die deutsche Gesellschaft ist gespalten, gespalten in jene, die erst an der Tankstelle sehen, dass ihr Leben nun mehr Geld kostet, und in solche, die schon lange kein Auto mehr besitzen und zukünftig auch noch für die Freiheit frieren sollen. Nach allen Wahlversprechen der SPD für einen höheren Mindestlohn stehen die Bundesbürger nun vor den Scherben der Illusion von Wohlstand und Sicherheit. Und das haben abschließend Sie zu verantworten, Herr Bundeskanzler. Auch die Mittel für Ihren Haushalt, den wir hier beraten, müssen erwirtschaftet werden. Das machen alle, die tagtäglich mit ihrer Arbeit zur Wertschöpfung beitragen; einige von Ihnen

kennen das vielleicht noch und wissen, was das bedeutet.

Werte Kollegen, mehr als zwei Jahre haben wir den Bürgern viel abverlangt. Rechtlich fragwürdige Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus haben Existenzen gekostet und Wohlstand gefährdet. Kleine und mittelständische Unternehmen betrifft das ebenso wie das Handwerk. Doch es sind genau diese Menschen, die für den Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme sorgen. Auch da von Ihnen, Herr Bundeskanzler, kein Wort an diese Menschen. Denen ist klar: Am Anfang einer jeden Investition muss es eben einen Kassensturz geben; das gehört zu ordentlicher Haushaltsplanung dazu. Die Regierenden müssen den Bürgern erklären können, wie viel

sie wofür ausgeben und vor allen Dingen weshalb. Noch viel wichtiger: Das muss zum Wohle unseres Landes passieren und nicht allein im Raumschiff Berlin plausibel erscheinen. Sie müssen eine Vision für Deutschland vorlegen – dazu kam heute kein Wort –, und die muss sich auch im Entwurf eines Bundeshaushaltes abbilden.

Sie aber fabulieren von Digitalisierung und meinen Breitband, reden von sozialer Gerechtigkeit und erzeugen genau das Gegenteil, nämlich Spaltung. Denn so wichtig uns die Digitalisierung von Prozessen sein muss: Die Wohnung wärmt das eben nicht, und auch die Allgemeinbildung zukünftiger Generationen wurde bislang nicht allzu positiv davon beeinflusst.

Deutschland, meine Damen und Herren, fehlen Facharbeiter und Handwerker. Ohne diese können technische Anlagen beispielsweise im Bereich der digitalen In-

frastruktur nicht aufgebaut und auch nicht gewartet werden. Dieser Zustand führt nicht zu digitaler Souveränität, sondern zu einseitigen Abhängigkeiten. Es muss zuallererst eine tragfähige Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Gesundheit, Bildung usw. gesichert werden. Diese Beispiele sind nur eine Auswahl und zeigen gleichzeitig, wie viele

Am Anfang einer jeden Investition muss es eben einen Kassensturz geben.

Baustellen wir eigentlich vor uns herschieben. Die Unterschiede zwischen ländlichen Gebieten und den Ballungsgebieten nehmen in rasendem Tempo zu. Es ist eben das beschriebene Ungleichgewicht, was Sie mit Ihrer politischen Arbeit tagtäglich verstärken.

Versprochen haben insbesondere die Genossen von der SPD im Wahlkampf des letzten Jahres sehr viel. Zentral war die Anhebung des Mindestlohns. Aus heutiger

Sicht deckt diese Erhöhung nicht einmal mehr die Kosten der Inflation. Nahrungsmittel und Kraftstoffe waren nur der Anfang. Mittlerweile folgen Warenknappheit, und es droht der Stillstand der verarbeitenden Industrien aufgrund von fehlenden Rohstoffen.

Welche Maßnahmen ergreift eigentlich die Bundesregierung? Der Bundesfinanzminister legte gestern seinen Haushaltsentwurf vor – nichts Konkretes war darin enthalten; auch heute sagte der Bundeskanzler nichts Konkretes, der schon bei der Präsentation überholt war. Sie, werte Bundesregierung, betreiben eine Politik der Inflation in diesem Land. Sie verstecken Ihr Desinteresse an Deutschland und unseren Bürgern nicht einmal mehr. Stück für Stück lassen Sie Ihre Masken mittlerweile fallen. Die Idee einer sozialen Marktwirtschaft wurde zugunsten einer ideologisch rot-grün gefärbten Staatspolitik begraben.

Bestes Beispiel dafür ist der Besuch des Bundesministers Robert Habeck in Katar. Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal vorstellen: Weil die Bundesregierung helfen möchte, Russland wirtschaftlich und ökonomisch auszuhungern, sollen wir auf günstige Erdgaslieferungen durch Nord Stream 1 und 2 verzichten, und der Wirtschaftsminister verhandelt die Lieferung von arabischem Gas. Verstöße gegen Menschenrechte scheinen plötzlich keine Rolle mehr zu spielen, sehr geehrte Damen und Herren. Mehr Doppelmoral, werte Bundesregierung, gibt es wohl doch kaum.

Herr Bundeskanzler, Ihre Politik markiert ein Zeitalter der Extreme. Die Extremposition, sich frei von russischem Gas machen zu wollen, ist spiegelbildlich zum Ziel von Zero Covid zu sehen. Beides sind ideologiegetriebene Trugbilder, die unendliche Ressourcen verschwenden, und ihr Ziel, wenn überhaupt, nur ansatzweise überhaupt erreichen können. Was also ist denn Ihr Ziel, Herr Bundeskanzler? Das haben Sie auch heute nicht klar zum Ausdruck gebracht. Wohin möchten Sie unser Land eigentlich führen? Im Moment jedenfalls treiben Sie den Keil immer tiefer in unsere Gesellschaft. Den Bürgern wird zum Beispiel ein Freedom Day versprochen, und sie erhalten erneut ein föderales Regelchaos. Ich stimme Ihnen ja zu, dass Politik immer um einen gewissen Ausgleich bestrebt sein sollte. Allerdings muss dieser Ausgleich auch bei der Basis der Wähler und natürlich unseren Bürgern ankommen. Sie aber blo-

ckieren die Zukunft unseres Landes.

Meine Damen und Herren, weiterhin im Haushalt des Bundeskanzlers findet sich der Geschäftsbereich Ostdeutschland. Dazu kam von Ihnen heute, Herr Bundeskanzler, kein einziges Wort. Wie Sie wissen, teilen weite Gebiete der neuen Bundesländer das gleiche Schicksal wie zum Beispiel Gebiete in Nordrhein-Westfalen oder auch im Saarland. Verpackt wird es unter dem Schlagwort „Strukturwandel“ – meinem Lieblingswort. Es meint jedoch die Deindustrialisierung weiter Landstriche. Die Probleme damit sind bekannt, werden jedoch gerade jetzt eben nicht angepackt. Gelder aus Strukturförderprogrammen werden in Kultur- und Prestigeobjekte investiert, anstatt damit wertschöpfende Arbeitsplätze zu schaffen. Man sieht es in Ostdeutschland wirklich überall: Da werden Tennishallen oder Radwege gebaut, aber für bestehende Betriebe ist eben kein Geld da. Wir müssen Förderungen für wertschöpfende Betriebe und Arbeitsplätze schaffen, und das hat sowohl die vorherige Bundesregierung als auch die jetzige komplett verpasst.

Die Debatte um Energiesicherheit liegt vor uns auf dem Tisch. Es handelt sich dabei um die Grundversorgung unserer Bürger und unserer Wirtschaft. Herr Habeck, wissen Sie eigentlich, wie lange es dauert, bis man Großmaschinen oder auch Kraftwerke in Betrieb genommen hat? Denn wenn Sie das wüssten, würden Sie mit der realen Gefahr eines Blackouts ganz anders umgehen. Auch hier wieder die ideologische Verblendung in einer politisch und existenziell so wichtigen Debatte! Sie wissen es: Alternative Energieträger sind eben nicht grundlastfähig. Eine Debatte um moderne Gas- und Kernkraftwerke ist in diesem Zusammenhang längst überfällig; und die fehlt.

Den östlichen Bundesländern wird der Strukturwandel eines jedenfalls nicht gewährt: Wohlstand, Sicherheit und ein wirtschaftliches Umfeld, in dem sich gerade junge Generationen niederlassen können. Die ohnehin verfrühte Abkehr vom letzten fossilen Energieträger in Deutschland, der Braunkohle, bis 2030 muss jetzt revidiert werden. Ich sage es ganz bewusst: Ja, es ist wichtig, auch über Naturschutz zu reden. Aber das Wohlergehen der Menschen muss hier Priorität haben. Ich wiederhole mich: Wir sprechen hier von der Grundversorgung, und die muss ein Staat

garantieren.

Ebenso eine staatliche Aufgabe ist das Thema „innere Sicherheit“. Jetzt werden Stimmen laut, man solle Kriegsflüchtlinge auf die Bundesländer im Osten verteilen, weil dort ja weniger Menschen leben; das habe ich alles 2015 schon mal gehört. Auch hier wird wieder der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Zuerst müssen wir mal wissen – und darauf kommt es an, Frau Faeser -: Wer kommt denn eigentlich in unser Land? Diese Menschen müssen registriert werden. In keinem anderen Land der Erde mit ihren 192 Staaten kann man einfach einreisen, ohne registriert und kontrolliert worden zu sein. In Deutschland ist das möglich. Können Sie so – die Frage muss gestellt werden – überhaupt für die Sicherheit der Kriegsflüchtlinge und auch der anderen Bürger in Deutschland garantieren? Diese Politik, Herr Scholz, ist eben nicht zu Ende gedacht.

Meine Damen und Herren, wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass Konfliktherde auf Deutschland übergreifen. Ja, wir haben Krieg in Europa. Aber wir befinden uns nicht im Krieg mit irgendeinem Staat, und das soll auch so bleiben. Wir lassen uns auch nicht in einen dritten Weltkrieg hineinziehen, nicht durch Worte und auch nicht durch Versprechungen wie beispielsweise Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet der Ukraine.

Werte Bundesregierung, eskalieren Sie nicht ständig höher! Weder 500 Millionen Euro noch 1 Milliarde Euro für Waffen werden den Krieg in der Ukraine beenden. Vielmehr wird durch diese fehlgeleitete Politik auch noch Blut an den Händen der deutschen Bürger kleben. Das darf nicht sein! Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung rasselt zumindest indirekt in Europa mit dem Säbel und hat für seine Bürger nach vier

Monaten kaum mehr als Inflation, neue Schulden und soziale Verarmung im Angebot. Das, Herr Bundeskanzler, werden unsere Kinder und Enkelkinder ihr ganzes Leben abtragen müssen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang kurz auf die Finanzierungspläne der Bundeswehr eingehen. Wofür wird der Verteidigungsetat eigentlich seit Jahren verwendet? Diese Frage muss man sich ja jetzt bei dieser Debatte stellen. Hier wird nämlich nur der Mangel verwaltet, den schon die letzten drei Verteidigungsminister identifiziert hatten.

Herr Merz, ich muss zu Ihrer Rede, die ich mir eben angehört habe, wirklich sagen: Was Sie zur Bundeswehr gesagt haben, ist ja schon fast Kabarett. Sie waren zwar 13 Jahre nicht da, aber vielleicht sollten Sie sich mal mit Frau von der Leyen an einen Tisch setzen und fragen, wofür das Geld eigentlich ausgegeben wurde. Für Beraterverträge wurde das Geld zum Fenster rausgeschmissen. Das hat auch die CDU mit zu verantworten.

Werte Kollegen, die Bundeswehr gehört zu Deutschland. Wir brauchen eine Verteidigungsarmee, die sowohl materiell als auch personell gut ausgestattet ist. Allerdings sollte man sich wirklich fragen, weshalb die Debatte gerade jetzt mit so viel Energie betrieben wird. Eines steht fest: Auch die unreflektierte Summe von 100 Milliarden Euro wird die Lage innerhalb kürzester Zeit nicht verbessern. Neue und moderne Waffensysteme brauchen zuallererst eines: Menschen, die diese auch bedienen können.

Wie soll die neue Bundeswehr eigentlich personell aussehen? Auch darüber muss diskutiert wer-

den, bevor man über weitere Kosten und weitere Summen spricht. Werden die neuen Generationen ihr Vaterland eigentlich verteidigen können und vor allen Dingen wollen? Lassen Sie mich dazu etwas Persönliches sagen: Ich habe drei Kinder, davon zwei Söhne. Ich frage Sie – Sie haben ja auch Kinder und Enkelkinder -: Würden Sie Herrn Lauterbach, Verteidigungsministerin Lambrecht, Frau Baerbock, Herrn Lindner, Herrn Habeck und Herrn Scholz Ihre Kinder anvertrauen? Dieser Bundesregierung? – Sie ja – das kann ich mir denken -, ich nicht. Ich würde – das sage ich auch ganz ehrlich – meine Kinder auch nicht Herrn Merz anvertrauen. Denn mit Herrn Merz als Bundeskanzler wären wir schon im dritten Weltkrieg.

Hier geht es – auch darüber müssen wir im Bundestag sprechen – um Identität, um deutsche Tugenden, um Ehrlichkeit, Fleiß und Ordnung – das braucht die zukünftige Generation – und vor allen Dingen um Vaterlandsliebe.

Wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass Konfliktherde auf Deutschland übergreifen.

Das muss gewährleistet sein; denn Mentalitäten lassen sich zum Glück nicht auf Knopfdruck ändern.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Auch ich würde mich freuen, wenn sich Konflikte allein durch Gespräche lösen ließen. Ich meine, dass jetzt die Zeit der Diplomatie erst begonnen hat. Deshalb: Schicken Sie Diplomaten statt Waffen. Agieren Sie als Vermittler; denn nur so schafft man Frieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Chrupalla fordert die Registrierung der Geflüchteten wie hier in Berlin-Tegel.

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Diese Regierung wird einen Aufbruch schaffen



© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich habe gestern Abend einen Artikel gelesen, geschrieben von den letzten zwei verbliebenen internationalen Journalisten, die bis vor Kurzem noch aus Mariupol berichtet haben. Sie haben geschrieben: Wir sind geblieben, obwohl es lebensgefährlich war, weil die Welt wissen muss, was hier passiert, weil die Welt wissen muss, wie die Wahrheit aussieht. – Und sie haben recht.

Es ist unser aller Aufgabe, über die Wahrheit in diesem Krieg zu sprechen, auch wenn sie kaum auszuhalten ist, auch wenn die Bilder, die Geschichten, die wir über diesen Krieg erfahren, so unerträglich sind, dass man kaum darüber sprechen kann: über die Kinder, die im Bombenhagel sterben, über Geburtskliniken, die beschossen werden, und über die vielen Toten, die nicht einmal mehr ordentlich begraben werden können. Über all das müssen wir sprechen. Die Welt muss die Wahrheit wissen; denn nichts fürchtet Putin mehr. Deshalb unterdrückt er gerade mit allen Mitteln immer härter und immer autoritärer die Informationsmöglichkeiten für sein eigenes Volk. Deshalb sperrt er jeden in Russland weg, der es wagt, einen anderen Gedanken zu formulieren. Nichts fürchten autoritäre Regime mehr als die Idee von Demokratie und Freiheit. Auch deshalb versucht Putin gerade, die Ukraine zu zerstören.

Doch an dieser Stelle – das sage ich ganz klar – hat Putin den Krieg schon längst verloren. Die Idee von Demokratie und Freiheit, die ist so stark, die kann man nicht wegbomben; die ist so stark, die kann man auch nicht wegsperren. Das beweisen ihm die vielen mutigen Menschen in seinem

Land jeden Tag. Und es ist unser aller Aufgabe hier in Europa, dies zu verteidigen.

Zu den wenigen positiven Erfahrungen in dieser dunklen und grausamen Zeit gehört es, dass die EU, dass die demokratischen Länder in Europa es geschafft haben, hier gemeinsam zu stehen. Es ist gut, zu sehen, mit welcher Geschlossenheit, mit welcher Entschlossenheit die europäischen Staaten direkt nach Kriegsbeginn gemeinsam mit ihren Verbündeten ein hartes, ein scharfes Wirtschaftssanktionspaket auf den Weg gebracht haben in einem Ausmaß, das wir vorher noch niemals beschlossen hatten, mit Maßnahmen wie der Sanktionierung der russischen Zentralbank, über die wir vorher noch nicht einmal diskutiert hatten. Diese Sanktionen werden die russische Wirtschaft hart treffen; sie leidet jetzt schon stark darunter. Aber es ist natürlich wichtig, dass wir weiter an zusätzlichen Sanktionen arbeiten, jeden Tag, auch mit Blick auf die fossilen Importe aus Russland.

Ich bin extrem froh, dass die Europäische Union es in dieser Krise geschafft hat, zusammenzustehen in einer Frage, an der sie in der Vergangenheit immer gescheitert ist, dass sie es geschafft hat, jetzt solidarisch zusammenzustehen bei der Aufnahme der vielen Geflüchteten, die aus der Ukraine zu uns kommen. Alle haben gesagt: Wir helfen schnell und unbürokratisch. Wir kriegen das gemeinsam hin.

Das funktioniert, liegt auch an der großartigen Hilfsbereitschaft der Menschen überall in Europa: der Menschen, die einfach zu Hauptbahnhöfen gehen und den erschöpften Familien, die dort ankommen, einen Platz in ihrer eigenen Wohnung anbieten; der Ehrenamtlichen, der Zivilgesellschaft, der Feuerwehr, des THW, die schon während Corona so viel geleistet haben und die auch jetzt wieder da sind und ganz selbstverständlich helfen und Infrastruktur und Unterstützung aufbauen. Ihnen allen gehört unser Dank.

Es ist unser Job, diese Hilfe jetzt besser zu koordinieren. Es ist unser Job, die Kommunen hierbei zu unterstützen. Und es ist auch un-

ser Job, die Länder innerhalb Europas zu unterstützen, die hierbei an ihre Grenzen stoßen. Deswegen ist es so wichtig, dass unsere Außenministerin Annalena Baerbock gerade noch mal betont hat, dass es eine Luftbrücke innerhalb der Europäischen Union braucht, um zu einer gemeinsamen und solidarischen Unterbringung und Verteilung der geflüchteten Menschen zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Putin gerade macht, erschüttert ganz Europa. Es ist ein Angriffskrieg, der unser aller Sicherheit infrage stellt. In so einer krassen Situation muss Politik in der Lage sein, Entscheidungen neu zu bewerten. Dazu gehört für uns auch die Entscheidung über Investitionen in unsere eigene und in die europäische Sicherheit. In dieser gefährlichen Zeit, in der die Sicherheit in Europa so herausgefordert ist, ist es sinnvoll, dass die deutsche Bundesregierung die Ausgaben für unsere eigene Sicherheit deutlich erhöht. Und deshalb ist es richtig, ein Sondervermögen außerhalb der Schuldenbremse zu schaffen, das diese Investitionen ermöglicht.

Herr Merz, ich habe Ihrer Rede sehr gut zugehört, und sie hat mich in Teilen erschüttert. Es hat mich erschüttert, dass Sie es geschafft haben, so lange an diesem Rednerpult zu stehen, ohne einen einzigen Satz über die Situation der Menschen in der Ukraine zu verlieren. Das wäre Ihre Verantwortung gewesen. Ich finde es unangemessen, dass Sie das nicht ge-

tan haben.

Und auch bei dem, worüber Sie gesprochen haben, habe ich mich gefragt, warum das so verwirrt war. Dass Sie ausgerechnet der FDP vorwerfen, dass sie es in den 16 Jahren, in denen die CDU/CSU das Verteidigungsministerium verantwortet hat, und in einer Zeit, in der Wolfgang Schäuble Finanzminister war, nicht gebacken gekriegt hat, die Bundeswehr mit ausreichender Ausrüstung zu versorgen, das fand ich eigentümlich.

Ich sage Ihnen auch: Ja, wir müssen mehr in die Sicherheit investieren, und wir müssen mehr in die Ausrüstung der Bundeswehr investieren. Aber es waren Ihre Beschaffungsplannen, die dazu geführt haben, dass sie jetzt so schlecht aufgestellt ist.

Wir müssen Sicherheit auch breiter definieren. Sicherheit im 21. Jahrhundert bedeutet, gegen Cyberangriffe gerüstet zu sein; das ist moderne Sicherheitspolitik. Und Sicherheit heißt auch, unsere Partnerländer beim Thema Sicherheit zu unterstützen. Wir leben in

einer global vernetzten Welt; da kann man Sicherheit nicht mehr national denken. Ich habe es Ihrerseits als ein bisschen störrisch wahrgenommen – nur so kann ich mir das erklären –, dass Sie das, was

wir gemeinsam im Rahmen der NATO als Sicherheitsbegriff verankert und vereinbart haben und worauf Sie Ihre Haushaltsplanung in den letzten 16 Jahren gestützt haben, jetzt hier infrage stellen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es gesagt: In einer Zeit, die so krass ist wie diese, muss man in der Lage sein, Fragen neu zu bewerten und zu neuen Schlüssen zu kommen. Und deswegen, Herr Merz, habe ich mich auch gewundert, dass wir in Ihrer Rede keinen einzigen Satz zum

Thema Energiesouveränität gehört haben. Wir sind in fatalem Maße abhängig von russischem Gas, von Kohle und Öl. Es ist die Politik der Union in den letzten 16 Jahren gewesen, die uns in diese fatale Abhängigkeit geführt hat. Wir müssten nicht in dieser Situation sein, wenn wir Ernst gemacht hätten mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und mit der Energieeffizienz.

Was wir in den letzten Jahren von Ihnen immer wieder gehört haben, zuallererst bei dem Projekt Nord Stream 2, war: Projekte mit Russland, das ist nur Wirtschaft. Ich sage Ihnen, davon müssen Sie sich ein für alle Mal, schlussendlich verabschieden. Man kann mit autoritären und totalitären Regimen keine Geschäfte machen, ohne dass es außenpolitische Bedeutung hat. Man kann sich nicht derart vom Import fossiler Brennstoffe abhängig machen, ohne dass das ein extrem hohes Sicherheitsrisiko mit sich bringt. – Ich weiß, warum Sie jetzt hier schreien. Ich gebe Ihnen darauf eine ganz klare Antwort: In dieser Situation, in der wir so abhängig sind von fossilen Brennstoffen aus Russland, in dieser Situation, in der Putin Kinder bombardiert, müssen wir alles dafür tun, um von russischem Gas unabhängig zu werden.

Und weil auf den Weltmärkten gerade nichts anderes zu kaufen ist, muss man es auch in Katar und Saudi-Arabien kaufen. Aber das heißt eben auch: Wenn man es mit dieser Politik ernst meint, dann muss man jetzt den Weg gehen, sich unabhängig zu machen von fossilen Brennstoffen, dann kann man nicht, was Sie hier die ganze Zeit fordern, den Kohleausstieg zurückdrehen, den Atomausstieg zurückdrehen. In Bayern und in Nordrhein-Westfalen den Ausbau der Windenergie zu blockieren, das ist eine Politik, die den Ernst der Lage, die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat.

Herr Merz, Sie haben in Ihrer Rede kein einziges Wort zum The-

In so einer krassen Situation muss Politik in der Lage sein, Entscheidungen neu zu bewerten.

Nichts fürchten autoritäre Regime mehr als die Idee von Demokratie und Freiheit.



Der Ausbau erneuerbarer Stromquellen ebnet den Weg zur Energie-Unabhängigkeit. © picture alliance/dpa | Oliver Berg

ma Energieeffizienz gesagt. Sie haben in Ihrer Rede keine Perspektive aufgezeigt. Ich frage mich ganz ehrlich: Warum hat die Union mehr Angst vor Wärmepumpen, vor der energetischen Gebäudesanierung und vor Windrädern als vor der Abhängigkeit von autoritären Regimen? Diese Antwort müssen Sie geben!

Ich sage Ihnen eines: Diese Regierung wird einen Aufbruch schaffen. Wir werden Ernst machen mit dem Ausbau der erneu-

erbaren Energien, dass wir auf jedem Dach in diesem Land irgendwann eine Solarzelle haben, Ernst machen mit der Reduzierung unserer Abhängigkeit von Gas. Ich würde mich freuen, wenn die CDU/CSU hier nicht die ganze Zeit auf der Bremse stehen würde.

Herr Merz, Sie haben eine Grundsatzfrage zum Haushalt gestellt. Sie haben gefragt: Warum reagieren wir sozialpolitisch nicht auf die Lage? Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass der Fi-

nanzminister schon jetzt einen Ergänzungshaushalt angekündigt hat, weil es notwendig ist, die Menschen zu entlasten. Einen Tag vor dem Beginn des Krieges durch Russland haben wir ein Paket in Höhe von 13 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, das breite Entlastung bringt. Abschaffung der EEG-Umlage, Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, Anhebung der Grundversicherung in Form eines Einmalzuschlags, Erhöhung des Kinder-

zuschlags, all das haben wir jetzt schon auf den Weg gebracht, um die Menschen in diesem Land zu unterstützen.

Aber es ist richtig – und das sagen wir ganz klar -: Die Menschen brauchen weitere Entlastungen. Denn schon jetzt steigen die Gaspreise enorm, schon jetzt ist damit zu rechnen, dass auf eine Durchschnittsfamilie in diesem Jahr Mehrkosten aufgrund gestiegener Gaspreise von 1 000 Euro oder mehr zukommen. Das ist eine Belastung bis in die Brei-

te der Gesellschaft herein. Darauf wird diese Koalition Antworten geben im Rahmen eines Ergänzungshaushaltes: breit, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig.

Ich würde mich freuen, wenn die Opposition diese letzten zwei Schwachstellen irgendwann beenden würde und den Weg mit uns gehen würde.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Diese 100 Tage Ampel geben bisher Anlass zu Ernüchterung



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Es ist still geworden, aber nicht in der Ukraine – dort tobt seit 28 Tagen der verbrecherische Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen und Kinder; dieser Angriff hat einen Präsidenten zu einem Kriegsverbrecher gemacht -; still geworden ist es, meine Damen und Herren, um die Ampel. Sie haben geschwiegen nach der Ansprache des ukrainischen Präsidenten hier im Parlament. Das war der Regierung und des Deutschen Bundestages unwürdig.

Still ist es auch geworden, als Wirtschaftsminister Habeck in Katar über Menschenrechte geredet hat. Ganz demütig hat er dort eine langfristige Energiepartnerschaft erbeten. Katar ist das Land, dem die Außenministerin – damals war sie allerdings noch nicht Außenministerin – die Fußball-WM wegnehmen wollte, weil die Taliban im Emirat Katar eine Heimat gefunden hatten und weil die Arbeiter auf den WM-Baustellen mit Füßen getreten wurden wie der Ball auf dem Rasen. Mit denen macht man keine Geschäfte. Was für eine Doppelmoral, Katharina Dröge! Das ist Ihre wertegeleitete Außenpolitik? Der eine Autokrat muss runter vom Platz und der andere kommt rauf?

Machen wir uns endlich unabhängig von dieser unerträglichen Energieabhängigkeit! Das ist der Weg: massive Investitionen in Wasserstoff, energetische Gebäudesanierung, in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz. Aber da lässt Ihr Haushalt eben zu wünschen übrig; das ist alles viel zu wenig.

Meine Damen und Herren, sehr groß waren die Ankündigungen der Ampel im letzten Jahr. Der „Möglichkeitsraum“ habe sich erweitert, hat Christian Lindner gesagt. Großes könne geleistet werden, hat Robert Habeck gesagt. Sie klangen ziemlich großspurig, wie eine Fußballmannschaft in der Saisonvorbereitung. Aber seit dem Anpfiff, beim ersten Pflichtspiel, geht unter dem Druck der Realität nicht mehr viel. Sie spielen Fehlpässe, Sie streiten intern, kriegen kaum einen erfolgreichen Abschluss hin.

Ich weiß auch: Es ist eine besondere Situation. Wir haben diesen furchtbaren Krieg, wir haben die Pandemie, wir haben die Herausforderungen des Klimawandels, wir haben die schreiende soziale Ungerechtigkeit. Aber auf die tiefgreifenden Probleme unseres Landes, die sozialen Verwerfungen und gesellschaftlichen Entfremdungen, da haben Sie keine Antworten. Die Krisen dieser Wochen überfordern Sie, meine Damen und Herren. In der Ukraine bringen Sie den Präsidenten gegen sich auf, bei der Pandemie bringen Sie die Bundesländer gegen sich auf, und bei den steigenden Preisen – insbesondere bei Lebensmitteln und Energie – bringen Sie die Bürgerinnen und Bürger gegen sich auf, weil Sie strei-

ten, anstatt zu handeln. Diese 100 Tage Ampel geben bisher Anlass zu Ernüchterung.

Sie hatten doch alle drei im Wahlkampf versprochen, die kleinen und mittleren Unternehmen zu entlasten. Jetzt feiern Sie hier ihre Entlastung. Aber Sie sind keine Entlastungskoalition, Sie sind eine Belastungskoalition. Selten haben die Bürger unter einer neuen Regierung in so kurzer Zeit so viel Kaufkraft verloren. Das ist doch die Wahrheit: Die Kaufkraft zählt und nicht einzelne Entlastungsmaßnahmen. Das ist die Wahrheit.

Machen wir uns endlich unabhängig von dieser unerträglichen Energieabhängigkeit.

Die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Die Preise für Lebensmittel, für Energie, für Sprit gehen durch die Decke, meine Damen und Herren. Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sehen sich zu der Entscheidung gezwungen: Heizen oder einkaufen? Ist das der Respekt, von dem Sie immer gesprochen haben? Nein, meine Damen und Herren, das ist respektlos.

Diese Preisexplosion produziert Millionen Verlierer – Familien, Kinder, Rentner – und einen Gewinner: Das ist Finanzminister Christian Lindner. Allein dieses Jahr darf er wegen der höheren Preise mit Mehreinnahmen über die Mehrwertsteuer von 20 Milliarden Euro rechnen. Aber das ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Folgen Sie doch endlich unseren europäischen Nachbarn, und entlasten Sie die Bürgerinnen und Bürger bei Lebensmitteln und bei Energie! Zehn Länder haben da etwas auf den Weg gebracht, unterschiedliche Initiativen. Und Sie kündigen an, kündigen an und

machen Minimaßnahmen. Das reicht nicht. Die Ampel diskutiert, widerspricht sich. Aber die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger brauchen jetzt Entlastung und nicht erst mit der Steuererklärung.

Die Mineralölkonzerne und die Raffinerien, die sich richtig satt verdienen, haben natürlich kein Problem damit, wenn ihnen die Bundesregierung die Gewinne sichert. Aber an die trauen Sie sich nicht ran. Die Profite der Konzerne steigen, und der Staat zahlt? Das ist doch absurd, meine Damen und Herren! Besteuern Sie die Konzerne, und senken Sie die Preise durch steuerliche Zurückhaltung! Reden hilft nicht, Handeln ist angesagt, und da machen Sie deutlich zu wenig. Wollen Sie wirklich so lange warten, bis die Spritpreise wieder sinken? Verschaukeln können sich die Bürgerinnen und Bürger wirklich allein, meine Damen und Herren.

Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner verliert in diesen Wochen in Rekordzeit an Wohlstand. Das ist und bleibt inakzeptabel.

Falls Sie sagen, das wäre nicht finanzierbar: Die Bürgerinnen und Bürger schützen Sie nicht vor der Preisexplosion, aber über Nacht erklären Sie, dass 100 Milliarden Euro, in Form eines Sondervermögens, für Aufrüstung der Bundeswehr vorhanden sind. Warum eigentlich 100 Milliarden Euro und nicht vielleicht 87 oder 112 Milliarden? Geht es Ihnen um den Bedarf, oder geht es Ihnen um eine schlagzeilenträchtige Zahl? Ich habe das Gefühl, das Zweite.

Meine Damen und Herren, was Sie da vorhaben, ist der Wahnsinn. Und im Gegensatz zu den anderen Fraktionen dieses Hauses kann ich eines sagen: Wir streiten nicht darum, wer bei Aufrüstung der Beste ist. Wir finden diesen Weg falsch, wir wollen einen anderen Weg gehen. Bei Aufrüstung

werden Sie von der Linken immer Widerstand bekommen, auch bei der Grundgesetzänderung, meine Damen und Herren.

Ich will eines ergänzend sagen und aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren. Sie schreiben darin: „Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe ... und Entwicklungszusammenarbeit sollen ... im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“ Aber den Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kürzen Sie sogar. Ihr Haushalt verstößt gegen den eigenen Koalitionsvertrag. Oder gibt es ein „Sondervermögen Humanitäre Hilfe“? Nichts davon habe ich gehört, meine Damen und Herren.

Auch wir als Linke sagen: Natürlich muss die Bundeswehr ordentlich ausgestattet werden. Aber wer die Strukturen bei der Bundeswehr nicht grundlegend reformiert und das Managementproblem abstellt, wird weiter Milliarden verbrennen. Zu spät, teurer als geplant, nicht einsatzfähig: So läuft die Beschaffung bei der Bundeswehr doch seit Jahren. Und ich weiß auch noch, wer die Verteidigungsministerinnen und die Verteidigungsminister gestellt hat. Die Bundeswehr hat nicht zuerst ein Geld-, sondern ein Strukturproblem. Wenn Sie das nicht lösen, werden weiterhin Milliarden einfach versenkt werden.

Wir haben in unserer Gesellschaft auch das Gegenstück: Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Da fehlt Geld für Bücher, für eine Jacke im Frühling, für einen Ausflug in den Zoo. Mehr als 20 Prozent Armut unter Kindern! 20 Euro mehr gibt es für 2,9 Millionen Kinder in Armut. Der reale Mehrbedarf laut Sozialverbänden liegt aber bei 78 Euro. Dieses Geld ist komischerweise nicht da. Es ist deshalb eine

Besteuern Sie die Konzerne, und senken Sie die Preise durch steuerliche Zurückhaltung.

Fortsetzung auf nächster Seite

Politik der sozialen Kälte, dass Sie die Kindergrundsicherung, die Sie im Koalitionsvertrag angekündigt haben – was wir gelobt haben –, bisher null im Haushalt berücksichtigen; nichts ist im Haushalt eingestellt. Die Kinder bleiben arm. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik. Sie gründen eine Arbeitsgruppe. Na Donnerwetter! Haben Sie die Kindergrundsicherung vielleicht schon abgeschrieben?

Ihr Haushalt, meine Damen und Herren, ist ein sozialpolitisches Streichorchester. Die Kindergrundsicherung kommt nicht vor. Zusätzliche Monate Elterngeld, wie Sie es angekündigt haben – wo sind die? Wo ist das Bürgergeld statt Hartz IV? Und was ist eigentlich mit der Rente, lieber Hubertus Heil? Ja, auch ich begrüße die Steigerung; das ist überhaupt keine Frage. Aber wir wissen beide, dass diese durch die Inflation mehr oder weniger aufgefressen wird. Im Vergleich zu 2003, meine Da-

men und Herren, hat sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die von Grundsicherung, also von Hartz IV, leben müssen, mehr als verdoppelt. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind Frauen.

Jede dritte Rentnerin und jeder dritte Rentner mit 40 Versicherungsjahren müssen von einer Rente unter 1 200 Euro leben, bei mir in Mecklenburg-Vorpommern im Übrigen jeder zweite. Ein komplettes Arbeitsleben und dann Armutsrisiko? Das ist und bleibt inakzeptabel. Da stimmt etwas grundsätzlich nicht.

Lieber Herr Heil, deswegen fordern wir zwei Dinge. Erstens. Sie haben vor drei Jahren einen guten ersten Vorschlag zur Grundrente vorgelegt; der war wirklich gut, dem hätten wir glatt zugestimmt. Herausgek-

men ist aber ein Reförmchen. Sie haben das damit begründet, dass die Union in der Regierung war. Okay. Aber jetzt ist die Union nicht mehr in der Regierung. Handeln Sie jetzt! Stellen Sie

Bei Aufrüstung werden Sie von der Linken immer Widerstand bekommen.

diese Grundrente jetzt noch mal hier im Bundestag vor, damit wirklich etwas passiert! Zweitens. Heben Sie das Rentenniveau auf 53 Prozent an! Beim Rentenniveau sind wir europäischer Abstiegs Keller. Das

ist die Wahrheit. Die Renten sind nicht stabil, wenn die Preise explodieren.

Unstrittig ist, meine Damen und Herren: In diesen Zeiten müssen doch stärkere Schultern mehr tragen. Aber die Einzigen, vor die Sie sich verlässlich schmeißen, sind die Multimillionäre und Milliardäre. In der Pandemie sind die Superreichen

in einen einzigen Goldrausch verfallen. Die zehn reichsten Deutschen haben ihr Vermögen um 100 Milliarden Euro vergrößert. Kein Geld da? Was für eine Farce! Da rächt sich, dass Sie einer großen Steuerreform zu Beginn Ihrer Regierungszeit eine Absage erteilt haben. Was ist denn mit den Steuerversprechen wie der Vermögensteuer oder Vermögensabgabe? Der Einzige, der sein Versprechen einlöst, ist Finanzminister Lindner. Er ist der Vermögensverwalter der Superreichen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

Wer bezahlt denn die 100 Milliarden Euro für Aufrüstung? Sozialdemokraten und Grüne wollten im Wahlkampf noch bei den starken Schultern, bei den dicken Portemonnaies zugreifen. Und was ist jetzt? Pustekuchen! Lindner entscheidet, nicht der Kanzler. Wer bezahlt denn den Schuldenhaushalt 2022? Die kleinen Leute bezahlen Ihre Rechnung, wenn Sie die Steuern

für die Reichen nicht anheben, meine Damen und Herren. Die Schulden für die Bundeswehr sind die Streichungen bei sozialer Sicherheit, wenn Sie nicht den Mut haben, endlich etwas bei den Vermögenden abzugreifen.

Ich sage Ihnen voraus: Ihre Aufrüstung werden Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Hartz-IV-Empfänger mit dem berühmt-berüchtigten Gürtel bezahlen, den sie noch enger schnallen sollen.

Meine Damen und Herren, Ihr Haushalt ist wenig Zukunft und kaum Zusammenhalt. Ihr Haushalt ist ein Segen für die Rüstungsindustrie und eine fette Rechnung für die, die tagtäglich hart für ihr Geld arbeiten müssen. Aber Sie geben das Geld planlos und teilweise gegen Ihren eigenen Koalitionsvertrag aus.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Christian Dürr, FDP:

Die Stärke der Bundeswehr darf nicht gefährdet sein



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Der Angriffskrieg auf die Ukraine überschattet die Tagespolitik in einer Weise, wie man sie sich nicht hätte vorstellen können, nicht hätte vorstellen wollen. Die Menschen in der Ukraine kämpfen um ihre Freiheit, und viele verlieren dabei ihr Leben. Der Freiheitskampf der Ukraine steht für die Werte Europas, für die Werte Deutschlands und für unsere Freiheit. Es ist Wladimir Putin, der fundamentale Werte infrage stellt und das auch schon über einen sehr langen Zeitraum getan hat, meine Damen und Herren. Wir müssen uns daher auch die Frage stellen, wie es dazu kommen konnte und wie wir in Europa widerstandsfähiger gegen Freiheits- und Demokratiefeinde werden.

Genau das gilt sowohl inner-

halb als auch außerhalb unserer eigenen Gesellschaft. Dieser Krieg, den die russische Seite begonnen hat, den Wladimir Putin begonnen hat, betrifft uns alle in Europa – uns alle. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen auch für unsere Freiheit. Das dürfen wir diesen Menschen nie vergessen.

Der Westen – Europa, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika, die NATO – steht geschlossen und hat bereits harte Sanktionen verhängt. Die Finanzreserven der russischen Notenbank wurden eingefroren, der Rubel ist um über 40 Prozent gefallen, und mehr als 400 westliche Firmen haben Russland bereits verlassen und den Rücken gekehrt.

Wir wissen, dass wirtschaftliche Sanktionen den Krieg nicht von heute auf morgen beenden werden – leider! Deswegen ist es richtig, dass wir uns für Waffenlieferungen entschieden haben. Wir liefern Waffen in ein Konfliktgebiet aufgrund einer absoluten Ausnahme-situation. Damit bricht diese Regierungskoalition mit einem Tabu vorheriger Bundesregierungen. Diese Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen. Ich halte diese Entscheidung aber ausdrücklich für richtig, meine Damen und Herren.

Hier geht es auch darum, Verantwortung zu übernehmen. Ich höre immer wieder – Herr Merz

sagte so etwas vorhin in einem Nebensatz –, der Bundeskanzler sei nicht laut genug. Vor zwei Wochen habe ich gelesen, lieber Herr Kollege Merz, dass Sie als Vorsitzender der Unionsfraktion über ein Eingreifen der NATO in diesen Konflikt spekuliert haben. Herr Merz, das ist nicht nur fahrlässig, das ist verantwortungslos. Hätten Sie da besser geschwiegen, Herr Merz!

Verantwortungsvolles Handeln gilt auch in Bezug auf unsere Streitkräfte; das ist in den Reden gesagt worden. Wir als Ampelkoalition stellen ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Ausstattung der Bundeswehr und zur verbesserten Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit unseres Landes bereit. Ich sage an dieser Stelle in aller Deutlichkeit – denn auch das geht leider manchmal in der Tagespolitik unter -: Wir sind es den Soldatinnen und Soldaten schuldig, dass wir an dieser Stelle handeln. Denn die Stärke der Bundeswehr darf nicht gefährdet sein, meine Damen und Herren.

Wir alle kennen die Zahlen – sowohl die Kolleginnen und Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss als auch die aus dem Haushaltsausschuss, dem ich in der vergangenen Wahlperiode angehörte – und wissen, wo die Probleme liegen. Wir können keine

weiteren Abstriche bei der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zulassen. Es geht um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, aber vor allem um die Frauen und Männer hier in Deutschland, die bereit sind, ihr Leben für unsere Freiheit zu riskieren. Insbesondere jetzt, in dieser dramatischen sicherheitspolitischen Situation in Europa, müssen wir hinter unseren Soldatinnen und Soldaten stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Merz hat das ja getan; da ist der Rückblick auch notwendig, das teile ich. Ich teile aber ausdrücklich auch das, was die frühere Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vor einigen Tagen gesagt hat. Sie sagte: „Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben.“ Herr Merz, sie hatte recht. Die Vernachlässigung der Truppe war ein historischer Fehler, und diesen historischen Fehler wird diese Regierungskoalition jetzt korrigieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich musste vorhin schon schmunzeln; es war ja eine sehr steile These, die Sie aufgestellt haben. Man muss sich das überlegen: Die mangelhafte Finanzierung der Bundeswehr in Deutschland lag an der Regierungsbeteiligung der Freien Demokraten zwischen 2009 und 2013, als wir unter anderem den Bundesgesundheitsminister, die Bundesjustizministerin, den Bundeswirtschaftsminister, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Außen-

minister gestellt haben. Natürlich lag der Grund dafür nicht darin, dass die Union seit 2006 den Bundesverteidigungsminister gestellt hat und seit 2005 die Bundeskanzlerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Merz, Sie haben vorhin gesagt, Sie haben den Reden gestern gelauscht. Ich hätte Ihnen geraten: Sie hätten die letzten 16 Jahre zuhören sollen, was in diesem Deutschen Bundestag passiert ist. Das wäre sinnvoll gewesen, lieber Kollege.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns in Bezug auf die Auswirkungen dieses furchtbaren Angriffskrieges in Europa nichts vormachen. Alle Bereiche des zivilen und wirtschaftlichen Lebens sind auch bei uns von diesem Krieg betroffen. Wir sehen jeden Tag ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an den Bahnhöfen. Wir sehen Ukrai-

nerinnen und Ukrainer in Bussen und Bahnen, in Unterkünften oder bei Freunden und Familien, die sie bei sich zu Hause aufnehmen. Ich will an dieser Stelle unterstreichen: Es ist eine ganz zentrale Aufgabe, den flüchtenden Menschen zu helfen und das natürlich bundesweit, gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu koordinieren. Ich bin stolz auf die Solidarität der Menschen in Deutschland. Herzlichen Dank dafür, dass Sie bereit sind, diesen Menschen in dieser schwierigen Situation zu helfen!

In diesen Tagen wird auch in Bezug auf die Sanktionen sehr viel

Wir sind es den Soldatinnen und Soldaten schuldig, dass wir an dieser Stelle handeln.

über unsere Stärke gesprochen. Nach fast vier Wochen Krieg muss man eines sagen: Die geopolitische Stärke des Westens, die geopolitische Stärke Deutschlands ist vor allen Dingen auch unsere wirtschaftliche Stärke. Wir müssen diese Sanktionen aufrechterhalten und gegebenenfalls verschärfen können; darüber wird jetzt ja bereits wieder gesprochen. Nur dann sind wir in der Lage, den Menschen in der Ukraine auch wirklich zu helfen.

Wenn wir über den Konflikt in der Ukraine sprechen, müssen wir natürlich auch über die Folgen hier in Deutschland sprechen, meine Damen und Herren. Wir müssen dafür sorgen, dass die Beschäftigten in Deutschland, dass die Unternehmen diese Krise gut überstehen. Dazu gehört auch, dass wir über die sehr hohen Energiekosten sprechen müssen, über die Heizkosten und über die Einkommenssituation der Menschen in unserem Land. Wir haben uns deshalb als Ampelkoalition bereits vor einigen Wochen politisch auf den Weg gemacht und in der vergangenen Woche hier im Deutschen Bundestag erste Entscheidungen getroffen: Wir verdoppeln den Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, und wir unterstützen damit vor allen Dingen Menschen mit geringen Einkommen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit; das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich.

Wir werden die Pendlerpauschale anheben. Das ist wichtig vor allem für die Menschen, die jeden Tag auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu fahren. Wir haben Einmalzahlungen für Bezieher von Sozialleistungen auf den Weg gebracht und einen Sofortzuschlag für Kinder aus sozial schwachen Familien eingeführt. Dazu kommen die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages – in noch nie dagewesener Höhe in einem einzigen Schritt – und des Grundfreibetrages, meine Damen und Herren. Diese Maßnahmen – weil ich gerade die Zwischenrufe aus der Union gehört habe – werden wir sogar steuerlich rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres einführen, um das auch noch mal zu unterstreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darauf kann man auch ein Stück weit stolz sein.

Und dann machen wir das, was die Union jahrelang nicht geschafft hat, was sie jahrelang in Wahlprogramme geschrieben, was sie jahrelang immer wieder aufgerufen, aber am Ende nicht wirklich durchgesetzt hat: Wir werden die Menschen insbesondere bei

den Stromkosten entlasten. Diese Bundesregierung aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten wird die EEG-Umlage für alle Menschen, für alle Unternehmen in Deutschland vollständig und für immer abschaffen, und das bereits zum 1. Juli dieses Jahres. Das ist ein Verdienst dieser Seite des Hauses, über das Sie in den letzten Jahren nur gesprochen haben, liebe Kollegen der Union.

Dass die Energiekosten bei vielen Unternehmen mittlerweile bis zu 30 Prozent ihrer Ausgaben und darüber betragen, ist leider keine Seltenheit mehr. Deshalb haben wir uns für die genannten Entlastungsschritte entschieden. Gleichzeitig müssen wir strategisch unabhängiger werden, insbesondere von russischem Erdgas, meine Damen und Herren. Deshalb begrüße ich die aktuellen Anstrengungen des Bundeswirtschaftsministers, jetzt auch andere Erdgasquellen zu erschließen. Das ist wichtig.

Entsprechend wichtig ist es auch, in Deutschland etwas zu tun.

Dabei denke ich beispielsweise natürlich an die LNG-Terminals, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung bereits erwähnt hat, an die Standorte in Wilhelmshaven, in Brunsbüttel und – als Niedersachsen darf ich das sagen – natürlich auch in Stade. – Danke,

Kollege Klingbeil. – Denn eines ist doch ganz klar: Deutschland wird auch zukünftig auf Energieimporte angewiesen sein. Deswegen müssen wir jetzt die richtigen Infrastrukturentscheidungen treffen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle muss man eines sagen: Diese Koalition hat eine doppelte Hypothek geerbt: auf der einen Seite eine viel zu starke Abhängigkeit von Russland bei Energieimporten und auf der anderen Seite – deswegen haben wir im Energiebereich bereits entlastet – bereits vor der Ukrainekrise historische Belastungen der deutschen Stromkunden, der deutschen Kunden für Gas etc. pp. Das sind zwei große Hypothesen, von denen wir uns jetzt befreien wollen. Unsere Botschaft lautet: Wir lassen unsere Unternehmen und die Menschen in Deutschland bei der Frage der Energieversorgung nicht im Regen stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Arbeit dieser Koalition wird bislang insbesondere durch Krisen und deren Folgen bestimmt. Doch wir machen uns natürlich auch Gedanken über die Zukunft: wie wir Fortschritt organisieren, wie wir mehr Fortschritt wagen, meine Damen und Herren. Nicht nur die

Krisenbewältigung steht auf unserer Agenda, sondern wir richten den Blick auch nach vorne.

Ich will einen Punkt ansprechen, der in den letzten Jahren in Deutschland zu kurz gekommen ist; mein persönlicher Eindruck ist, es lag nicht am Koalitionspartner SPD. Ich glaube, es ist, insbesondere vor dem Hintergrund der Unsicherheit in der Welt, die Aufgabe der deutschen Politik, jetzt zu sagen: Diese Bundesregierung wird das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft erneuern, meine Damen und Herren. Das ist jetzt eine ganz entscheidende Frage, auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir werden uns um Gründerinnen und Gründer kümmern. Wir werden die Planungszeiten in Deutschland halbieren. In Deutschland gibt es 83 Millionen kluge Köpfe, die Lust haben, durchzustarten, die Lust haben, etwas aus ihrem Leben zu machen, die Lust haben, sich zu engagieren, ob ehrenamtlich oder im Beruf, meine Damen und Herren. Diese Art der Freiheit meine ich: das eigene Leben zu gestalten, etwas daraus zu machen und, ja, auch wirtschaftlichen Erfolg zu ernten. Dieses zentrale Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft muss jetzt im 21. Jahrhundert nach so vielen Jahren des Mehlaus endlich erneuert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden das sehr konkret tun, indem wir beispielsweise 4 000 Talentschulen gründen, meine Damen und Herren. Und wir werden das tun – das ist gerade mir als ehemaligem Landespolitiker ein Herzensanliegen –, indem wir endlich einen Digitalpakt 2.0 auf den Weg bringen. Meine Fraktion hat der unionsgeführten Bundesregierung in der vergangenen Wahlperiode zu einer grundgesetzändernden Mehrheit verholfen, damit über einen Digitalpakt die Digitalisierung endlich bei den Schulen ankommt, und über Jahre ist nichts passiert. Ich erinnere mich sehr genau an die Reden der ehemaligen Bundesbildungsministerin an dieser Stelle, die schulterzuckend dastand, und man hatte den Eindruck, sie ist Abteilungsleiterin in einem schlecht geführten Baumarkt, nach dem Motto „Das ist nicht meine Abteilung.“ – Nein, das ist unsere Abteilung!

Den Digitalpakt 2.0 für Schulen, mehr Chancengleichheit, sozialer Aufstieg durch bessere Bildung – das werden wir jetzt gewährleisten. Die Bildungsfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land, und ich bin Bettina Stark-Watzinger ausdrücklich dankbar dafür, dass sie das zur Chefsache gemacht hat.

Als Koalition wollen wir in den kommenden Wochen deutlich

machen, dass wir trotz der Pandemiebekämpfung, trotz dieses furchtbaren Krieges natürlich zusätzliche Mittel für die wichtige Zukunftsaufgabe bereitstellen, nämlich die Transformation unserer Volkswirtschaft hin zu mehr Klimaneutralität.

Richtig ist – und das will ich zum Schluss sagen –, dass wahrscheinlich kaum eine Bundesregierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, wahrscheinlich gar keine neue Bundesregierung, unter solchen Rahmenbedingungen gestartet ist: eine Pandemie, ein Krieg in Europa, der zusätzlich zu all dem schrecklichen Leid der Menschen in der Ukraine auch noch unsere eigene Sicherheit hier in Deutschland bedroht, meine Damen und Herren, und gleichzeitig gigantische Zukunftsaufgaben bei der Digitalisierung, bei der Dekarbonisierung unseres Landes und – das als letzten Punkt – natürlich auch bei der demografischen Frage, die aus meiner Sicht eine entscheidende soziale Frage in den kommenden Jahren sein wird.

Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren: Deutschland ist eines der ältesten Länder der Welt. Mein Vater ist 81 Jahre alt und sehr gesund, und ich freue mich darüber, dass Menschen in Deutschland gesünder älter werden. Das ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt, und gleichzeitig ist es eine gigantische Herausforderung. Wir sehen das an den Zahlen im Bundeshaushalt von Christian Lindner, an den Zuschüssen an die gesetzliche Rentenversicherung.

Die Frage der Demografie ist eine Frage des sozialen Zusammenhalts in Deutschland in den kommenden Jahren. Wir werden

das nicht allein aus eigener Bevölkerung schaffen. Deswegen ist ein Punkt zum Schluss richtig – weil ich vorhin auch über die Solidarität und Offenheit gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine sprach -: Wir müssen – auch losgelöst davon in die Zukunft gedacht – auch eine andere historische Aufgabe als Ampelkoalition lösen, Herr Merz, wozu die Union in den letzten 16 Jahren nicht in der Lage war: Wir müssen aus Deutschland endlich ein modernes Einwanderungsland machen, meine Damen und Herren,

wir sind es unserem Wohlstand schuldig –, ein weltoffenes Einwanderungsland, das unseren Wohlstand in Zukunft sichert, gleichzeitig die Globalisierung voranbringt und auch unseren Platz inmitten der weltoffenen Länder sichert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dem Bundeskanzler für die Rede heute Morgen dankbar, und ich bin dem Bundesfinanzminister sehr dankbar für einen soliden Haushalt.

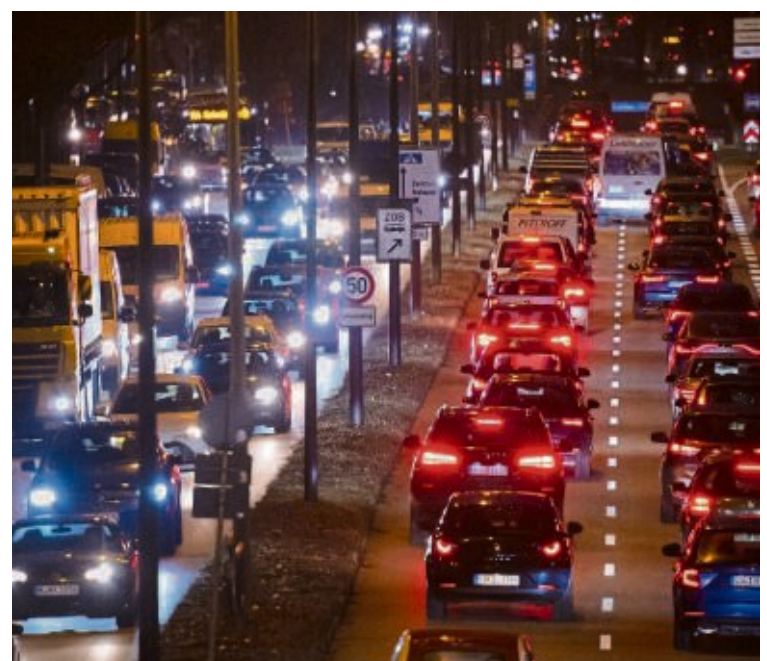
Und das als letzten Satz, Frau Präsidentin: Ja, man kann unterschiedlicher Meinung in der Haushaltspolitik sein; aber bei der Frage der Schuldenbremse und dabei, sich an Verträge zu halten, traue ich Olaf Scholz und dieser Ampelkoalition meilenweit mehr als dieser Oppositionsfraktion.

Ganz herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Korte (DIE LINKE): Mir wäre es ja peinlich! – Zuruf des Abg. Thorsten Frei (CDU/CSU))

Die Bildungsfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

Es ist eine ganz zentrale Aufgabe, den flüchtenden Menschen zu helfen.



Für Entlastung sorgt die Pendlerpauschale. © picture alliance/dpa | Sven Hoppe

Dr. Mathias Middelberg, CDU:

Es ist nicht mit einem Lippenbekenntnis getan



Mathias Middelberg (*1964)
Landesliste Niedersachsen

Herr Bundeskanzler, Sie haben hier heute in einem fast erschöpfenden Beitrag Ihre eigene Regierung unter Erwähnung der einzelnen Ministerkollegen und -kolleginnen gelobt, und Herr Dürr hat gerade schon die Regierungspolitik – alle möglichen Ankündigungen – gelobt, die noch gar nicht stattgefunden hat. Das beeindruckt vielleicht den einen oder anderen in Ihren eigenen Reihen, aber wenn man jetzt mal ganz nüchtern Bilanz der letzten 100 Tage zieht und sich ein paar Projekte sehr konkret anguckt, dann kommt man, glaube ich, zu einer anderen Einschätzung.

Der Bundeskanzler hat hier angekündigt, eine Impfpflicht werde Ende Februar/Anfang März eingeführt. Das ist schon eine wertige Aussage, immerhin ist der Bundeskanzler Chef der Regierung, nach der Verfassung mit der Leitung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Gehandelt hat die Regierung zu diesem Thema nicht; jedenfalls haben wir kein Handeln der Regierung dazu festgestellt.

Infektionsschutzgesetz: Da feiern Sie sich auch für das, was Sie gemacht haben. Tatsächlich haben Sie uns bei der Debatte in der letzten Woche zum Infektionsschutzgesetz das Maximum an Meinungsdivergenz in Ihrer Koalition vorgeführt und haben damit gezeigt: Diese Regierung ist gar nicht handlungsfähig. Sie haben die Lösung des Problems an die Länder delegiert, weil Sie selbst nicht lösungsfähig sind.

Thema Energiepreise. Herr Dürr, Sie haben eben gesagt, Sie freuen sich darüber, dass jetzt in der Koalition darüber gesprochen wird – gesprochen wird! Natürlich ist es für die Menschen, die in diesen Monaten bangen, ob sie überhaupt noch finanziell klarkommen, ob sie ihre Tankrechnung noch bezahlen können, die als

Pendler 200, 300 oder 400 Euro im Monat mehr bezahlen müssen, die als Busunternehmer oder als Gewerbetreibende um ihre Existenz bangen, sicherlich eine wichtige Information, dass Sie über das Thema in der Koalition sprechen.

Besser wäre es, wenn Sie dieses Problem jetzt entschieden angehen würden. Wir haben dazu klare Vorschläge unterbreitet; sie sind sehr einfach umsetzbar. Wenn Sie das machen würden, könnten wir das noch in dieser Woche im Bundestag beschließen, der Bundesrat könnte das zeitnah absegnen, und dann wären die Beschlüsse unmittelbar an der Tankstelle wirksam.

Das Thema Zeitenwende hat Friedrich Merz völlig zu Recht angesprochen. Wir haben ja hier die verschiedenen Konsequenzen aus dem furchtbaren Krieg in der Ukraine diskutiert, und wir haben auch über das Sondervermögen diskutiert. Ich glaube, da ist es schon so, wie Friedrich Merz das auch festgestellt hat: Irgendwie müssen wir das, was jetzt stattfinden muss, auch geistig noch nachvollziehen, und vor allen Dingen müssen Sie in diesem Teil des Hauses das geistig wirklich verarbeiten. – Ja, ich sage das ganz deutlich.

Ich kann mich sehr genau an den letzten Bundestagswahlkampf erinnern. Da wurden häufig auch die Verteidigungspolitik, die Verteidigungsausgaben, die Ausgaben für die Bundeswehr diskutiert. In manchen Veranstaltungen wurde gefragt: Wer ist denn für die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels der NATO? Da habe ich die Hand gehoben und auch der Kollege der FDP, der damals kandidiert hat. Die Kollegen, die aus den anderen Parteien kandidiert haben, haben jeweils gesagt: Nein, das kommt nicht in Frage. Das ist ein blödes Ziel, das wollen wir nicht machen. Die Bundeswehr ist für uns nachrangig. Wir haben ja kaum noch relevante Verteidigungsaufträge, so ein paar internationale Einsätze.

Es geht darum, das jetzt verstanden zu haben: Welches ist denn jetzt die Lehre aus diesem Krieg, diesem unglaublichen Tabubruch? Sie besteht darin, dass wir tatsächlich in dem einen oder anderen Punkt umdenken müssen. Dieses Land, Europa ist wieder bedroht, und wir müssen uns auch wieder

auf ein Szenario der Landesverteidigung einstellen. Deswegen müssen wir in dem Bereich nacharbeiten.

Die FDP hat dabei wenig nachzuarbeiten, aber dieser Teil der Regierung hat das wirklich geistig zu verarbeiten, und dass das erfolgt, stellen wir hier nicht fest.

Wenn wir über die Verwendung der 100 Milliarden Euro reden und uns dann gestern der Kollege Kindler aus der Grünenfraktion erklärte, dabei ginge es auch um zivile Krisenprävention irgendwo in Teilen der Welt, dann kann ich nur sagen: Das zeigt ganz deutlich, dass die Botschaft nicht verstanden wurde; denn der Ukraine-Krieg zeigt uns, dass die Maßnahmen ziviler Krisenprävention, dass alle Maßnahmen der Diplomatie hier leider – leider! – gescheitert sind.

Deswegen müssen wir zurück zu einem klaren Szenario der absoluten Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit. Deswegen sagen wir: Die 100 Milliarden Euro müssen der Bundeswehr und ihrer Ausstattung zur Verfügung

Wir müssen uns auch wieder auf ein Szenario der Landesverteidigung einstellen.

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Die Europäische Union hat zu neuer Geschlossenheit gefunden



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Haushaltspolitische Debatten werden in der Regel von Themen der Wirtschafts-, Sozial-, Klima- und Innenpolitik dominiert. Doch die Ukraine, die Welt und unsere bisherigen Regeln wurden in den

stehen.

Ich will an einem Punkt nochmal nachfassen. Ich fand sehr bemerkenswert, was Sie, Herr Kollege Habeck – ich sage das ausdrücklich und anerkennend –, hier an dem Sonntag vor drei Wochen in der Debatte zum Thema Waffenlieferung gesagt haben, wie Sie sich auch selber ein bisschen damit gequält haben und Ihre eigene Fraktion dazu angesprochen haben, die sich nämlich auch mit dem Thema quält. Ich habe dafür durchaus Verständnis. Aber das zeigt ja gerade, dass wir diese Situation, diese Zeitenwende, von der der Bundeskanzler zu Recht gesprochen hat, wirklich auch innerlich verarbeiten und ernsthaft darauf reagieren müssen. Es ist nicht mit einem Lippenbekenntnis getan, bei dem man sagt: So, jetzt nehmen wir mal diese 100 Milliarden, dann ist die Sache für uns gegessen, und das auch noch neben der Schuldenbremse. – Nein, wir müssen das wirklich verstehen. Deswegen ist für uns die Forderung auch essenziell, dass wir, wenn das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausläuft, daran festhalten müssen, dass die Bundeswehr absolut verteidigungsbereit bleiben muss. Das muss auch in Zukunft so gelten. Gerade deswegen sagen wir: Das 2-Prozent-Ziel muss eingehalten werden, auch über dieses Datum des Auslaufens des Sondervermögens hinaus.

Ich hätte jetzt gerne noch einiges zu Ihrem Haushalt gesagt. Sie haben Glück, dass Ihnen das jetzt erspart bleibt, weil meine Redezeit

leider für die anderen Punkte aufgebraucht ist. Aber eine Bemerkung, Herr Dürr, will ich mir doch noch erlauben. Sie haben sich eben bei Herrn Lindner dafür bedankt, dass er einen soliden Haushalt vorlege. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was vorliegt, kann allenfalls eine vorläufige, überschlägige Betrachtung dessen sein, womit wir irgendwie noch rechnen müssen. Denn ehrlicherweise diskutieren wir in dieser Woche überhaupt vier Bundeshaushalte: den Kernhaushalt mit 100 Milliarden Neuverschuldung, das Sondervermögen mit 100 Milliarden Neuverschuldung, dann diskutieren wir über einen Ergänzungshaushalt zur Ukraine, von dem wir noch gar nicht wissen, wie viele Milliarden da hineingebucht werden sollen, und dann diskutieren wir noch über die 60 Milliarden, die Sie mal eben vom alten Jahr und der alten Regierung in Ihre Zeit übertragen haben. Das waren Kreditermächtigungen für Corona-Maßnahmen, die verfallen hätten müssen, weil wir sie nicht in Anspruch genommen haben. Die haben Sie mitgenommen, um sie jetzt für ganz andere Zwecke, nämlich als „Klimamittel“, einzusetzen. Das ist die ehrliche Betrachtung. Da von solide zu sprechen, ist, sage ich mal, mindestens höchst ambitioniert und trifft eher nicht zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Jan Korte (DIE LINKE): War gar nicht schlecht! – Gegenruf: Aber auch nicht gut!)

Morgenstunden des 24. Februar angegriffen. Tod, Leid, Flucht – seit mehr als vier Wochen verstört uns die Brutalität, mit der Putin einen Staat einäschern will. Wir sehen aus der gar nicht so großen Ferne Bilder der Unmenschlichkeit, die wir in Europa nicht mehr für möglich gehalten haben. Und wir sehen bei uns, besonders aber in Polen, Ungarn oder Moldawien, wie Millionen von Frauen, Kindern und älteren Menschen fliehen müssen. Sie alle werden einer friedlichen Heimat beraubt.

Dennoch darf der Krieg die Agenda, in der wir der Welt von gestern eine neue Zukunft gegenüberstellen wollen, nicht aufheben. Im Gegenteil: Gerade jetzt sind wir gefordert, Antworten zu geben, wie wir nach dem Zeiten-

bruch des Krieges die Herausforderungen für unser Land, für Europa und den Planeten meistern können.

Der Krieg, meine Damen und Herren, hat vieles verändert. Zusammen mit den anderen Ländern unterstützen wir ein beispielloses Sanktionsregime, das – wir müssen es sagen – auch uns nicht unbeschadet zurücklassen wird. Die Folgen werden Jahre nachwirken.

Wir haben der Ukraine im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen Waffen zur Selbstverteidigung geliefert und leisten wie kein anderes Land wirtschaftliche und humanitäre Hilfe. Wo wir können, werden wir diese Hilfe auch weiterhin leisten. Meine Fraktion wird das verantwortungsvoll und gewissenhaft zusammen-

mit der Mehrheit dieses Hauses tun. Darauf, meine Damen und Herren, können Sie sich verlassen.

Gegenwärtig wachsen die Kommunen und die Zivilgesellschaft über sich hinaus. Engagierte Bürgerinnen und Bürger nehmen Frauen, Kinder und Familien mit großer Wärme in Empfang, organisieren kurzfristig eine Bleibe, medizinische Hilfe und die Teilnahme am Schulunterricht für die Kinder. In Momenten wie diesen wird uns gewahrt, dass unsere demokratische und bürgerschaftliche Verfasstheit von unschätzbarem Wert ist. Für ein friedliches Miteinander, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für diese gelebte Solidarität möchte ich mich bei den vielen, vielen Menschen in Deutschland bedanken. Vielen Dank dafür!

Meine Damen und Herren, auch in den Organisationen der Staatengemeinschaft tut sich Wegweisendes. Die Europäische Union hat zu neuer Geschlossenheit gefunden. Morgen besucht der amerikanische Präsident die Europäische Union und die NATO. Dass in Washington mit Joe Biden ein Staatsoberhaupt amtiert, das die Zusammenarbeit mit Europa wie kein Zweiter verkörpert, ist ein Glücksfall. Was für eine Erleichterung gegenüber dem Erlebten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde, wir dürfen den Europarat in Straßburg und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien nicht vergessen. Beide Institutionen haben ihre eigenen Stärken und müssen eine wichtige Rolle in der Nachkriegszeit einnehmen, zumal die Anstrengungen durch Entsende aus vielen Parlamenten in der OSZE und im Europarat ergänzt werden können. Gemeinschaftliches Handeln – das zeigt sich in diesen Wochen – ist ein Wert an sich, und genau das brauchen wir in diesen Tagen.

Ebenso – und das wird aus meiner Sicht oft vergessen – schafft das Völkerrecht Klarheit und Überzeugungskraft. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof ein Ermittlungsverfahren zu Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eröffnet hat. Nach unserem Verständnis müssen sich die Ermittlungen aber außerdem auf den Vorwurf des Angriffskrieges beziehen; das sind wir den Opfern und der Ukraine schuldig. Die Möglichkeit, Verantwortliche persönlich zur Rechenschaft zu ziehen, darf nicht ungenutzt bleiben. Darauf bestehen wir, meine Damen und Herren!

Nachdem auch der Internationale Gerichtshof vergangenen Mittwoch angeordnet hat, dass Russland die militärische Gewalt in der Ukraine sofort beenden

muss, kann sich niemand mehr in Moskau hinter fadenscheinigen juristischen Argumenten oder abwegigen Vergleichen verstecken. Die Richterinnen und Richter in Den Haag haben völkerrechtliche Klarheit geschaffen. Das ist ein Fortschritt im internationalen Recht, und genau das ist auch gut für dieses Parlament; denn wir stehen hinter dem internationalen Recht und haben es auf den Weg gebracht.

Selbst in New York ist nicht alles beim Alten geblieben. Zwar hat sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erneut als unfähig erwiesen, seinem Auftrag zur Wahrung des internationalen Friedens nachzukommen. Russland legte erwartungsgemäß ein Veto ein; aber auch die Volksrepublik China enthielt sich der Stimme. Solange Peking – und das sage ich hier ganz klar – aus dem manifesten Bruch des Völkerrechts keine Konsequenzen für das eigene Handeln zieht, bleibt die Volksrepublik China hinter den selbst geweckten Erwartungen zurück. Wir sagen klar: Lösen Sie sich aus der Schlinge eines Kriegsverbrechens, solange das noch möglich ist! Stellen Sie sich auf die Seite der Menschlichkeit und des Friedens!

Aber auch Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate haben das Privileg ihres nichtständigen Sitzes im Sicherheitsrat nicht ausgefüllt. Leider wollte Abu Dhabi den Überfall auf die Ukraine nicht verurteilen. Es war daher richtig,

dass der Wirtschaftsminister dieses Verhalten bei seinem Besuch angesprochen hat. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

Anders als der Sicherheitsrat hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine klare Entscheidung getroffen. 141 von 193 Staaten verurteilten die Aggression Russlands. Nur 5 stimmten mit Nein, 35 Regierungen enthielten sich der Stimme, und 12 Repräsentanten waren in New York nicht anwesend. Auf den ersten Blick ist das ein klares Votum. Doch wir, zumal wir Europäer, sollten genauer hinschauen: Die größte Zahl der Staaten, die die militärische Aggression Russlands nicht verurteilt haben, befindet sich auf dem eurasischen Kontinent oder in Afrika, also unmittelbar in unserer Nähe oder in nicht ganz weiter Ferne.

Deswegen würde ich Ihnen gerne eine Karte zeigen, die die vielleicht neue Weltordnung, die zumindest im Entstehen ist, veranschaulicht; denn wir sollten uns vergegenwärtigen, was das bedeutet. Im Verhältnis zur Weltbevölkerung ist das die Hälfte der Menschheit. Darunter befinden sich viele autoritär regierte Staaten, aber auch Demokratien wie Indien oder unvollständige Demokratien wie Südafrika oder Sri Lanka. Fünf Staaten auf dieser Karte, welche sich der Verurteilung Russlands nicht anschließen wollten, sind außerdem Atomwaffenmächte.

Wir wollen an die erfolgreiche Tradition einer kooperativen Sozialpolitik anknüpfen.

Ich finde, es lohnt sich, in einer solchen Debatte den Blick auf eine Weltordnung zu lenken, die vielleicht im Entstehen begriffen ist; denn sie ist nicht schwarz oder weiß, wie uns einige immer einreden wollen. Auf diese im Entstehen begriffene Weltordnung wird es keine einfachen Antworten geben, schon gar nicht allein militärische, und das sollte den meisten in diesem Haus hoffentlich auch klar sein.

Dass wir die Ausrüstung – das sage ich gleich mit dazu – der Soldatinnen und Soldaten verbessern, bleibt dennoch richtig genauso wie die Anschaffung von neuen Geräten. Meine Fraktion wird dabei gleichzeitig darauf achten und hinwirken, dass der Bundestag bei der Verausgabung der Mittel ein entscheidendes Wort mitreden wird. Ohne Parlamentsskontrolle, meine Damen und Herren, gibt es keine demokratische Sicherheitspolitik, und die Bundeswehr muss eine Parlamentsarmee bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD ist nach wie vor der Auffassung, dass zur Kriegsverhinderung mehr gehört als immer größere Rüstungsausgaben, und schon gar nicht gehört dazu, nachfolgenden Generationen vorzuschreiben, wie hoch diese Ausgaben zu sein haben, wie die Union es will.

Wenn einige zudem meinen, zur Bündnisverteidigung gehöre ein weltweites militärisches Engagement unserer Streitkräfte, so sagen wir denen: Das ist nicht unser

Verständnis einer klugen Außen- und Sicherheitspolitik. – Ja, genau das. Ich höre ein Aha aus Ihrer Fraktion. Sie hätten sich in den letzten 16 Jahren dazu durchringen können. Wir haben nämlich noch vieles und anderes zu tun.

Bevor wir allein große Investitionen tätigen und immer wieder neue Ziele formulieren, so wie Sie das hier tun, sollten wir zuerst klären, was die Bundeswehr leisten kann, aber auch leisten soll.

Das Zweite betrifft die Waffenlieferungen. In der Tat, diese Bundesregierung hat zusammen mit dem Parlament eine schwerwiegende Entscheidung getroffen. Ich habe ganz bewusst – manchmal überhört man das hier – vor dem Hintergrund des internationalen Rechts gesagt: Auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, dass sich nämlich Länder selbst verteidigen können, sind auch wir bereit gewesen, an die

Ukraine Waffen zu liefern – zur Selbstverteidigung. – Ich finde, das ist nicht nur beachtenswert, sondern das ist ein Solidarbeitrag, den wir innerhalb des Bündnisses, innerhalb der Euro-

päischen Union, aber auch als souveränes Land geleistet haben, und ich finde, das können Sie den Menschen, die Sie angesprochen haben, auch durchaus sagen. Das ist ein wichtiger Schritt, und wir werden diese Hilfe auch weiterhin leisten, meine Damen und Herren.

Aber – das sage ich auch ganz

Mit dem Haushalt haben wir die Herausforderungen der Zeitenwende angenommen.



Bundeskanzler Scholz bedankt sich im Rahmen der Haushaltsdebatte für die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger.

klar -: Sie können sich Ihrer Verantwortung nicht entziehen, indem Sie hier an die Bundeswehr bestimmte Erwartungen äußern, ohne aber uns dabei zu helfen, auch andere Fragen mit zu beantworten. Ja, wir wollen große Investitionen tätigen. Aber wir wollen eben zuerst klären, was diese Bundeswehr leisten kann und was sie leisten soll. Alles auf einmal – das habe ich gesagt – wird nicht gehen, zumal die Erfahrungen der Beschaffung, Kollege Merz, einschließlich der Sonderwünsche einem Realitätstest unterzogen werden müssen. Warum wir in Europa jährlich mit 200 Milliarden Euro Verteidigungsausgaben nicht wehrhafter sein können, erschließt sich mir nicht. Auch das ist eine große Aufgabe innerhalb der Europäischen Union, aber auch des Militärbündnisses der NATO.

Ich finde, zu einer ernsthaften Debatte im Deutschen Bundestag gehört, genauso wie über die Frage der Waffenlieferungen auch da-

rüber zu sprechen, dass wir als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa zudem lernen müssen: Es ist ein langer Weg des Lernens, mit dem größten Rüstungsetat in Europa verantwortungsvoll umzugehen, ohne humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Abrüstung zu vernachlässigen. Wir wollen diese Bereiche genauso gestärkt sehen wie die Investitionen in die Bundeswehr, meine Damen und Herren.

Deswegen sage ich auch ganz klar: Unsere Überzeugungen resultieren nicht aus weltfremdem Idealismus oder, wie uns immer vorgeworfen wird, aus reiner Naivität. Sie stützen sich auf die Erfahrung einer Politik, die den Kalten Krieg maßgeblich mit überwunden hat. Darauf werden wir Sozialdemokraten immer stolz zurückblicken und daraus die richtigen Schlussfolgerungen für unser konkretes heutiges Handeln ziehen. Beides ist möglich, meine Damen und Herren. Genau diesen Weg wird meine Fraktion auch in

den nächsten Jahren gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Pandemie, Klimawandel und der Krieg in der Ukraine fordern uns alle heraus. Der Finanzminister hat recht: Als Solidargemeinschaft müssen wir zusammenstehen. – Darin, Herr Kollege Lindner, stimmen wir überein. Wenn wir dann noch übereinkommen, dass in gefährlichen Zeiten starke Schultern der Solidargemeinschaft zusätzlichen Halt geben müssen, tun wir das, lieber Kollege Lindner, auch sehr gerne. Diese Unterstützung werden Sie haben.

Zum Schluss möchte ich auf den Moment zurückkommen, als wir in einer neuen Koalition zusammengefunden haben. Wir sind gemeinsam der Überzeugung: Innere Reformen, die soziale Kraft und die Sicherung der Freiheit sind die besten Antworten auf autoritäre Herausforderungen im Inneren wie im Äußeren. Nur so bleiben wir attraktiv als demokratische Gemeinschaft und konkurrenzfähig als moderne Sozial- und

Wirtschaftsnation. Kurzum: Wir müssen politisch, wirtschaftlich und technologisch vorangehen. Darin liegt die große Stärke unseres Landes und seiner Menschen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien werden alles dafür tun, dass das in den nächsten vier Jahren möglich wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen wollen wir gute Arbeit durch eine kluge ökonomische und ökologische Transformation sicherstellen und neue Arbeit schaffen. Wir wollen an die erfolgreiche Tradition einer kooperativen Sozialpolitik anknüpfen und zusammen mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und den Bundesländern unser Wirtschaftsmodell stärken. Das ist unser Bild von der Zukunft, und wir werden es verwirklichen, meine Damen und Herren.

Weil wir ein starkes Land sind und mit Verstand gewirtschaftet haben, können wir die Herausforderungen meistern. Wir brauchen soziale Sicherheit im Inneren, gerade dann, wenn die äußere Si-

cherheit bedroht ist. Dazu gehört die Anhebung des Mindestlohns genauso wie das Grundrecht auf Wohnen zu erschwinglichen Preisen. Die Pandemie hat uns zudem gelehrt, warum wir ein Gesundheitssystem brauchen, das Solidarität, gute Beschäftigung und Vorsorge zusammendenkt.

Wir haben versprochen, dass wir Deutschland moderner, ökologischer und gerechter machen wollen. Deshalb unterstützt meine Fraktion den Etatentwurf der neuen Bundesregierung und wird gleichzeitig weitere Verbesserungen vorschlagen.

Mit dem Haushalt haben wir die Herausforderungen der Zeitenwende angenommen. Damit schaffen wir ein Fundament für die Zukunft, und ich finde, diesen Weg sollten und können wir gemeinsam gehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Pragmatisches Handeln bleibt das oberste Gebot



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Selten noch ist eine neu ins Amt gekommene Regierung so schnell und so gründlich auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Wenn es nicht um Deutschland, um uns alle ginge, könnte man fast Schadenfreude empfinden; aber das ist hier nicht mein Ziel.

Da bittet ein grüner Wirtschaftsminister, dessen Ziel das Ende der fossilen Energiewirtschaft ist, arabische Scheichs um Flüssiggas, und eine Außenministerin, die von feministischer Außenpolitik träumt, muss sich eine neue Sicherheitsarchitektur ausdenken. Und allem steht ein Regierungschef vor, dessen Partei noch kürzlich bewaffnete Drohnen für unvereinbar mit dem deutschen Friedenswillen hielt.

Ja, meine Damen und Herren, in

puncto Sicherheit hat die Regierung schnell gelernt, und 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sind schon ein erstaunlicher Lernerfolg für Politiker, die im festen Glauben an eine regelbasierte, multilaterale Außenpolitik groß geworden sind. Doch wie immer in Fällen von Überkompensation droht jetzt die Übertreibung.

Ich weiß, es ist schwer, im Angesicht von Ruinen, einem Angriffskrieg und Millionen Flüchtlingen die eigenen Fehler, also die Fehler des Westens, in der Vergangenheit zu benennen. Nur so viel: Man soll niemals eine Großmacht demütigen. Bismarck hat darin 1870/1871 geirrt, die Sieger des Ersten Weltkrieges 1919 in Versailles und der Westen, meine Damen und Herren, leider nach 1989. Denn was wir getan haben, war eine Demütigung Russlands. Wir haben eine Weltordnung aufzubauen versucht, ohne auf diese Großmacht Rücksicht zu nehmen.

Das, meine Damen und Herren, heißt, dass trotz allem, was geschehen ist, trotz dieses Angriffskrieges eine europäische Friedensordnung nur mit Russland, aber niemals gegen das größte Land

Europas möglich ist.

Es ist der Irrtum des russischen Präsidenten, zu glauben, Größe käme allein durch Gewehrläufe oder heute durch Atomraketen. Größe und Stärke eines Landes beruhen zumeist auf der Akzeptanz des Staates nach innen wie nach außen, und das ist das Defizit des russischen Präsidenten. Die großen Zaren, auf die er sich gerne beruft, waren Reformer: Alexander I., der Bezwiner Napoleons, und Alexander II., der Bauernbefreier.

Wie immer in Fällen von Überkompensation droht jetzt die Übertreibung.

Herren, damit ich nicht falsch verstanden werde: Neutralität heißt nicht Neutralität der Gedanken und Herzen, sondern Neutralität der Taten. Sanktionen, die das russische Volk treffen, sind falsch,

wie die Lieferung von Angriffswaffen, die nichts besser, aber vieles noch schlimmer machen, oder gar Kriegshandlungen wie die Sperrung des Luftraums über der Ukraine. Ich bin dem Bundeskanzler dankbar, dass er ganz klar gesagt hat, dass wir nicht Teil dieses Krieges, dieser Auseinandersetzung sind und dass das auch so bleiben muss.

Meine Damen und Herren, Neutralität im Angesicht eines drohenden Weltkrieges mit Atomwaffen ist eben nicht mit unterlassener Hilfeleistung eines Privatmannes zu vergleichen, weil das Opfer nicht Mitglied der freiwilligen Feuerwehr ist, wie Henryk Broder kürzlich in der „Welt“ meinte. Und nein, lieber Herr Döpfner, Herausgeber der „Welt“, wir versagen nicht vor der Geschichte als Deutsche, wenn wir auf dieser Neutralität und auf dem Frieden beharren.

Meine Damen und Herren, ich weiß, es ist viel Kritik daran geübt worden, wie wir uns hier nach der Rede des ukrainischen Präsidenten verhalten haben; das will ich nicht wieder aufrufen. Doch auch der ukrainische Präsident kann nicht wollen, dass die Freiheit der Ukraine auf den Trümmern Europas errichtet wird. Im Atomzeitalter ist der Kompromiss kein Appeasement, sondern überlebensnotwendig. Das wusste gerade Egon Bahr, lieber Herr Mütznich. Am Ende wird eine neutrale und demilitarisierte Ukraine von allen Beteiligten das Bekenntnis abfordern, ob Tod und Zerstörung

wirklich notwendig waren, um dieses Ergebnis zu erzielen, und die Bundesregierung, lieber Herr Scholz, wird daran gemessen werden, wie nachdrücklich sie sich für eine solche Lösung verwandt hat.

Es ist das eine, nach dem Völkerrecht ein theoretisches Recht auf Bündniszugehörigkeit zu haben, und das andere, in einer Staatenordnung, wie sie nun einmal ist, seinen Platz mit Klugheit zu behaupten. Einflussphären verschwinden nicht dadurch, dass man sie leugnet, und ein Abbruch aller Beziehungen zu Russland ändert nichts an seiner Lage, Größe und seinem geopolitischen Einfluss. Pragmatisches Handeln bleibt deshalb auch hier oberstes Gebot.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Neutralität heißt nicht Neutralität der Gedanken und Herzen, sondern der Taten.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Claudia Roth (B90/Die Grünen), Otto Fricke (FDP), Dorothee Bär (CDU/CSU), Achim Post (SPD), Marc Jongen (AfD), Andreas Audretsch (B90/Die Grünen), Thomas Hacker (FDP), Jürgen Hardt (CDU/CSU), Simona Koß (SPD), Erhard Grundl (B90/Die Grünen), Stefan Seidler (fraktionslos), Linda Teuteberg (FDP), Sepp Müller (CDU/CSU), Svenja Stadler (SPD), Schahina Gambir (B90/Die Grünen), Christina Schenderlein (CDU/CSU), Awet Tesfaiesus (B90/Die Grünen), Kerstin Radomski (CDU/CSU), Matthias Helferich (fraktionslos), Paula Piechotta (B90/Die Grünen).

leicht
erklärt!

Fehlende Fach-Kräfte

Probleme und Lösungen



Immer wieder hört man davon, dass Betriebe in Deutschland zu wenige Fach-Kräfte haben.

Man nennt das auch:
Fach-Kräfte-Mangel.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist Fach-Kräfte-Mangel?
- Welche Probleme macht er?
- Welche Lösungen gibt es für die Probleme?

Was sind Fach-Kräfte?

Fach-Kräfte sind Personen mit einer abgeschlossenen Berufs-Ausbildung.

Das können zum Beispiel Personen sein, die die Uni abgeschlossen haben.

Vor allem sind es aber Personen, die eine Ausbildung von mindestens 2 Jahren in einem Betrieb gemacht haben.

Sie sind also für spezielle Aufgaben ausgebildete Mitarbeiter.



Fach-Kräfte-Mangel in Deutschland

Wenn es nicht genug Fach-Kräfte gibt, nennt man das: Fach-Kräfte-Mangel.

Betriebe in Deutschland berichten immer wieder, dass sie nicht genügend Fach-Kräfte finden.

Im November 2021 haben die Industrie- und Handels-Kammern in einer Umfrage herausgefunden:

Die Hälfte aller Betriebe findet für Stellen längere Zeit keine Arbeitnehmer.

Und über die Hälfte der Betriebe sagen: Der Fach-Kräfte-Mangel ist das größte Problem, das sie haben.

Viele Experten kommen zu folgendem Ergebnis:

Einen Fach-Kräfte-Mangel für alle Berufe und in ganz Deutschland gibt es nicht.

Aber:

In einigen Berufen fehlen Fach-Kräfte.

Und an einigen Orten in Deutschland fehlen Fach-Kräfte.

Gründe für Fach-Kräfte-Mangel

Für einen Fach-Kräfte-Mangel gibt es ganz unterschiedliche Gründe.

Im Folgenden einige wichtige Beispiele.

Bestimmte Berufe sind unbeliebt

Es gibt Berufe, für die sich besonders wenige Menschen entscheiden.

Dafür kann es ganz unterschiedliche Gründe geben.

Es kann zum Beispiel an bestimmten Anforderungen liegen.

- In manchen Berufen muss man sehr früh aufstehen.
- In manchen Berufen muss man oft am Wochen-Ende arbeiten.
- Manche Berufe sind schlecht bezahlt.
- Von manchen Berufen glauben viele Leute, dass sie besonders schwer sind.
- Manche Berufe sind bei jungen Menschen gerade nicht besonders modern.

All diese Gründe haben die gleiche Folge: Weniger Menschen wollen in diesen Berufen arbeiten.

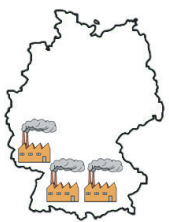


Unterschiedlich viele Fach-Kräfte an unterschiedlichen Orten

An manchen Orten in Deutschland gibt es viele Betriebe, die das Gleiche machen.

Diese Betriebe suchen dann alle die gleichen Fach-Kräfte.

Dann kann es passieren, dass in diesen Teilen von Deutschland Fach-Kräfte in diesen bestimmten Bereichen fehlen.

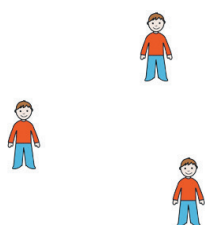


Weniger junge Menschen

In Deutschland leben immer weniger junge Menschen.

In Zukunft werden es vermutlich noch weniger werden.

Dadurch gibt es auch weniger Arbeits-Kräfte.



Viele junge Menschen machen Abi

Heute machen mehr junge Menschen als früher Abi.

Danach gehen sie dann studieren. Sie gehen also auf eine Uni oder eine Hoch-Schule.

Das bedeutet: Sie machen keine Ausbildung in einem Betrieb.

Die Folge ist:

In Berufen, die man studieren kann, gibt es manchmal zu viele Fach-Kräfte.

In Berufen, die man durch eine Ausbildung lernt, fehlen die Fach-Kräfte aber.

Veränderungen durch Corona

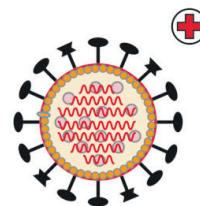
In der Corona-Zeit waren manche Arten von Betrieben stark eingeschränkt.

Zum Beispiel Gast-Stätten hatten lange geschlossen.

Mitarbeiter in diesen Betrieben haben sich darum andere Arbeits-Plätze gesucht.

Inzwischen können die Betriebe wieder öffnen.

Aber nun fehlen ihnen die Fach-Kräfte.



Probleme durch Fach-Kräfte-Mangel

Fach-Kräfte-Mangel führt zu verschiedenen Problemen.

Wenn Betriebe nicht genug Mitarbeiter haben, müssen sie vielleicht Aufträge ablehnen.

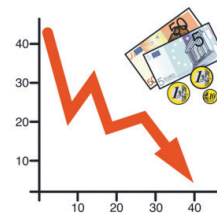
Dann verdienen sie weniger Geld.

Das ist auch schlecht für Deutschland. Denn Betriebe zahlen Steuern an den Staat.

Wenn ein Betrieb weniger verdient, zahlt er auch weniger Steuern.

Und es ist schlecht für die Kunden. Denn sie finden dann vielleicht niemanden, der ihren Auftrag erledigt.

Immer wieder hört man zum Beispiel: Kunden finden keine Hand-Werker.



Was kann man machen?



Es ist wichtig, etwas gegen den Fach-Kräfte-Mangel zu tun.

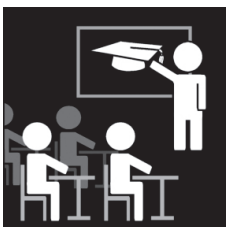
Dafür gibt es verschiedene Ideen.

Keine der Ideen kann den Fach-Kräfte-Mangel allein beenden.

Man muss versuchen, möglichst viel davon umzusetzen.

Im Folgenden einige Beispiele.

Richtige Ausbildung

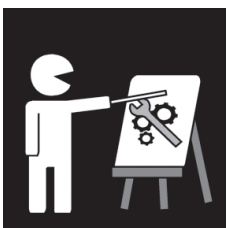


Fach-Kräfte sind Menschen mit einer abgeschlossenen Ausbildung.

Deswegen kann man schon bei der Ausbildung etwas gegen den Fach-Kräfte-Mangel machen.

Und zwar 2 Dinge.

Passend ausbilden



In bestimmten Berufen fehlen Fach-Kräfte.

In anderen gibt es zu viele.

Man muss junge Menschen also gut informieren.

Damit sie eine Ausbildung in Berufen wählen, die auch gebraucht werden.

Außerdem muss es für diese Berufe besonders gute Ausbildungs-Angebote geben.

Mehr ausbilden

Viele junge Menschen machen gar keine Ausbildung.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Diese Menschen können dann nur Arbeiten erledigen, für die man keine gute Ausbildung braucht.

Normalerweise gibt es aber gerade für diese Tätigkeiten mehr als genug Bewerber.



Deswegen muss man dafür sorgen, dass möglichst viele junge Menschen eine gute Ausbildung bekommen.

Bessere Arbeits-Bedingungen

Betriebe können versuchen, bessere Angebote für Mitarbeiter zu machen.

Es gibt viele Möglichkeiten.

Man kann zum Beispiel höhere Löhne zahlen.

Oder man erlaubt den Mitarbeitern, von zuhause zu arbeiten.

Gerade während der Corona-Zeit haben das ja viele Menschen gemacht.

Ein häufiges Problem ist auch Folgendes:

Wenn man in einem Betrieb anfängt, bekommt man oft nur einen Vertrag für ein Jahr.

Das bedeutet: Man weiß nicht genau, ob man nach einem Jahr noch weiter in dem Betrieb arbeiten kann.

Das führt zu Sorgen bei den Mitarbeitern.

Auch dagegen können die Betriebe etwas machen.

Sie können Verträge ohne Ablauf-Datum anbieten.



Bessere Suche durch Betriebe

Einige Experten sagen:

Manche Betriebe suchen nicht richtig nach Mitarbeitern.

Die Experten schlagen vor:

Die Betriebe müssen interessantere Stellen-Ausschreibungen machen.

Sie müssen dafür sorgen, dass mögliche Mitarbeiter von ihnen begeistert sind.

Dann bewerben sich auch mehr Leute bei ihnen.

Außerdem können Betriebe versuchen, in ganz Deutschland nach Mitarbeitern zu suchen.

Denn an manchen Orten gibt es ja vielleicht zu viele Fach-Kräfte.





Fach-Kräfte aus anderen Ländern

Eine Möglichkeit ist auch:
Man holt Fach-Kräfte aus anderen Ländern nach Deutschland.

Das machen Betriebe schon immer.

Vor allem Menschen aus Ländern der Europäischen Union können sehr einfach in Deutschland arbeiten.

Die Europäische Union ist eine Gruppe von 27 europäischen Ländern.

Sie haben sich zusammengetan.
Denn sie wollen eine gemeinsame Politik machen.

Für Menschen aus anderen Ländern ist es etwas schwieriger, in Deutschland zu arbeiten.

Sie müssen viele Voraussetzungen erfüllen.

Und sie müssen viel Papier-Kram erledigen.



Vor ungefähr 2 Jahren hat der Bundestag ein neues Gesetz gemacht.

Der Name von dem Gesetz ist: Fach-Kräfte-Einwanderungs-Gesetz.

Damit ist es für Menschen aus anderen Ländern leichter, in Deutschland zu wohnen und zu arbeiten.

Es gibt aber auch noch viele Dinge, die man verbessern kann.



Manche Experten sagen zum Beispiel: Man muss den Menschen nicht nur eine Arbeits-Stelle geben.
Man muss ihnen auch helfen, sich in Deutschland zuhause zu fühlen.

Denn:
Sie wollen hier nicht nur arbeiten.
Sie wollen hier auch leben.

Ein anderes Problem kann sein:
Manche Ausbildungen aus anderen Ländern zählen in Deutschland nur teilweise.



Dann müssen die Bewerber noch mal eine zusätzliche Ausbildung machen.

Das kostete Geld.
Und es dauert lang.

Hier könnte man dafür sorgen, dass Ausbildungen aus anderen Ländern bei uns mehr wert sind.



Kurz zusammengefasst

Fach-Kräfte sind Menschen mit einer Ausbildung oder einem abgeschlossenen Studium.

Manche Betriebe finden nicht genug Fach-Kräfte für alle freien Stellen.

Das nennt man dann:
Fach-Kräfte-Mangel.

Ein Fach-Kräfte-Mangel kann zu verschiedenen Problemen führen.

Betriebe können zum Beispiel nicht so viel Geld verdienen.

Gegen Fach-Kräfte-Mangel kann man verschiedene Dinge tun.

Man kann zum Beispiel die Ausbildung verbessern.
Oder man kann Mitarbeiter aus anderen Ländern holen.

Man muss aber verschiedene Dinge tun, um etwas gegen den Fach-Kräfte-Mangel zu erreichen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance/dpa / Marijan Murat. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 13-14/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. April 2022.